

**BERLINER GESELLSCHAFT FÜR
FASCHISMUS- UND
WELTKRIEGSFORSCHUNG e. V.**

Heft 20

**Thema:
Außenlager von Ravensbrück**

2003

INHALTSVERZEICHNIS

Thema

Erika Schwarz – Simone Steppan

Die Außenlager Königsberg/Neumark, Zichow und Mildenberg des
Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück

3

Literaturbericht

Kurt Pätzold

Ausgewählte neuere Literatur zur Geschichte von Judenverfolgung und
Judenmord. Anzeige und Kommentar

56

Rezensionen

Kurt Pätzold: Stalingrad und kein Zurück (Wigbert Benz)

85

Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944, hg. von
Emin Oberländer (Werner Röhr)

87

Karin Orth: Die Konzentrationslager-SS. Sozialstrukturelle Analysen
und biographische Studien (Helmut Steiner)

94

Almuth Püschel: Verwehte Spuren. Zwangsarbeit in Potsdam.
Fremdarbeiter und Kriegsgefangene (Gerlinde Grahn)

98

Christian Eggers: Unerwünschte Ausländer. Juden aus Deutschland
und Mitteleuropa in französischen Internierungslagern 1940 1942
(Werner Fischer/Andrée Fischer-Marum)

101

Detlef Brandes: Der Weg zur Vertreibung 1938-1945 (Werner Röhr)

106

Jens-Christian Wagner: Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora (Christoph Kopke)

112

Annotationen

117

Tagungsberichte

Michael G. Esch: Raum, Rasse, Siedlung

134

[3:]

ERIKA SCHWARZ/SIMONE STEPPAN

Die Außenlager Königsberg/Neumark, Zichow und Mildenberg des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück

Die Erforschung der Geschichte der Konzentrationslager, mit deren Errichtung die faschistischen Machthaber in Deutschland alsbald nach dem 30. Januar 1933 begonnen hatten und die sich schließlich wie ein Netz über das Reichsgebiet legten, konzentrierte sich zunächst auf die sog. Haupt- und Stammlager, deren Namen, jedenfalls nach der Befreiung im Jahre 1945, weithin bekannt wurden. Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau, Groß Rosen und Flossenbürg. Bergen-Belsen, Neuengamme, Stutthof und auch Ravensbrück wurden Synonyme für grausamste Menschenquälerei, für Mord und Totschlag und gelten zu Recht als Kennzeichen für das Regime, das in Deutschland zwölf Jahre lang herrschte.¹ Im Verlauf des Krieges wurde darüber hinaus eine Vielzahl von kleineren Außenlagern eingerichtet, deren Entstehen auf das Verlangen nach beliebig verfügbaren und obendrein auch billigen Arbeitskräften für die Kriegswirtschaft zurückging. Die militärischen Niederlagen der Wehrmacht an der Ostfront in den Jahren 1942/1943 hatten die faschistische Führung veranlaßt, die Produktion von Waffen und Munition zu steigern und sich auf einen langen Krieg einzurichten. Zunehmend problematisch waren die nicht ausreichenden Arbeitskräfte. Immer mehr bis dahin uk-gestellte deutsche Männer wurden jetzt auch aus wichtigen Rüstungsbetrieben zur Wehrmacht einberufen. Der Nachschub von Zwangsarbeitern aus den besetzten Ostgebieten war rückläufig. Kriegsgefangene wurden in nennenswerter Zahl nicht mehr gemacht. Der befohlene Einsatz der bis dahin nicht berufstätigen deutschen Frauen und speziell deren Verwendung in der kriegswichtigen Produktion hatte nicht den gewünschten Erfolg.

Als eine bis dahin nur ungenügend genutzte Reserve galten die in Konzentrationslagern im Reich und in den besetzten Gebieten gefangen gehaltenen Männer und Frauen. Waren die Häftlinge bis 1942/43 vor allem mit Arbeiten zur Aufrechterhaltung des Lagerbetriebes sowie in privaten und SS-eigenen Betrieben im [4:] Lager oder in dessen unmittelbaren Umgebung beschäftigt worden, begann von diesem Zeitpunkt an eine Verlagerung des Schwerpunktes ihrer Verwendung. Zunehmend wurden sie nunmehr als Arbeitssklaven in privaten und staatlichen Betrieben der deutschen Kriegswirtschaft eingesetzt.

Das 1942 gegründete SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (WVHA) und darin das Amt D II unter SS-Standartenführer Georg Maurer, der nach dem Krieg vor Gericht gestellt und am 2. April 1953 in Krakau hingerichtet wurde, hatten den Häftlingseinsatz in großem Maßstab zu koordinieren.² Nach Prüfung der vorliegenden und bald reichlich eingehenden Anforderungen wurden die Häftlinge in verschiedenen Bereichen der Kriegswirtschaft eingesetzt. Sie verließen dauernd ihre Stammlager und wurden in der Nähe ihrer Arbeitsorte in speziell dafür geschaffenen Lagern untergebracht. Der jeweilige Betrieb war für die Bereitstellung der Unterkünfte, für die Schaffung der von der SS vorgeschriebenen Sicherheitsanforderungen und eines Minimums an hygienischen Bedingungen sowie für die Organisation des Arbeitsprozesses zuständig. Das Konzentrationslager, dem die Häftlinge verwaltungsmäßig unterstanden, organisierte, sofern nicht andere Absprachen getroffen worden waren, die Verpflegung und die medizinische Betreuung der Gefangenen, sorgte für die ständige Bereitstellung der zwischen dem WVHA und den Betrieben ausgehandelten Anzahl an Häftlingen. Im Falle von Ravensbrück hatte es für die äußere Bewachung des Lagers Männer des SS-Totenkopf-Sturmbannes K. L. Ravensbrück sowie Aufseherinnen, die für die innere Ordnung der Lager zuständig waren, zu stellen. Die vom WVHA festgelegte Bezahlung der geleisteten Arbeit der Häftlinge, der „Tagewerke“, erfolgte durch die Unternehmen an die SS und wurde von ihr an die Staatskasse abgeführt. Die entstandenen Lager seien, so heißt es in einem Schreiben der Amtsgruppe D II des WVHA vom Juni 1943 an die Kommandanten und

¹ Drobisch, Klaus/Wieland, Günther: System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 1993, Die nationalsozialistischen Konzentrationslager- Entwicklung und Struktur (2 Bände), hg. von Ulrich Herbert, Karin Orth und Christoph Dickmann, Göttingen 1998.

² Jan Erik Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung: das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933-1945. Paderborn 2001.

Arbeitseinsatzführer der Konzentrationslager, als „Arbeitslager“ und mit dem Zusatz ihres geographischen Standortes zu bezeichnen, z. B.: „KL Buchenwald Arbeitslager Wernigerode“.³

Der Geschichte dieser Lager hat sich die Forschung sehr spät angenommen, erst in den letzten zehn Jahren wurde im Zusammenhang mit Untersuchungen zur Zwangsarbeit während des zweiten Weltkrieges begonnen, die massenhafte Häftlingsarbeit in der Kriegswirtschaft zu erforschen.⁴ Freilich hatten schon Jahre zuvor Ortschronisten und Initiativen regionale Nachforschungen zu Zwangsarbeiter- und KZ-Außenlagern angestellt, an deren Ergebnisse angeknüpft werden konnte. Eine komplexe Aufarbeitung des „Außenlagersystems“ aller großen Konzentrationslager steht noch aus. Erschwert wird sie vor allem dadurch, daß die schrift-[5:]lichen Hinterlassenschaften aus diesen Lagern nur lückenhaft überliefert sind. Die Firmenarchive sind teilweise vernichtet, nicht zugänglich oder befinden sich noch in Verwahrung der alliierten Siegermächte. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß über viele einstige Außenlager im buchstäblichen Sinne Gras gewachsen ist und selbst Standorte, Lage und Ausdehnung nur nach weitläufigen Recherchen auszumachen sind. Gebäude und Baracken einschließlich Fundamente wurden abgerissen. Zudem gibt es nur noch wenige hochbetagte Zeitzeugen. Das betrifft die Häftlinge selbst, aber auch die Bewohner der Städte und Dörfer, über deren Straßen und Wege die Gefangenen mindestens zweimal am Tag ziehen mußten. Auch von den Vorarbeitern und Meistern der Werkstätten und anderer Arbeitsorte, in denen die Häftlinge bis an die Grenze ihrer psychischen und physischen Kräfte ausgebeutet wurden, leben nur noch wenige.

Wie bei der bisherigen Erforschung dieser Außenlager ging es auch im Fall der hier vorzustellenden Untersuchung um Ermittlungen vor Ort, um die Rekonstruktion des konkreten Geschehens. Die „Arbeitslager“ Königsberg, Zichow und Mildenberg waren drei von 39 Außenlagern des 1939 eröffneten Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück. Eine Projektgruppe der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten⁵ hat zur Geschichte der Außenlager von Ravensbrück zwei Jahre geforscht. Sie hatte sich das Ziel gesetzt, die Liste der zuerst vom Internationalen Suchdienst in Arolsen verzeichneten, später in weiteren Auflistungen⁶ benannten Außenlager des KZ Ravensbrück nach ihrer Topographie zu erfassen und die Stätten, an denen die Häftlinge ausgebeutet wurden, systematisch zu dokumentieren. Erschwert wurde das Vorhaben dadurch, daß wichtige Quellen, die das KZ Ravensbrück betreffen, kurz vor oder nach der Befreiung des Lagers wahrscheinlich vernichtet oder außer Landes geschafft wurden. Es ließ sich aber auf Fragmente von Beständen des WVHA und weiterer Einrichtungen sowie auf überlieferte Bestände anderer Konzentrationslager zurückgreifen. Um so dringlicher erwiesen sich intensive Forschungen in Staats-, Landes-, Kreis- und Stadtarchiven sowie im Sammlungsbereich der Gedenkstätte Ravensbrück und in den Archiven und Bibliotheken anderer Gedenkstätten. Eine sehr [6:] aussagekräftige Quellengruppe sind die zeugenschaftlichen Vernehmungsprotokolle ehemaliger Häftlinge über die Rolle des SS-Aufsichtspersonals, die bei eingeleiteten Ermittlungen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg gegen vermutete Straftäter(innen) angelegt worden waren. Sie hatten etwa von der Mitte der 60er bis in die Mitte der 70er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden.⁷ Ähnliche Ermittlungsvorgänge, dazu

³ Bundesarchiv im folgenden: BArch, Film 1575 unsp.

⁴ Stellvertretend sei hier genannt: Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939-1945, hg. von Hermann Kaienburg. Opladen 1996.

⁵ Der Forschungsgruppe, die vom Januar 2000 bis Januar 2002 arbeitete, gehörten Dr. Erika Schwarz (Rehfelde), Angelika Meyer (Berlin) und Simone Steppan (Fürstenberg) an. Vgl. Erika Schwarz, Angelika Meyer, Simone Steppan: Vorstellung des Projektes Außenlager. Eine Bilanz, in: ravenbrückblätter, hg. von Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e. V. (BRD), Berlin 109/2001, S. 10-13.

⁶ Grundlage für die erste Erfassung waren das Vorläufige Verzeichnis der Konzentrationslager und deren Außenkommandos sowie anderer Haftstätten unter dem Reichsführer-SS in Deutschland und deutsch besetzten Gebieten (1933-1945), Arolsen 1969, im folgenden: Vorläufiges Verzeichnis. Das Verzeichnis der Haftstätten unter den Reichsführer-SS (1933-1945). Internationaler Suchdienst Arolsen 1979, im folgenden: Das Verzeichnis der Haftstätten. Das Verzeichnis der Konzentrationslager und ihrer Außenkommandos gemäß § 42 Abs. 2 BEG, in: Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1977, Teil I, S. 1786-1852 sowie die Änderung und Ergänzung des Verzeichnisses der Konzentrationslager und ihrer Außenkommandos gemäß § 42 Abs. 2 BEG. in: Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1982, Teil I, S. 1572-1579. Gudrun Schwarz: Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/M. 1996.

⁷ Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg (Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg), im folgenden: BArch Lu.

Vernehmungsprotokolle und Prozeßunterlagen waren in der DDR durch die Generalstaatsanwaltschaft und andere Justizorgane des Landes sowie das Ministerium für Staatssicherheit⁸ entstanden und dienten ebenfalls als Quellen. Ohne die Befragungen noch lebender ehemaliger Häftlinge, die ihr Wissen der Projektgruppe zur Verfügung stellten, hätten zahlreiche Details über Arbeitsbedingungen und Lebensumstände in den Außenlagern nicht ermittelt werden können. Nun liegt ein auf Quellen gestütztes, sicher noch nicht vollständiges Bild über das System der Außenlager des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück vor, das zu weiteren Untersuchungen anregen mag.⁹

Die Außenlager des Konzentrationslagers Ravensbrück wurden hauptsächlich in den Jahren 1943 und 1944 eingerichtet. Sie unterstanden vorerst ausnahmslos dem Stammlager. Ihre Standorte befanden sich in den preußischen Provinzen Brandenburg, Pommern und Sachsen, in den Ländern Mecklenburg, Bayern, Thüringen und Sachsen, im „Reichsgau Sudetenland“ und in den Reichsgauen der sogenannten Ostmark. Das zentrale Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück entwickelte sich zur Drehscheibe und zum Durchgangslager für den Einsatz vor allem von Frauen, aber auch von 20.000 Männern, die in einem gesonderten Lager im Konzentrationslager Ravensbrück registriert waren.¹⁰ Die Gefangenen wurden in SS-Institutionen und -Betrieben, in der Privatwirtschaft, in landwirtschaftlichen Betrieben, in Staatsbetrieben und in Einrichtungen der Wehrmacht verwendet.

Frauen in den Ravensbrücker Außenlagern stellten in erster Linie Munition und Flugzeugzubehör her. Sie arbeiteten bei vielen privaten Firmen, so der *Polte oHG Magdeburg* (Provinz Sachsen) mit ihren Zweigunternehmen, der *Grüneberger Metallgesellschaft mhH* (Provinz Brandenburg) und der *Silva Metallwerk GmbH Magdeburg*. Werk Genthin (Provinz Sachsen) sowie bei den *Ardelt-Werken Eberswalde* (Provinz Brandenburg) oder beim *Luftgerätewerk Graslitz* („Reichsgau Sudetenland“), einer Tochter des *Siemens Luftfahrtgerätewerk Hakenfelde GmbH Berlin*. In den Lagern, die bei staatlichen Betrieben, so den *Mechanischen [7:] Werkstätten Neubrandenburg* und der Munitionsfabrik in Malchow (beide Mecklenburg) eingerichtet worden waren, wurden jeweils 4.000 bis 5.000 Frauen gefangen gehalten. Männer und Frauen arbeiteten in der Montage von Flugzeugen bei der *Ernst Heinkel AC Barth* (Provinz Pommern), einem Zweigbetrieb der *Ernst Heinkel Aktiengesellschaft Werk Seestadt Rostock-Marienehe*. Männer wurden vorwiegend zu handwerklichen Tätigkeiten vor allem für SS-Institutionen, namentlich für deren kriegsbedingte Ausweichstellen wie z. B. die des Reichsführers SS in Prenzlau (Provinz Brandenburg) oder auf dem SS-Gut Comthurey (Mecklenburg) eingesetzt. Dieses Gut war Eigentum der *Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung GmbH* und zugleich „Wohnsitz“ von SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, Leiter des WVHA.

16 der bisher nachgewiesenen 39 Außenlager von Ravensbrück wurden ab September 1944 nach wahrscheinlich geographischen und ordnungsbestimmten Gesichtspunkten den Konzentrationslagern Buchenwald, Flossenbürg, Mauthausen und Sachsenhausen unterstellt und gingen damit in deren Verwaltung über. Bis Kriegsende blieb Ravensbrück aber eine bedeutende Drehscheibe für die Bereitstellung von Arbeitssklaven, vor allem von Frauen, für die deutsche Kriegswirtschaft. Häftlinge aus Ravensbrück wurden an mehr als 200 Arbeitsstätten vermittelt, so u. a. an die *Daimler-Benz Motoren GmbH* in Genshagen (Außenlager Genshagen des Konzentrationslagers Sachsenhausen).

Die im folgenden behandelten „Arbeitslager“ Königsberg, Zichow und Mildenberg gehören zu jenen Außenlagern, die von ihrer Eröffnung bis zur Schließung dem Konzentrationslager Ravensbrück administrativ zugehörig waren. Ihre Geschichte ist bisher nicht rekonstruiert worden. Dies ermutigte die Autorinnen, sich intensiv mit Arbeitsbedingungen und Lebensumständen der Häftlinge dieser Lager zu beschäftigen. Zichow in der Uckermark war außerdem das einzige Außenlager von Ravensbrück, dessen Insassen für ein privates landwirtschaftliches Gut arbeiten mußten. Das Lager Königsberg in der Neumark (Provinz Brandenburg) war völlig in Vergessenheit geraten, obwohl dort mehr als 800 Frauen Schwerstarbeit leisten mußten, um den zentralen Flugplatz der Luftwaffe

⁸ Zentralarchiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – Zentralarchiv, im folgenden: BStU-ZA.

⁹ Vgl. das 2003 erscheinende Heft der Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, hg. von der KL-Gedenkstätte Neuengamme.

¹⁰ Vgl. Bernhard Strebler: Das Männerlager im KZ Ravensbrück 1941-1945, in: Dachauer Hefte, 14/1998, S. 141 ff.

Königsberg/Neumark funktionsfähig zu halten. Männer aus Ravensbrück waren in eine Ziegelei, 25 Kilometer vom Stammlager entfernt, verschleppt worden. Erst durch unsere Untersuchungen konnte der Standort des Außenlagers Mildenberg bestimmt werden.

Dieser Beitrag ist als eines von weiteren noch zu schreibenden Gedenkblättern gedacht. Leben, Verdienst und Kampf von Männern und Frauen bewahren zu helfen, die im Konzentrationslager Ravensbrück und seinen Außenlagern gefangen gehalten wurden und jener zu gedenken, die umkamen, ist sein wesentliches Anliegen. Die Schar derer, die den Tag der Befreiung erlebten, wird von Jahr zu Jahr kleiner, es ist der Zeitpunkt absehbar, an dem nur Zeugen der Zeitzeugen werden reden können, Menschen wie wir, die mit Überlebenden zusammentrafen. [8:] Daher haben die Autorinnen sich bemüht das Wissen derer, die sie befragen bzw. um briefliche Auskünfte bitten konnten, in ihre Arbeit aufzunehmen.

I. Das Außenlager Königsberg/Neumark

„Ich mag nicht den Herbst; denn diese Jahreszeit verbinde ich mit schlimmen Erinnerungen. Das dauert schon über 50 Jahre. Niedergeschlagenheit ist das beherrschende Gefühl der Seele, schreckliche Kälte das Gefühl des Körpers. Im Unterbewußtsein ist das Bedürfnis, mich in einer warmen Ecke zu verkriechen und die kalten Monate bis zum Frühjahr zu verschlafen, immer da in dieser Jahreszeit seit dem damaligen Herbst 1944, als ich nach dem Warschauer Aufstand – mich im Lager Ravensbrück wiederfand ...

Bevor wir mit etwa 1.000 anderen gefangenen Frauen ins Außenlager nach Königsberg-Neumark verlegt wurden, bekam ich etwas wärmere Kleidung. In meinem Fall gab das bunte Sammelsurium einen etwas komischen Effekt: Unter einem kurzen, grünen Rock waren weiße Leinenunterhosen zu sehen; auf die Waden zog ich von einem Pullover abgetrennte Ärmel, dazu eine rosa Jacke., die mir deutlich zu klein war. Aufgenähte Kreuze zeigten – neben Winkel und Nummer – unsere Zugehörigkeit zu den Lagerbewohnerinnen ... Auf dem Weg zur Arbeit auf dem Flughafen trafen wir Kinder aus der Hitlerjugend. Sie hielten an, warfen lachend und lärmend Steine auf uns und spuckten uns voller Ekel an. Es wunderte mich nicht ...

Der deutsche Armeeflughafen ist ein russischer Militär-Flughafen geworden, der für polnische Zivilmenschen geschlossen blieb. Die Lagergeschichte erschien bis heute nicht auf den deutschen Landkarten der Konzentrationslager.“¹¹

„Ich war nach Königsberg zurückgekehrt. Ich hatte das getan, was ich mir vorgenommen hatte. Aber ich spürte eine große Einsamkeit. 1993 hatte ich Königsberg ruhig verlassen. Dieses Mal reiste ich erregt ab. Alles hier war verlassen. Die Zeit, die Natur, die Menschen haben schon ihr Werk vollbracht. Nichts ist übriggeblieben, nichts, was daran erinnern könnte, daß 500 Frauen aller europäischer Nationalitäten hierher deportiert worden waren, daß viele von ihnen hier begraben liegen und daß andere nach ihrer tragischen Rückkehr nach [9:] Ravensbrück den Tod fanden. Das Außenlager von Königsberg an der Oder scheint für immer vergessen. Es scheint nie existiert zu haben.“¹²

¹¹ Bericht von Hanna Krzewska vom 1.12.1998. Sie war mit dem „Sondertransport Nr. 105“ von Warschau am 8.10.1944, der über 1.300 Polinnen zählte, nach Ravensbrück verbracht und unter der Nummer 76088 im KZ Ravensbrück registriert worden. In: Warschau sygn. 73, k. 2-8. Gedankt sei an dieser Stelle allen Überlebenden des Lagers Königsberg/Nm, die der Projektgruppe „Außenlager“ an der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, im folgenden: MGR/SBG, mit Berichten und persönlichen Informationen halfen. Die Autorinnen möchten sich ebenfalls bei den Damen und Herren bedanken, die uns verantwortungsvoll die Berichte der Betroffenen in die deutsche Sprache übersetzten.

¹² Voix et visage (Bulletin de A.D.I.R.), Mai-Juin, Nr. 250. S. 4. Bericht der Michèle Agniel Moet über ihren Besuch in Chojna am 5.6.1995. Michèle Jeanne Marie Agniel, geb. Moet kommt aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Ihre Familie war aktiv im Widerstand tätig. Sie verteilte Flugblätter und beherbergte geflohene Kriegsgefangene sowie englische und amerikanische Flieger. Am 28.4.1944 wurden sie und ihre Eltern durch die französische Polizei verhaftet und sofort an die Gestapo übergeben. Ihr Vater, der während der Deportation der Familie nach Deutschland „in Weimar-Buchenwald aussteigen mußte“, ist dort im KZ verhungert. Sie und ihre Mutter kamen am 21.8.1944 in Fürstenberg, im KZ Ravensbrück an. Sie waren unter denjenigen, die eine Nummer ab 57.000 erhielten und über

Hanna Krzewska und Michèle Agniel Moet äußern Gedanken und Gefühle, die auch andere Häftlingsfrauen bewegt haben mögen, als sie im Herbst 1944 in das Außenlager Königsberg/Neumark des KZ Ravensbrück verschleppt wurden. 58 Jahre nach den Ereignissen unternahmen die Autorinnen den Versuch, eine möglichst genaue, wenn auch unvermeidlich lückenhafte Darstellung der Geschichte dieses Außenlagers zu geben, um dazu beizutragen, das damals Geschehene für die Nachwelt zu rekonstruieren. Dieses Bild ist gänzlich anders als jenes, das Fritz Suhren, Kommandant des Konzentrationslagers Ravensbrück, gezeichnet hatte. Seiner Darstellung zufolge wären die „Umstände(n) entsprechend in etwa gut“ gewesen. Mit dieser Aussage vor dem Militärgericht in Rastatt am 2. Februar 1950 wollte sich Suhren zweifellos seiner Verantwortung entziehen.¹³

Erschwert wurde das Vorhaben dadurch, daß nur wenige Dokumente und Materialien aus jener Zeit überliefert sind. Die wichtigste Quellengruppe bilden daher schriftliche und mündliche Berichte von Zeitzeugen, von denen die meisten nicht mehr am Leben sein dürften und andere nicht auffindbar oder in einer Verfassung sind, die ihnen nicht mehr erlaubt zu sagen oder zu schreiben, als sie erlebten. Die älteste vorliegende Beschreibung der Bedingungen im Lager trägt das Datum vom 20. Dezember 1944. Das Schriftstück, verfaßt in französischer Sprache, hatte Dr. Landolt, Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes Genf, am 3. Januar 1945 als Anlage zu einer Note an das Amt des Zentral-Komitees des Roten Kreuzes eingereicht.¹⁴ Es gibt Anhaltspunkte dafür, so berichtet Michèle Agniel Moet, [10:] daß dessen Informationen von französischen Häftlingen stammten. Offenbar hatten diese Kontakt zu französischen Kriegsgefangenen in Königsberg, die die Informationen weiterleiteten. Zudem sind Aussagen von ehemaligen Häftlingen, SS-Männern der Wachmannschaften und Aufseherinnen ausgewertet worden, die im Rahmen von Justizverfahren nach dem zweiten Weltkrieg entstanden.¹⁵ Über das Außenlager Königsberg liegen einige wenige Publikationen vor, sie behandeln es bruchstückhaft und aus unterschiedlichen Perspektiven.¹⁶

Wir möchten in diesem Aufsatz Fragen nach der Anzahl und der Herkunft der Frauen, die in die Neumark verschleppt wurden, nach den Arbeitsbedingungen auf dem Flugplatz und nach den Lebensumständen im Außenlager Königsberg sowie nach ihren Schicksalen beantworten. Unser Anliegen stieß

Torgau nach Königsberg/Nm verschleppt wurden. Michèle Agniel Moet hat im Januar 2002 ihren Leidensweg für die Autorinnen des Beitrages geschildert.

¹³ Vgl. Französisches Militärgericht in Rastatt 1950 gegen Suhren und den Leiter des Arbeitseinsatzes“ des KZ Ravensbrück Oberscharführer Hans Pflaum, in: Rastatt-Prozeß, eingesehen in Sammlungen MGR/SBG, Bestand des Ministeriums der sozialen Angelegenheiten, der Volksgesundheit und der Umwelt, Brüssel, 31. Square de l'Abiation, im folgenden: Rastatt-Prozeß, Zeugenaussage von Frau Germaine H. am 20.2.1950.

¹⁴ Archiv du Comité International de la Croix Rouge (CICR) Genève, G 44 13-19 unpubl. Die in der Note als weitere Anlagen angekündigten Listen von Angehörigen der Internierten in Ravensbrück sowie von der seit Ende Oktober 1944 nach Königsberg-Flugplatz deportierten Franzosen sind nicht überliefert, im folgenden: Note. Weitere zeitgenössische Dokumente sind eine Revier- sowie eine Innendienstliste vom Oktober/November 1944. Sie beinhalten Namen der in Königsberg/Nm erkrankten Häftlinge, in: Biblioteka Norodowa Warszawa, Hanfschriftenabteilung, Wanda Kiedrzyńska, Archiv Ravensbrück, akc. 12013/3, im folgenden: Revierliste bzw. Innendienstliste.

¹⁵ Genannt seien hier nur einige ausgewählte Verfahren: Rastatt-Prozeß. Die Vorermittlungen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg. In: IV 409 AR-L 135/72 gegen die Aufseherin Sofie Danischewski sowie gegen unbekannte SS-Männer und gegen den Lagerkommandanten des KZ Ravensbrück Fritz Suhren. Darin auch abgeheftet Unterlagen weiterer Strafverfahren, u. a. des Landesgerichtes in Dortmund aus dem Jahre 1951, 10 Js 166/49, im Zusammenhang mit der Anschuldigung gegen die Aufseherin des Außenlager, Königsberg/Nm Danischewski. Des weiteren äußerten sich zu Königsberg/Nm Johann Schwarzhuber, Schutzhaftlagerführer im KZ Ravensbrück, bei seiner Vernehmung am 13. März 1946 in Minden, Sammlungen MGR/SBG; RA Bd. 34. Ber. 608 und der ehemalige Lagerkommandant Fritz Suhren in seiner eidesstattlichen Aussage in Paderborn im April 1946, die während des Rastatt-Prozesses hinzugezogen wurde.

¹⁶ Vgl. vorläufige Verzeichnis. Verzeichnis der Haftstätten. Eine kurze und aussagekräftige Beschreibung gibt Wanda Kiedrzyńska: Ravensbrück kobiecego obozu koncentracyjnego, Warszawa 1965 (Deutsche Übersetzung in Auszügen im BStU-ZA, AV/74, Bd. 1/2, Akte 5, Bl. 19, 31. In dem von Erika Buchmann zusammengetragenen Material wurde in verschiedenen Berichten auf das Lager in Königsberg/Nm verwiesen: Sammlungen MGR/SBG, u. a. RA Bd. 11. Ber. I, Bd. 15, Ber. 3. Neben anderen Kommandos und Lagern wird Königsberg/Nm beschrieben in: Christian Bernadac: Kommandos de femmes: III. Ravensbrück, Editions France-Empire, 1973. Französische Frauen in Ravensbrück, hg. von der Vereinigung ehemaliger Ravensbrück-Häftlinge Verband der Deportierten und Internierten der Résistance, 1965, deutsche Übersetzung.

bei den Überlebenden, mit denen sich Kontakte herstellen ließen, auf lebhaft Zustimmung und viel Unterstützung. Es weckte auch Erwartungen, die sich nicht alle erfüllen lassen. Zahlreiche Hinweise gingen uns vor allem von ehemaligen polnischen und französischen Häftlingen zu.

Kriegsverlauf, Flugplatz und Zwangsarbeit

1945 lebten in Königsberg/Nm (heute Chojna, Wojewodschaft Szczecin) 6.276 Einwohner. Im nord-östlichen Teil der Mark Brandenburg gelegen, gehörte Königsberg zum Regierungsbezirk Frankfurt/Oder und war das Verwaltungszentrum des gleichnamigen Kreises. Zu ihm zählten 1939 acht Städte und 97 Landgemeinden mit insgesamt 94.502 Einwohnern.¹⁷ Vier Kilometer südlich der Stadt lag ein Flugplatz mit der Bezeichnung Königsberg/Nm. Zum Zwecke der Tarnung innerhalb des Funkverkehrs erhielt er den Decknamen „Fuggerhaus“.

[11:] Bevor die Entscheidung über die Örtlichkeit und Lage eines zentralen Flugplatzes Königsberg/Nm – offensichtlich 1938/39 – getroffen wurde, hatte die Luftwaffe 1935/36 einen Fliegerübungsplatz bei Mohrin, zwölf Kilometer südlich von Königsberg, geplant. Schon während des Baues des Standortes Mohrin waren bei Manövern dort etwa 127 Militärflugzeuge gelandet.¹⁸ Der später eingerichtete Zentrale Flugplatz Königsberg/Nm unterstand dem Luftgaukommando II und zählte zur Kategorie Friedensstandort und Einsatzhafen (E-Hafen), da er schon vor dem Krieg genutzt wurde und als E-Hafen ein befestigtes Hallenvorfeld sowie Versorgungsmöglichkeiten aufwies, u. a. einen Bahnanschluß. Der Platz hatte eine ovale Form mit einer Rollfeldringstraße und einer unbefestigten Startbahn. Das Personal zählte über 1.000 Mann.¹⁹ Beschaffenheit und Funktion des Flugplatzes waren mit einer Vielzahl ähnlicher im Deutschen Reich vergleichbar.²⁰

Der Flugplatz Königsberg gehörte sicherlich nicht zu den strategisch bedeutendsten Standorten der deutschen Luftwaffe, doch in den Mittagsstunden des Tages, an dem Deutschland Polen überfiel, wurde er bereits in die Kriegshandlungen einbezogen. Die III. Gruppe des Kampfgeschwaders 27 (III. KG 27) war vom etwa 500 Kilometer entfernten Delmenhorst bei Bremen nach Königsberg verlegt worden. Bis Mitte September 1939 flog das Geschwader mit über 30 zweimotorigen Bombern vom Typ Heinkel He 111 Einsätze gegen Polen.²¹

Im November 1939, der Feldzug gegen Polen war beendet, und das eroberte Gebiet diente als Truppenübungsplatz fernab der nicht eröffneten Front im Westen, wechselte die Flugzeugführerschule des Flieger-Ausbildungsregiments 12 ihren Standort. Sie zog von Münster/Handorf nach Königsberg/Nm um.²² Ab 1942 firmierte sie unter der Bezeichnung „Höh. Flieg. Ausb. Kdo. 3“ (Höheres Flieger-Ausbildungs-Kommando 3). Ein Zeitzeuge berichtete 1975 während einer Befragung zum Feldflugplatz Dünhof bei Rutenberg, daß er auf der Flugfeldführerschule in Königsberg/Mohrin als technischer Prüfer für Motor-Segelflugzeuge ausgebildet worden sei. Während des Schulbetriebes seien die zum zentralen Flugplatz gehörenden drei „Arbeitsplätze“ Märkisch-Friedland, Mohrin und Gabbert, die als E-Häfen ausgewiesen waren, zusätzlich genutzt worden, um den [12:] Flugplatz Königsberg/Nm zu entlasten.²³ 1943 erfolgte die Verlegung der Flugzeugführerschule nach Prenzlau.²⁴

Im Verlauf des Krieges erhielt der Flugplatz Königsberg/Nm weitere Funktionen und Aufgaben. Die Entwicklung an der Ostfront hatte nach den Schlachten von Stalingrad und Kursk auch die

¹⁷ Vgl. Die Mark Brandenburg. Vierteljahresheft, Heft 20, Berlin 1996, S. 20.

¹⁸ Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv, im folgenden: BLHA, Rep. 3B, Reg. Frankfurt/Oder, Abt. I S, Nr. 5 unp.

¹⁹ Wir danken den Herren Axel Klätte, René Millert und Manfred Zundel für ihre Unterstützung. Ohne ihre großzügig zur Verfügung gestellten Informationen und Hinweise könnten Details über den Flugplatz Königsberg/Nm hier nicht genannt werden.

²⁰ Vgl. Karl Ries/Wolfgang Dierich: Fliegerhorste und Einsatzhäfen der Luftwaffe, Stuttgart 1993, S. 13 ff., 43.

²¹ Ulf Balke: Der Luftkrieg in Europa, Teil 1, Koblenz 1989, S. 43, 39 ff.

²² Karl Ries, Deutsche Flugzeugführerschulen 1919-1945, Stuttgart 1988, S. 116.

²³ Märkisch-Friedland Pommern, 75 Kilometer östlich von Stargard, Mohrin, Gabbert/Pommern, 44 Kilometer östlich von Stargard. Vgl. Ries/Dierich, Fliegerhorste.

²⁴ Vgl. BStU-ZA, BV Neubrandenburg, BdL, Nr. 162, Bl. 8. Vgl. auch Georg Tessin: Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939-1945, Bd. 3, Osnabrück 1974, S. 256.

Unterlegenheit der deutschen Luftwaffe deutlich gemacht. Die Luftangriffe der Alliierten auf das Reichsgebiet, die sich ab Februar 1944 zur Vorbereitung der Invasion insbesondere gegen Werke der Flugzeugindustrie richteten, schwächten die Luftwaffe nachhaltig. Die Bildung des *Jägerstabes* im März 1944 sollte die Luftwaffe aus der angespannten Krise herausführen. Im Mittelpunkt des Konzeptes stand die Reduzierung der Flugzeugtypen im Interesse der Luftverteidigung. Angestrebt wurde eine Umorientierung der Luftrüstung auf die „Sicherstellung der Jägerfertigung“²⁵, d. h. die Einschränkung der Fertigung von Bombern zugunsten einer Erhöhung der Produktion von Jagdflugzeugen. Tatsächlich konnte im Vergleich zum Vorjahr 1944 die Produktion dieser Flugzeuge von 11.738 auf 28.926 Stück erhöht werden.²⁶

Diese Entwicklung blieb für den Fliegerhorst Königsberg/Nm nicht ohne Folgen. Der Flugplatz und seine Einrichtungen, die lange Zeit außerhalb der Reichweite der gegnerischen Kräfte lagen, wurden für Lehrgänge zur Aus- und Weiterbildung genutzt, die allgemein drei bis vier Wochen dauerten. So fand z. B. im Juni 1944 ein spezieller Lehrgang für Kommandeure von Jagd- und Zerstörerverbänden statt, der sich mit Methoden der Bekämpfung angloamerikanischer Verbände viermotoriger Maschinen befaßte.

Das in Königsberg/Nm stationierte II. Zerstörer Geschwader 26 (ZG 26) wurde im Frühjahr und Sommer 1944 vor allem zur Verteidigung gegen die amerikanischen Angriffe auf Treibstoff- und Flugzeugwerke eingesetzt. Mit seinen Me 410-Maschinen sollte es vor allem im norddeutschen Raum operieren, besonders das Hydrierwerk Stettin-Pölitz schützen und auch an der Luftverteidigung der immer häufiger bombardierten Reichshauptstadt teilnehmen.²⁷ Auf dem Standort Königsberg/Nm befanden sich am 7. Juni 1944 vom Zerstörergeschwader 26 der [13:] Stab und die Gruppen I und II mit insgesamt 79 Flugzeugen des Typs Me 410, davon waren 44 Maschinen einsatzbereit²⁸.

Der Verlauf des Luftkrieges und die hohen eigenen Verluste an fliegendem Personal veranlaßten die Luftwaffenführung jedoch zu der Entscheidung, im August 1944 die Kampf- und Zerstörergeschwader aufzulösen. Die Flugzeugführer wurden in Schnellverfahren zu Jagdfliegern umgeschult. Eine Fotografie – wahrscheinlich aus der zweiten Hälfte des Jahres 1944 – zeigt ein vor einer Flugzeughalle in Königsberg stehendes Jagdflugzeug Typ Focke-Wulf 190. An der Front der Halle ist ein Bild mit einem direkt auf den Betrachter zufliegenden US-Bomber vom Typ B-17 „Flying Fortress“ zu sehen.²⁹ Dieser tagtägliche Anblick sollte offenbar die Motivation der Piloten ausrichten. Auf diese neue Aufgabe könnte auch die im September oder Oktober 1944 erfolgte Umbenennung der Einrichtung in „Verbands-Fliegerschule des Generals der Jagdflieger“³⁰ hindeuten.

Offensichtlich entsprachen die Abmessungen des Flugplatzes nicht mehr den veränderten Anforderungen. Für den Ausbildungsbetrieb, aber auch für spätere Fronteinsätze wurde eine verlängerte Start- und Landebahn benötigt. Damit beginnt die Geschichte des erweiterten Einsatzes von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und Konzentrationslager-Häftlingen in Königsberg. Unter ihnen waren auch 100 italienische Militärinternierte – die entgegen den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung an einer militärischen Einrichtung eingesetzt wurden. Es ist bisher unbekannt, aus welchem Grund sie im Oktober 1943 hierher kamen und welche Arbeiten sie verrichteten.³¹

Im September 1944 wurden Männer, die im Zusammenhang mit dem Warschauer Aufstand inhaftiert worden waren, aus dem Durchgangslager Pruszkowie Koło nach Königsberg gebracht. Dort hätten sie, berichtete einer von ihnen, Erdarbeiten verrichten müssen, die der Vergrößerung des Flugplatzes

²⁵ Vgl. BArch, 501/II. Film 80090, Nr. 42a. Erlaß (Geheim) des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches vom 4.3.1944.

²⁶ Vgl. Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. III, Berlin 1996, S. 166.

²⁷ Vgl. Werner Girbig: ... mit Kurs auf Leuna. Die Luftoffensive gegen die Treibstoffindustrie und der deutsche Abwehreininsatz 1944-1945, Stuttgart 1980.

²⁸ Vgl. Alfred Price: Luftschlacht über Deutschland, Stuttgart 1974, S. 145.

²⁹ Foto, Privatbesitz.

³⁰ Vgl. Tessin, Bd. 14, S. 286. Hier wird der 8. Oktober ab Zeitpunkt der Umbenennung angegeben, in anderen Quellen September 1944.

³¹ Vgl. Eichholtz, Kriegswirtschaft III, S. 282 ff.

dienten.³² Häftlingsfrauen des Konzentrationslagers Ravensbrück bezeugten die Anwesenheit französischer Kriegsgefangener.³³ Wahrscheinlich existierte auch ein abseits der anderen Lager befindliches „Russenslager“.

Welche Institution oder Verwaltung die Häftlinge aus Ravensbrück anforderte, konnte bisher nicht geklärt werden. In Nachkriegsdokumenten findet sich mehrfach der Vermerk, die Frauen hätten unter dem Kommando einer OT-[14:]Bauleitung gearbeitet.³⁴ Möglich ist auch, daß das OKL einen Antrag an das WVHA richtete, um Frauen aus Ravensbrück für den Ausbau des Flugplatzes zu erhalten. Eine Abkommandierung von Frauen aus dem Konzentrationslager Ravensbrück und von Männern aus dem angegliederten Männerlager zur Zwangsarbeit auf Flughäfen war nichts Außergewöhnliches. So waren Gefangene aus Ravensbrück zu Arbeiten auf den Flugplätzen Lärz bei Rechlin (Mecklenburg) und Karlshagen I Peenemünde-West (Provinz Pommern) eingesetzt.

Das Lager

Im Herbst 1944 kamen Hunderte Frauen in das von Ravensbrück 80 Kilometer entfernte Außenlager Königsberg/Nm. In der Literatur und in Erlebnisberichten, vor allem der Französischen, wird das Lager auch als „Petit-Koenigsberg“ bezeichnet (was mitunter dahin mißverstanden wurde, daß es sich um zwei verschiedene Lager gehandelt habe). Es war vielmehr eine unter Häftlingen gängige Benennung, die den Standort in der Neumark von der Stadt Königsberg in Ostpreußen unterscheiden sollte.³⁵ Die genaue Lage des Lagers, das sich wahrscheinlich nordwestlich des Flugplatzes befand, konnte trotz vorhandener Beschreibungen und selbst Handskizzen ehemaliger Häftlinge bisher nicht genau bestimmt werden. Agniel Moet, die im Juni 1995 den Ort besuchte, erkannte nach 50 Jahren das Terrain nicht wieder. Die vermutete Fläche war bei einer Begehung durch die Autorinnen im August 2001 mit Gras bewachsen. Dort vorgefundene Fundamentreste könnten auch von Überbauten durch die sowjetischen Militäreinheiten stammen, die das Gelände später nutzten.³⁶

Auch der Tag der Inbetriebnahme des Außenlagers kann bis heute nicht exakt benannt werden. Einen Anhaltspunkt könnte eine überlieferte Revierliste des Lagers geben, deren erste Eintragung über Krankheitsfälle von Häftlingen das Datum vom 20. Oktober 1944 trägt.³⁷ In dem Anhang der schon erwähnten Note wurde vermerkt, daß die Französischen in Holzbaracken untergebracht seien, die vordem [15:] zu einem Kriegsgefangenenlager gehört hätten.³⁸ Dafür existiert aber keine Bestätigung aus anderer Quelle. Denkbar wäre auch, daß die Baracken bereits vor Ankunft der Frauen aus Ravensbrück erbaut und von anderen Zwangsarbeitern genutzt worden waren. Die für ein Konzentrationslager vorgeschriebenen Sicherheitsvorkehrungen könnten kurzfristig geschaffen worden sein.

Um Lage und Aufbau des Lagers zu rekonstruieren, bleiben die Erinnerungen der einstigen Häftlinge fast der einzige Anhaltspunkt.³⁹ Eine sehr detaillierte Beschreibung samt einer Zeichnung des Lagers stammt von Magdalena N. Sie war während der gesamten Zeit ihres Zwangsaufenthaltes in Königsberg

³² Vgl. Schriftlicher Bericht von Zdzisław Fijałkowski vom 19.9.2000.

³³ Vgl. BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. V, Bl. 533, Vernehmung der Marie R. am 5.5.1972 (deutsche Übers.). Ebenda, Bl. 591, Zeugenvernehmung Halina B. vom 10.8.1971: Während der Auflösung des Lagers seien zwei französische Kriegsgefangene durch SS-Männer getötet worden.

³⁴ Vgl. Sammlungen MGR SHG, Bd. 15, Ber. 3, 7., Bd. 17, Ber. 49, 69, Bd. 19, Ber. 161, 169. Die Organisation Todt (OT) übernahm während des Krieges auch Bauaufgaben der Wehrmacht. Albert Speer hatte nach dem Tod Fritz Todts im Jahre 1942 dessen Nachfolge als Reichsminister für Bewaffnung und Munition angetreten. 1943 übernahm er ebenfalls die Leitung der Organisation Todt.

³⁵ Vgl. Kiedrzyńska, Ravensbrück, Bl. 19. Bernadac, Kommandos, S. 177. Anise Postel-Vinay erwähnt in ihrem Schreiben an die Autorin vom Juli 2001, daß das Außenlager Königsberg/Nm von den ehemaligen französischen Häftlingen Klein-Königsberg genannt wird. Siehe dazu auch den Artikel von Guyotat in: *Materiaux pour l'histoire de notre camp*. Association des amis de la BDIC et du Musée, № 2, avril/juin 1985, S. 71 ff.

³⁶ Am 29. August 2001 besichtigte E. Schwarz mit Unterstützung des Direktors der Kommunalverwaltung in Chojna, Herrn Leszek Matusak, das 510,7 Hektar große Gelände des ehemaligen Flugplatzes Königsberg/Nm. S. auch Bericht von Michèle Agniel Moet vom 5.6.1995.

³⁷ Vgl. Revierliste.

³⁸ Vgl. Note. S. auch Bernadac, Kommandos, S. 182, hier wird ebenfalls die Unterbringung von Kriegsgefangenen erwähnt.

³⁹ Vgl. Berichte von Alicja Gawlikowska vom 4.5.2001. S. auch Bericht von Hanna Krzewska vom 13.6.2001.

zum „Innendienst“ befohlen, hatte Strohsäcke auszubessern, fuhr in die Stadt, um Verpflegung zu holen und mußte Wege innerhalb des Lagers ebnen. So besaß sie die Möglichkeit, sich im Lager täglich und über Monate hinweg zu bewegen und zu orientieren. Im Mai 1971 gab sie zu Protokoll:

„Das Lager Königsberg war mit einem doppelten Stacheldrahtzaun umzäunt. Ein Draht davon war elektrisch aufgeladen ... Wachtürme gab es in unserem Lager nicht. Innerhalb der Umzäunung befanden sich ca. 10 Baracken, die zum Teil dicht nebeneinander, wie eine Doppelbaracke, zusammengefügt waren ... Links vom Eingangstor, außerhalb des Lagers, befand sich die Wache, die sich in die Männer- bzw. in die Frauenwache aufteilte. Ihr gegenüber, also rechts, war in einer Baracke die Nähstube untergebracht, und ein Teil dieses Gebäudes diente als Magazin für die Wachmannschaft. Wenn man in das Lager hinein kam, befand sich zur rechten Hand ein befestigter Weg, der zu Häftlingsbaracken führte. Der linke Weg vom Eingangstor war dagegen ungepflastert und bei Regenzeiten sehr morastig. Diesem Weg schlossen sich ebenfalls Baracken an. Erwähnen möchte ich noch, daß jeweils neben den Eingangstüren zu den einzelnen Baracken sich das Zimmer der jeweiligen Blockältesten befand. Bei den Baracken handelt es sich um Holzbaracken, die alle einstöckig waren. Die Betten waren überwiegend einzeln aufgestellt, lediglich in der Baracke, wo die Französischen untergebracht waren, ... waren 2-stöckige Betten aufgestellt. Während der Nachtzeit war das Lager durch normale Lampen am Stacheldrahtzaun beleuchtet. ... Das Eingangstor des Lagers wurde immer verschlossen gehalten und vor der Nähstube stand ein kleines Schilderhäuschen, das der Wachposten bei schlechtem Wetter benutzte. Außer der Nähstube befanden sich keine Werkstätten im bzw. am Lager.“⁴⁰

Neuere Skizzen des Lagers stimmen mit dieser Darstellung nicht vollständig überein. Weitere Quellen geben darüber Auskunft, daß die französischen, deut-[16:]schen und englischen Häftlinge die Blöcke Nr. 8, 11 und 14, die russischen Frauen den Block 15 und die polnischen Häftlinge die Blöcke 9, 10 und 13 belegten.⁴¹

Die Häftlingstransporte nach und von Königsberg/Nm

Eine namentliche Erfassung aller in Königsberg inhaftierten Frauen sowie Angaben über die Dauer ihres Aufenthaltes scheiterten an der schlechten Quellenlage. „Überstellungslisten“, die im Hauptlager ausgestellt wurden, sind ebensowenig überliefert wie andere amtliche Schriftstücke der SS-Verwaltung. Demgegenüber liegen aber Berichte von Überlebenden vor, die den Weg ihrer Verschleppung nachzeichnen. Aufgrund des langen Zeitraums, der zwischen dem Erleben und dem Erinnern anlässlich von Befragungen liegt, differieren die Angaben über Daten und Details zuweilen erheblich.

Die größte Gruppe der Häftlingsfrauen, die in die Neumark „überstellt“ wurde, stammte aus dem besetzten Polen. Deren Mehrzahl war mit dem „Sondertransport Nr. 105“ am 8. Oktober 1944 als erste nach Ravensbrück gekommen. Die namentliche Liste ist überliefert.⁴² Eine Polin beschrieb, stellvertretend für ihre Leidensgenossinnen, ihren Weg so: „Ich wurde während des Warschauer Aufstandes am 30.9.1944 festgenommen und nach Pruszków überführt. Am 2.10.1944 wurde ich zusammen mit meinem Mann und meiner Tochter in einen Transport tief nach Deutschland deportiert. Nach Ankunft in Neuengamme trennte man uns von den Männern. Frauen und Kinder wurden in das KL Ravensbrück eingeliefert. ... Nach Ablauf von einigen Tagen wurde ein Transport von ca. 500 Personen organisiert und in das Nebenlager Königsberg-Neumark an der Oder verschickt.“⁴³ Dieser Transport muß Königsberg um den 20. Oktober erreicht haben, wie der erste Eintrag in der Revierliste belegt.

Eine Gruppe französischer Häftlinge war vermutlich zum gleichen Zeitpunkt in Königsberg eingetroffen. Ein Großteil von ihnen kam aus einem Transport von 600 bis 700 Frauen, der am 15. August

⁴⁰ BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. IV, Bl. 373.

⁴¹ Vgl. Revierliste. S. auch Bernadac, Kommandos, S. 152.

⁴² Vgl. Anm. 11.

⁴³ BArch Lu, AR-L 135/72, Bd. V, Bl. 583. Zeugenvernehmung Marianna R. vom 31.5.1971. Ihre 16jährige Tochter befand sich ebenfalls in dem Transport nach Königsberg/Nm. Frau Marianna R. wurde im Oktober wegen TBC in das Hauptlager zurückgeschickt. Mutter und Tochter trafen sich nach Auflösung des Lagers Königsberg/Nm in Ravensbrück wieder und wurden beide danach in das Außenlager Retzow/Rechlin verschleppt.

1944 Frankreich verlassen hatte und am 21. August in Ravensbrück angekommen war.⁴⁴ Marie R. schildert, wie sie in diesen Transport gelangte: „Ich wurde am 3. Mai 1944 von der Gestapo festgenommen-[17:]men, in Fresnes im Schloß von Romainville interniert und dann am 15. August nach Deutschland gebracht. Nach einer Quarantänezeit kam ich in das Nebenlager Torgau an der Elbe, wurde aber wegen Arbeitsverweigerung und Sabotage nach Ravensbrück zurückverlegt und von dort aus, etwa Mitte Oktober, nach Königsberg an der Oder gebracht. Ich gehörte damals zu einem Häftlingstransport, der sich aus 250 Französischen zusammensetzte.“⁴⁵ Genauere Angaben ließen sich nicht ermitteln.

Etwa 50 Russinnen, einige Deutsche und eine Holländerin konnten als Insassen des Königsberger Außenlagers namentlich ermittelt werden. Es blieb aber ungeklärt, wann die russischen Häftlinge nach Königsberg kamen. Dem Bericht einer Polin zufolge sollen sie schon vor Eintreffen der Polinnen dort gewesen sein.⁴⁶ Andere Quellen weisen aus, daß auch Tschechinnen und Jugoslawinnen in dieses Außenlager verbracht worden waren.

Häftlinge berichteten auch von drei „Engländerinnen“, die im Lager gefangen gehalten worden seien. Tatsächlich waren Denise Bloch, zuvor im französischen Widerstand tätig, Lilian Rolfe, aus Südafrika kommend, und Violette Scabo, Halbfranzösin, Tochter eines Autohändlers aus Brixton, 29, 30 und 23 Jahre alt, mit einem Transport aus Torgau nach Ravensbrück und dann nach Königsberg verschleppt worden. Sie wurden unter den Codenamen „Ambroise“, „Nadine“ und „Louise“ geführt und waren als Mitglieder der englischen Geheimorganisation *Special Operations Executive* (SOE)⁴⁷ auf französischem Boden Mitte 1944 in Gefangenschaft geraten und nach Ravensbrück transportiert worden. In der Revierliste ist vermerkt, daß sich Liliane Rolfe im November und Dezember 1943 sowie im Januar 1944 wegen Herzbeschwerden in ärztliche Behandlung begeben mußte.⁴⁸ Denise Bloch, die auch als Danielle Williams geführt wurde, war mehrmals wegen einer Wunde am Fuß im Innendienst eingesetzt worden.⁴⁹ Das Schicksal der in der SOE zu Funkerinnen ausgebildeten Denise Bloch und Lilian Rolfe sowie von Violette Scabo, die zweimal von der SOE in Frankreich eingesetzt worden war, beschrieb Johann Schwarzhuber, SS-Obersturmführer während seiner [18:] Vernehmung am 13. März 1946 in Minden. Er war im Januar 1945 aus dem Konzentrationslager Auschwitz nach Ravensbrück versetzt und dort als Schutzhaftlagerführer eingesetzt worden. Ihm sei von der Geheimen Staatspolizei befohlen worden, die drei Frauen in das Hauptlager zurückzubeordern. In Anwesenheit des Lagerkommandanten Suhren, des seit 1943 verantwortlichen Standortarztes, Hauptsturmführer Dr. Richard Hans Trommer, und weiterer SS-Offiziere seien die drei Frauen am 27. Januar 1945 gegen Abend durch Genickschüsse getötet worden.⁵⁰

⁴⁴ Vgl. Les 57.000. Liste der 57.000, zusammengestellt von Germaine Tillion auf der Grundlage u. a. von mündlichen Berichten Überlebender. Sie rekonstruierte die Namen der Französischen, die mit diesem Transport in Ravensbrück eintrafen und 57.000er Nummern erhielten. Die Liste liegt den Autorinnen vor. S. auch Tillion, Frauenkonzentrationslager, S. 339. Eine Chronik der Ereignisse von ihrer Deportation in das KZ Ravensbrück bis zu ihrer Befreiung in Königsberg/Nm liegt in dem Tagebuch von Liliane Lowenstein (Levèvre) vor, das sie während ihrer Haft geführt hatte und überliefert ist.

⁴⁵ BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. V, Bl. 531, Zeugenaussage Marie R. In Torgau mußten die Häftlingsfrauen in der Heeresmunititionsanstalt arbeiten. Das Außenlager Torgau war verwaltungsmäßig dem KZ Buchenwald unterstellt. Eine namentliche Aufstellung der aus dem „Arbeitslager Torgau“ am 6.10.1944 nach Ravensbrück zurückgeführten Häftlinge, s. Sammlungen MGR/SBG, RAI/4-2. Die aus Torgau nach Ravensbrück verbrachten Frauen bekamen im Stammlager eine neue Häftlingsnummer, die in den 75.000er lagen. Die Mehrzahl von ihnen wurde dann nach Königsberg/Nm überstellt, s. Schreiben von Madame Postel-Viney an E. Schwarz vom 16.7.2001.

⁴⁶ Vgl. BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. IV, Bl. 398, Zeugenaussage Maria S. am 26.4.1971.

⁴⁷ Die SOE bestand von Juli 1940 bis zum Frühjahr 1946. Sie hatte während dieser Zeit ca. 9.000 Agenten ausgebildet, die in zahlreichen Ländern zum Einsatz gekommen waren. Die Organisation verfolgte das Ziel, den deutschen Faschismus zu bekämpfen. Vgl. The Illustrated London News, May 22, 1948, p. 572 f.; M.R.D. Foot: SOE. The Special Operations Executive 1940-46, Mandarin Paperbacks, London 1993.

⁴⁸ Vgl. Revierliste, S. 2, 5.

⁴⁹ Vgl. Innendienstliste, S. 3, 7.

⁵⁰ Vgl. Sammlungen MGR/SBG, RA Bd. 34, Ber. 608. Schwarzhuber bestätigte die Hinrichtung noch einmal in seiner Vernehmung am 15.8.1946 vor einer englischen Ermittlungskommission.

Angaben über die Gesamtzahl der im Außenlager Königsberg inhaftierten Frauen liegen nicht vor und lassen sich auch aufgrund der vorliegenden Informationen nicht errechnen. In der Beilage 2 der Note an das Zentralkomitee des Roten Kreuzes vom 3. Januar 1945 wurde vermerkt, daß 500 Deportierte verschiedener Nationalität gefangengehalten würden.⁵¹ Wanda Kiedrzyńska gibt 900 Polinnen sowie 250 Französinen, Russinnen und Jugoslawinnen an.⁵² Zeugen, die während der Ermittlungen durch die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg aussagten, nannten ebenfalls unterschiedliche Häftlingszahlen, die sich zwischen 400 und 1.000 bewegen.⁵³ Fritz Suhren erwähnte in einer Erklärung zur Verlagerung des Konzentrationslagers Ravensbrück und seiner Außenlager, es hätten sich im Lager Königsberg 800 weibliche Häftlinge befunden.⁵⁴

Im Ergebnis der Untersuchung aller zur Verfügung stehenden Dokumente und Unterlagen konnten die Autorinnen die Namen von etwa 600 inhaftierten Frauen des Außenlagers Königsberg ermitteln.

Die Bewachung

In Außenlagern, in denen weibliche Häftlinge untergebracht waren, wurden im allgemeinen SS-Männer für die äußere und Aufseherinnen für die innere Bewachung und alle organisatorischen Aufgaben eingesetzt. Letztere hatten vor allem für einen reibungslosen Arbeitseinsatz der Häftlinge zu sorgen. Das gesamte Personal unterstand dem Hauptlager Ravensbrück und wurde von dort entlohnt.⁵⁵

Die genaue Anzahl und die Namen der SS-Männer, die in Königsberg Dienst taten, sind nicht überliefert. Ehemalige Häftlinge und Aufseherinnen erinnern sich an [19:] einen SS-Unterführer namens Fischer, der als Lagerführer fungiert haben soll. Eine Polin beschrieb ihn: „Ich weiß nur, daß der Leiter des Nebenlagers ein etwa 45 Jahre, vielleicht sogar 50 Jahre alter, großer, eher schlanker SS-Mann war, den wir ‚Scyzoryk‘ (Taschenmesser) nannten“.⁵⁶

Josef K., Angehöriger der Wachmannschaft, sagte während der Vorermittlungen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen als Zeuge zu seinem Einsatz im Lager Königsberg aus. 1944 hatte sich der 36jährige, vorher Flaksoldat der Luftwaffe, zur Waffen-SS überstellen lassen. Dieser Wechsel war nicht ungewöhnlich. Zu diesem Zeitpunkt bestand ein allgemeiner Mangel an Aufsichtspersonal, besonders in den Außenlagern. Um die Bewachung der Häftlinge zu gewährleisten, wurden aus der Wehrmacht „untaugliche“ Soldaten sowie „Volksdeutsche“ angeworben und eingesetzt. Zweifellos sind dem auch die 53 Unteroffiziere und 300 Soldaten der Luftwaffe zuzuordnen, die der Kommandantur des Konzentrationslagers Ravensbrück am 1. September 1944 zugewiesen wurden.⁵⁷ K. will, als er den Häftlingstransport nach Königsberg begleitete, weitere Luftwaffenangehörige erkannt und später im Lager ehemalige Luftwaffenangehörige angetroffen haben. Er gab an, als Posten am Lagertor im sog. Schilderhäuschen eingesetzt gewesen zu sein und nur einige Male Häftlinge bei der Arbeit bewacht zu haben.⁵⁸ Ob und inwieweit auch Personal des Flugplatzes zeitweilig Wachaufgaben übernahm, ist

⁵¹ Vgl. Note.

⁵² Vgl. Kiedrzyńska 1965, deutsche Übers.

⁵³ Vgl. BArch Lu. AR-Z 135/72, Bd. IV. Bl. 369, 407, Bd. V, Bl. 605.

⁵⁴ Vgl. BArch Lu. AR 1492/66, dort entnommen aus: JAG 225, Bl. 216-222 Affidavit von Fritz Suhren, 22.7.1946.

⁵⁵ Eine Abhandlung über das Bewachungspersonal im Haupt- und in den Nebenlagern des Konzentrationslagers Ravensbrück gibt Irmtraud Heike: „... da es sich ja lediglich um die Bewachung der Häftlinge handelt ...“, in: Bergen-Belsen, Ravensbrück, hg. von Claus Füllberg-Stollberg u. a., Bremen 1994. Vgl. auch BStU-ZA AV 8/74, Bd. 1/2, Bl. 237. Schreiben der Verwaltung des KL Ravensbrück an die Kommandantur des KL Lublin vom 25.2.1944, betr. Dienstgrade für Aufseherinnen.

⁵⁶ BArch Lu. AR-Z 135/72, Bd. IV, Bl. 402, Zeugenaussage von Halena W. Vgl. auch Ebenda, Bd. V. Bl. 606 Schlußvermerk. Weder während der Vorermittlungen durch die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg noch durch intensive Recherchen der Autorinnen konnten weitere Informationen zur Person des Fischer zusammengetragen werden. Sowohl von ehemaligen Häftlingen als auch vom Zeugen Josef K. wird erwähnt, daß Fischer nach dem Verlassen des Außenlagers Königsberg und seiner Ankunft in Ravensbrück standrechtlich erschossen worden sei.

⁵⁷ Vgl. BArch, NS4/Hi, Nr. 21.

⁵⁸ Vgl. BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. II. Bl. 218 ff. Zeugenaussage von Josef K. Er war zuerst im KZ Buchenwald. kam dann nach Ravensbrück. Nach seinem Einsatz im Außenlager Königsberg wurde K. von Ravensbrück an die Front bei Berlin geschickt.

bisher ungeklärt. Auch die genaue Anzahl der im Außenlager Königsberg eingesetzten Aufseherinnen ließ sich bislang nicht bestimmen. Nach Schätzungen von Häftlingen waren zwischen fünf und 20 Aufseherinnen tätig, von denen vier identifiziert werden konnten. Zudem vermögen sich ehemalige Häftlingsfrauen noch nach Jahrzehnten einzelner Aufseherinnen genau zu erinnern und können diese oft gut beschreiben, waren sie doch ihr tagtägliches Gegenüber und verkörperten die feindliche und toddrohende Macht in jeder Stunde des Tages.

Als „Oberaufseherin“, „Kommandoleiterin“ oder „Kommandoführerin“ wird Wilhelmine Pielen, genannt Mimi Pielen, erwähnt. Nach einer namentlichen Aufstellung über die Lohn- und Gehaltsempfänger des Konzentrationslagers Ravensbrück wurde Pielen vom 13. November 1942 bis zum 24. April 1945 als Aufseherin besoldet.⁵⁹ Bevor sie nach Königsberg abkommandiert wurde, be-[20:]kleidete sie im Außenlager Neubrandenburg die gleiche Funktion.⁶⁰ Sie ist vor allem einer polnischen Ärztin, die in Königsberg in der Krankenbaracke arbeitete, im Gedächtnis geblieben. Am 6. Dezember 1945 beschrieb Wieslawa Z. unter der Überschrift „Einige Worte über das Konzentrationslager Königsberg-Neumark (Filiale von Ravensbrück)“ mit den Augen einer Medizinerin die katastrophalen Verhältnisse: „Kommandoführerin Pielen, ungefähr 36-jährig, gut abgerichtet im Zentrallager, war rasend. Ein Satans-Weib, ... welches von mir lächelnd die Nachrichten über Todesfälle von Häftlingen entgegen nahm. Todesfälle, an denen nur sie schuldig war, durch Nichtausgeben von Arzneien und Verbandsmaterial, welches für unsere Abteilung von Ravensbrück vorgesehen war, von nicht ausreichend Heizmaterial für das Hospital (sog. Revier), für die mit 41° Temperatur liegenden kranken Häftlinge.“⁶¹ Wilhelmine Pielen starb am 15. Juli 1948 in Mönchengladbach und konnte somit zu keinen weiteren Ermittlungen zu ihrer Person und über das Außenlager herangezogen werden.⁶²

An den Namen „Zofia (Sofie)“ erinnern sich Häftlinge ebenfalls. Gemeint war zweifellos Sofie Daniczewski, eine 24jährige Aufseherin. Alicja B. beschreibt sie wie folgt: „Sie war stark gebaut, eine kleine Blondine mit blauen Augen und roten Backen im Gesicht; sie konnte damals einige Jahre über 20 gewesen sein. ... Mir blieben vier von ihnen (Aufseherinnen. d. A.) im Gedächtnis. u. a. die Aufseherin mit dem Vornamen Zofia, insbesondere deswegen, weil sie mich zweimal empfindlich schlug.“⁶³ Sofia Daniczewski wurde laut „Liste der Lohn- und Gehaltsempfänger“ vom 23. Oktober 1944 bis zum 24. April 1945 als Aufseherin geführt.⁶⁴ Sie wurde am 2. Juli 1949 von einem französischen Militärgericht in Rastatt in Abwesenheit zum Tode verurteilt, weil – so die Begründung des Urteils – sie während ihrer Tätigkeit in Königsberg besonders französische Häftlinge so geschlagen und mißhandelt habe, daß diese an den Folgen verstarben.⁶⁵ Das Urteil wurde nicht vollstreckt, da die sich in Dortmund aufhaltende Daniczewski nicht ausgeliefert wurde. Mit demselben Tatbestand beschäftigte sich auch das Landgericht Dortmund. Mit Beschluß vom 22. Oktober 1951 wurde das Verfahren jedoch wegen Mangels an Beweisen eingestellt.⁶⁶ Im Zusammenhang mit den durch die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen geführten Vorermittlungen wegen [21:] NS-Verbrechen im Lager Königsberg/Nm wurde laut Beschluß vom 10. April 1973 das Ermittlungsverfahren gegen Sofie Daniczewski wegen fehlender Identität und weil neues und weiterführendes Beweismaterial nicht beigebracht werden konnte, eingestellt.⁶⁷

⁵⁹ Vgl. Sammlungen MGR/SBG, Bd. 39, Ber. 893, S. 17, im folgenden: Namentliche Aufstellung.

⁶⁰ Das bestätigte Anni H., geb. Sch., ehemalige Aufseherin im Außenlager Neubrandenburg während einer Vernehmung vor dem Polizeikreisamt Calbe am 14.12.1949. Vgl. Sammlungen MGR/BSG, RA Bd. 39, Ber. 894.

⁶¹ BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. 1, Bl. 19 (deutsche Übers.).

⁶² Vgl. Ebenda, Bd. V, Bl. 601.

⁶³ Ebenda, Bd. IV, Bl. 408. Aus der Zeugenvernehmung von Alicja B. vom 11.5.1971. (Übers.)

⁶⁴ Vgl. Namentliche Aufstellung, S. 89.

⁶⁵ Vgl. BArch Lu, 135/72, Bd. V, Bl. 618 ff.

⁶⁶ Vgl. Ebenda, Bd. I, Bl. 96 ff. Vgl. auch Ebenda, Bd. V, Bl. 627 ff.; hier wird erwähnt, daß Daniczewski gemeinsam mit sieben Aufseherinnen einen Zug mit französischen Häftlingen nach Königsberg begleitet habe. Dieser Hinweis sowie das Datum über den Beginn der Besoldung von Sofia Daniczewski könnten weitere Anhaltspunkte zur Bestimmung des genauen Zeitpunktes der Ankunft der Frauen in Königsberg sein.

⁶⁷ Vgl. Ebenda, Bd. V, Bl. 62 ff. S. auch Ebenda, Bd. V, Bl. 608. Schlußvermerk. Mit fehlender Identität ist die mögliche Verwechslung mit der nicht aufgespürten und nicht belegten Aufseherin Anni Sch. gemeint. In dem

Auch die beiden ehemaligen Aufseherinnen Liselotte Sch. geb. G., und Erna J., geb. H., damals 23 und 24 Jahre alt, wurden im Verlauf von Ermittlungen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen als Zeugen befragt. Liselotte Sch. war Mitte 1944 dienstverpflichtet worden. Sie kam aus einem Betrieb der „Ruhchemie“. Nach vier Wochen im Hauptlager Ravensbrück, wo sie als Aufseherin ausgebildet wurde und ihre Aufgabe darin bestanden hatte, Häftlinge am Lagertor in Empfang zu nehmen und sie zu Arbeitsstellen außerhalb des Lagers zu führen, erfolgte ihre Versetzung in das Außenlager Königsberg. Während ihrer Zeugenvernehmung am 31. Oktober 1968 äußerte sie sich mit keinem Wort über die Lebensbedingungen der Häftlinge. Auskunft gab sie u. a. darüber, daß insgesamt fünf Aufseherinnen in Königsberg eingesetzt gewesen wären.⁶⁸

Erna J. schilderte am 13. Dezember 1968 während ihrer Vernehmung als Zeugin, wie sie, 24jährig, Aufseherin in einem Konzentrationslager wurde. Ihr Werdegang war keine Ausnahme. Bis Oktober 1944 hatte sie, damals noch unverheiratet, in den Dortmund-Hörder-Hütten-Werken gearbeitet. Nach Freistellung durch den Betrieb vermittelte sie das Arbeitsamt als Aufseherin in das Konzentrationslager Ravensbrück. Dort wurde sie kurze Zeit ausgebildet und meldete sich sodann freiwillig für das Außenlager Königsberg. Über ihren Auftrag gab sie zu Protokoll: „Die damaligen Insassen wurden hauptsächlich auf dem in der Nähe liegenden Fliegerhorst mit Erdarbeiten beschäftigt. Die einzelnen Arbeitsgruppen, die jeweils von einer Aufseherin bewacht wurden, waren ungefähr 200 Personen stark. Wenn wir die Gruppen zur Arbeit führten, waren die weiblichen Aufsichtskräfte unbewaffnet, wie wir überhaupt nie Waffen trugen. Wenn es sich um größere Arbeitsgruppen handelte, wurden diese hin und wieder auch von männlichen SS-Bewachern begleitet, die dann einen Karabiner trugen.“⁶⁹ Magdalena N. erwähnte, daß zeitweilig zur Unterstützung der planmäßigen Aufseherinnen weibliche Wehrmachtangehörige, sog. Blitzmädel, die zum Personal des Flugplatzes gehörten, zur Beaufsichtigung eingesetzt worden seien.⁷⁰ Alles in allem besteht [22:] kein Zweifel, daß das Wachpersonal des Außenlagers Königsberg durch andere Kräfte verstärkt worden ist.⁷¹

Arbeitsbedingungen und Lebensumstände der Häftlinge

Geweckt wurden die Gefangenen ab 4 Uhr morgens. Noch im Dunkeln, vor Arbeitsantritt, standen sie im Freien stundenlang Appell. Danach rückten sie in Kommandos zu ihren Arbeitsstätten aus. Alle Tätigkeiten, die die Frauen verrichten mußten, zielten darauf ab, den Flugplatz für die Luftwaffe einsatzfähig zu halten. Die Mehrzahl der Frauen wurde für die Erweiterung der Start- und Landebahn eingesetzt. Diese Gruppe bezeichnen ehemalige Häftlinge als „Plateau-Kommando“. Dessen Arbeiten hätten zivile deutsche Meister und Vorarbeiter angeleitet. Wind und eisige Kälte auf der ausgedehnten Freifläche verlangten den Frauen besondere Anstrengungen ab. Sie hatten wie Vieh Pflüge zu ziehen, den Erdboden zu lockern und die so gewonnenen quadratischen Erdbatzen mit bloßen Händen an andere Stellen zu schaffen, um sie dort wieder einzusetzen und so einen Untergrund zu schaffen, der als Landebahn dienen konnte. Waren die Futterrüben von den Feldern, von denen der Erdboden gewonnen wurde, noch nicht abgeerntet, mußte eine andere Frauengruppe diese – wiederum mit bloßen Händen – aus der gefrorenen Erde herausreißen und die vereisten Blätter entfernen.⁷²

Schriftstück wird erwähnt, daß S. Daniczewski 1945 wegen Goldhandels und Schwarzmarktgeschäften nach Ravensbrück in den Strafbunker gekommen sei. Aus dem KZ Ravensbrück sei sie dann geflohen und in englische Kriegsgefangenschaft gelangt.

⁶⁸ Vgl. BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. I, Bl. 40 ff. Besoldet wurde Liselotte G. vom 20.9.1944-24.4.1945, s. Namentliche Aufstellung, S. 69. Das Spruchkammerverfahren erfolgte 1948.

⁶⁹ BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. I, Bl. 65. S. auch Ebenda, Bl. 63 f. Erna H. wurde vom 23.10.1944-24.4.1945 durch das Stammlager als Aufseherin besoldet, vgl. Namentliche Aufstellung, S. 91.

⁷⁰ Vgl. BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. IV, Bl. 370. Als „Blitzmädel“ wurden die Nachrichtenhelferinnen bezeichnet.

⁷¹ Es ist nicht Aufgabe dieses Aufsatzes, die weiteren Wege der SS-Männer und der KZ-Aufseherinnen nach dem Mai 1945 darzustellen. Bekannt ist von Liselotte G., Ema H. und Sofie Daniczewski, daß sie kurz nach Beendigung des Krieges mit weiteren Aufseherinnen des ehemaligen KZ Ravensbrück in das Internierungslager Neuengamme eingeliefert wurden. Vgl. Sammlungen MGR-SBG, RA Bd. 40, Ber. 901.

⁷² Aus dem Bericht von Michèle Agniel Moet vom Januar 2002. Siehe auch: BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. IV, Bl. 398. Zeugenvernehmung von Maria S. am 28.4.1971. Vgl. Französische Frauen in Ravensbrück, S. 204, s. dort Anm. 11 (deutsche Übers.).

Die Arbeiterinnen des „Wald-Kommandos“ wurden gezwungen, zu den Arbeitsstätten einen kilometerweiten Fußmarsch in ihrem hölzernen Schuhwerk zurückzulegen, wodurch Verletzungen und Verwundungen entstanden. Vor Ort hatten sie Baumstümpfe und Wurzeln auszugraben sowie Stämme zu entästen, die zuvor Kriegsgefangene gefällt hatten. Frauen wurden auch zu Erdarbeiten beim Straßenbau sowie zur Errichtung von Hangars herangezogen.⁷³ Das „Schnee- und Eiskommando“, das wintersüber für die Funktionstüchtigkeit des Flugplatzes zu sorgen hatte, bekam an einem Morgen die Aufgabe – der Schneepflug war ausgefallen – den Schnee auf der Start- und Landebahn festzutreten. Nach einigen Durchgängen quer über das Flughafengelände hatten die Frauen eine so feste Schneedecke getreten, daß Flugzeuge starten und landen konnten.⁷⁴ Im „Bau-Kommando“, berichtete eine Polin, hätte sie mit ungefähr 50 Kameradinnen unter Aufsicht von zivilen Meistern innerhalb von zwei Monaten eine Baracke errichtet. [23:] Später wären sie am Bau von Flugzeughallen beteiligt.⁷⁵ Andere Häftlinge waren am Bahnhofsknotenpunkt des Flughafens eingesetzt, wo sie gelegentlich Waren verluden.⁷⁶ Von einzelnen Aufgaben abgesehen, gab es in Königsberg nur Kommandos, in denen Frauen Schwerstarbeiten leisten mußten, die unter anderen Umständen nur kräftigen Männern zugemutet wurden. Die ehemalige Aufseherin Erna H. sagte aus, daß an den Arbeitsorten zur Verständigung zwischen den Gefangenen und dem Aufsichtspersonal aus der Gruppe der Häftlinge Dolmetscher eingesetzt wurden, die an den körperlichen Arbeiten nicht haben teilnehmen müssen.⁷⁷

Die Frauen arbeiteten von Montag bis mindestens Sonntag vormittag. In hölzernen Tonnen bekamen sie die im Lager zubereitete wäßrige Suppe an die Arbeitsplätze gebracht, die dort oft kalt ausgeteilt wurde. Für einen Tag mußten eine Scheibe Brot, etwas Margarine und zwei Mal ein halber Liter Kräutertee oder Malzkaffee ausreichen. War die Arbeit nach Einbruch der Dunkelheit in den späten Abendstunden beendet, standen die Gefangenen nach ihrer Rückkehr in das Lager wieder Appell.

Die Frauen schliefen in den Baracken auf ein- und mehrstöckigen Holzpritschen, oft zu zweit auf einer Pritsche, mit schmutzigen und mit Papier gestopften Strohsäcken, ohne Bettzeug und oft ohne Decken. Die Toiletten befanden sich außerhalb der Baracken in einem gesonderten Block. Nur wenn Frauen es schafften, etwas Holz vom Arbeitsplatz mitzubringen oder Teile ihrer Lattenroste der Bettstellen zu zerlegen, konnten sie für wenige Stunden ihre Unterkünfte notdürftig beheizen. In der Regel herrschte hier jedoch eine unerträgliche Kälte, die oft die Barackenwände mit Eis beschlagen ließ.

Die Verbindung zur Außenwelt bestand für die übergroße Mehrheit der Häftlinge einzig dadurch, daß sie Briefe oder Karten vor allem an ihre Familien schreiben konnte. Krystyna Z. stellte der Gedenkstätte Ravensbrück einen Brief zur Verfügung, den sie im Dezember 1944 aus dem Lager Königsberg an ihre Großmutter und die Familie geschrieben hatte. Darin bat sie um Übersendung eines Paketes mit Lebensmitteln, das fünf Kilogramm schwer sein dürfe, und teilte mit, daß sie selbst nur einen Brief im Monat schreiben könne.⁷⁸

Wer sich den Anweisungen der Bewacher nicht fügte, den Anforderungen an die Arbeitsleistung nicht nachkam oder zu fliehen versuchte, wurde bestraft. Sadistische Praktiken der Aufseherin Wilhelmine Pielen gegenüber Häftlingen beschrieb die Ärztin Wiesława Z. Während des Appellstehens hätte die Aufseherin die dürtig bekleideten Häftlingsfrauen mit kaltem Wasser übergossen und kranke Häftlinge mit ihren beschlagenen Soldatenstiefeln getreten. Bei kleinsten Vergehen habe sie die Häftlinge hungern lassen, indem sie ihnen das Mittagessen entzog. Bei Fluchtversuchen wären die erneut Gefangenen in eine für Strafzwecke vorgesehene unbeheizte Zelle gesperrt worden. Sie befahl, daß zu bestrafende Frauen vor ihrem Büfenster tagelang – außer des Nachts – in militärischer Haltung

⁷³ Vgl. Bernadac, Kommandos. S. 184.

⁷⁴ Vgl. Bericht Hanna Krzewska vom 1.12.1998: siehe auch Helène Maspero: A la mémoire de Nanouk, in: Voix et visage.

⁷⁵ BArch Lu, AR-Z 135/73, Bd. IV, Bl. 402. Zeugenvernehmung Helena W. am 30.4.1971.

⁷⁶ Vgl. Bericht Wanda Szatkowska an die Autorinnen vom 1.5.2001.

⁷⁷ Vgl. BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. I, Bl. 64. Vernehmung Erna J.

⁷⁸ Kopie des Briefes, übergeben an die Gedenkstätte Ravensbrück durch Krystyna Z.-B. mit Schreiben vom 16.8.2000. Krystyna Z.-B. teilte in diesem Brief der Familie außerdem mit, daß sich ihre Mutter ebenfalls im Lager Königsberg/Nm befinde.

stehen mußten.⁷⁹ Gegenstand einer ergebnislosen Ermittlung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg war u. a. ein durch Häftlinge beobachtetes Tötungsverbrechen, begangen von einem SS-Wachmann. Eine Frau, die ihren Arbeitsplatz verlassen hatte, um sich einen Krautstrunk zum Verzehr zu holen, wurde erschossen.⁸⁰

Die kalorienarme Kost, dazu die schwere körperliche Arbeit unter extremen Witterungsbedingungen schwächten den gesundheitlichen Zustand der Frauen permanent. Erkrankte, arbeitsunfähige Häftlinge wurden in der Krankenbaracke untergebracht. Wiesława Z. berichtete am 6. Dezember 1945: „Revier – der Traum aller Häftlinge – liegen, obwohl im kalten, schlecht beheizten Saal in Etagenbetten, obwohl unter nur einer Decke, obwohl nackt, aber liegen und nichts denken. Irgendwie wenig konnte ich meinen Mitgenossinnen helfen, durch organisierte Zahl von Plätzen im Revier, einer ungezählten Anzahl von Schwerkranken. Nicht oft konnte ich die eiternden Wunden behandeln, mangels Verbände oder durch Tropfen von Desinfektionsmitteln, alles vorenthalten durch die Kommandoführerin Pielien.“⁸¹ Die Norwegerin Sylvia Salvesen, im Stammlager Ravensbrück im Revier eingesetzt, beschrieb 1947 eine Begegnung mit dieser Ärztin, die sie verabschiedet hatte, als man Wiesława Z. in das Lager Königsberg abkommandierte. Später hörte sie „von grauenhaften Dingen, die selbst uns, die wir einiges gewohnt sind, unbegreiflich erscheinen“. Die Medizinerin war einige Male nach Ravensbrück gekommen, um Medikamente für die Versorgung der Kranken in Königsberg zu holen und hatte bei dieser Gelegenheit Sylvia Salvesen ihre Eindrücke aus dem Außenlager mitgeteilt.⁸²

Gemein am mit der polnischen Ärztin wurden die Kranken von der französischen Ärztin Maria de Peretti, geb. de la Rocca, betreut. 1902 in einer bekannten korsischen Familie geboren, wurde sie von ihren ehemaligen Kameradinnen als eine zierliche, eher verschlossene, aber von starkem Charakter geprägte Frau beschrieben, die oft das Unmögliche für die Kranken tat. Sie überlebte nicht. Im Revier arbeitete zeitweilig auch die Französin Yvonne Kocher, genannt Nanouk, eine [25:] tiefgläubige und unbegrenzt hilfsbereite Kameradin. Sie wurde in den letzten Tagen der Existenz des Außenlagers von ihren Peinigern erschossen. Von den in der Krankenbaracke arbeitenden Schwestern sind die ammen von Berthe Lankowitz, einer Polin, und Tonia, einer Russin, überliefert.⁸³

Die in den Außenkommandos tätigen Häftlingsärzte und Häftlingspfleger hatten offensichtlich keinen gesonderten Status. Gerhard Maurer, Leiter der Abteilung D II im WVHA, erläuterte in einem Schreiben vom 14. April 1944 allen Kommandanten der Konzentrationslager, daß Ärzte und Krankenpfleger zur notwendigen Zahl der für den internen Lagerbetrieb eingesetzten Lagerkräfte gehören würden. Sie seien den betreffenden Rüstungsfirmen in Rechnung zu stellen.⁸⁴

Auskunft über den Krankenstand im Lager geben die überlieferte Revierliste und eine Aufstellung der für den Innendienst abkommandierten Häftlinge. Die sechs Seiten umfassende Revierliste enthält numerierte Eintragungen über den Tag der Aufnahme und der Entlassung aus der Krankenbaracke, die Häftlingsnummer, die Nummer des Blocks, in dem der Häftling untergebracht war, das Geburtsdatum und den Namen des Häftlings, eine Fieberwerte und die Diagnose seiner Krankheit. Die Eintragungen beginnen mit der Einweisung von zwei Häftlingen am 20. Oktober 1944 und enden mit der

⁷⁹ Vgl. BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. I, Bl. 20 f Bericht Z.

⁸⁰ Vgl. Ebenda, Bd. V, Bl. 610, Schlußvermerk.

⁸¹ Ebenda, Bd. I, Bl. 20.

⁸² Vgl. Sylvia Salvesen: *Tilgi – men glem ikke* (Vergebt – doch vergeßt nicht), Oslo 1947, S. 164 ff. Sylvia Salvesen, Frau eines Osloer Arztes, war im Juli 1943 in das KZ Ravensbrück verschleppt worden. Sie arbeitete dort im Revier. Nach dem Krieg sagte Sylvia Salvesen als erste Zeugin am 5. Dezember 1946 vor einem britischen Militärgericht in Hamburg im „Ravensbrück-Prozeß“ gegen Mitglieder der SS und gegen Aufseherinnen des KZ Ravensbrück aus. S. dazu Sammlungen MGR/SBG, RA Bd. 18, Ber. 126c.

⁸³ S. Schreiben Anise Postel-Vinay vom 16.1.2002 an die Autoren und den Bericht von Michèle Agniel Moet vom Januar 2002. Helène Maspero: *A la mémoire de Nanouk. La libération du camp de Koenigsberg-sur-Oder*, in: *Voix et visage*, jul/oct. 1985, S. 4 ff. Über eine Zahnärztin Halina Sadkowska oder einen polnischen Zahnarzt konnten keine weiteren Informationen zusammengetragen werden. BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. V, Bl. 608.

⁸⁴ Vgl. BArch, NS4/Bu, Nr. 229. Schreiben des Chefs des Amtes D II des WVHA, Maurer, an die Kommandanten der Konzentrationslager vom 14.4.1944, betr. Berechnung der Häftlingsärzte und der Häftlingspfleger bei Außenkommandos.

Eintragung vom 31. Januar 1945. Im Verlaufe dieser 103 Tage wurden 329 Eintragungen vorgenommen. Darunter waren 41 Frauen, die zwei- oder mehrfach in das Revier eingeliefert worden waren. Pro Tag wurden mindestens drei Neueingänge notiert. Die jüngste Patientin war 13 Jahre alt, die Älteste 61. Im Durchschnitt lagen 35 Häftlinge im Revier. Ihr Aufenthalt dauerte ca. elf Tage. Die Frauen litten vor allem an Erkältungskrankheiten wie Grippe, Angina und Bronchitis (43 Prozent), unter Abszessen, Ödemen, Furunkeln (16 Prozent), und an Magen- und Darmkrankheiten (12 Prozent), aber auch an allgemeiner Körperschwäche (6 Prozent), Herzbeschwerden (5 Prozent), Rheuma, Ischias, Lumbago (4 Prozent) sowie an TBC, Typhus, Gallenkoliken (14 Prozent). Nachgewiesen sind für den 10. Dezember 1944 sowie für den 12., 13. und den 14. Januar 1945 vier Sterbefälle im Revier. Eine Überlebende gab im Oktober 1971 zu Protokoll, daß verstorbene Häftlinge in der Nähe des Lagers begraben worden seien.⁸⁵ Der Ort der Beisetzung ist bisher unbekannt.

[26:] Ein Eintrag in der Revierliste besagt, daß am 19. November 1944 31 Kranke zurück in das Stammlager verlegt wurden.⁸⁶ Ob es sich um einen reinen Krankentransport handelte oder ob an diesem Tag noch weitere Häftlinge nach Ravensbrück „überstellt“ wurden, ist nicht geklärt.⁸⁷ In der Regel wurden Kranke durch gesunde Häftlinge aus dem Stammlager ersetzt, so daß die vereinbarte Anzahl der Arbeitskräfte wieder erreicht wurde.

Geschwächte und kranke Häftlinge, die nicht bettlägerig waren, aber auch nicht auf dem Flugplatz arbeiten konnten, wurden zum Innendienst kommandiert. Die Eintragung der im Innendienst beschäftigten Frauen in eine Liste⁸⁸ beginnt mit dem 20. November 1944 und endet am 30. Januar 1945. Diese zwölfseitige Aufstellung enthält Datum, Häftlingsnummer, Blocknummer, Name, Befund und Dauer des Innendienstes. Die Auflistung weist insgesamt 647 Eintragungen aus. Während in den ersten 41 Tagen bis zum 30. Dezember 1944 264 Namen verzeichnet waren, betrug die Zahl der vom 1. bis 31. Januar 1945 zum Innendienst Eingeteilten 383. Im Durchschnitt befanden sich täglich neun Häftlinge im Innendienst. Aus der Revierliste, aus der Aufstellung des Innendienstes sowie aus weiteren Quellen geht darüber hinaus hervor, daß einige Frauen während ihres Aufenthaltes im Lager Königsberg im vierten oder einem höheren Monat schwanger waren.⁸⁹

Neue Qualen und Befreiung

In ihren geheimen Tagesberichten schätzte die Wehrmachtführung die Lage an der Front um Königsberg/Nm Anfang Februar 1945 als nicht entschieden ein.⁹⁰ Die Kämpfe in diesem Raum zwischen der Wehrmacht und der Roten Armee waren erbittert, ihr Ausgang hatte strategische Bedeutung für den weiteren Vorstoß der Roten Armee auf Berlin. Für das Außenlager Königsberg hatte das Herannahen der Front unmittelbare Auswirkungen. Während seiner Vernehmung im April 1946 im Internierungslager Paderborn sagte Fritz Suhren, daß das WVHA ihm Anfang 1945 die Anweisung erteilt hätte, die Häftlinge der Außenlager in Frontnähe in das Stammlager Ravensbrück zurück zu verlegen. Es hätte sich dabei um [27:] ca. 4.000 Häftlinge der Lager Kallis, Stargard, Königsberg, Eberswalde, Finow und Grüneberg gehandelt.⁹¹

⁸⁵ Vgl. BArch Lu, AR-Z 135/72, Bl. 578. Zeugenaussage Irina M.-K.

⁸⁶ Vgl. Revierliste.

⁸⁷ Vgl. Note. Dort ist vermerkt, daß 46 Häftlinge nach ca. einem Monat nach Ravensbrück zurückgekehrt seien. Es könnte sich um einen Transport handeln, zu dem auch die 31 nachgewiesenen kranken Häftlinge gehörten.

⁸⁸ Vgl. Innendienstliste. Revier- sowie Innendienstliste waren durch die Ärztin Wiesława Z. eigenhändig vom Original abgeschrieben, ausgefertigt und überprüft worden. Das bezeugte sie am 25.1.1947 in Hamburg.

⁸⁹ Vgl. Note. Dort wird erwähnt, daß Jeannette Verdier im 6. Monat schwanger sei. Stanisława T., die mit dem „Sondertransport Nr. 105“ aus Warschau in das KZ Ravensbrück kam und gemeinsam mit ihrer Schwester nach Königsberg/Nm deportiert wurde, war zu dieser Zeit ebenfalls schwanger. Vgl. Schreiben Stanisława T. vom August 2000 an die Autorinnen.

⁹⁰ Vgl. Geheime Tagesberichte der deutschen Wehrmachtsführung, Bd. 12., 1.1. bis 9.5.1945, Osnabrück 1984, Tagesmeldung vom 7.2.1945, S. 136.

⁹¹ Vgl. Eidesstattliche Aussage Suhrens im April 1946 in Paderborn. Abgelegt in: Rastatt-Prozeß. Ein genauer zeitlicher Ablauf der Evakuierung aller genannten Außenlager konnte bis jetzt noch nicht nachgewiesen werden. S. dazu Simone Erpel: Einführung, in: Delia Müller/Madlen Lepschies: Tage der Angst und der Hoffnung, Berlin 2000, S 20 f.

Die militärische Situation um Königsberg machte jedoch eine „geordnete Evakuierung“ des Außenlagers in der Neumark nicht mehr möglich. Bereits in der Nacht zum 31. Januar 1945 war von deutscher Seite der Befehl ergangen, einige der sich auf dem Flugplatz befindlichen Gebäude zu sprengen. Kurz danach flohen die Besatzung des Flugplatzes und mit ihr die SS-Bewachung des Außenlagers. Michèle Agniel Moet beschreibt den für die Häftlingsfrauen erhebenden Augenblick: „Am 1. (Februar 1945 – d. A.) waren alle unsere Bewacher abgehauen. Man hörte die Kanonen. Die Russen waren nicht weit. Erst zögernd, dann mit immer größerer Kühnheit streiften alle, die laufen konnten, durch die deutschen Gebäude und nahmen alles mit, was sie brauchen konnten. Zwei Tage lang hat das Lager die wiedergewonnene Freiheit gefeiert.“⁹²

Der Zustand war jedoch nicht von langer Dauer. Schon am 2. oder 3. Februar – der genaue Zeitpunkt konnte bisher nicht bestimmt werden – erschienen erneut Einheiten der Wehrmacht und der SS, die die Frauen wieder gefangen nahmen. Die Angst und Enttäuschung der Häftlinge müssen unvorstellbar gewesen sein.

Von da an gestaltete sich das weitere Schicksal der Häftlinge des Außenlagers wechselvoll und nicht einheitlich. Eine große Gruppe wurde nach Ravensbrück zurück geschickt. Für diese Frauen brachte es erneute Qualen und Todesangst. Die Zahl der von Königsberg aus in Richtung Hauptlager geschickten Frauen kann nicht exakt angegeben werden. Unbekannt sind auch der Verlauf der von ihnen zurückgelegten Strecke und die benutzten Transportmittel. Einige berichten, daß sie über zehn Tage unterwegs gewesen seien. Andere erinnern sich, einen Teil des Weges zu Fuß, den Rest in Viehwagons zurückgelegt zu haben. Entkräftete Frauen, die das Marschtempo nicht mithalten konnten, seien von ihren Bewachern unterwegs erschossen worden, unter ihnen Yvonne Kocher.⁹³

Die Frauen, die das Hauptlager erreichten, waren völlig ausgemergelt. Eine Norwegerin, Sunneva Sandoe, erinnerte sich kurz nach ihrer Befreiung an die damals Angekommenen und beschreibt diese als aeme, abgeehrte Gerippe, die nicht mehr in der Lage waren, sich zur Untersuchung in den Revierblock zu schleppen.⁹⁴ [28:] Diejenigen Frauen aus Königsberg, die sich noch auf den Beinen halten konnten, wurden zu weiteren Arbeiten außerhalb Ravensbrücks gezwungen, einige in das 22 Kilometer entfernte Neustrelitz abkommandiert, um dort mit 100 anderen Häftlingen Panzergräben auszuheben.⁹⁵ Andere wurden in das Außenlager Rechlin gebracht. Dort erwarteten sie auf dem Flugplatz Lärz der Erprobungsstelle der Deutschen Luftwaffe ähnliche Arbeiten wie in Königsberg. Helena Woźniak erinnerte sich: „Die Lagerverhältnisse in diesem Nebenlager waren noch schlimmer als in Königsberg/Nm, infolge Überbelegung der Baracken. Eine Pritsche für vier Personen bestimmt, es fehlte an Nahrungsmitteln, so daß wir täglich nur eine Mahlzeit erhielten, die aus einer kleinen Schüssel Suppe aus Wasser und Winterkohl bestand. Die Arbeit war sehr schwer; wir trugen in das Lager Rundholz aus dem 12 km vom Lager entfernten Wald.“⁹⁶

Einige Frauen, die im Hauptlager verblieben, kamen aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes in das Krankenrevier und hatten das Glück, mit einem Transport vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes nach Schweden evakuiert zu werden.⁹⁷ Andere fanden, wie wahrscheinlich auch Maria de la Peretti, in der vermutlich Anfang 1945 errichteten Gaskammer des Konzentrationslagers den Tod.

⁹² Michèle Agniel Moet: *Retour au Petit-Koenigsberg*, S. 3. Vgl. auch Bernadac, S. 195 ff. S. auch Bericht Wanda Szatkowska vom 23.11.2000. Hélène Maspero: *La libération du camp de Koenigsberg-sur-Oder*.

⁹³ Josef K. berichtet in seiner Vernehmung, daß er diesen Transport begleitet habe. Vgl. BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. III, Bl. 220. Ebenda Bd. IV, Bl. 399; Bericht Maria S.; vgl. auch Zeugenaussage Germaine H. am 20.2.1950 im Rastatt-Prozeß.

⁹⁴ Vgl. Sandoe, Sunneva: *Og dog er det sandt (Und doch ist es wahr)*, Aarhus 1945, S. 92 f.

⁹⁵ Vgl. BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. III, Bl. 298. Aussage Agnes Sch. vom 7.4.1971.

⁹⁶ BArch Lu, AR-Z 135/72, Bd. IV, Bl. 403. Aussage von Helena W. Vgl. auch Heinrich Roß: *Das Barackenlager zu Retzow*, Retzow 2000, S. 11 f.

⁹⁷ Insgesamt wurden ungefähr 7.000 Häftlinge aus dem KZ Ravensbrück durch die Aktion „Bernadotte“ noch vor Eintreffen der Roten Armee befreit. Vgl.: Simone Erpel: *Rettungsaktion in letzter Minute. Die Befreiung von Häftlingen aus dem Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück durch das IKRK, das Dänische und Schwedische Rote Kreuz.*, in: *Ich grüße Euch als freier Mensch. Quellenedition zur Befreiung des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück im April 1945*, hg. von Sigrid Jacobeit, Berlin 1995, S. 22-79.

Einer Gruppe von 138 Häftlingen blieb der Rücktransport nach Ravensbrück erspart. Es waren 68 Polinnen, 52 Französinen, 15 Russinnen, zwei Deutsche und eine Holländerin. Sie galten der SS wegen ihrer Krankheiten und Schwäche als nicht mehr transportfähig. 91 dieser 138 Häftlinge, so zeigt es ein Vergleich der Namen, waren auf der Revierliste und der Innendienstliste verzeichnet.⁹⁸ Die anderen 47 hatten sich offenbar erfolgreich vor ihren Peinigern versteckt halten können. Obwohl die SS während der Räumung des Lagers versuchte, die Baracken der Häftlinge abzubrennen, überlebten die Zurückgebliebenen. Michèle Agniel Moet schreibt darüber als Augenzeugin: „Um sich in Klein-Königsberg vor dem Feuer zu retten, sind die Häftlinge ins Freie geflüchtet. Die Stärksten halfen den Schwächsten. An diesem Tag sind mehrere in der Kälte erfroren. Dann hat sich der Wind gedreht. Es begann zu schneien und das Feuer wurde wie durch ein Wunder gelöscht. Das Revier war von den Flammen verschont geblieben. wir nahmen alle darin Zuflucht.“⁹⁹

[29:] Am 5. Februar wurden die Häftlinge und mit ihnen die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, die sich noch auf dem Flugplatz befunden hatten., durch die Rote Armee befreit. Der Weg in die Heimatorte der Frauen war unterschiedlich. Nach der Desinfektion des Lagers und einer ersten Versorgung wurden sie in kleinen Gruppen mit Lastkraftwagen der sowjetischen Armee in das Hinterland gebracht. Der letzte Transport verließ Königsberg am 19. Februar 1945. Die schwerkranken Häftlinge wurden in polnischen Krankenhäusern medizinisch versorgt. Einige Französinen kamen um den 15. März in Odessa an, wo ein englischer Truppentransporter sie aufnahm und nach Marseille brachte. Andere wurden von polnischen Familien aufgenommen und mit dem Nötigsten versorgt, um dann in Krankenhäusern zu kommen. Ähnlich erging es polnischen Häftlingen, die vor ihrer Heimkehr in Richtung Warschau von regionalen Krankenhäusern zur medizinischen Versorgung aufgenommen wurden.¹⁰⁰

Die Zeit danach

Fast sechs Jahrzehnte nach der Befreiung ist Chojna eine aufblühende Stadt. Der Flugplatz, der bis Mitte der 90er Jahre von sowjetischen bzw. russischen Einheiten militärisch genutzt wurde und von dem aus bereits im März 1945 sowjetische Flugzeuge zum Einsatz gegen die Festung Küstrin gestartet waren, ist heute teils Industrie-, teils Wohngebiet.¹⁰¹ Kaum jemand im Ort hat Kenntnis davon, daß sich etwa drei Kilometer vom Stadtzentrum entfernt im Winter 1944/1945 für über drei Monate ein Außenlager des Konzentrationslagers Ravensbrück befand. Überlebende der ehemals deutschen Bevölkerung der Stadt, die 1945 ausgesiedelt wurden, zeigen heute wenig Interesse, dieses Kapitel ihrer eigenen Geschichte aufzuarbeiten. Ihr Augenmerk gilt vor allem der Darstellung ihrer „Vertreibung“. Im Unterschied zu den Häftlingsfrauen reflektieren sie die Ereignisse im Februar 1945 nicht als Befreiung. In triumphierendem Ton schrieben sie Jahrzehnte später: Truppen der Wehrmacht „stießen in den nächsten Tagen wieder nach Königsberg/Nm hinein und schafften dort Ordnung, indem sie politisch randalierende Elemente festsetzten und insbesondere die KZ-Weiber des Fliegerhorstes, die sich nach dem Rückzug der Luftwaffe dort befreit hatten, wieder einfingen“.¹⁰²

⁹⁸ Vgl. Spis po 31.1.1945/pozostale po uprowadzenin reszty wiezniarek przez Gestapo, in: Wanda Kiedrzyńska: Archiw Ravensbrück, akc. 12013/3. S. Revierliste.

⁹⁹ Michèle Agniel Moet, vgl. FN 12.

¹⁰⁰ BArch Lu, AR·Z 135/72, Bd. V, Bl. 592 f. Aussage Jadwiga B.vom 29.5.1971. S. Guyotat: La libération du camp de concentration de Koenigsberg/Nm en Neumark, dit petit Koenigsberg, par un témoin, Liliane Lowenstein (dite Levèvre): Tagebuch.

¹⁰¹ Tony Le Tissier: Der Durchbruch an der Oder, 2. Aufl., München 2001, S. 120. Im August 2001 lebten auf dem Gelände des ehemaligen Flugplatzes 1.500 Menschen in Wohneinheiten mit den dazugehörigen Dienstleistungseinrichtungen. Das Gebäude der damaligen Werft, offensichtlich das Gebäude, an dem 1944 das Bild des amerikanischen Bombers B-17 angebracht worden war, beherbergt heute ein Betonplatten-Werk.

¹⁰² Bericht des Landrates des Kreises Königsberg/Neumark, Reuscher, von 1947-1949, ergänzt 1969, in: Der Kampf um Königsberg/Neumark. Flucht und Vertreibung 1945. Eine Dokumentation 1996-1999. Ausgewählt und zusammengestellt von Kurt Speer, Celle 2000, S. 13. Der Bürgermeister von Königsberg/Nm, Flöter wurde, weil er die Stadt ohne Befehl verließ, in Schwedt/Oder [30:] durch ein Standgericht unter Vorsitz von SS-Obersturmbannführer Otto Skorzeny, der die Festung Schwedt halten sollte, verurteilt und „an der ersten Linde vor dem Schloß in Richtung Erdölverarbeitungswerk“ gehängt. Dazu vgl. BStU-ZA RHE-West 273, Bl. 95-104.

[30:] Keine Tafel, keine Blume erinnern daran, daß auf dem Gelände des ehemaligen Flugplatzes Menschen für die Verlängerung des faschistischen Krieges und der Naziherrschaft zu Tode geschunden wurden.

2. Das Außenlager Zichow

Im nordöstlichen Teil Brandenburgs, in der Uckermark, an der Autobahn 11, etwa 20 Kilometer von Prenzlau entfernt, liegt die heute 380 Einwohner zählende Gemeinde Zichow im Amt Oder-Welse. Mitten im Ort steht parallel zur Dorfstraße ein rotes Backsteingebäude, der ehemalige Speicher. Dem Betrachter fallen Vergitterungen der Fenster mit Eisenrohren im ersten sowie Stacheldrahtreste an den Fenstern im zweiten Stockwerk auf. Vor 58 Jahren lebten hier Häftlinge aus dem Konzentrationslager Ravensbrück. Nur wenige der heute in Zichow ansässigen Einwohner können oder wollen sich der Frauen erinnern, die sie fast sieben Monate lang singend zu den Feldern des Grafen von Arnim marschieren sahen und dort oder an anderen Plätzen während der Arbeiten beobachten konnten. Im Gedächtnis blieb der entwürdigende Inhalt des Refrains eines Liedes: „Willst Du froh und glücklich sein, reih’ dich in unsere Reihen ein.“¹⁰³

Die Vorgeschichte dieses Außenlagers ist im einzelnen ebenso unbekannt wie der Tag, an dem es eröffnet wurde und die ersten Frauen hier eintrafen. Jedenfalls geschah das erst im fünften Kriegsjahr. Überlieferte Schriftstücke, die sich zuerst im Brandenburgischen Landeshauptarchiv befanden, 1969 an das Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung abgegeben wurden und Anfang der 90er Jahre in den Bestand der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück zur Aufbewahrung und Nutzung übergangen¹⁰⁴, sind bis heute die einzige Sammlung von Dokumenten, die die innere Funktionsweise eines Außenlagers des Konzentrationslagers Ravensbrück recht genau dokumentieren. Die Akte enthält auf 171 Seiten die Korrespondenz des Kommandoführers mit über zehn Verwaltungsstellen des Hauptlagers. Durch sie läßt sich eine Vorstellung davon gewinnen, welche Arbeiten die Häftlinge verrichten mußten, unter welchen Bedingungen sie in dem Speicher lebten, welche gesundheitlichen Folgen das für sie mit sich brachte. Zugleich gibt das Überlieferte Auskunft darüber, auf welche Weise die Verbindung zwischen einem Außenlager, wie es das sog. Arbeitslager Zichow war, und dem Haupt- oder Stammlager aufrecht erhalten wurde.

Die so gewonnenen Informationen lassen sich durch wenige aus dem Nachkrieg stammende Mitteilungen ergänzen, die Häftlinge selbst über ihren Aufenthalt in [31:] Zichow machten.¹⁰⁵ Weitere Aufschlüsse geben bisher unbeachtete Aktenstücke aus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv. Sie betreffen sowohl den Gutsherrn als auch die Verwendung der Häftlinge in Zichow.¹⁰⁶ So ist es – was in vielen anderen Fällen bereit aussichtslos geworden ist – möglich, dieses Außenlager näher zu untersuchen und es wenigstens zum Teil der Vergessenheit zu entreißen.¹⁰⁷

Geschichtlicher Hintergrund

Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte besaß vor allem in der ostelbischen Landwirtschaft eine lange Tradition. Seit der Jahrhundertwende arbeiteten vor allem Polen und Polinnen saisonweise auf deutschen Gütern und in Einzelwirtschaften als billige Arbeitskräfte. Mit dem Beginn des zweiten Weltkrieges und der Einberufung vieler Bauern und Landarbeiter zur Wehrmacht gewann der Arbeitskräftemangel auf den Gütern und in den Dörfern eine völlig neue Dimension. Immer mehr einheimische Männer fehlten für die täglich anfallenden Arbeiten auf den Höfen, zur Versorgung der Tiere sowie

¹⁰³ Vgl. Interview der Autorinnen mit zwei Einwohnerinnen Zichows am 29.11.2000, im folgenden: Interview. Gedankt sei an dieser Stelle dem Bürgermeister von Zichow, Herrn Ingo Schink, für seine Unterstützung.

¹⁰⁴ Sammlungen MGR/SBG, Bd. 45, Bericht 1030.

¹⁰⁵ Bis jetzt sind nur ein Bericht von Liselotte T., verw. H., in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv, im folgenden: SAPMO Barch, BY 5 V 279, Nr. 72 unpubl. und ein Befragungsprotokoll der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock vom 11.1.1966 der Johanna C., HStU-ZA, ZM 1638, Bd. 1, Bl. 167, bekannt. BLHA, Rep. 37, Gut Zichow.

¹⁰⁷ Weder im Vorläufigen Verzeichnis noch im Verzeichnis der Haftstätten noch im Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1977, Teil I, S. 1786-1852 sowie im Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1982, Teil 1, S. 1572-1579, wird das Außenlager Zichow erwähnt. Hinweise darauf, daß in Zichow Häftlinge eingesetzt worden waren, gibt eine Aufstellung über „Arbeitskommandos des FKL Ravensbrück“, in: Sammlungen MGR/SBG, RA Bd. 11. Ber. 1.

zur Fruchtpflege. In zunehmender Zahl wurden Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter aus den okkupierten Gebieten verpflichtet, auf den Feldern zu arbeiten.¹⁰⁸ In dem Maße, wie der Zustrom zwangsdeportierter Arbeiter versiegte, wurde auf Konzentrationslagerhäftlinge als Arbeitskräfte zurückgegriffen. Sie waren ein willkommenes Arbeitskräftereservoir, dessen Nutzung jedoch Regeln unterlag, die das WVHA bestimmte, und die die Vorschriften für den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeitern noch verschärften.

Häftlinge der Konzentrationslager wurden vor allem auf Gütern eingesetzt, die sich in der Nähe von Lagern befanden. So arbeiteten schon im Jahre 1941/42 Kommandos von 30 bis 60 Frauen aus dem Konzentrationslager Ravensbrück auf mehr als zehn Gütern in der Umgebung Fürstenbergs. Sie verließen morgens das Lager und kehrten abends wieder dorthin zurück. In den darauffolgenden Jahren kamen weitere Arbeitsstätten auf dem Lande hinzu. Im Mai 1942 hatte das WVHA [32:] dafür Richtlinien und Verfahrensweisen festgelegt. In der Landwirtschaft arbeitende Häftlinge seien ab sofort unter der Bezeichnung „Landarbeiter“ (statt „Facharbeiter“) zu führen.¹⁰⁹ Die Tagessätze, deren Bezahlung den Anmietern in Rechnung gestellt wurden, sollten während der Erntezeit für Männer drei, für Frauen zwei RM je Tagewerk betragen. Anträge, Häftlinge des Konzentrationslagers als Arbeitskräfte zugeteilt zu erhalten, konnten Interessenten über den zuständigen Orts- bzw. Kreisbauernführer an das WVHA richten.¹¹⁰

Im vierten und fünften Jahr des Krieges zeigte sich in der gesamten Wirtschaft das gleiche Bild. Ob Betriebe der Rüstungsindustrie, die oberste Priorität besaßen, Produktionsstätten für den auf ein Minimum gedrosselten zivilen Bedarf oder solche der Landwirtschaft, alle Leiter verlangten dringend nach Arbeitskräften. Das war auch auf dem Gut in Zichow so, das Adolf Julius Albrecht Bernd Graf von Arnim¹¹¹ gehörte. Entgegen den Erinnerungen der Einwohner des Dorfes, in denen hauptsächlich seine Schulden haften geblieben waren, verfügte er über ein gesichertes Vermögen. Auskunft darüber gibt seine Vermögenserklärung aus dem Jahre 1944. Ihr zu folge besaß der Graf neben Zichow (ca. 42 Prozent seines land- und forstwirtschaftlichen Vermögens) auch die Güter Kleinow, 15 Kilometer nördlich von Zichow gelegen (ca. 47 Prozent seines land- und forstwirtschaftlichen Vermögens), und Netzwow, in der Nähe von Templin., etwa 60 Kilometer von Zichow entfernt (ca. 11 Prozent seines land- und forstwirtschaftlichen Vermögens), deren Einheitswert sich insgesamt auf etwa 2,35 Mio. RM belief. Darüber hinaus verfügte er über beträchtliche Banksparguthaben, Wertpapiere, Forderungen aus Hypotheken, Darlehen und Renten sowie Grundvermögen, das u. a. aus zwei Lehrerwohnungen bestand. Diesen Guthaben von insgesamt mehr als 2,7 Mio. RM standen Verbindlichkeiten (Hypotheken, Kontokorrent und Renten) in Höhe von knapp 1 Mio. RM gegenüber.¹¹²

Von Arnim war stets darauf bedacht, auch sein Zichower Gut gewinnbringend zu bewirtschaften, was sich jedoch nur verwirklichen ließ, wenn er über billige Arbeitskräfte gebot. Er hatte auf seinem Anwesen seit 1940 neben Knechten und Tagelöhnern zuerst polnische, dann französische und ab 1942 60 sowjetische Kriegsgefangene beschäftigt. Letztere wurden ihm jedoch nicht dauernd belassen. Der allgemeine Arbeitskräftemangel im Lande brachte es mit sich, daß deren Zahl gegen den Willen des Gutsbesitzers schrittweise verringert wurde. Dagegen kämpfte er an, buchstäblich um jeden ihm zugeeilten Mann. Am 14. Januar 1944 [33:] richtete er eine Beschwerde und zugleich einen Hilferuf an

¹⁰⁸ Vgl. Joachim Lehmann: Zwangsarbeit in der deutschen Landwirtschaft 1939-1945., in: Europa und der „Reichseinsatz“. KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, hg. von Ulrich Herbert, Essen 1991, S. 127-350; Katharina Hoffmann: Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in: Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, hg. von Ulrike Winkler, Köln 2000, S. 130-147; Frank Schmidt: Der Ausländereinsatz in der brandenburgischen Landwirtschaft-Reglementierung der Lebensverhältnisse, in: Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg., hg. von Winfried Meyer und Klaus Neitmann, Potsdam 2001, S. 69-82.

¹⁰⁹ Vgl. BArch. Dok./K 404/14, Bl. 14. Schreiben des WVHA, Amtsgruppe D, an die Kommandanturen-Arbeitseinsatz der Konzentrationslager vom 4.5.1942, betr. Einsatz von Häftlingen in der Landwirtschaft.

¹¹⁰ Ebenda, Bl. 191. Schreiben des WVHA, Amtsgruppe D, an die Kommandanturen-Arbeitseinsatz der Konzentrationslager vom 17.8.1942, betr. Ernte- Einsatz von Häftlingen.

¹¹¹ Adolf Julius Albrecht Bernd Graf von Arnim, geb. 17.12.1868 in Berlin, gest. 3.10.1955 in Hof Gayen b. Bramstedt. In erster Ehe mit Martha Gräfin v. der Schulenburg, in zweiter Ehe mit Gertrud Hirche verheiratet. Aus beiden Ehen gingen vier Kinder hervor.

¹¹² Vgl. BLHA, Rep. 37 Zichow, Nr. 135, Vermögenserklärung 1944 mit Anhang unp.

den Orts- und Bezirksbauernführer. Er hätte sich über das Arbeitsamt der Kreisbauernschaft Angermünde an das Gauarbeitsamt Berlin gewandt, um den Abzug von zwei weiteren sowjetischen Kriegsgefangenen zu verhindern, für die es auch nach der Ernte dringende Verwendung gäbe. Es wären „25.000 Ctr. Speisemöhren, 10.000 Ctr. Weißkohl und 5.000 Ctr. Kohlrüben“ eingemietet, die auf Anforderung des Gartenbauwirtschaftsverbandes während des Winters auszumieten und zu verladen seien. Zudem müßten noch 30 Morgen Porree geerntet und verladen werden. Der Graf betonte in seinem Schreiben, daß er deshalb „nicht einen einzigen Menschen aus unserem Betrieb abgeben“ könne. Er habe die winterliche Vermietung und Verladung des Gemüses auf Abruf überhaupt nur unter der Voraussetzung übernommen, „daß wir unsere Arbeitskräfte auch über Winter behalten können“.¹¹³

Ob von Arnim in dieser Frage zum genannten Zeitpunkt eine Lösung erreichen konnte, ist nicht belegt. Die Krise, in der sich das Gut offensichtlich aufgrund fehlender Arbeitskräfte befand, spitzte sich jedoch im Juni und Juli zur Zeit der Hackfruchtpflege und der bevorstehenden Ernte dramatisch zu. Von Arnim bat nun „dringend um Zuteilung von 50 sowjetischen Kriegsgefangenen“. Das ehemalige Kommando von ursprünglich 60 Mann sei durch Abzug auf 13 Mann dezimiert worden. Er begründete seine prekäre Lage mit einer eindrucksvollen Schilderung des Gesamtzustandes. Das Rittergut Zichow hätte im Jahr 1944 eine Ackerfläche von 608 ha bestellt, wovon 220,75 ha Getreide, 315,25 ha Hackfrüchte, 43 ha Öl- und Gespinstpflanzen, 29 ha Futter- und sonstige Anpflanzungen wären.¹¹⁴ Neben den Kriegsgefangenen arbeiteten zu diesem Zeitpunkt, laut Aufzeichnungen im Gutstagebuch, acht Knechte, 15 Tagelöhner und 50 polnische Schnitter auf den Feldern.¹¹⁵

Tatsächlich wurde die Klage von Arnims erhört. Auf welchem Wege es ihm allerdings gelang, 70 Häftlingsfrauen aus dem von seinem Anwesen 75 Kilometer entfernten Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück anzumieten, konnte bis jetzt nicht geklärt werden. Da zu dieser Zeit Häftlinge vor allem in ausgewählten kriegswichtigen Rüstungsbetrieben eingesetzt wurden, läßt sich die Abkommandierung der Frauen aus Ravensbrück nach Zichow wohl nur daraus erklären, daß von Arnim gute Verbindungen zu den über diese Arbeitskräfte verfügenden SS-Stellen besaß und in Rechnung gestellt werden konnte, daß seine landwirtschaftlichen Produkte besonders kriegswichtigen Zwecken zuzuflossen, nämlich in erheblichem Maße der direkten Versorgung der Wehrmacht.

Die Häftlinge

Der genaue Zeitpunkt des Eintreffens der Häftlinge in Zichow konnte – wie schon erwähnt – aufgrund der lückenhaften Quellen, vor allem wegen des Fehlens der [34:] üblichen „Überstellungslisten“ von Ravensbrück nach Zichow, bis heute nicht eindeutig geklärt werden. Das älteste Dokument aus der überlieferten Akte trägt das Datum vom 13. Juli 1944.¹¹⁶ Das Gutstagebuch erwähnt hingegen einen um sechs Tage früheren Termin. Es vermerkt, daß am 7. Juli 1944, an einem Freitag, bei schönem Wetter „65 Sträflinge“ vor allem bei der Pflege von Kartoffeln, Porree und Rüben eingesetzt waren.¹¹⁷ Das Außenlager Zichow existierte bis Anfang Februar 1945. Letztmalig wird es in den vorliegenden Dokumenten in der Krankenliste des Lagers mit der handschriftlichen Bemerkung erwähnt: „Durch Rücktransport ins KL geschlossen. 3.2. 1945.“¹¹⁸

Belegt ist also, daß spätestens Anfang Juli, mithin rechtzeitig zur Einbringung der Ernte, Häftlinge aus Ravensbrück in Zichow eintrafen. Die Frauen wurden in dem Speicher unweit des Schlosses

¹¹³ BLHA, Rep. 37 Zichow, Nr. 30 unp.

¹¹⁴ Vgl. BLHA. Ebenda, Schreiben an die Kreisbauernschaft, o. D. wahrscheinlich Juni Anfang Juli 1944.

¹¹⁵ BLHA, Bd. 37 Zichow, Nr. 378 Gutstagebuch Zichow.

¹¹⁶ Sammlungen MGR/SBG, Bd. 45, Ber. 1030. Schreiben des hier noch als „Arbeitskommando“ bezeichneten Außenlagers (ohne Unterschrift) an den Schutzhaftlagerführer des KZ Ravensbrück vom 13.7.1944, betr. Austausch von drei Häftlingen.

¹¹⁷ BLHA, Rep. 3, Bd. 378, Bl. 72. Es ist davon auszugehen, daß die im Gutstagebuch genannten Sträflinge mit den in Zichow eingesetzten Häftlingen aus Ravensbrück identisch sind.

¹¹⁸ Sammlungen MGR/SBG, Bd. 45, Ber. 1030/1, die Krankenliste wurde am 5.9.1944 begonnen und am 1.2.1945 beendet. S. auch Anschreiben des Kommandoführers vom 3.2.1945 nach Ravensbrück mit der Ankündigung einer Aufstellung über die Häftlinge des Arbeitslagers Zichow, die am selben Tag rücküberstellt werden sollten. Liste fehlt. Sammlungen MGR/SBG, Bd. 45, Ber. 1030.

untergebracht. Eine Treppe führte zum Aufenthaltsraum und zu einem darüber gelegenen Raum, der wahrscheinlich als Schlafraum der Häftlinge diente. Die Räume waren jeweils 147 qm groß, zugig und wurden auch im Winter nicht beheizt. Im Keller des Wirtschaftsgebäudes gegenüber dem Speicher befand sich die Häftlingsküche. Kochstelle und Vorratsraum sind heute noch zu identifizieren. Auf dem Platz, den das Wirtschaftsgebäude, der Speicher und die noch vorhandenen Stallungen umrahmten, hatten die Häftlinge zu Appellen anzutreten.

Die erste überlieferte namentliche Aufstellung der Häftlingsfrauen im Außenlager Zichow stammt vom 13. November 1944. Sie wurde auf Grund einer Anforderung vom 23. Oktober 1944 nach Ravensbrück übersandt.¹¹⁹ Nach ihr waren für das Gut insgesamt 70 Häftlinge aus dem Konzentrationslager angemietet worden.¹²⁰

Von Juli 1944 bis Februar 1945 erfolgte ein Austausch von Häftlingen, denn der schweren landwirtschaftlichen Arbeit waren nicht alle Frauen – zumal schutzlos dem Wetter ausgesetzt – dauernd gewachsen. Infolge der maßlosen Arbeitsanforderungen an die geschwächten Frauen häuften sich Krankheiten und Verletzungen und damit Arbeitsunfähigkeit. Beflissen achtete der Kommandoführer strengstens darauf, daß – wie er sich bürokratisch ausdrückte – ein „geregelter Arbeitsvorgang“ nicht gestört wurde. Immer wieder schickte er Frauen zurück nach Ra-[35:]vensbrück.¹²¹ Sein Übereifer, Häftlinge ohne vorherige Bestätigung aus dem Stammlager auszutauschen, trug ihm sogar Kritik seines Vorgesetzten ein.¹²²

Am Sonnabend, dem 16. Dezember 1944, verließ ein Transport von 28 Frauen Zichow in Richtung Ravensbrück/Fürstenberg.¹²³ Die Gründe für diese Rückführung sind aus den Dokumenten ebenso wenig ersichtlich wie die Kriterien, nach denen die namentliche Auswahl erfolgte. Möglicherweise rechtfertigte der geringere Arbeitsanfall während der Wintermonate den Verbleib aller Häftlinge auf dem Gut nicht mehr.

Insgesamt durchliefen während der sieben Monate etwa 100 Häftlinge das Außenlager Zichow. Die Mehrzahl von ihnen war erst im Jahre 1944 in das Konzentrationslager Ravensbrück gekommen. Mit der Ausnahme einer Polin arbeiteten auf dem Gut nur deutsche Häftlingsfrauen. Überwiegend waren die Frauen, insgesamt 35, im Alter zwischen 22 und 24 Jahren, die jüngste., eine Schülerin, war 18 Jahre, die älteste 43 Jahre alt. Mehr als die Hälfte der nach Zichow Verschleppten war unverheiratet. Zu den Berufen, die diese Frauen vor ihrer Verhaftung ausgeübt hatten, enthalten die Quellen folgende Angaben: in der Mehrzahl erscheint Hausfrau, Hausangestellte oder -gehilfin, Land- oder Industriearbeiterin. Es gab unter ihnen aber auch eine Modistin, eine Artistin, eine Krankenpflegerin, eine Gelderkennerin, eine Kellnerin, eine Schneiderin sowie eine Kinoberaterin. Sie alle vereinte, daß sie in die Häftlingskategorie der „Politischen“ eingestuft worden waren und folglich auf ihrer Kleidung den roten Winkel zu tragen hatten.¹²⁴ In der Akte abgelegte Gerichtsdokumente¹²⁵ sowie weitere Schriftstücke, die sich in der Sammlung der Gedenkstätte Ravensbrück befinden¹²⁶, lassen vermuten, daß der Haftgrund bei den meisten dieser Frauen „ehetreuerische Beziehungen“ zu ausländischen Zwangsarbeitern oder ein sonst als „ehewidrig“ bezeichnetes Verhalten war. Derartige als „volksschädlich“

¹¹⁹ Vgl. Sammlungen MGR/SBG, Bd. 45, Ber. 1030, Anordnung des KZ Ravensbrück vom 23.10.1944 sowie Anschreiben und Häftlingsliste vom 13.11.1944.

¹²⁰ Vgl. ebenda. In einem Schreiben vom 26.10.1944 kündigte der Kommandoführer eine „Häftlingsabgabe“ an, „da meine Stärkezahl auf 70 Häftlinge festgelegt ist, und ich hier nun 71 Häftlinge habe.“

¹²¹ Vgl. Ebenda, Schreiben des Kommandoführers Frölich an das KZ Ravensbrück, Schutzhaftlagerführer, vom 19.10.1944, betr. Häftlingsumtausch.

¹²² Ebenda, Schreiben des Lagerkommandanten an das Arbeitslager Zichow vom 27.10.1944.

¹²³ Vgl. Ebenda, Namentliche Liste vom 16.12.1944.

¹²⁴ Vgl. Ebenda, Schreiben des Kommandoführers an das KZ Ravensbrück vom 4.12.1944, betr. Anforderung von 140 roten Winkeln und der Bitte um Anfertigung von Doppelnummern. Diese waren auf die Bekleidung, Pullover und Kleid, aufzunähen.

¹²⁵ Vgl. Ebenda, Scheidungsurteile, die während der Inhaftierung der Frauen im KZ Ravensbrück in ihrer Abwesenheit geführt worden waren.

¹²⁶ Vgl. „Frauendatenbank“, erstellt durch die Projektgruppe „Gedenkbuch“ an der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.

oder „rasseschänderisch“ charakterisierte Beziehungen verfolgte die Gestapo gemäß Verordnungen des Reichsführer SS.¹²⁷ Wer solcher „Vergehen“ bezichtigt wurde, kam entweder vor Gericht oder in das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück.

[36:] Zwei Häftlingsfrauen übten im Außenlager besondere Funktionen aus. Ursula F., Modistin, von Ende Oktober 1944 bis Anfang Februar 1945 in Zichow, wurde vor allem für Erledigungen außerhalb des Lagers herangezogen.¹²⁸ Elisabeth H., eine 35 Jahre alte Hausfrau, war als „Anweisungshäftling“ in der Küche tätig.¹²⁹ Vom Tage ihres Fortgangs aus Zichow, sie sollte aus dem Konzentrationslager entlassen werden, existiert eine Aufstellung, die einen Einblick gibt, wie die Frauen während ihrer Haft und bei der Arbeit bekleidet waren. Demnach besaß sie aus dem Bestand des Lagers ein Winterkleid, eine Jacke und ein Kopftuch. Zu ihrer Privatkleidung zählten ein Hemd, zwei Schlüpfer, ein Unterrock, je ein Paar Strümpfe, Säckchen, Hand- und Lederschuhe. Es gibt vergleichbare weitere Dokumente mit ähnlichen Aufstellungen. Diese Erfassungen bezweckten eine Verringerung des bürokratischen Aufwands in der Bekleidungskammer des Hauptlagers. Ein Schreiben der Verwaltung Ravensbrück vom 15. Dezember 1944 an das Lager Zichow belegt, daß den nach Ravensbrück überstellten Häftlingen eine Liste ihrer Kleidungsstücke mitgegeben werde sollte, um die an deren Stelle in das Außenlager transportierten Frauen „mit den gleichen Kleidungsstücken“ auszustatten.¹³⁰ In dieser dürftigen Bekleidung bei Wind und Wetter auf den Feldern zu arbeiten und in dem unbeheizten Speicher die Nächte verbringen zu müssen, zog unweigerlich körperliche und psychische Schäden nach sich.

Die Bewachung

Die ältesten Dokumente der „Lagerakte“ vom Juli 1944 tragen keine Unterschrift, so daß nicht feststellbar ist, wer das Außenlager in Zichow anfangs kommandierte. Ab September hatte offensichtlich ein SS-Unterscharführer Frölich diesen Posten inne.¹³¹ Frölichs Name – das gibt einen Hinweis auf die Dauer seiner Anwesenheit – taucht auch im Januar 1945 wieder auf: als die Aufseherin Ilse K. mit der Begleitung von drei Häftlingsfrauen beauftragt wurde, um sie in das Hauptlager zu überstellen.¹³²

[37:] Die Aufgaben der Kommandierenden bestanden darin, in Verbindung mit der Gutsverwaltung den Einsatz der Häftlinge vor Ort zu organisieren und alle Häftlingsangelegenheiten, so u. a. den Häftlingsaustausch, die medizinische Versorgung, Bekleidungsfragen, Postsachen und Prämienvorschläge mit dem Hauptlager zu regeln.¹³³ Frölich war auch der Vorgesetzte eines Wachtrupps. Zeitzeugen berichten, daß zu jener Zeit in Zichow mindestens „drei SS-Männer“ zur Bewachung der Frauen stationiert und im Erdgeschoß des Speichers, unmittelbar unter den Räumen des Lagers, untergebracht waren.¹³⁴ Bis jetzt gibt es jedoch keine genaueren Hinweise über Zahl, Wechsel, Dienstgrade und Alter

¹²⁷ Ahndung schwerwiegender Verstöße und unerlaubten Geschlechtsverkehrs fremdvölkischer Arbeitskräfte aus dem Osten und Südosten sowie polnischer, serbischer und sowjetischer Kriegsgefangener RdErl. des RFSS und ChdDtPol. Vom 10.2.1944 – S IV D2c Nr. 235 – 44 11g, in: Allgemeine Erlassammlung des RSHA 1944, Teil 2A III f., S. 191 ff.

¹²⁸ Vgl. Sammlungen MGR/SBG, Bd. 45, Ber. 1030. Vgl. Marschbefehle ausgestellt vom Kommandoführer für Ursula F. vom 13.11.1944, 8.12.1944, 13.12.1944, 17.12.1944.

¹²⁹ Vgl. Ebenda, Schreiben des Kommandoführers an die Kommandantur des KZ Ravensbrück vom 3.1.1945. betr. Rücküberstellung von Elisabeth H.

¹³⁰ Ebenda, Schreiben der Bekleidungskammer des KZ Ravensbrück an das Arbeitslager Zichow vom 15.12.1944. Der Kommandoführer Frölich hielt sich von da an exakt an diese Anweisung.

¹³¹ Vgl. Ebenda. Das erste Schreiben mit der Unterschrift Frölichs trägt das Datum vom 2.9.1944. Wer ab Anfang Juli das Außenkommando leitete, konnte bisher nicht ermittelt werden. Ein Schriftstück vom 13.7.1944 trägt nur die mit einer Schreibmaschine vorgedruckte Zeile „Aufseherin und Kommandoführerin“. Vgl. Schreiben des Arbeitskommandos Zichow an den Schutzhaftlagerführer des KZ Ravensbrück vom 13.7.1944, betr. Austausch von Häftlingen. Die Vollzugsmeldung eines Strafbefehls hatte am 18.9.1944 die Aufseherin F. als Kommandoführerin angegeben.

¹³² Vgl. Namentliche Aufstellung, S. 103. Sammlungen MGR/SBG, Bd. 39, Ber. 1030. K. war vom 17.2. bis 26.4.1945 als Aufseherin registriert, hier kann ein Schreibfehler vorliegen, denn K. arbeitete schon im Januar im Lager Zichow. Vgl. Schreiben Frölich an die Oberaufseherin des KZ Ravensbrück vom 10.1.1945, betr. Rücküberstellung der angeforderten Häftlinge. Frölich merkte [37:] in diesem Zusammenhang an, daß die Frauen „sehr gute Arbeitskräfte“ seien und er sie gerne wieder in Zichow zur Verfügung hätte.

¹³³ Vgl. auch BArch, Film 1575, Sonderbefehl Waffen-SS Konzentrationslager Natzweiler Kommandantur: Einsatz von Wachkompanien in den Außenlagern.

¹³⁴ Vgl. Interview.

der SS-Wachmannschaften. Die Bewachung der 70 Häftlingsfrauen wurde wahrscheinlich durch mindestens drei ständig anwesende Aufseherinnen gewährleistet.

Namentlich bekannt sind fünf Aufseherinnen, die im Außenlager Zichow eingesetzt waren. Eine von ihnen, Käthe G., hatte am 7. September 1944 den Empfang der Kleidung für die Häftlinge quittiert. Einen Monat später taucht ihr Name wieder auf, als sie aufgefordert wurde, die Umstände zu berichten, unter denen es drei Häftlingsfrauen praktisch vor ihren Augen geschafft hatten, aus dem Speicher zu fliehen.¹³⁵ Christine Z. war vom 14. Juli 1944 bis zum 5. April 1945 im Konzentrationslager Ravensbrück angestellt und wurde am 26. Juli nach Zichow abkommandiert.¹³⁶ Sie löste dort Elisabeth M. ab.¹³⁷ Die Aufseherin Ella F. erscheint das erste Mal in einem Vollzugsbericht über eine Strafmaßnahme, an dessen Ende die Verfasserin in einem Vermerk als „Kommandoführerin“ bezeichnet wird.¹³⁸ G. und F. dienten Frölich oft als Zeuginnen, wenn es galt, Schreiben und Anordnungen aus Ravensbrück zur Kenntnis zu nehmen.

Die Arbeit

Zumeist waren die Frauen von Montag bis Sonnabend zu Feldarbeiten eingesetzt. Bis November hatten sie Heu, Getreide (Weizen, Gerste, Roggen, Hafer), Raps und Flachs, Hackfrüchte (Kartoffeln, Futter- und Zuckerrüben) sowie Gemüse (Kohl, Mohrrüben und Porree) zu ernten. Ab Ende November verluden sie Zucker-[38:]rüben, Kohl, Stroh und Kartoffeln und legten Mieten an. In geringerem Maße erledigten sie Wald- und Hofarbeiten.¹³⁹

Zu diesen Tätigkeiten wurden bis zum 16. Dezember 1944 jeweils 63 Frauen pro Tag abkommandiert. Die anderen, sofern sie nicht erkrankt und arbeitsunfähig waren, verrichteten den sog. Innendienst und dabei vor allem Arbeiten in der Küche. Die Gutsverwaltung trug offensichtlich die Verantwortung für die Verpflegung der Häftlinge, wofür auch der Bericht eines Zeitzeugen spricht. demzufolge eine Einwohnerin aus Zichow als Köchin in der Häftlingsküche beschäftigt war.¹⁴⁰

Zu den wenigen Berichten von Häftlingen über ihr Leben in Zichow gehört jener von Liselotte T., in Unterlagen als verw. H. und mit der Berufsbezeichnung Hausgehilfin geführt. Sie war am 8. März 1944 in das Konzentrationslager Ravensbrück eingeliefert worden und von dort wahrscheinlich mit dem ersten Transport nach Zichow gelangt. Mit dem zeitlichen Abstand von nur vier Jahren berichtete sie am 25. Juli 1949 der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* in Oldenburg über ihre Erlebnisse auf dem Gut: „Dann war ich auf dem SS-Gut in Zichow, wo wir Häftlinge mit Fußtritten und Schlägen bearbeitet wurden, mußten nun dort um 4 Uhr aufstehen bis des Abends 10 Uhr bei einer Wassersuppe Rote Beete, Kohl usw. ernten, wenn wir nicht wollten, bekamen wir Fußtritte und Stockhiebe von dem SS-Aufseher Frölich und der SS-Aufseherin Schmidt.“¹⁴¹ Liselotte H. hatte offensichtlich die ihr auferlegten Arbeiten nicht zur Zufriedenheit der Aufseherinnen erledigt. Bereits am 13. Juli 1944 stellte der Kommandoführer einen Antrag, sie wegen häufiger Arbeitsausfälle, hervorgerufen durch Krämpfe, die sie quälten, auszutauschen. Dem wurde nicht entsprochen, denn sie verließ Zichow erst am 16. Dezember mit einem Häftlingstransport nach Ravensbrück.¹⁴²

¹³⁵ Vgl. Namentliche Aufstellung, S. 48; G. wurde vom 14.7. bis 22.11.1944 als Aufseherin besoldet. Vgl. Sammlungen MGR SBG, Bd. 45, Ber. 1030, handschriftliche Quittung vom 7.9.1944.

¹³⁶ Vgl. Namentliche Aufstellung, S. 45. Vgl. Sammlungen MGR/SBG, Bd. 45, Ber. 1030: Schreiben Hauptsturmführer Bräuning an das Arbeitslager Zichow vom 26.7.1944, betr. Häftlingsrücküberstellung.

¹³⁷ Namentliche Aufstellung, S. 41: Mathies wurde vom 16.6.1944 bis 22.11.1944 als Aufseherin geführt.

¹³⁸ Vgl. Namentliche Aufstellung, S. 57: F. wurde am 7.8.1944 bis 24.4.1945 als Aufseherin bezahlt. Ob F. tatsächlich als erste Kommandoführerin im Außenlager Zichow eingesetzt wurde, ist gegenwärtig nicht belegbar.

¹³⁹ Vgl. BLHA, Rep. 37 Zichow, Nr. 378, Bl. 72-95. Arbeitsfrei waren der 24.12. (Sonntag) bis 26.12.1944 und der 31.12.1944 (Sonntag) bis 1.1.1945. S. auch die Eintragungen darüber die Art der Arbeit von Juli 1944 bis Ende Januar 1945.

¹⁴⁰ Vgl. Interview.

¹⁴¹ Vgl. SAPMO-BArch, BY 5 V 279, Nr. 71. Die Aufseherin Schmidt wird in keinem weiteren der aufgefundenen Dokumente über das Lager Zichow genannt.

¹⁴² Vgl. Sammlungen MGR/SBG, Ber. 45, Nr. 1030. Namentliche Liste vom 16.12.1944. S. auch Ebenda. Schreiben des Arbeitskommandos Zichow an den Schutzhaftlagerführer des KZ Ravensbrück vom 13.7.1944, betr. Austausch von Häftlingen.

Nachweise darüber, wieviel Geld durch die Vermietung der Häftlinge in die Kassen der SS floß und ob und wieviel Lohn das Gut an die Häftlinge zahlte, konnten bisher nicht gefunden werden. Belegt ist hingegen, daß die Frauen wie auch in anderen Außenlagern Prämien Gelder erhielten, mit denen ihre Arbeitsleistung stimuliert werden sollte. Als Richtlinie diente eine seit dem 15. Mai 1943 gültige Dienstvorschrift des WVHA. Nach dieser konnten Häftlinge „die sich durch Fleiß, Umsichtigkeit, gute Führung und besondere Arbeitsleistung auszeichnen“, eine Vergütung erhalten.¹⁴³ Die wurde im Außenlager Zichow, wie angeordnet, in [39:] Form von Prämien Scheinen ausgegeben. Dies geht aus einer Bestellung Frölichs vom 4. Dezember 1944 hervor, der die Übersendung von Lagerwertmarken in Höhe von 77 RM verlangte, die er aus Ravensbrück auch erhielt.¹⁴⁴ Die Höhe der Prämien lag zwischen einer und zwei RM. Der Austausch von Häftlingen zwischen Zichow und dem Stammlager sowie die Rückführung einer größeren Gruppe von Frauen am 16. Dezember nach Ravensbrück führten dazu, daß beispielsweise die „Sonderauszahlung“ am 9. Januar 1945 nur an 19 Personen erfolgte. Wertscheine in Höhe von 39 RM, die für weitere 21 Häftlinge, die Zichow inzwischen verlassen hatten, bestimmt waren, schickte der Kommandoführer zurück.¹⁴⁵ Ob die Frauen in Ravensbrück ihre ausstehenden Prämien später je erhielten, ist nicht bekannt.

Die Lebensbedingungen

Aus den Eintragungen im „Gutstagebuch“ läßt sich ein Bild davon gewinnen, unter welchen Witterungsbedingungen die Häftlinge im Herbst und Winter 1944 arbeiten mußten. Bis Mitte November war es regnerisch. Der erste Schnee fiel am 16. November. Frost wurde für den 28. November sowie für die Tage zwischen dem 15. und 30. Dezember notiert. Im Januar gab es zwölf Tage Schnee und zehn Tage Frost.¹⁴⁶

Die Frauen, die sich ohnehin kaum in gutem gesundheitlichem Zustand befanden und permanent seelischen Belastungen ausgesetzt waren, litten infolge der schweren Arbeit in diesen Herbst- und Wintermonaten vermehrt unter Krankheiten. Vom 5. September bis 16. Dezember 1944 arbeiteten durchschnittlich 70 Häftlinge. Während dieser 6.160 Häftlingsarbeitstage wurden 398 Krankentage registriert, was 6,5 Prozent ausmacht. Vom 17. Dezember bis 1. Februar 1945 arbeiteten 42 Häftlinge 1.512 Arbeitstage abzüglich von 140 Krankentagen (9,3 Prozent). Die Häftlinge litten am häufigsten an Erkältungskrankheiten (34 Prozent), Rheuma, Schwellungen und äußeren Verletzungen (11 Prozent), Erkrankungen des Magen- und Darmtraktes (11 Prozent), Zahnerkrankungen (fast ausschließlich Extraktionen – 11 Prozent), Furunkeln, Abszessen (8 Prozent), Unterleibsbeschwerden (5 Prozent).¹⁴⁷

[40:] Die medizinische Versorgung der Erkrankten war auf das für ihre Arbeitsfähigkeit Notwendigste reduziert. In einer Anweisung des SS-Standortarztes, Dr. Richard Hans Trommer, vom 28. August 1944 wurde darauf verwiesen, daß aufgrund des Mangels an SS-Sanitätspersonal die Überwachung des Sanitätsdienstes vor allem in den kleinen Lagern, zu denen zweifellos Zichow zählte, in den Händen der Lagerführer läge. Häftlinge, die dauernd nicht wieder einsatzfähig seien, müßten nach Ravensbrück „rücküberstellt“ werden.¹⁴⁸ Ein Bericht, den Frölich am 14. Oktober dem Standortarzt erstattete,

¹⁴³ Vgl. BArch, NS 3, Nr. 426, Bl. 61: Dienstvorschrift für die Gewährung von Vergünstigungen an Häftlinge, gültig ab 15.5.1943. Zu den Vergünstigungen zählten neben den Geldprämien Hafter-[39:]leichterung, Verpflegungszulagen, Tabakwarenbezug und Bordellbesuche. Eine nochmalige Anweisung an alle Lagerkommandanten der Konzentrationslager, eine Steigerung der Arbeitsleistung der Häftlinge zu gewährleisten, erfolgte in einem geheimen Schreiben Pohls vom 26.10.1943. Vgl. BArch, NS 3, Nr. 386, Bl. 102 ff.

¹⁴⁴ Sammlungen MGR/SBG, Bd. 45, Ber. 1030: Schreiben Frölich an die Kommandantur des KZ Ravensbrück vom 4.12.1944. Nicht nachvollziehbar ist, ob die Prämien durch die Stellen gezahlt wurden, für die die Häftlinge arbeiten mußten.

¹⁴⁵ Vgl. Ebenda. Liste der Sonderauszahlung sowie Schreiben Frölichs an die Gefangenen-Eigentums-Verwaltung des KZ Ravensbrück vom 14.1.1945, betr. Rückgabe von Häftlingsgeldern.

¹⁴⁶ Vgl. BLHA, Rep. 37, Zichow, Nr. 378, Bl. 72-95.

¹⁴⁷ Vgl. Sammlungen MGR/SBG, Bd. 45, Ber. 1030/1: Krankenliste, begonnen am 5.9.1944 und beendet am 3.2.1945.

¹⁴⁸ Sammlungen MGR/SBG, Bd. 45, Bericht 1030: Schreiben des Standortarztes des KZ Ravensbrück an das Arbeitslager Zichow vom 25.8.1944, betr. Anweisung für den Sanitätsdienst in den Arbeitslagern, in diesem Dokument sind ebenfalls Hinweise über die ärztliche Betreuung der SS-Wachmannschaften, der Aufseherinnen sowie über

schildert die Situation in Zichow. Es gäbe keine Krankenstation. Bettlägerige Frauen seien im Schlafsaal untergebracht. Leichterkrankte hielten sich in dem Tagesraum auf und würden zu Küchenarbeiten herangezogen. Eine Sanitätshäftlingspflegerin verfüge zur Betreuung der Kranken über eine Schere, eine Pinzette und ein Fieberthermometer. Frölich meinte abschließend, daß zur Zeit außer den vorhandenen Instrumenten und Materialien weitere nicht benötigt würden.¹⁴⁹

Mit dem Stammlager war die Behandlung bei Zahnerkrankungen von Häftlingen, die sich in Außenlagern befanden, gesondert geregelt. So teilte der Leiter der Zahnstation in Ravensbrück dem Kommandoführer in Zichow mit, es sei unmöglich, Erkrankte zur Versorgung jeweils zurückzutransportieren. Notwendige Behandlungen müßten daher von einem in der Nähe praktizierenden Arzt vorgenommen werden, dem ein Überweisungsschein aus Ravensbrück vorzulegen wäre. Die Rechnungen seien dem Leiter der Zahnstation des Stammlagers einzureichen, von wo sie beglichen würden.¹⁵⁰ In den Monaten November und Dezember mußten 24 Häftlingsfrauen einen Dentisten im fünf Kilometer entfernten Gramzow aufsuchen, um sich wegen akuter Zahnschmerzen untersuchen und behandeln zu lassen.¹⁵¹

Eine permanente Quelle von Erkrankungen vor allem der Atemwege und des Unterleibs – bildete die unzureichende Bekleidung der Frauen und ihr mangelnder Schutz vor Regen, Schnee und Frost. Anfang September 1944 hatte das Außenla-[41:]ger aus Ravensbrück 50 Pullover erhalten. Im Dezember bestellte Frölich mit der Begründung, daß es an Wasch- und Trockenmöglichkeiten mangle, dringend eine zweite Garnitur Leibwäsche pro Häftling. Zudem forderte er lange Arbeitshosen an. Mitte Januar trafen in Zichow dann 30 blaue Arbeitsanzüge ein.¹⁵² Schon im Oktober hatte Frölich um Umtausch oder Neuersatz von 50 Paar Holzschuhen ersucht.¹⁵³

Die Verbindung zu ihren Familien konnten die Frauen in Zichow nur auf dem Postweg aufrechterhalten. Ebenso wie für die Häftlinge im Stammlager galten auch für sie die ihnen aufgezwungenen und für allgemeingültig erklärten Bestimmungen und Anordnungen der SS. Postempfang und -versand regelte laut Lagerordnung direkt die Postzensurstelle.¹⁵⁴ Häftlinge konnten nicht nach eigenem Entschluß Karten und Briefe schreiben, sondern nur an den ihnen vorgeschriebenen Tagen. Dazu erhielten sie besonderes Briefpapier ausgehändigt.¹⁵⁵ Kommandoführer Frölich bestellte aus dem Warenlager der Kantinenverwaltung in Ravensbrück 200 Stück Häftlingsbriefe, worüber am 7. September

die Versorgung der Lager mit medizinischen Instrumenten und Sanitätsmaterial durch die Betriebe enthalten. Ungeklärt bleibt, ob die am 29.9.1944 aus der Apotheke des KZ Ravensbrück an das Arbeitslager Zichow ausgegebenen Medikamente und Verbandsmaterialien den Aufseherinnen und SS-Wachmannschaften oder auch den Häftlingen zur Verfügung standen. Frölich übergab der Gutsverwaltung am 2.12.1944 einen Auszug der „Anweisung“ vom 25.9.1944 betreffend der Beschaffung von Verbandsmaterial.

¹⁴⁹ Vgl. Ebenda. Schreiben Frölich an den Standort an das KZ Ravensbrück am 14.10.1944 als Antwort auf die Anfrage vom 12.10.1944. Der Name der Sanitätshäftlingspflegerin konnte nicht ermittelt werden.

¹⁵⁰ Vgl. Ebenda. Schreiben des Leiters der Zahnstation im KZ Ravensbrück vom 25.10.1944, betr. Zahnbehandlung der Häftlinge in Arbeitslager Zichow. In der Anlage wurden 30 Überweisungsscheine mitgeschickt.

¹⁵¹ Vgl. Ebenda. Aufstellung des Arbeitslagers Zichow an die Zahnstation im KZ Ravensbrück vom 13.11.1944 und 16.12.1944, betr. Zahnbehandlung.

¹⁵² Vgl. Ebenda. Aufseherin G. quittierte am 7.9.1945 auf einem handschriftlich geschriebenen Notizzettel den Erhalt von Bekleidungsstücken. Zwei Schreiben Frölichs an das KZ Ravensbrück vom 4.12.1944, betr. Übersendung von langen Arbeitshosen und Leibwäsche. Empfangsbescheinigung über 30 blaue Anzüge, ausgestellt am 18.1.1945. S. auch Ber. 1030/2 Bekleidungsliste begonnen am 15.11.1944, beendet am 2.2.1945, in einem Befehl des WVHA an die Lagerkommandanten vom 7.11.1944 wurde angewiesen, daß warme Häftlingskleidung nur noch für Kommandos ausgegeben werden dürfe, die im Freien arbeiteten oder einen sehr langen Arbeitsweg zur Arbeitsstätte hätten. BArch, NS 3, Nr. 442 unp.

¹⁵³ Vgl. Ebenda, Schreiben Frölichs an das KZ Ravensbrück vom 1.10.1944, betr. Beschaffung von Holzschuhen.

¹⁵⁴ Vgl. BArch, Film Nr. 41304, dort S. 30, 36. Vorläufige Dienstvorschrift für das Frauen-KZ Ravensbrück. Da das Dokument undatiert ist und keine aktuellere Ausführung bis heute vorliegt, wird die o. g. Quelle benutzt.

¹⁵⁵ Die Anwendung der Lagerordnung zu Postfragen bestätigte Barbara Reimann. Häftling im KZ Ravensbrück von April 1944 bis April 1945. Sie hatte in der Paketzensurstelle gearbeitet. In einem Gespräch am 14.5.2001 berichtet sie den Autorinnen, daß ein spezielles Briefpapier, das mit einem Stempel der Anschrift des KZ versehen war, nach dem Beschriften zusammengefaltet und erst nach der Zensur oft durch die Aufseherin verschlossen und abgeschickt wurde. Feldpostbriefe waren neutral gehalten. Postkarten waren mit einem Text der Anordnungen, die beim Schriftverkehr zu beachten seien, versehen. S. auch: Die Erinnerung darf nicht sterben. Barbara Reimann – Eine Biografie aus acht Jahrzehnten Deutschland, hg. von Franziska Bruder und Heike Kleffner, Hamburg /Münster 2000.

1944 eine Rechnung ausgestellt wurde.¹⁵⁶ Sendungen mit der Häftlingspost verließen am 5. Oktober, sowie am 10. und 29. November 1944 Zichow, um in Ravensbrück kontrolliert und von dort weiterversandt zu werden.¹⁵⁷ Nicht immer entsprach der Inhalt der verfaßten Briefe den vorgeschriebenen Normen, so daß Schreiben zur Korrektur [42:] nach Zichow zurückgeschickt wurden.¹⁵⁸ Die Häftlinge mußten offensichtlich das Porto selbst entrichten, was wohl über die ihnen ausgehändigten „Wertmarken“ geschah. Mehrmals wurde aus nicht ersichtlichem Grund aus dem Stammlager das Fehlen von Briefmarken kritisiert.¹⁵⁹

Wer sich den Arbeits- und Lebensbedingungen im Außenlager Zichow nicht bedingungslos unterwarf, wurde bestraft und gemaßregelt. Ein Vorgang weist darauf, daß Bestrafungen, die der Kommandoführer vorschlug, in der Zentrale des Lagers bestätigt werden mußten oder daß die Zentrale aufgrund von Meldungen Bestrafungen verhängte und deren Vollzug durch den Kommandanten an die Zentrale zu melden war. Auf einer gegen zwei Frauen ausgesprochenen Strafverfügung¹⁶⁰ wurde deren Vollzug mit der Notiz vermerkt, es sei ihnen am 7., 8., 9. und 10. September die „Mittagskost“ entzogen worden. In der am 18. September 1944 nach Ravensbrück gesandten Rückmeldung der „Kommandoführerin F.“ hieß es pflichtgemäß und bürokratisch: „An Kostabzug ist ausgeführt, beide befeißigen sich in der Arbeit und im Benehmen.“¹⁶¹ Eine der beiden Bestraften war die 22-jährige Landarbeiterin Viktoria M. Sie blieb bis zur Auflösung des Lagers in Zichow. Die andere, die 23 Jahre alte Arbeiterin Margarete F., fiel dem Kommandoführer im Oktober nochmals als ungehorsam auf, so daß er an den Schutzhaftlagerführer schrieb, sie behindere „durch ihre Faulheit und Frechheit die ganze Kolonne“.¹⁶² Sie wurde mit dem schon erwähnten Transport am 16. Dezember 1944 nach Ravensbrück zurückgeschickt. Danach verliert sich ihre Spur.

Am 7. Oktober 1944 unternahmen drei Frauen, Else R., Antonia L. und Zenzi St., 22, 24 und 19 Jahre alt, gemeinsam den Versuch, aus dem Lager Zichow zu fliehen. An diesem Tage arbeiteten 57 Häftlinge auf den Feldern und 13 im Lager. Als die Aufseherin G. die Unterkunft der Gefangenen betrat, um Eßlöffel zu verteilen, hatten die drei genannten Flüchtigen den Schlüssel zum Lager entwendet. Erst während des Morgenappells am 8. Oktober 1944, gegen 5.30 Uhr, wurde ihr Fehlen entdeckt und durch Elisabeth H. gemeldet. Schon in den Vormittagsstunden wurden die Gesuchten in der benachbarten Scheune Nr. 5 aufgegriffen, in der die russischen Kriegsgefangenen untergebracht waren.¹⁶³ Ob zu diesen bereits zuvor eine Verbindung bestanden hatte oder die Frauen diesen Zufluchtsort spontan [43:] gewählt hatten, konnte damals nicht aufgeklärt werden. Die drei Frauen wurden am darauffolgenden Tag nach Ravensbrück zurückgeschickt. Ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt. Die Ravensbrücker Oberaufseherin Binz kündigte am 21. Oktober dem Kommandoführer Frölich an, noch am selben Tag werde sich ein Ersatz auf den Weg nach Zichow begeben.¹⁶⁴ Die neu nach Zichow gekommenen Frauen blieben dort jedoch nicht lange. Friedericke K. wurde am 11. November nach Ravensbrück zurückberufen, um entlassen zu werden. Ilse G., Hausgehilfin, und Charlotte W., Arbeiterin, beide 23 Jahre alt, blieben keine acht Wochen in Zichow. Sie wurden mit dem Transport am 16. Dezember ins Hauptlager zurückgeschickt.

¹⁵⁶ Vgl. Sammlungen MGR/SBG, Bd. 45, Ber. 1030: Rechnung Nr. 1 der SS-Kantinenverwaltung des KZ Ravensbrück an das Arbeitskommando Zichow.

¹⁵⁷ Vgl. Ebenda, zum Beispiel gingen am 29.11.1944 51 Briefe an die Postzensurstelle in Ravensbrück, darunter ein Brief zur Feldpost, acht Briefe mit Briefmarken und 42 Briefe ohne Briefmarken.

¹⁵⁸ Vgl. Ebenda. Schreiben Frölichs an die Postzensurstelle KZ Ravensbrück vom 24.10.1944 mit dem Vermerk: „Die Feldpostbriefe werden umgeschrieben und dann vorgelegt“.

¹⁵⁹ Vgl. Ebenda, Schreiben der Postzensurstelle des KZ Ravensbrück an das Arbeitslager Zichow vom 9.10.1944. betr. Häftlingspost. S. auch: Prämienvorordnung.

¹⁶⁰ Vgl. Ebenda. Schreiben aus dem KZ Ravensbrück an das Sonderkommando Gut Rentamt Zichow vom 2.9.1944.

¹⁶¹ Vgl. Ebenda. Schreiben der Kommandoführerin F. an das KZ Ravensbrück vom 18.9.1944.

¹⁶² Vgl. Ebenda. Schreiben des Kommandoführers Frölich an den Schutzhaftlagerführer des KZ Ravensbrück vom 19.10.1944.

¹⁶³ Vgl. Ebenda. Vermehrung der Aufseherin G. über die Flucht von drei Häftlingen am 8.10.1944. Zwei Meldungen des Kommandoführers Frölich vom 8.10.1944 über die Flucht und das Auffinden der Häftlinge.

¹⁶⁴ Vgl. Ebenda. Schreiben der Oberaufseherin Binz an das Arbeitslager Zichow vom 21.10.1944.

Anscheinend häuften sich zu diesem Zeitpunkt in Ravensbrück Meldungen über Fluchten aus den Außenlagern. Nicht anders ist zu erklären, daß sich der Lagerkommandant Fritz Suhren veranlaßt sah, in einem Erlaß am 27. Oktober 1944 vor allem an die Betriebsführer zu appellieren, Zivilarbeiter und Häftlinge räumlich voneinander zu trennen, um Fluchthilfen zu unterbinden. Des weiteren müsse die Zivilkleidung, die von Häftlingen in den Betrieben oft getragen würde, durch ein Rechteck aus gestreiftem Häftlingsbekleidungsstoff, mindestens 20 mal 15 Zentimeter groß, gekennzeichnet sein. Wäre der dafür benötigte Stoff nicht vorhanden, so wären die Kleidungsstücke in anderer auffallender Weise zu verändern, beispielsweise, indem Hosenbeine oder Ärmel verschiedenfarbig eingesetzt würden. Bis zum 15. Dezember war an das Hauptlager über die Ausführung dieser Maßnahme zu berichten.¹⁶⁵ Der Kommandoführer aus Zichow konnte am 16. Dezember 1944 melden, daß die Häftlinge dort keine Möglichkeiten hätten, sich Zivilkleidung zu beschaffen und die angeordneten Maßnahmen deshalb nicht erforderlich wären. Außerdem würden alle Kleidungsstücke, ausgenommen lediglich die Pullover, den Anforderungen entsprechen und wie gefordert gekennzeichnet sein. Frölich verwies zudem auf den Umstand, daß kein Häftling schon früher im Gut angestellt war und also niemand in der Gruppe über eine einer Flucht dienlichen Personen- und Ortskenntnis verfüge.¹⁶⁶

[44:]

3. Das Außenlager Mildenberg

Die Suche

Zwischen Gransee und Zehdenick, Kreis Oberhavel, Land Brandenburg, weisen Schilder mit der Aufschrift „Ziegeleipark Mildenberg“ auf eine Sehenswürdigkeit hin. Sie fuhren Neugierige zu einem Technikmuseum. Inmitten der Landschaft befinden sich zwei stillgelegte Großziegeleien, in denen Informationen und Eindrücke von der Geschichte dieses Industriezweiges und seiner Technik gewonnen werden können. Interessierte mögen zu ihrer Überraschung aus einem Prospekt erfahren, daß sich in der Umgebung des Dorfes Mildenberg im heutigen Amt Zehdenick das ehemals größte Ziegeleigebiet Europas befand.¹⁶⁷

Mildenberg taucht auch in Dokumenten des Konzentrationslagers Ravensbrück auf, konkret in Aufstellungen zur „Arbeitseinteilung“. In ihnen wurden die Namen der Aufseherinnen vermerkt, die ein Arbeitskommando zu seinem Einsatzort begleiteten und es dort beaufsichtigten, die Zahl der Häftlinge sowie die Dauer ihres Einsatzes. Daraus geht zunächst hervor, daß im Jahr 1942 von April bis Oktober anfänglich 30, später 60 Frauen auf dem landwirtschaftlichen „Gut Mildenberg“ arbeiten mußten. Pferdewerke brachten sie morgens an ihren Arbeitsort und abends in das Konzentrationslager zurück.¹⁶⁸

In Mildenberg war aber nicht nur ein Außenkommando tätig. Es fanden sich im „Verzeichnis der Haftstätten“ auch Hinweise auf die Existenz eines Außenlagers im Zehdenicker Ziegelei-Revier.¹⁶⁹ Eine knappe Notiz vermerkt, daß laut eines Zeugenberichtes ein Außenlager Mildenberg existiert habe und daß Männer Bohrungsarbeiten durchgeführt hätten. Weitere Quellen- und Literaturhinweise zur Geschichte des Außenlagers Mildenberg konnten jedoch nicht gefunden werden. Es existieren keine Vernehmungs- oder Ermittlungsprotokolle mit Aussagen von Zeitzeugen.

¹⁶⁵ Vgl. Ebenda. Schreiben des Lagerkommandanten Suhren vom 27.10.1944. Am 8.12.1944 präzisierte Suhren weitere Maßnahmen zur Unterbindung von Häftlingsfluchten und verwies dabei auf eine Zusammenarbeit des Kommandoführers mit der Betriebsführung. Ergänzend zum Befehl vom 27.10.1944 wurden am 9.12.1944 Erläuterungen an alle Außenlager geschickt, betr. Kennzeichnung von Häftlingskleidung. Ein handschriftlicher Vermerk vom 8.11.1944 belegt, daß die Aufseherinnen F. und G. von der Unterweisung Kenntnis genommen hatten und auch die Gutsverwaltung, über das Schreiben vom 27.10.1944 unterrichtet worden war.

¹⁶⁶ Vgl. Ebenda. Schreiben Frölich an die Kommandantur des KZ Ravensbrück vom 16.12.1944, betr. Unterbindung von Häftlingsfluchten.

¹⁶⁷ Vgl. Kleiner Führer durch den Ziegeleipark Mildenberg, hg. von der Gesellschaft für Museum und Touristik Mildenberg mbH, 1998.

¹⁶⁸ Vgl. Sammlungen MGR/SBG, RA Bd. 13, 14 sowie RA II/8-1-1, lückenhaft überlieferte Aufstellungen zur „Arbeitseinteilung“ und Zettel „Arbeitsdienst“. S. auch Sammlungen MGR/SBG, RA I/6-6-4. Befragungsniederschrift vom 25.1.1974.

¹⁶⁹ Vgl. Verzeichnis der Haftstätten, 1979, S. 239. S. auch Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1977, Teil I, S. 77.

Das Lager Mildenberg war weder in der DDR noch in der BRD Gegenstand juristischer Ermittlungen, doch im Zusammenhang mit Nachkriegsermittlungen fand es Erwähnung. Während der Aufzählung seiner verschiedenen Arbeitseinsatzorte hatte ein ehemaliger Häftling vor einem britischen Offizier, der einer Untersu-[45:]chungskommission angehörte. Anfang Januar 1947 in Hamburg auch Mildenberg genannt.¹⁷⁰

Auf der Grundlage der wenigen verfügbaren Fakten nahmen die Autorinnen zunächst an, daß Konzentrationslagerhäftlinge in den Ziegeleibetrieben eingesetzt worden waren, doch die Recherchen über die privaten Ziegeleiunternehmen erbrachten ein negatives Ergebnis.¹⁷¹ Erst der in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück aufbewahrte anonyme Bericht eines Häftlings über seine Haftzeit bestätigte die Vermutung, daß in Mildenberg Männer aus Ravensbrück weder zur landwirtschaftlichen Arbeit noch in einer Ziegelei eingesetzt worden waren. Vielmehr hatten die Gefangenen fast ein Jahr auf dem Gelände einer stillgelegten Ziegeleianlage gelebt und dort für das Reichssicherheits-Hauptamt (RSHA) gearbeitet.

Diese Aussage galt es zu überprüfen, Fragen nach den Arbeitsbedingungen und Lebensumständen der Gefangenen zu beantworten, den Besitzer der Ziegelei zu ermitteln sowie nach den Gründen zu forschen, die das RSHA bewogen hatten, die Ziegelei für ihre Zwecke zu nutzen. Solange weiteres Material nicht gefunden wurde, bildeten die Ermittlungen des Häftlings die einzige Quelle, um das Außenlager Mildenberg beschreiben zu können. Seine Aufzeichnungen dienten als Grundlage für Befragungen von Mildenberger Bürgern und Recherchen vor Ort.¹⁷² Schließlich gaben Dokumente, die vor und nach 1945 entstanden und im Brandenburgischen Landeshauptarchiv aufbewahrt werden, Auskunft zur Geschichte des Betriebes, jedoch nur für die Zeit, während er eine Ziegelei war. Das Ergebnis der Recherchen ist höchst lückenhaft geblieben, doch es reicht hin, das Lager Mildenberg der Vergessenheit zu entreißen und es dem System der Ravensbrücker Außenlager zuzuordnen.

Vorgeschichte

Mitte der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts wurden in der Umgebung von Zehdenick reiche Tonlager entdeckt. Unternehmer erwarben den Grund und Boden und erbauten Ziegeleien. Die Nähe der Havel ermöglichte einen günstigen Transport der produzierten Ziegel nach Berlin und dessen Umgebung. Um 1910 erreichte die Ziegelfertigung ihren Höhepunkt. Zu dieser Zeit existierten 58 Ringöfen. Die bekanntesten Ziegeleiunternehmen waren die von *O. Stackebrandt, Schulze und Hübener GmbH, Hirschfeld & Co.* und *Gebrüder Voigt*.¹⁷³ Zu ihnen gehörte als wohl eines der bedeutendsten Unternehmen das von Julian Prerauer, einem Juden, der vor dem ersten Weltkrieg drei Ziegeleien besaß. Die zuletzt erbaute, sie ent-[46:]stand wahrscheinlich zwischen 1904 und 1908, befand sich in der Gemarkung Mildenberg, Flur 3. Flurstück 110, am Welsengraben, einem kleinen Fließ, nördlich des Dorfes Mildenberg. Die Anlage überlebte vier Besitzer. In ihr wurden acht Jahrzehnte lang von mehreren Generationen von Arbeitern Ziegel hergestellt. Auf dem Gelände befanden sich noch im Jahre 1947, wie einer Expertise der Provinzial-Versicherungsanstalt Mark Brandenburg zu entnehmen war, zahlreiche für den Ziegeleibetrieb typische und notwendige Einrichtungen, technische Anlagen und Gebäude: u. a. zwei Ziegelbrennöfen, Tonschneidegebäude, Transformatorenhäuser, Stallgebäude, ein Lokomotivschuppen, Kohlenbunker, Trockenschuppen, Wohnhäuser und Sanitäreinrichtungen.¹⁷⁴

Als Julian Prerauer am 15. Dezember 1934 verstarb, erbte Ilse Prerauer, vermutlich seine Schwester, das Anwesen.¹⁷⁵ Vom 17. März 1938 an wurde der Betrieb von einer Firma *H. C. Kröger & Co.*

¹⁷⁰ Sammlungen MGR/SBG, Bd. 43, 940/27, Aussage von Josef Moers am 4.1.1947 vor einem britischen Offizier in Hamburg.

¹⁷¹ Gedankt sei dem Geschäftsführer Herrn Frank Stege und den Mitarbeitern der Gesellschaft für Museum und Touristik mbH für ihre hilfreiche Unterstützung.

¹⁷² Interview der Autorinnen mit Herrn M. und Herrn F. im Mai und Juni 2001, die vor allem dazu beitrugen, das infrage kommende Gelände zu identifizieren.

¹⁷³ Vgl. Templiner Kreiskalender, 1930. S. 107 ff.

¹⁷⁴ Die Dokumente wurden vom Technikmuseum „Ziegeleipark Mildenberg“ zur Verfügung gestellt.

¹⁷⁵ Die Beisetzung des Julian Prerauer (geb. 23.11.1848) erfolgte drei Tage nach seinem Tode am 18.12.1934 auf dem Friedhof der Jüdischen Gemeinde in Weißensee. Julian und Ilse Prerauer hatten ihren Hauptwohnsitz in Berlin-

weitergeführt.¹⁷⁶ Der Name Ilse Prerauer taucht nochmals in einer Liste auf, die das Datum vom 26. November 1938 trägt. Solche Aufstellungen, die allerorts erstellt worden waren, registrierten allerdings nur den Umfang des land- und forstwirtschaftlichen Besitzes jüdischer Eigentümer.¹⁷⁷

Neun Monate später belegt eine Eintragung im Grundbuch¹⁷⁸, daß die Firma *H. C. Kröger & Co.* am 22. August 1939 die Ziegelei am Welsengraben erworben hatte. Wenn auch die genauen Umstände des Verkaufes der Ziegelei nicht ermittelt werden konnten, so ist doch sicher, daß er unter Zwang erfolgte. Denn die nach dem Novemberpogrom vom 9./10. November 1938 erlassenen Verordnungen bewirkten das Ende der Tätigkeit deutscher Juden als Unternehmer.¹⁷⁹

Die Geschichte der Berliner Firma *H. C. Kröger*, des neuen Eigentümers, reicht bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Hans Carl Kröger hatte 1886 die Firma als offene Handelsgesellschaft gegründet, die sich mit der Durchführung von Privat-Lotterien befaßte. Nach dem Tod des Eigentümers führten vor allem der Enkel Dr. Karl Kröger und der Schwiegersohn des Gründers, ein Ägypter, die Firma weiter. Mitte der 20er Jahre dehnte sich das Unternehmen in die Ziegeleiindustrie aus. Bis 1945 besaß *H. C. Kröger & Co.* drei Ziegeleien: Sie hatte 1925 das *Lehngut Ziegel- und Hohlsteinwerke in Herzfelde*, Niederbarnim, [47:] 1934 das Werk in Gransee, *Granseer Ziegeleiwerk*, und 1939 das Werk in Mildenberg, *Mildenberger Ziegeleiwerk*, beide Kreis Templin, erworben. Darüber hinaus gehörten Kröger als Alleineigentümer die Ziegeleiwerke Havelberg, *Havelberger Tonindustrie*, zwei Kilometer von Havelberg entfernt, sowie Nitzow und Toppel, Westprignitz.

Das Mildenberger Ziegeleiwerk hat, nach Angaben eines Anwohners, bis zum Sommer 1943 produziert.¹⁸⁰ Das belegt ebenfalls eine Aufstellung der „Lager fremdländischer Zivilarbeiter“ vom 28. April 1943. Danach arbeiteten für die Krögersche Firma in Mildenberg 28 Männer und 12 Frauen aus dem besetzten Polen sowie drei Kroaten.¹⁸¹ Das genaue Datum der Stilllegung der Ziegelei ist nicht überliefert. Wahrscheinlich wurde die Produktion in der zweiten Jahreshälfte 1943 eingestellt. Danach beginnt die Geschichte des Außenlagers Mildenberg des Konzentrationslagers Ravensbrück.

Eine Außenstelle des Reichssicherheits-Hauptamtes

Eine durch Dokumente gesicherte Erklärung dafür, warum die Ziegelherstellung eingestellt wurde, ist bisher nicht möglich. War es die gesunkene Nachfrage oder die Absicht des RSHA, das Gelände und die Gebäude seinen Zwecken nutzbar zu machen? Es konnten weder Verhandlungen zwischen Kröger und der SS noch eine Eintragung im Grundbuch über ein Kaufgeschäft nachgewiesen werden. Ebenso wenig fanden sich Hinweise auf ein Pachtverhältnis. Dennoch muß die Firma *H. C. Kröger & Co.* dem Wunsch oder der Auflage des RSHA Rechnung getragen haben, auf dem Ziegeleigelände eine seiner Ausweichstellen einzurichten. Die fast in jeder Nacht erfolgenden Bombardierungen Berlin durch die britische Luftwaffe, konzentriert Ende März, Ende August/Anfang September sowie ab dem 18. November 1943, hatten die faschistische Führung veranlaßt neben zahlreichen Betrieben auch wichtige Ämter in die angrenzende Provinz Brandenburg zu verlagern.¹⁸² 72 Kilometer von Berlin entfernt, auf dem Gelände der Ziegelei am Welsengraben ließ sich das Amt II (Organisation, Verwaltung und Recht) mit dem Referat II C3 (Kraftfahrtwesen) des RSHA¹⁸³ nieder. Ein

Charlottenburg. Ilse Prerauer (geb. 28.12.1875 oder 27.12.1875) verstarb am 4.6.1952 in Australien. Sie war am 27.7.1940 über Schanghai aus Deutschland emigriert. Die angeführten Informationen zu Julian und Ilse Prerauer erhielten wir dankenswerterweise von der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“.

¹⁷⁶ Vgl. BLHA, Rep. 31A, Nr. 211.

¹⁷⁷ BLHA, Rep. 2A, ILW, Nr. 173. Nachweisung über land- und forstwirtschaftliche Grundstücke des Kreises Templin, die sich im Eigentum von Juden deutscher Staatsangehörigkeit befinden“, 26.11.1938.

¹⁷⁸ Amtsgericht Zehdenick, Grundbuch, Bd. 17, Bl. 449.

¹⁷⁹ Vgl. Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12.11.1938, Reichsgesetzblatt Teil I, S. 1580, 1676, 1609.

¹⁸⁰ Die elterliche Wohnung des Herrn F. befand sich in unmittelbarer Nähe der Ziegeleianlage, am Welsengraben. Als er im Mai 1943 zur Wehrmacht eingezogen wurde, produzierte die Ziegelei noch.

¹⁸¹ Vgl. BLHA, Rep. 2A Potsdam I Pol, Film 2895, Bl. 185.

¹⁸² Vgl. BArch, NS 19, Nr. 167, Schreiben des Reichsführer SS vom 28.4.1943 an die Hauptämter der SS, betr. Ausquartierungsmaßnahmen.

¹⁸³ Vgl.: Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation, hg. von Reinhard Rürup, Berlin 1987, S. 73, 75.

Kommando von 32 Mann verwaltete und betrieb die Kraftfahrzeugnachschiebstation. Sie erhielt den Decknamen „Werkstoff“.¹⁸⁴ Hunderte von Automobilen, darunter auch Luxuslimousinen, wurden nach Mildenberg geschafft, um sie in Gebäuden [48:] der Ziegelei unterzustellen. Dafür waren die über 200 Meter langen Trockenschuppen gut geeignet.

Einsatz von Häftlingen auf der Kraftfahrzeugnachschiebstation

Der 33-seitige, auf einer Schreibmaschine geschriebene und offenbar als Übersetzung vorliegende Bericht¹⁸⁵ eines Häftlings des Konzentrationslagers Ravensbrück über seine Haftzeit beschreibt auf knapp drei Blättern seine Eindrücke im Außenlager Mildenberg¹⁸⁶. Die Erwähnung seiner Haftnummer ermöglichte es, den Berichtersteller zu identifizieren. Der Autor war unter der Nummer 519 im Männerlager¹⁸⁷ Ravensbrück registriert worden. Es handelt sich um den am 4. Juli 1920 in Mochtin geborenen Tschechen Emanuel Kolarik. Der gelernte Fleischer war im September 1940 durch die Gestapo verhaftet worden. Nachdem er in verschiedene Gefängnisse verschleppt worden war, wurde er am 4. April 1941 nach Dachau verbracht und dort als „Politischer“ eingestuft. Kolarik kam dann am 29. Mai 1941 mit weiteren Häftlingen nach Ravensbrück.¹⁸⁸ Er arbeitete zuerst in den Kommandos, die das Männerlager aufbauen mußten. Im darauffolgenden Jahr meldete er sich freiwillig zur Erledigung von Reparaturarbeiten im Frauenlager. Die Zeit vom Herbst 1943 bis Juli 1944 verbrachte er dann im Außenlager Mildenberg. Nach seiner Rückkehr in das Stammlager war er zu Ausbauarbeiten des „Jugendschutzlagers“ Uckermark eingesetzt worden. Bis zu seiner Entlassung am den 20. April 1945, wenige Tage vor der Befreiung des Lagers durch die Rote Armee, arbeitete er in der Küche, die für die Verpflegung sowohl des Männerlagers als auch des sog. Jugendschutzlagers zuständig war.

Da Kolarik zu den ersten Häftlingen gehörte, die in die ehemals Krögersche Ziegelei abkommandiert worden waren und zu den letzten zählte, die nach Beendigung der Arbeiten dieses Außenlager verließen, kann angenommen werden, daß die Dauer seines Aufenthaltes in Mildenberg den gesamten Zeitraum der Existenz dieses Außenlagers ausmachen könnte. Anfangs kehrten die Männer abends noch in das 25 Kilometer entfernte Konzentrationslager zurück. Auf welche Art und Weise der Transport erfolgte, ist nicht überliefert. Nachdem die Häftlinge ihre Unterkunftsbaracke selbst erbaut hatten, verblieben sie ständig auf dem Ziegeleigelände am Welsengraben. Das Außenlager Mildenberg unterstand von seiner Gründung im Herbst 1943 bis zu seiner Schließung im Sommer 1944 dem Konzentrationslager Ravensbrück.

[49:]

Das Lager

Zeitgenössische Pläne über den Standort der Häftlingsbaracke, die Unterkünfte für das SS-Wachpersonal sowie für die Männer der Kraftfahrzeugnachschiebstation konnten bisher noch nicht gefunden werden. Einzig Luftbilder, die am 16. März 1945¹⁸⁹ durch die Aufklärung der amerikanischen Luftwaffe angefertigt worden waren, geben die Möglichkeit, die Ziegeleianlage und die Barackenanordnung zu rekonstruieren. Demnach mußte das RSHA befohlen haben, auf dem Gelände vier Baracken aufzustellen. Es ist anzunehmen, daß zwei von ihnen, direkt am Fließ gelegen, das eigentliche Außenlager waren. In einer der beiden Holzbaracken waren die Häftlinge untergebracht. Kolarik berichtet, daß sie vom Fenster aus das Fließ sehen und mitunter Fische fangen konnten. Ob die Unterkunft nach außen durch einen Holz- oder Stacheldrahtzaun abgeschlossen war, wie es den Sicherheits-Vorschriften entsprach, war nicht zu ermitteln. Zu vermuten ist, daß sich die SS-Wachmannschaften in der gegenüberliegenden Baracke aufhielten. Wie viele SS-Männer die Gefangenen überwachten, ließ sich ebenfalls nicht feststellen. Auf jeden Fall soll ein Hundeführer unter ihnen gewesen sein. Zwei

¹⁸⁴ Vgl. BArch, R 58, Nr. 849, Bl. 11. S. auch: Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 5, München 1997, S. 405.

¹⁸⁵ Vgl. Sammlungen MGR/SBG, RA II/10-1-5.

¹⁸⁶ Im Bericht als „Mühlendberg“ geschrieben.

¹⁸⁷ Vgl. Strebel, Das Männerlager, S. 147.

¹⁸⁸ Vgl. Auskunft Gedenkstätte Dachau: E. Kolarik hatte in Dachau die Haftnummer 24368. K. verstarb am 22.12.1998.

¹⁸⁹ Landesvermessungsamt Land Brandenburg, Film Nr. 112-45, Bild Nr. 3168, Film Nr. 0113-45, Bild Nr. 4170.

weitere Baracken, in unmittelbarer Nähe der Ringöfen, dienten offensichtlich dem Kommando des RSHA als Wohn-, Arbeits- und Aufenthaltsunterkünfte.

Die Tätigkeiten und die Lebensumstände der Häftlinge

Die in Mildenberg eingesetzten Männer waren in der Regel qualifizierte Facharbeiter. Sie rekrutierten sich aus den vor allem zu Reparatur- und Aufbauarbeiten ständig im Konzentrationslager Ravensbrück zur Verfügung gehaltenen ca. 2.000 Häftlingen. So ist zu erklären, daß Häftlinge mehrere solche „Aufbau-Nebenlager“ durchliefen, wie die Gefangenen selbst diese Standorte bezeichneten.¹⁹⁰

Die ersten Tätigkeiten der anfangs 30 Häftlinge in Mildenberg bestanden offensichtlich darin, die Ankunft des SS-Kommandos der Nachschubstelle vorzubereiten, insbesondere die vier Baracken aufzustellen. Dazu kamen Maurer-, Maler- und Tischlerarbeiten, die für die Innenausstattung der Unterkünfte notwendig waren. Die Häftlinge deckten die Dächer und legten Zugangswege an. Kolarik berichtete, daß sie außerdem an größeren Hallen gearbeitet hätten. Hierbei handelte es sich möglicherweise um mindestens fünf Gebäude mit einer Länge von ca. 60 Metern, die auf einer freien Fläche nordöstlich der Trockenschuppen und Ringöfen errichtet worden waren. Sie könnten ebenfalls als Unterstellmöglichkeiten und Werkstätten für die Automobile gedient haben. Es ist denkbar, daß Häftlinge auch Wartungsarbeiten an den Autos verrichteten. Ursprünglich sollte die Arbeit des Häftlingskommandos binnen kurzer Zeit abgeschlossen sein. Die Luftangriffe auf [50:] Berlin machten jedoch weitere Auslagerungen von Autos notwendig. Zudem zogen auch Familienangehörige von Beschäftigten des Sicherheitsdienstes nach Mildenberg. Kolarik schilderte, daß das Häftlingskommando auf ca. 80 Gefangene erweitert wurde, da unter anderem Unterkünfte für die aus Berlin geflohenen Zivilisten zu bauen waren. Zugleich erwähnte er, daß einige seiner Kameraden auch für andere Personen, die nicht zum Personal der SS-Außenstelle gehörten, Arbeiten erledigten und von diesen kleinere Zuwendungen erhielten.

Kolarik nannte in seinen Aufzeichnungen Namen von Mithäftlingen, die sich ihm aufgrund ihrer Funktionen im Lager eingepreßt hatten.¹⁹¹ Der erste Kapo, Willi K., wurde aus nicht rekonstruierbaren Gründen aus Mildenberg abkommandiert. Seine Stelle nahm Hans H. ein. Der erhielt nach der Vergrößerung des Kommandos Hany E. als Gehilfen. Zu den konkreten Aufgaben der Kapos äußerte sich Kolarik nicht. Er bescheinigte ihnen jedoch, sich um die Mitgefangenen nach Möglichkeiten und Kräften gekümmert zu haben. Ein Pole mit dem Spitznamen Bubi kochte für die SS-Wachmänner und die Häftlinge. Ihm sei es zu verdanken gewesen, daß die Gefangenen aus Vorräten der Wachmannschaften zusätzlich versorgt werden konnten. Neben den deutschen, polnischen und tschechischen gehörten dem Kommando Mildenberg auch russische Häftlinge an. Mit Sicherheit waren unter den 80 Gefangenen weitere Nationalitäten vertreten.

In seinem Bericht beschrieb Kolarik u. a. das mit russischen Mitgefangenen organisierte gemeinsame heimliche Musizieren, den Verlauf des „Weihnachtsfestes“ 1943, die Verabschiedung eines Kameraden, die zusätzliche Nahrungsbeschaffung oder die den Gefangenen eingeräumte Möglichkeit, an Sonntagen die Dusche der SS-Diensteinheit zu nutzen. Nachdem alle Arbeiten im Sommer 1944 erledigt waren, wurde das Lager geschlossen. Die Häftlinge kehrten nach Ravensbrück zurück.

Die Zeit danach

Wann die Ausweichstelle des RSHA ihre Tätigkeit einstellte, ist nicht bekannt. Der Kriegsverlauf ließ offensichtlich keine nochmalige Verlagerung der großen Anzahl von Automobilen zu. Mildberger Bürger erzählen, daß sich nach der Befreiung des Ortes durch die Rote Armee noch zahlreiche Autos in der Anlage befunden hätten. Von Juli 1945 bis wahrscheinlich März 1946 hielten sowjetische Militäreinheiten die Ziegelei besetzt.¹⁹² Noch im März 1946, so ein Schreiben des Landrates an

¹⁹⁰ Der schon erwähnte Josef Moers durchlief z. B. die Außenlager Mildenberg, Prenzlau und Comthurey. Weitere Aufbau-Männer-Außenlager waren: Drögen, Dahmshöhe, Hohenlychen und Feldberg.

¹⁹¹ Die von K. genannten Namen kommen im Archiv der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück nicht nachgewiesen und ermittelt werden.

¹⁹² Vgl. BLHA, Rep. 250 Templin, Nr. 270, Bl. 214.

das Kreisarbeitsamt, hätten dort zwei deutsche Arbeiter für einen Stundenlohn von 0,80 RM für die Besatzungsbehörden gearbeitet.¹⁹³ Nach Abzug der Truppen wären die „4 Baracken der ehemaligen Sicherheitspolizei“ abgetragen und an Umsiedler in die jeweils drei Kilometer entfernten Ortschaften Badin-[51:]gen und Ribbeck sowie an den Ort Mildenberg abgegeben worden.¹⁹⁴ Die Baracke in Mildenberg soll später als Schulgebäude gedient haben.

Laut Protokoll Nr. 27 vom 3. August 1946 der Provinzialregierung Brandenburg wurde ihr die Enteignung des Ziegeleibetriebs der Firma *H. C. Kröger & Co.* in Mildenberg vorgeschlagen.¹⁹⁵ Im März 1948 erschien der Name des Unternehmens auf der „Liste A“ des Protokolls über den Kabinetts-Beschluß, der die entschädigungslose Enteignung und Übergabe der sequestrierten betrieblichen Vermögenswerte zum Inhalt hatte.¹⁹⁶ Noch im selben Jahr wurde die ehemalige Krögersche Ziegelei zum Volkseigentum erklärt.¹⁹⁷ Die Produktion wurde wieder aufgenommen. 1990 wurde der „VEB Ziegelwerk 6, 3/2 am Welsengraben Mildenberg Werk I“ stillgelegt. Das Gelände des ehemaligen Außenlagers und das Terrain, auf dem sich die Gebäude der Ausweichstelle des RSHA befanden, sind heute mit Gras bewachsen und schwer zu identifizieren.

* * *

Die Forschungen über die Außenlager Königsberg, Zichow und Mildenberg führten zu weiteren, bisher unbeantworteten Fragen, die sich auf die Geschichte der Mehrzahl der anderen Außenlager richten.

Die Dokumente über das Lager Zichow geben aufschlußreich Auskunft über die innere Funktion eines Außenlagers. Für kein anderes Außenlager des Konzentrationslagers Ravensbrück sind Befehle und Anordnungen des WVHA und der Kommandantur des Stammlagers sowie die Meldungen über den Vollzug so dicht überliefert, kann die Verbindung des Stammlagers zu einer Filiale so umfassend rekonstruiert werden. An den Beispielen Zichow, Königsberg und Mildenberg werden aber auch die Schwierigkeiten deutlich, die Geschichte dieser Außenlager zu rekonstruieren. Die Vereinbarungen und Absprachen zwischen dem WVHA, der Betriebsleitung bzw. Nutzer und dem Konzentrationslager Ravensbrück können nur in sehr wenigen Fällen (eine Ausnahme bildet das Lager Wolfen bei der *Filmfabrik Wolfen der IG Farben AG*) belegt werden. Aufgrund des Fehlens oder der Lückenhaftigkeit der Stärkemeldungen der Außenlager an das Stammlager sind exakte Angaben über die Anzahl der Häftlinge nicht zu erstellen. Ebenfalls nur bruchstückhaft sind Transportlisten der Außenlager überliefert, die Angaben über die Zahl der Häftlinge, die das Stammlager verließen oder [52:] dahin zurückkehrten, enthalten. Somit ist es kaum möglich, die Gesamtzahl der Häftlinge, die ein Lager während der Zeit seines Bestehens durchliefen, und deren nationale Zusammensetzung, zu bestimmen. Unbefriedigend ist zudem unsere Kenntnis über die Zusammensetzung der SS-Wachmannschaften und der Aufseherinnen, über ihre Lebensläufe und ihre Verhaltensweisen in den Lagern. Um diese offenen Fragen noch beantworten zu können, ist das Auffinden weiterer Dokumente Voraussetzung und der Zugang vor allem zu noch nicht gesichteten internationalen und Firmenarchiven erforderlich. Gleichzeitig ist Eile geboten, um die letzten der Überlebenden zu befragen.

¹⁹³ BLHA, Rep. 250 Templin, Nr. 232.

¹⁹⁴ Vgl. BLHA, Rep. 250 Templin, Kr. 270, Bl. 214.

¹⁹⁵ Das vollständige Protokoll konnte nicht aufgefunden werden. In einem Schreiben des Landrates des Kreises Templin an den Treuhänder für das Vermögen der alliierten Staaten und ihrer Staatsangehörigen vom 24.7.1947 wurde als Begründung für die Enteignung mitgeteilt, daß es sich um einen „vom jüdischen Besitz erschlichenen Betrieb“ laut Befehl 97, Ziff. I b (kriegsinteressent) handele. Vgl. BLHA, Rep. 250 Templin, Nr. 822.

¹⁹⁶ BArch, Do 3/442, Bl. 1, 80.

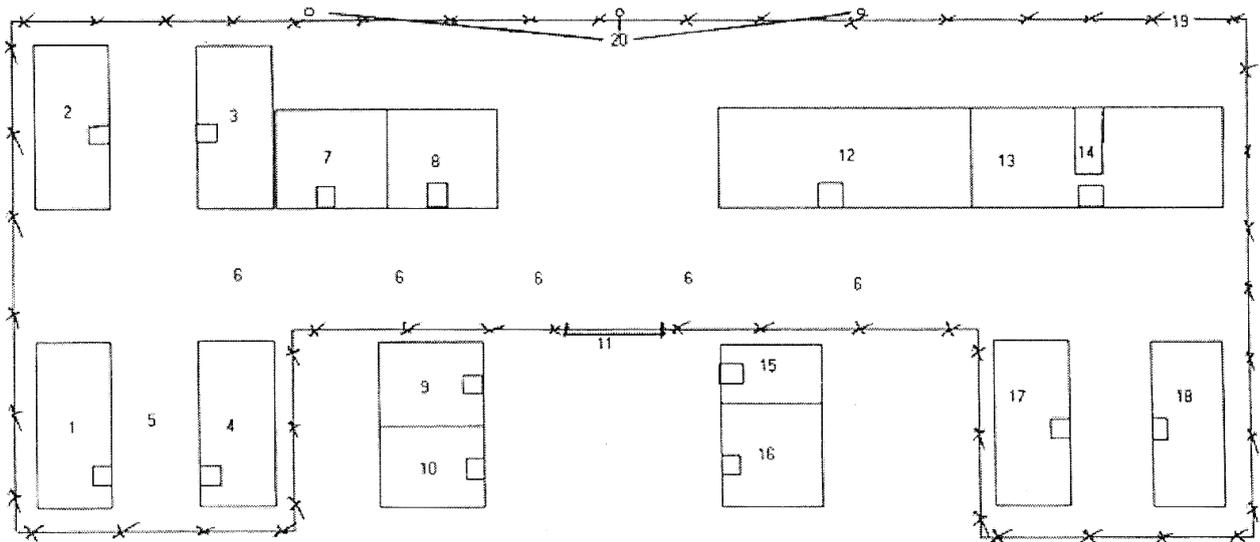
¹⁹⁷ BLHA, Rep. 203, AZS, Nr. Bo 303, Grundbuchauszug.

[53:]

Außenlager Königsberg/Neumark

Legende

- | | | | |
|------------------|-----------------------------|-------------|---------------------------|
| 1 Krankenbaracke | 6 unbef. Weg | 11 Tor | 16 Magazin Wachmannschaft |
| 2 Baracke | 7/8 Baracke | 12 Baracke | 17 Baracke |
| 3 Baracke | | 13 Baracke | 18 Baracke |
| 4 Baracke | 9 Unterkunft Wachmannschaft | 14 Aufsteht | 19 Stacheldrahtzahn |
| 5 Appellplatz | 10 Unterkunft Aufseherinnen | 15 Nähstube | 20 Scheinwerfer |



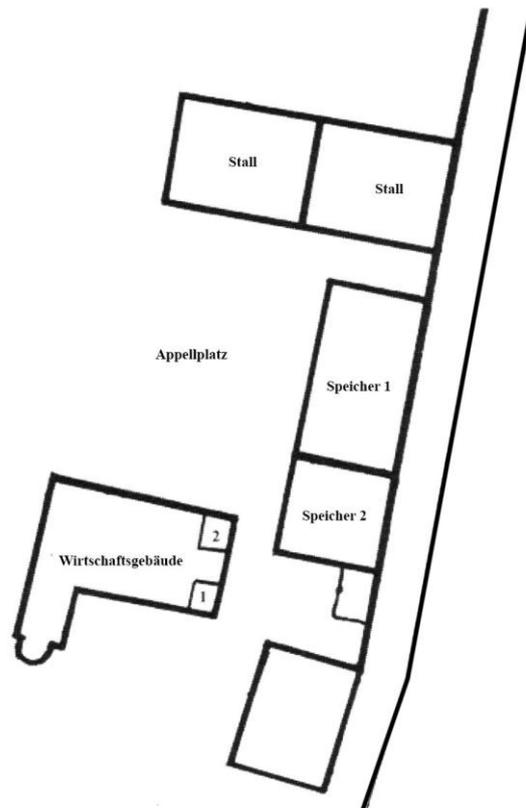
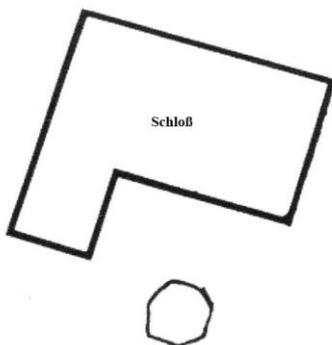
Skizze nach einer Handzeichnung von Magdalena N.
Quelle BArch Lu. AR-Z 135/72. Bd IV, Bl. 373.

[54:]

Außenlager Zichow

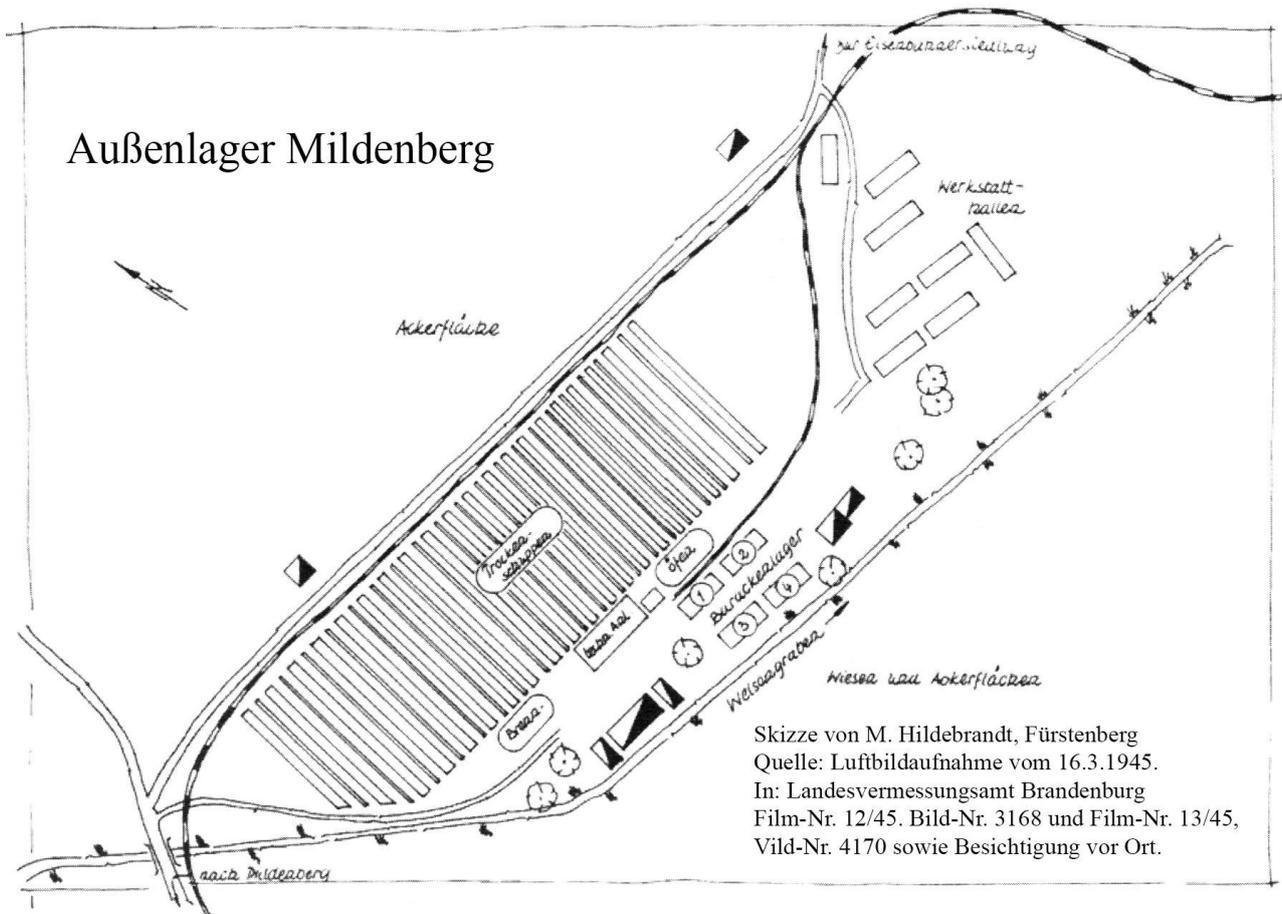
Legende

- Speicher 2: Erdgeschoß – Unterkunft der Wachmannschaft
- 1. und 2. Etage – Häftlingsunterkunft
- 1 Häftlingsküche im Keller
- 2 Vorratsraum



Skizze nach Flugkarte Gemarkung Zichow Flur 3
Quelle: Bürgermeister Zichow

[55:]



[56:]

KURT PÄTZOLD

Ausgewählte neuere Literatur zur Geschichte von Judenverfolgung und Judenmord. Anzeige und Kommentar

I

Die Geschichte der Verfolgung und des Massenmordes an den europäischen Juden während der Jahre der faschistischen Diktatur in Deutschland (1933-1945) wird nach wie vor auf verschiedene Weise in das öffentliche Bewußtsein der Bürger der Bundesrepublik gebracht. Dafür geben nicht nur spezielle Tage des Gedenkens besonderen Anlaß, so der 9. November, wenn alljährlich an den Pogrom des Jahres 1938 erinnert wird, und der 27. Januar, der Tag, an dem man der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gedenkt. An solchen Tagen werden allgemeine Reden über Betroffenheit gehalten, aber nicht nur. Mitunter kommen Tatsachen und Zusammenhänge zur Sprache, über die bisher Schweigen gelegt war. Das geschah jüngst, als auf einer Gedenkveranstaltung von der Rolle der Berliner Kassenärztliche Vereinigung gesprochen wurde, die sich 1933 aktiv bei der Vertreibung der jüdischen Konkurrenten der „arischen“ Ärzte hervortat.¹

Zugleich weitet sich der Blick auf die Geschichte der Juden im 1871 gegründeten Deutschen Reich und in dessen Vorgängerstaaten. Als 2002 der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, anläßlich der Vereidigung von Soldaten der Bundeswehr in Berlin eine Ansprache hielt, kam er auf die im ersten Weltkrieg im kaiserlichen Heer und in der Marine umgekommenen jüdischen Soldaten und Offiziere zu sprechen. Er erklärte, ihr Einsatz für das Vaterland sei ihnen nicht gedankt worden. Wenig später, am sogenannten Volkstrauertag im November, legte ein General der Bundeswehr auf dem Friedhof in Berlin-Weißensee an Gräbern jüdischer Soldaten, die im Kriege 1914-1918 umgekommen waren, zum ehrenden Gedenken einen Kranz nieder. Hier soll auf die – um das mindeste zu sagen – historisch unkritische Wertung dieses Einsatzes von Leib und Leben nicht eingegangen, aber doch auf die Schwierigkeit verwiesen werden, die sich ergibt, wenn der Teilnehmer eines imperialistischen Krieges ehrend gedacht wird, der eines anderen, des zweiten, hingegen nicht. Es ist zu hoffen, daß [57:] im Sinne von Arnold Zweigs 1934 in den Niederlanden gedruckter „Bilanz der deutschen Judenheit“ vor allem jene Beiträge bewußt gemacht werden, die deutsche Juden zu Fortschritten von Wissenschaft, Kultur, Bildung und Wirtschaft leisteten und derer ohne jede Einschränkung gedacht werden kann.

Im Jahre 2002 sind zwei künstlerisch außergewöhnliche Filme in deutsche Kinos gelangt, die in die Jahre der mörderischen Judenverfolgung zurückführen: *Der Pianist* und *Epsteins Nacht*. Der erste erhielt in Cannes die höchste dort zu vergebende Auszeichnung, die Goldene Palme. Roman Polanski hat die Geschichte des Władisław Szpilman (1911-2000), eines polnischen Künstlers, verfilmt, der in Warschau den Mördern entkam. Der hatte seine Lebenserfahrungen nach Kriegsende niedergeschrieben, veröffentlicht wurden sie jedoch erst kurz vor seinem Tode.² Der zweite Film (Regisseur Urs Egger) schildert die Wiederbegegnung dreier Juden, die Auschwitz überlebten, mit einem der Massenmörder, der inzwischen unter den Talar eines Geistlichen gekrochen war. Er gibt einen tief berührenden Einblick in das Dasein jener, die, von eigenen Erinnerungen und Bildern ihrer ermordeten Leidensgefährten verfolgt, weiterleben mit der Frage: Warum ich und nicht sie? Unter dem Thema „Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung“ veranstaltete das Deutsche Historische Museum in Berlin eine vielbesuchte Ausstellung. Ihr Begleitband versammelt hochinformativ Studien, Abbildungen der Exponate in Auswahl und macht deren Textkommentare nachlesbar.³ Daß wie üblich von der Mitwirkung ostdeutscher Fachleute abgesehen wurde, schlug sich freilich im Resultat nieder und war wohl auch in diesem Falle beabsichtigt.

¹ Siehe den Bericht „Erinnern an Mord und Vertreibung“ über eine Veranstaltung im Berliner Centrum Judaicum, in: Neues Deutschland, 11. November 2002, S. 16.

² Szpilman, in Sosnowicc geboren, hatte in Warschau und Berlin Musik studiert und beherrschte, von seinem Aufenthalt in Deutschland her, die deutsche Sprache perfekt. Er arbeitete seit 1935 als Pianist am Warschauer Rundfunk. An diese Arbeitsstelle kehrte er nach Kriegsende wieder zurück.

³ Katalog: Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung, hg. von Burkhard Asmuss im Auftrag des Deutschen Historischen Museums, o. O. o. J.

All dessen und weiterer Verdienste ungeachtet ist in der Bundesrepublik in jüngster Vergangenheit vermehrt gefragt worden, wie es um die Ausbreitung des Antisemitismus steht. Dazu gaben Aktionen von Nazis und anderen Rechtsextremisten gegen Friedhöfe und Synagogen Anlaß, doch ebenso Vorfälle wie jene um die Rückbenennung einer Straße in Berlin-Spandau, die nach ihrer Umtaufe während der Naziherrschaft ihren ursprünglichen Namen *Judenstraße* zurückerhalten sollte, was schließlich geschah. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, sprach 2002 auf einer Veranstaltung aus Anlaß des Jahrestages des Pogroms von 1938, die in der KZ-Gedenkstätte Dachau stattfand, davon, daß Antisemitismus und Judenhaß in Deutschland Alltag geworden seien, und forderte, sich daran nicht zu gewöhnen.⁴

Am meisten und nachhaltigste Aufmerksamkeit erregte die Kritik des stellvertretenden Vorsitzenden der Freien Demokraten (FDP) und Vorsitzenden ihres nord-[58:]rhein-westfälischen Landesverbandes, Jürgen W. Möllemann, zuerst an der Tätigkeit des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Michel Friedman, als Moderator einer Fernseh-Talkshow. Mehr noch tat das sodann Möllemanns Flugblattaktion, die während der Bundestagswahl 2002 auf Wählerwerbung zielte. Der Politiker und frühere Bundesminister griff Friedman und den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon an. Dem Regierungschef in Tel Aviv warf er vor, gegen die Bildung eines palästinensischen Staates zu agieren und einschlägige Beschlüsse der UNO zu ignorieren. Gegen Friedman wandte er sich wegen dessen Unterstützung für diese Politik; zugleich wies er Vorwürfe zurück, antiisraelisch und antisemitisch eingestellt zu sein.

Die Beurteilung der Massenstimmung ist schwierig, weil sich die berechtigte Kritik an der Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern und der verkappte Antisemitismus häufig voneinander schwer sondern lassen. Das schlägt sich auch in voneinander abweichenden Bewertungen der bundesrepublikanischen Situation nieder. Der Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, Wolfgang Benz, zeigte sich davon überzeugt, „daß Antisemitismus in Deutschland im Rücklauf ist“. Und an anderer Stelle eines Interviews sagte er: „Antisemitismus ist in Deutschland heute weniger verbreitet als in anderen Ländern, etwa in Frankreich oder Polen, in den baltischen Ländern oder in Rußland ...“. Jedoch würden 10 bis 20 Prozent der Deutschen „ihre Feindbilder, ob gegen Juden oder Ausländer, weiterhin pflegen“. Der Antisemitismus sei durch „stetige unaufgeregte Aufklärung über Ursachen, Motive und Wirkung von Judenfeindschaft“ zu bekämpfen.⁵ Dazu suchen Wissenschaftler und namentlich Historiker mit ihren Mitteln beizutragen.

II

Peter Longerich sieht das Interesse der gegenwärtig an der Holocaust-Forschung Beteiligten vor allem auf folgende Problemkreise konzentriert: *Erstens*: Motivation und Mentalität der Täter, vor allem der Funktionäre im SS und Polizeiapparat und in den Besatzungsverwaltungen; *zweitens*: Stellung der sog. traditionellen Eliten, also Generalität, Angehörige der Bürokratie auf verschiedenen Stufen, Mediziner, Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen und weitere Gruppen, zur sogenannten Judenfrage und ihre Beteiligung am Völkermord; *drittens*: Judenverfolgung auf regionaler Ebene und Handlungsspielräume der dort zuständigen Instanzen, woran sich die Frage nach dem Verhältnis des Macht- und Befehlszentrums und der ihm nachgeordneten Kräfte knüpft; *viertens*: das Wissen der deutschen Bevölkerung über den Judenmord, deren Reaktion und die Klärung der in diesem Zusammenhang kontrovers debattierten Frage, ob es in Deutschland unter den Massen einen besonders radikalen Antisemitismus gab und, wenn sich das erweisen ließe, woher er rührte.

[59:] Longerich bezeichnet diese Liste als unvollständig.⁶ Ihr ließen sich hinzufügen: *Fünftens*: Vervollständigung der Topographie der Judendeportation und des Judenmords; *sechstens*: Umfang, Verwendung und Verbleib des geraubten jüdischen Eigentums im Reich und in den besetzten Gebieten; *siebtens*: Ausmaß der Kollaboration, ihre personellen Kräfte und deren Antriebe bei den gemeinsam

⁴ „Judenhaß ist Alltag“, in: Mittelbayerische Zeitung, 11. November 2002.

⁵ Haben die Deutschen ihre Lektion gelernt? Interview mit Wolfgang Benz, in: Neues Deutschland, 9./10. November 2002, S. 3.

⁶ Peter Longerich: Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung“. Piper, München 2001, S. 13 f.

mit Deutschen oder auch eigenständig begangenen Verbrechen. *Achtens* schließlich gewinnt auch die Geschichte der Historiographie des Holocaust an Bedeutung, deren Erforschung jedoch ganz in den Anfängen steckt, wiewohl sie für weitere Unternehmungen sehr nützlich sein könnte und wohl auch immer unentbehrlicher wird.

Im folgenden soll in Auswahl durchmustert werden, was auf den deutschsprachigen Buchmarkt gelangte. An den Anfang unserer Inspektion kann Raul Hilbergs neuestes Buch⁷ gestellt werden, für das er Anfang Dezember 2002 in München mit dem Geschwister-Scholl-Preis ausgezeichnet worden ist. Dies allein würde diese Plazierung noch nicht begründen. Der US-amerikanische Historiker, vordem in der Bundesrepublik bereits auf andere Weise geehrt, unter anderem durch die Verleihung eines großen Bundesverdienstkreuzes, hat vordem gewichtigere Publikationen vorgelegt, doch der nun vorliegende schmale Band ist womöglich am stärksten in die Zukunft gerichtet. Er bezeugt des Autors Vertrauen, daß der Forschungsweg, an dessen Anfang nach dem Buche Gerald Reitlingers sein eigener großer Beitrag steht, von Historikergenerationen weiter besritten werden wird. Welchen Sinn hätte ohne diese Erwartung eine Art Lehrbuch, in dem vom Entschlüsseln und Interpretieren der Quellen gehandelt wird, die uns die Spuren des Holocaust aufnehmen und verfolgen lassen? Studenten, wo immer sie Geschichte studieren, ist zu wünschen, daß sie so in Quellenkunde und -kritik ihres Faches eingeführt werden, wie es durch dieses Buch geschieht, das darüber hinaus alle Gewinn bringend benutzen können, denen die Beschäftigung mit der Geschichte mehr als nur unterhaltendes Hobby ist.

Hilberg schöpft aus einem langen Gelehrtenleben als Forscher und Hochschullehrer in Burlington. Auf die immense Masse von Dokumenten, die durch seine Hand gingen, hat er die Scheinwerfer nun in Auswahl nicht wie bisher in der Absicht gerichtet, Abläufe geschlossen darzustellen, sondern gleichsam auf die Tücke der einzelnen Objekte aufmerksam zu machen und zu zeigen, wie ihr beizukommen ist. Wo lauern Gefahren von falschen Zuordnungen, Mißdeutungen, Verwechslungen, Über- oder Unterbewertung? Welche Rüstung ist notwendig, damit Forschende nicht in die Lage von Menschen geraten, die Wasser mit undichtem Gefäß oder gar mit einem Sieb schöpfen wollen? Wie genau muß sich ein Forscher in deutscher Sprache auskennen, wenn er begriffliche und andere [60:] Verschleierungen von Sachverhalten herausfinden will? Was muß er von den denkbaren Wegen wissen, die Schriftstücke hinter sich haben, bevor sie ihm vor Augen kommen?

Antworten auf diese und weitere Fragen werden an einer Fülle von konkreten Beispielen gegeben. Daß sie sich alle auf Quellen beziehen, die zwischen 1933 und 1945 sowie in den Jahren nach der Zerschlagung des Naziregimes in Ermittlungs- und Gerichtsverfahren entstanden, bedeutet nicht, daß nur Faschismusforscher angesprochen sind. Was bei Mikroverfilmungen von Aktenstücken verloren geht, was sich auf Fotografien oder -kopien nicht mehr findet, betrifft thematisch und zeitlich viele weitere Bezirke. Zudem verweist der Autor auf Probleme der Bewertung von Dokumenten anderer Provenienz, darunter solche, die auf das Wirken von Judenräten zurückgehen. Ein Kabinetstück der Quelleninterpretation und -kritik liefert Hilberg anhand der vom Autor mit äußerster Zurückhaltung formulierten Aufzeichnung eines Gesprächs, das Franklin D. Roosevelt mit Vertretern jüdischer Organisationen am 8. Dezember 1942 in Washington führte. Dennoch läßt sich aus dem Dokument entnehmen, daß der Präsident, monologisierend Zeit schund, so jeder verbindlichen Stellungnahme auswich, die dem Ansinnen der Delegierten gerecht geworden wäre.⁸

Geradezu nebenbei vermerkt Hilberg, daß der Gegenstand der Holocaust-Forschung „in immer kleiner werdenden Bestandteilen bearbeitet“ wird, und er verweist auf die Notwendigkeit, die „einzelnen Teile in ein umfassenderes Gefüge“ einzupassen. Auf die damit verbundenen Fragen und Schwierigkeiten läßt er sich weiter nicht ein. Davon ist in der Publikation eines anderen US-amerikanischen Forschers mehrfach die Rede.

⁷ Raul Hilberg: Die Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und Interpretieren, S. Fischer, Frankfurt am Main 2002.

⁸ Ebenda. S. 140 ff.

III

Christopher R. Brownings 2000 zuerst in englischer Sprache veröffentlichte Vorlesungen, die er im Jahr zuvor an der Cambridge University gehalten hat, liegen nun auch in deutscher Sprache vor.⁹ Unter den sechs Beiträgen, deren Erträge hier nicht einmal referiert werden können, bilden die beiden ersten deshalb die bemerkenswertesten, weil in ihnen dargestellt wird, in welchen Kernfragen der Holocaust-Forschung – von Außenseitern abgesehen – übereinstimmende Positionen erarbeitet wurden und in welchen anderen nach wie vor Kontroversen existieren und ausgetragen werden. Gegenstand dieser beiden Vorlesungen bilden „die Entscheidungsfindung und die politische Weichenstellungen im Nervenzentrum des NS-Regimes, die zur sogenannten ‚Endlösung‘ führten“.¹⁰

[61:] Als das „umfassendere Gefüge“, dem der Genocid an den Juden zugehört, gilt Browning ein „nach Osten gewendeter rassistischer Imperialismus“. Die Judenverfolgung begreift er als eine „Komponente“ davon. Das führte seine Forschungen an den Punkt, da dieser Imperialismus den ersten Schritt vom Programm zu dessen Verwirklichung zurücklegte und sodann zu den Folgen dieses Schrittes. Diesen erblickt er in der Eroberung und Zerstörung Polens. Die „Endlösung“ habe sich aus jenem „Rassenimperialismus der Nazis in Polen“ entwickelt, der die Vergrößerung des Reiches, die Vertreibung der Polen und Juden aus dem eroberten Gebiet nach dem Osten in das sogenannte Generalgouvernement und die Herbeiholung und Ansiedlung Deutscher aus Osteuropa umfaßte.¹¹ Bei dem Versuch, diese Ziele in hohem Tempo zu erreichen, hätten sich die „deutschen Imperialisten und Völkerverschieber ... in ein Labyrinth hineinmanövriert“. Die gesteckten Ziele, festgelegt in den sogenannten Nahplänen eins bis drei, wurden nicht – jedenfalls nicht vollständig und nur mit Verspätungen – erreicht. Auf die Idee der Schaffung eines Judenreservats im südöstlichsten Zipfel des Generalgouvernements folgte die der Verbringung aller Juden Europas in ein Deportationsgebiet in Afrika (Madagaskar). Letztere blieb ganz und gar auf dem Papier und wurde Makulatur, als Ende 1940 an der Regimespitze in Köpfen von Zivilisten und Militärs der Plan Gestalt annahm, die UdSSR zu bekriegen und zu zerschlagen.

Damit gerieten die Vorstellungen über die Zukunft der Juden in neue Koordinaten. Die ergaben sich aus einem Krieg, in dessen Verlauf und als dessen Ergebnis Millionen Einwohner, Juden und Slawen, vernichtet werden sollten, direkt durch die Mörderhände der Eroberer, indirekt durch Vertreibung in unwirtliche Gebiete und durch Aushungerung, um das gedachte riesige Kolonialreich beherrscht und mit größtem Nutzen ausbeutbar zu machen. Neue, die bisherigen ersetzende Entscheidungen betrafen die relativ separaten Pläne im Hinblick auf die Juden, deren Ausarbeitung und Vorlage Himmler und – federführend – dem Reichssicherheitshauptamt und dessen Leiter Heydrich oblagen. Wie und wann sind sie gefallen?

Browning verweist darauf, daß sie in einem Prozeß erfolgten, der zu voraufgegangenen Entschlüssen kontinuierliche wie diskontinuierliche Elemente aufwies. Zum Zeitpunkt des Einfalls in die UdSSR, auch darin stimmen die Historiker weitgehend überein, war entschieden, daß unter der jüdischen Bevölkerung des Landes Massaker angerichtet werden sollten, um sie zu dezimieren. Aber es war, worauf das Vorgehen der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD hinweist, offenkundig noch nicht befohlen, ausnahmslos alle jüdischen Bewohner – Frau, Mann, Greis, Kind – auszurotten. Schritte, Signale, Aufträge, die diese Eskalation ins Werk setzten, erfolgten bereits seit Ende Juli 1941. Da schien die Rechnung eines erneuten „Blitzfeldzuges“ und der Plan, den Gegner in einem Vierteljahr besiegt zu haben, vollständig aufzugehen.

[62:] Die am meisten umstrittene Frage schließt sich an: Wann wurde entschieden, alle Juden Europas, die sich in der Gewalt der deutsch-faschistischen Machthaber befanden, zu töten? Brownings schon früher gegebene, hier noch einmal ausgebreitete Antwort besagt, Hitler habe in jenem Juli 1941 Himmler und Heydrich beauftragt, für dieses beispiellose Vorhaben, für das es keine Erfahrungswerte

⁹ Christopher R. Browning: Judenmord. NS-Politik. Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter. Aus dem Englischen übersetzt von Karl Heinz Siber, S. Fischer. Frankfurt am Main, 2001.

¹⁰ Ebenda, S. 9.

¹¹ Ebenda, S. 12 f.

gab, so etwas wie eine „Machbarkeitsstudie“ vorzulegen. Die sei Anfang Oktober fertig gestellt gewesen und gebilligt worden. Von da an habe an der Staatsspitze der klare und nie aufgegebene Voratz existiert, die Juden Europas zu ermorden, damit im Kriege zu beginnen und spätestens nach dessen Ende das gesamte Herrschafts- und Einflußgebiet „judenfrei“ zu machen.

Die Eröffnungsschritte zur Verwirklichung des zunächst vagen Plans wurden ohne Verzug eingeleitet, wofür Browning noch einmal die Liste der im Herbst 1941 ergriffenen Maßnahmen präsentiert. An diese grundsätzliche Entscheidung, getroffenen im Moment der stärksten Siegeserwartung, – der Autor spricht von „Siegestrunkenheit“ – schlossen sich in den folgenden Monaten bis in das Jahr 1942 weitere an, die ebenfalls auf höchster Ebene fallen mußten, galt es doch, den jeweiligen Situationen angemessene Möglichkeiten und Schritte zu bestimmen, mit denen das Verbrechen vorangetrieben werden sollte. Erst nach und nach wurde entschieden, „wie, wann, wo, in welchem Tempo und mit welchen vorläufigen Ausnahmen“ das Massenmorden durchgeführt werden konnte und sollte.¹²

IV

Brownings Darlegungen sind überzeugend. Das betrifft insbesondere seine detaillierte, Tatsachen und Dokumente Schritt für Schritt durchmusternde Auseinandersetzung mit Argumenten Christian Gerlachs, der heraus gefunden zu haben meinte, daß Hitler die in Rede stehende „Grundsatzentscheidung“ erst am 12. Dezember 1941 getroffen habe.¹³ Auf den Streitpunkt kommt Browning im Nachwort noch einmal zurück. Dort geschieht das mit Bezug auf eine inzwischen erschienene Arbeit Peter Longerichs.¹⁴ Die ist aus zwei für die Publikation ergänzten und zusammengeführten Gutachten hervorgegangen, die der Verfasser für den Zivilprozeß „Irving gegen Lipstadt“ angefertigt hatte, der im April 2000 mit einer Niederlage des britischen Klägers endete. Die Ausarbeitungen hatten den „Systematischen Charakter der nationalsozialistischen Politik zur Vernichtung der Juden“ und „Hitlers Rolle bei der Verfolgung der Juden durch das NS-Regime“ zum Gegenstand.¹⁵ Dem Streit vor Gericht gemäß konzentrieren sie sich auf Hitler, dem bei Planung und Inszenierung der Judenvernichtung die „führende Rolle“ [63:] und das Wirken als Motor und Antreiber zugeschrieben wird.¹⁶ Den „Führer“ bezeichnet Longerich als notwendige, jedoch für sich allein genommen nicht als hinreichende Bedingung für das Geschehene.¹⁷

In dieser Bewertung stimmen alle seriösen Forscher überein. Nachgewiesen wird kloppfest, daß sich Hitler mit dem Massenmorden nahezu kontinuierlich befaßte, daß er dafür ein Klima schuf (durch seine öffentlichen und geheimen Reden und in zahllosen dienstlichen und privaten Gesprächen), sich besonders in Unterredungen mit Heinrich Himmler über dessen Fortgang unterrichten ließ und direkt auf ihn Einfluß nahm, den Vorschlägen des Reichsführers SS zustimmend, sie genehmigend, sie auch modifizierend. Es hat nicht den Anschein, daß auf diesem Felde der Holocaust-Forschung noch überraschende Entdeckungen bevorstehen. Für den Anteil anderer Führer des Regimes gilt das durchaus nicht.

Das war neuerdings aus einer Monographie von Susanne Willems zu lernen.¹⁸ Ihr Beitrag betrifft ein unbekanntes Thema der Geschichte Berlins am Ende der dreißiger und zu Beginn der vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Er schöpft aus Akten des Oberfinanzpräsidenten und beleuchtet das

¹² Ebenda, S. 260.

¹³ Christin Gerlach: Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: Werkstatt Geschichte, 18/1997, S. 7-44.

¹⁴ Longerich, Der ungeschriebene Befehl. Die Arbeit fußt auf der voraufgegangenen, umfänglichen Monographie des Autors: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, Piper, München 1998.

¹⁵ Ebenda, S. 10 f. u. 20.

¹⁶ Ebenda, S. 185.

¹⁷ Ebenda, S. 13.

¹⁸ Susanne Willems: Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Hentrich, Berlin 2002 (= Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, hg von Norbert Kampe, Wolfgang Scheffler und Gerhard Schoenberner, 10)

immer elendere ausgegrenzte und drangsalierte Dasein der Juden in der Reichshauptstadt zwischen dem 1938er Pogrom und ihrer Deportation „nach dem Osten“. Erfasst wird die soziale Lage der Verfolgten unter der Fragestellung: Wie wohnten sie und wie waren sie behaust, nachdem ihnen der Mieterschutz per Gesetz genommen worden war, sie ihre Wohnungen verlassen mußten und in Judenhäusern zusammengepfercht wurden. Ausgewählte Familiengeschichten hätten ein plastischeres Bild vom quälenden, zermürbenden, mancher Lebenskräfte schon überfordernden Abstieg geben können. Scharf arbeitet die Verfasserin die Besonderheit des Geschehens in Berlin heraus, wo sich die Judenverfolgung mit den Plänen zu dessen Umbau in das gedachte Germania verband. Die Stelle, die dieses Vorhaben seit 1937/38 vorantrieb, war das Amt des Generalbauinspektors Albert Speer. Dieses Amt fand in den von Juden bewohnten Räumen die willkommene Reserve, auf die sich zugreifen ließ, um jene „Arier“ unterzubringen, deren Häuser zum Abriß bestimmt wurden. Durch ihn sollten Plätze und Fluchten entstehen, insgesamt ein riesiges Areal, auf dem sich der auch großwahnsinnige Leibarchitekt Hitlers in Gemeinschaft mit seinem „Führer“ auszutoben gedachte. Nachgewiesen wird, daß Speer und sein Amt Initiatoren der Liquidierung des Mieterschutzes für Juden waren, daß sie schon im Frühjahr 1941 auf den Beginn der Deportation drängten und Aufnahmen von Juden in die Deportationslisten in Zusammenarbeit mit der Gestapo maßgeblich mitbestimmten. So liegt ein weiterer Beitrag gegen die „Speer-Legende“ vor. Daß sie durch ihn den Todesstoß erhalten wird, ist so [64:] unwahrscheinlich wie ein Schritt Joachim Fests, der sein einschlägiges Buch vom Markt nehmen und es umschreiben müßte.¹⁹ Willems Arbeit wirft erneut die Frage auf, wie das Urteil über Speer gelautet haben würde, wenn seine alliierten Richter 1946 gewußt hätten, worüber Lesende sich nun informieren können.

V

Das wissenschaftliche Interesse und die aus ihm erwachsenden Anstrengungen, die sich auf die Rekonstruktion der Geschichte des Judenmordes bis in alle seine irgend zu ermittelnden Einzelheiten (Zeitpunkt der Planung, Zeitpunkte und Orte des Verbrechens, spezielle Umstände, Täter, Opfer) richten, wurden eingangs schon erwähnt. Einschlägige Arbeiten haben seit Beginn der neunziger Jahre einen mächtigen Auftrieb dadurch erhalten, daß Archive in Polen und vor allem in den Nachfolgestaaten der UdSSR allgemein zugänglich wurden und – freilich in Abhängigkeit von den für ihre Benutzung nicht unbeträchtlichen finanziellen Aufwendungen – von vielen Forschern genutzt werden konnten. In mancher Hinsicht gilt das auch für Bestände in Archiven westlicher Staaten. Als spektakulär galt der Zugang zu lange gehüteten Dokumenten, die entstanden waren aufgrund der frühen Brechung des Codes der deutschen Ordnungspolizeitruppen, die auf dem eroberten Territorium der UdSSR operierten. Dieses Wissen hat auch in der Öffentlichkeit Fragen nach der seinerzeitigen Verarbeitung der Informationen und nach folgenden oder ausgebliebenen Reaktionen neu belebt.

Die aufgrund intensiver Archivstudien entstandenen, meist umfänglichen Publikationen über das Morden in den eroberten Territorien der UdSSR haben keinen Zweifel mehr gelassen, daß mit den Einsatzgruppen A bis D der Sicherheitspolizei und des SD weitere SS-Verbände, Bataillone der Ordnungspolizei, Truppenteile der Wehrmacht sowie kollaborierende Formationen aus Litauern, Letten, Ukrainern u. a. Nationalitäten am Judenmorden beteiligt waren und dabei deutsche und „einheimische“ Zivilverwaltungen mitwirkten. Vor allem dieses Wissen dringt aus dem Kreis der Spezialisten nur langsam und gegen Widerstände in das allgemeine Geschichtsbewußtsein. Haltungen wie „Es reicht“ oder der Verweis auf die Deutschen, die doch auch und mehr noch als andere Opfer des Krieges gewesen seien, stellen intellektuelle und emotionale Blockaden gegen jene Fragen dar, welche sich an die unabweisbaren Tatsachen anschließen. Unter diesen Fragen stellt die von Browning formulierte eine der bedrängendsten dar: Wie konnten „ganz normale Männer“, ohne auf ihre Rolle hinweisende Biographien zu besitzen, Täter und Mittäter eines geschichtlich beispiellosen Massenmordens werden? Und: läßt sich aus diesem Vorgang irgendeine Warnung entnehmen?

Da sich nicht erwarten läßt, daß über den Kreis von Fachleuten hinaus die vorliegende Spezialliteratur gelesen werden wird, sind alle Publikationen zu begrüßen, die Ergebnisse weitläufiger Forschungen

¹⁹ Joachim Fest: Speer. Eine Biographie, Berlin 1999.

zusammenfassen und konzentriert [65:] gleichsam verdolmetschten. Haben doch bis in die unmittelbare Gegenwart Debatten um die sogenannte (erste) Wehrmachtsausstellung gezeigt, welche Bedeutung der Bekanntmachung von Text- und Bild-Dokumenten im Informations- und Aufklärungsprozeß zukommt. Auch deshalb soll hier das Erscheinen eines 1997 herausgegebenen Bandes hervorgehoben werden, der Darstellung und Dokumentation der Geschichte des Mordens der Einsatzgruppen A bis D in den eroberten Gebieten der UdSSR vereint.²⁰ Nach einer Einführung des Herausgebers Peter Klein, der die Geschichte der Gruppen bis zum Angriff auf die Sowjetunion verfolgt, geben Wolfgang Scheffler, Christian Gerlach, Dieter Pohl und Andrej Angrick knappe Überblicke zur Geschichte jeder dieser Gruppen, deren Schwerpunkt wiederum die „Startphase“ ihres Einsatzes bildet. Die personelle Zusammensetzung, die Auswahl und der Wechsel des Führungspersonals, die blutigen Wege vom Baltikum bis zur Krim und in das Vorland des Kaukasus, Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Handelns, letzteres vor allem begründet durch von einander erheblich abweichende Bedingungen, die für die Erfüllung des verbrecherischen Auftrages vorgefunden wurden – das sind Abschnitte des Buches. Darauf folgt erstmals die geschlossene Publikation der „Tätigkeits- und Lageberichte der Einsatzgruppen 1941/1942“, die schon im Fall 9 vor dem Militärtribunal der USA bei Anklage und Urteil als Beweismaterial die Hauptrolle eingenommen hatten. Daran schließt sich der Abdruck von Einsatzbefehlen und von Instruktionen des RSHA für die Tätigkeit der Einsatzgruppen sowie eine Zusammenstellung von ergänzenden Dokumenten an.

VI

Während am Schluß dieses Bandes die höchst lückenhafte und kritikwürdige Ahndung der Verbrechen der Einsatzgruppen durch die Justiz der Bundesrepublik knapp erwähnt wird, besetzt dieses Thema in Michael Wildts Monographie über das Führerkorps des Reichssicherheitshauptamtes²¹ einen besonderen Platz und gehört zu den darin enthaltenen vielen Einzelstudien entlang biographischer Stränge. Das Tatsachenmaterial hat er mitunter aus Archiven, die von Historikern nicht selbstverständlich in Erwägung gezogen werden, wie dem Marbacher Literaturarchiv „zusammengetrommelt“. Seine dort unternommenen Recherchen setzten den Autor beispielsweise in den Stand, den beruflichen Nachkriegsweg eines Ideologen des RSHA²² nachzuzeichnen, der ihn später als Cheflektor des Münchener Piper Verlages zum Gutachter von Manuskripten Hannah Arendts aufsteigen [66:] ließ. Dabei versuchte der einstige SD-Führer, aus dem Untertitel von Arendts Biographie die Kennzeichnung „Jüdin“ für Rahel Varnhagen von Ense zu eliminieren. Diese Episode zeigt zugleich etwas Allgemeines an: die geistige Lernunfähigkeit (nicht zu verwechseln mit praktisch raschem und gewandtem Anpassungsvermögen) und die Verdrängungskunst einer ganzen Gruppe von Nazi-Führern und -Beamten.

Die Untersuchung der Biographien und der gemeinschaftlichen, komplizierten Rolle von geschlossenen, klar abgrenzbaren Führergruppen im deutsch-faschistischen Regime, die auf höheren oder mittleren Machtebenen operierten (Gauleiter der NSDAP, Höhere SS- und Polizeiführer²³, SD-Experten²⁴ u. a.), hat ebenfalls beachtliche Fortschritte gemacht. Wildt, gestützt auf die Durcharbeitung von Lebensläufen von mehr als 200 Angehörigen des RSHA, bringt vor allem die Entschlüsselung der Frage voran, wie und warum dieses Staatswesen so effektiv funktionierte und – bei so kurzer

²⁰ Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, hg. von Peter Klein. Edition Hentrich. Berlin 1997 (= Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, hg. von Norbert Kampe, Wolfgang Scheffler und Gerhard Schoenberger, 6)

²¹ Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führerkorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburger Edition, Hamburg 2002. Angaben zu den Bildungswegen der Gruppe, s. S. 74. Anm. 7.

²² Es handelt sich um Dr. Hans Rößner, seit Mai 1934 im SD, Mitglied und Führer der SS, Mitglied der NSDAP, der unter III C 3, Volkskultur und Kunst firmierte. Ebenda, S. 386 und insb. Abschnitt „Heinz Rößner oder die Taubheit deutschen Geistes“, S. 797 ff.

²³ Ruth Bettina Birn: Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Droste, Düsseldorf 1986.

²⁴ Jens Banach: Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936-1945, Schöningh, Paderborn 1998.

Existenz – in deutscher und europäischer Geschichte eine beispiellose Spur an Toten und Zerstörungen hinterlassen konnte.

Der Autor verfolgt die Lebenswege der Täter ausgehend von ihren Erfahrungen aus den Jahren des ersten Weltkrieges, geht ideologischen Einflüssen insbesondere ihrer Studienjahre nach und schildert ihre anfängliche politische und berufliche Betätigung bis zu ihrem Eintritt zur haupt- oder nebenamtlichen Arbeit in NS-Organisationen und staatlichen Institutionen. Dann wendet er sich der Planung, Konzeption und Struktur des RSHA zu, charakterisiert dessen Akteure und führt ihre Biographien zeitlich bis an den Kriegsbeginn. Von da an richten sich die Scheinwerfer der Untersuchung auf das RSHA-Personal beim Judenmord im Reich und in den besetzten europäischen Ländern, wobei Staat für Staat inspiziert wird. Verfolgt werden die Schritte von Plan zu Plan, nachgewiesen die Rolle der Untergebenen Reinhard Heydrichs (später Ernst Kaltenbrunn) in den Kommandostäben von Einsatzgruppen und deren Teilformationen. Andere Aufgabenbereiche, Aktionen wie die nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944, auch vergleichsweise abseitige („Unternehmen Zeppelin“), werden erwähnt, treten demgegenüber aber in den Hintergrund. Eingehend befaßt sich Wildt mit den Wegen der SS- und SD-Führer nach dem Mai 1945, dabei freilich sein umfangreiches Werk durch die Wiederholung von zu vielem Bekannten (Nürnberger Prozesse, referierende Wiedergabe der Forschungen Norbert Freis²⁵ u. a.) unnötig anschwellen lassend. Rücksichten auf die Zeitökonomie von Spezialisten sind hier, sofern nur die Druckkostenzuschüsse zur Hand sind, meist nicht mehr im Spiele.

[67:]

VII

In den neunziger Jahren ist es – wie erwähnt – möglich geworden, die Holocaust-Forschung auf eine breitere Quellenbasis zu stellen. Zugänglich wurden zivile und militärische, zentrale, regionale und lokale Archive, so etwa – um nur Beispiele zu nennen – Bestände im Militärarchiv in Prag, im Zentralen Archiv in Moskau, in Archiven in den Städten Brest und Shitomir oder auch in Lettland. Nun lassen sich die Spuren des Genocids, welche die deutschen Eroberer in Osteuropa zogen und hinterließen, viel genauer verfolgen als bisher, so daß sich dessen Topographie in großer Dichte rekonstruieren ließ, ohne daß diese Arbeiten abgeschlossen wären.

Diese Ausweitung verband sich mit unterschiedlich großen Erwartungen, soweit sie den Gesamtertrag, also das Resultat für das Verständnis des Ganzen betrafen. Durch sie, meint Raul Hilberg, werde ein fester Boden geschaffen, „von dem aus dann wieder weitere Detailforschungen betrieben werden können. Insgesamt wird sich ein neues dichteres Gewebe an Erkenntnissen ergeben.“²⁶ Das gilt auch für die anfänglich zögernd, in den einzelnen Staaten höchst unterschiedlich in Gang gekommenen Forschungen über die Kollaboration und die Mittäter, sei es bei der Verfolgung und Deportation, sei es bei der Tötung der Juden. Von dieser, so wiederum Hilberg, „geografischen Detailforschung“ sei „für die Zukunft noch sehr viel zu erwarten, denn sie schafft einen festen Boden, von dem dann wieder weitere Detailforschung betrieben werden können. Insgesamt wird sich ein neues dichteres Gewebe an Erkenntnissen ergeben.“²⁷

Doch was für ein Gewebe? Welche Art von Erkenntnissen? Die erwähnten Erwartungen richteten sich vor allem darauf, vom Verlauf des Mordens Rückschlüsse auf zentrale Entscheidungen und Befehle ziehen zu können, womöglich Hinweise auf Entschlüsse zu finden, von denen kein Aktenstück aus dem Zentrum der Macht Kunde gibt. Dies erwies sich aber als zu hochgeschraubt. Was nun deutlicher wurde, ist das Zusammenwirken von „oben“ und „unten“. Dabei ergab sich dreierlei: Die an der Verfolgung und der Tötung von Juden Beteiligten verhielten sich, im Wissen um ihren Generalauftrag zu den zentralen Weisungen a) zeitlich vauseilend, b) zeitkonform, also strikt befehlsgemäß, sich womöglich rückversichernd, c) aber in manchen Fällen auch abweichend. Während der

²⁵ Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, Beck, München 1996.

²⁶ „Auch die Täter sind Teil der Geschichte“. Interview des Rheinischer Merkur mit Raul Hilberg. in: Rheinischer Merkur, Nr. 45/2002, S. 23.

²⁷ Ebenda.

Fall a vorwiegend bei den eigentlichen Mördertrupps angetroffen werden kann, ist der Fall c vor allem bei Besatzungsinstanzen feststellbar, die im Konflikt zwischen der auch ihnen als Ziel bewußten Ermordung und der zeitweiligen Ausbeutung der Juden als Arbeitskräfte für dringend gebotene Kriegszwecke sich für den Nutzen entschieden und „ihre“, das heißt die in ihrem Machtbereich noch lebenden Juden zunächst leben lassen wollten. Endziel und pragmatische Aspekte traten zueinander in Konkurrenz und bei der Abwägung von Vorteilen und Nachteilen verhielten sich die in die besetzten Gebiete entsandten Deutschen keineswegs gleich, und die Unterschiede in ihrem Agieren und Reagieren erklären sich nicht nur in Abhängigkeit von deren jeweiliger Stellung und Funktion und auch nicht nur aus der Berücksichtigung ökonomischer Kalküle oder der ihnen gegenüber gezeigten Ignoranz.

Das Bild vom Fortschreiten des Massenmordes an der jüdischen Bevölkerung in Polen und der UdSSR wurde mit diesen Forschungen differenzierter und Goldhagens Deutung, die Deutschen seien eine nationale, unter Hitlers Führung sich austobende Bande von „eliminatorischen Antisemiten“ gewesen, ist, wenige Jahre nachdem ihr auch in der Bundesrepublik so viel spektakuläre Reklame zuteil geworden war, in Kreisen der Wissenschaft erledigt (freilich nicht auch in der Öffentlichkeit, zumal es den Vorteil aufweist, ohne besondere Anstrengungen einprägsam zu sein).

Für das Zusammenwirken von „oben“ und „unten“ im deutsch-faschistischen Regime beim Judenmord ist auch der Begriff der „Interaktion“ eingeführt worden, der verdeutscht die Wechselbeziehung zwischen Personen und Gruppen bezeichnet. Mit dieser Kennzeichnung, zumal wenn deren Erläuterung unterbleibt, gerät die Abbildung des Geschehenen doch ins Rutschen. Eingebracht werden muß eine ergänzende Charakteristik der jeweiligen Gewichte, mit denen die Akteure ausgestattet gewesen waren. Darauf hat Browning in seinen schon erwähnten Vorlesungen aufmerksam gemacht – ein Historiker, der sich in der Holocaust-Feldforschung exzellent auskennt, ja sie unter dem Gesichtspunkt der Täterforschung auf der untersten Handlungsebene als spezielle Richtung wegweisend eröffnet hat. Neuerdings sind ihm ein Abriß über die Ausnutzung der als arbeitsfähig angesehenen Juden im sogenannten Generalgouvernement²⁸ zu verdanken und dazu Studien, die sich auf einen Komplex von Arbeitslagern für Juden in Ostpolen beziehen, dort plaziert wegen eines zum Hermann-Göring-Konzern gehörenden ehemals polnischen Stahl- und Munitionswerkes²⁹, sowie über die Ausbeutung der Juden im Ghetto von Brest-Litowsk³⁰. So wenig Browning derartige Regionalforschungen unterschätzen könnte, so sehr er in ihnen „gewichtige Beiträge und „profunde Interpretationen“ erblickt, so bestimmt formuliert er: „Dennoch halte ich ein mahnendes Wort für angebracht: Lokale Initiativen waren ganz sicher von Bedeutung, aber dasselbe gilt für Aufforderungen, Anstiftungen und explizite Befehle von oben.“ Es sei doch unter dem Strich so gewesen, „daß die Politik des NS-Regimes nicht nur die Ziele definierte, auf die die lokalen deutschen Behörden und Machthaber hinarbeiten mußten, sondern auch die Rahmen-[69:]bedingungen, innerhalb derer diese nach eigenem Ermessen vorgehen konnten.“³¹ Und wenn Verhaltensweisen unterer Instanzen bekannt wurden, die den Auffassungen der Obrigkeit über das jetzt zu verfolgende Vorgehen oder auch nur über den nächsten Schritt widersprachen, dann seien diese „schlicht vom Tisch gewischt“ worden.³²

VIII

Im verflossenen Jahrzehnt hat sich ein Zweig der „Holocaust“-Forschung besonders kräftig entwickelt: die sogenannte Täterforschung. Wer das jetzt zutage gebrachte mit dem Bild vergleicht, das während des Nürnberger Prozesses 1945/1946 die Angeklagten von sich selbst, sodann ihre Verteidiger sowie die von ihnen beigebrachten Zeugen gaben, sieht besonders klar, welche große Wegstrecke inzwischen zurückgelegt wurde. Dabei sind zwei relativ selbständige Richtungen forscherschen

²⁸ Jüdische Arbeitskräfte in Polen. Existenzkampf, Ausbeutung, Vernichtung, in: Browning, Judenmord, S. 93 ff.

²⁹ Die „Arbeitsjuden“ und die Erinnerung der Überlebenden. Der Fall des Arbeitslagers Starachowice, in: Ebenda, S. 139 ff.

³⁰ Deutsche Mörder – Befehle von oben, Initiativen von unten und der Ermessensspielraum der örtlichen Instanzen. Das Beispiel Brest-Litowsk, in: Ebenda, S. 179 ff.

³¹ Ebenda, S. 181.

³² Ebenda, S. 206.

Interesses unschwer zu unterscheiden. Die eine konzentrierte sich auf die Rolle der Deutschen in militärischen Verbänden (SS-, Polizei- und Wehrmachteinheiten), die in den besetzten Staaten und Gebieten operierten, den antijüdischen Terror organisierten, Ghettos schufen, regierten und räumten, Konzentrations- und Vernichtungslager errichteten und betrieben, Kollaborateure formierten, ausrüsteten und bis zur Teilnahme an Massakern lenkten. Dieser Teil der Forschungen rückte in den neunziger Jahren vor allem infolge der Wanderausstellung *Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945* in das Blickfeld von Millionen Menschen, die – wenn überhaupt – nur sehr lückenhafte Vorstellungen vom Grad der Beteiligung von Wehrmachtseinheiten und -personen am Judenmord besessen hatten. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Rolle der zivilen und halb-militärischen deutschen Besatzungsorgane (Zoll-, Forst- und andere Verwaltungen) aufmerksam gemacht, ohne daß die Forschungen da schon weit gediehen wären.

Die andere Richtung hat die Teilnahme der Deutschen an der Judenverfolgung im Reichsgebiet in der Vorkriegszeit zum Gegenstand und setzte sich mit Ereignissen und Entwicklungen auseinander, die im März/April 1933 begannen und bis zur Deportation der Juden aus Deutschland reichten. Auch da hat ist das Bild breiter und genauer geworden. Es besteht kein Zweifel mehr, daß eine viel größere Zahl von Deutschen, Männern und Frauen, an den Verfolgungen entweder aktiv beteiligt waren oder in Maßnahmen „verstrickt“ wurden, die sich in deren Gefolge ergaben. Viele wußten allein schon durch ihre berufliche Tätigkeit um die Deportation der Juden und kannten die schlimmsten Befürchtungen wachrufenden Umstände, unter denen die Vergewaltigten „nach dem Osten“ verschleppt wurden. Manche der aktiv Beteiligten meinten gar, ihr Mittun werde ihnen eines Tages noch als Ruhmesblatt angerechnet werden. So beispielsweise der Leiter der Dortmunder Städtischen Pfandleihanstalt, der im August 1941 in einem Bericht [70:] prophezeite, künftige Forscher würden aus seiner Niederschrift erkennen, daß „auch die deutschen Pfandleihanstalten zu ihrem geringen Teil an der Lösung der Judenfrage in Deutschland mitgearbeitet haben“.³³

Was, um zunächst davon zu handeln, die erstgenannte Richtung der Täterforschung angeht, so hat sie nicht mehr zu erforschen, ob Polizei- und Wehrmachtformationen sich am Judenmord beteiligten. Darüber existierte, wenn auch der Umfang unbekannt geblieben war, übrigens seit dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß 1945/1946 schon Gewißheit. Das Interesse betraf nun die Ermittlung der Tätertypen und deren Motive. Beides bereitet angesichts der Quellenlage hochgradig Schwierigkeiten. Es kann auf offizielle Berichte, Briefe und Tagebücher Beteiligter, Akten aus disziplinarischen Untersuchungen gegen Einzelpersonen, seien es Angehörige militärischer Formationen oder von Besatzungsorganen, sodann auf Zeugnisse von wenigen Überlebenden der Massaker und – ebenfalls weniger – verlässlicher Unbeteiligter und schließlich auf Erkenntnisse zurückgegriffen werden, die aus den Ermittlungs- und Gerichtsverfahren nach Kriegsende stammen.

Browning hat im Bestand der formierten Mörder, den „Vollstreckern am unteren Ende der Befehlskette“, zwischen drei Tätertypen unterschieden, die im folgenden mit seinem begrifflichen Vokabular beschrieben werden sollen.³⁴ Die erste bezeichnet er als den „harten Kern“, den die ehrgeizigen, sadistischen, blutrünstigen, passionierten Mörder bildeten. Sie seien ideologisch verbohrt Rassisten und Judenmörder gewesen und bildeten die vorwärtstreibende Minderheit.³⁵ Der zweite Typ, der eine „Mittelgruppe“ und die Mehrheit ausmachte, hätte einen „Block von Mitläufern“³⁶ dargestellt, aus „Werkzeugen“, aus passiven Befehlsvollstreckern bestanden, zumeist nicht handelnd aus ideologischen Überzeugungen, auch keine eigene Initiative entwickelnd, sich nicht irgendwie hervortuend. Doch, in „situative und organisatorische Zwänge“ gestellt, funktionierten sie verlässlich, wenn es an das Töten ging. In dessen Verlauf unterlagen Täter dieses Typs Veränderungen ihrer Persönlichkeit, die in manchen Fällen dazu führten, daß sie zu eifrigen Mördern wurden. Die dritte Gruppe wiederum

³³ Konrad Kwiet: Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung. in: Die Juden in Deutschland 1933-1945, hg. von Wolfgang Benz, Beck, München 1993, S. 564 f.

³⁴ Die Vollstrecker des Judenmords. Verhalten und Motivation im Lichte neuer Erkenntnis, in: Browning, Judenmord, S. 219 ff., hier: S. 265.

³⁵ Ebenda, S. 247 u. 266.

³⁶ Ebenda, S. 251.

hätte aus Nichtbeteiligten bestanden, Männern, die sich von den Massakern fernhielten, andere Aufträge übernahmen und ausführten, teils stillschweigend, teils ausdrücklich erklärend, daß sie unfähig seien, auf unbewaffnete Menschen zu schießen. Diese Minderheit, etwas mehr als 10, jedenfalls weniger als 20 Prozent der jeweiligen Formationen, sei von der Mehrheit geduldet worden und ohne Nachteile geblieben. Ihre Existenz habe für die Opfer nichts bewirkt, denn auch diese Personen füllten doch keine andere Rolle als die von Helfern aus und sorgten – gleichsam am Rande der Erschießungs-[71:]gruben – auch für den Fortgang der Morderei. Die derart zusammen gesetzten Formationen durchliefen nach dem Beginn ihres Einsatzes einen Prozeß der Brutalisierung, dessen Tempo durch ihre Aufträge und ihr Einsatzgebiet bestimmt worden wären. Browning versieht seine Bilanz ausdrücklich und mehrfach mit Verweisen auf die Lückenhaftigkeit der Quellenbasis, die insbesondere der Erforschung der Motive Grenzen setze, es aber erlaube, Hass, Karrieresucht, Anpassungsbereitschaft als treibende Kräfte zu benennen.

Was die Forschung über die deutschen Täter vor dem Krieg angeht, so hat auch sie sich verlagert, weg von den NS-Aktivisten, die Boykotte organisierten, Synagogen schändeten, Geschäfte und Wohnungen ruinierten und andere Gewaltakte begingen, hin zur weit gefächerten Skala der Nutznießenden der Judenverfolgung und – Vertreibung – einer Skala von Handlungen, die von der Inbesitznahme der von den Juden 1933 zwangsweise geräumten Arbeitsplätze bis zu Aneignung oder „Ankauf“ von Gegenständen reicht, welche die Deportierten in Deutschland und in den anderen Staaten, aus denen sie verschleppt wurden, zurücklassen mußten. Es liegt nahe, sich zu fragen, ob die von Browning für die Mörderschwadronen gewonnene Unterscheidung nicht auch für die Handelnden in der Vorkriegssituation fruchtbar zu machen ist.

In den Vordergrund des Interesses gerieten unter den Nutznießern – und dies zu recht – für längere Zeit Banken und Versicherungen. An deren Management richtete sich die in den Zeiten des kalten Krieges immer wieder unterdrückte Frage, was aus Einlagen und Policen geworden war, deren Eigentümer ermordet wurden oder die wegen des Fehlens von Erben oder deren Unkenntnis nicht abgerufen werden konnten. Das Fragen und Forschen weitete sich dann mehr und mehr aus. Es betraf bald auch Privatbetriebe, Kommunen, kirchliche u. a. Einrichtungen. Deren Leiter, oft schon durch zwei Generationen von den Organisatoren und Nutznießern der Ausbeutung getrennt, fanden es angesichts des auf ihnen lastenden Drucks am besten, einen „sauberen Schlußstrich“ zu ziehen, sich durch „Eingeständnisse“ von einem bislang unter Decken gehaltenen Makel zu befreien und damit gleichermaßen einem allgemeinen politischen wie eigenen wirtschaftlichen Interesse Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang wurden der Geschichtswissenschaft Anstöße gegeben, die nicht – wie vielfach vorher – auf apologetische Festschriften zielten. Mit ihnen flossen, was nicht weniger wichtig war, Forschern und Forschungseinrichtungen Geldmittel zu, jedenfalls solange das ursprüngliche doppelte Interesse vorhielt und nicht befriedigt war.

Politisch und finanziell ist das Thema inzwischen von der Agenda. Schon schmücken sich Städte in der BRD – so das südhüringische Suhl – im öffentlichen Raum mit dem Hinweis, welche Summe sie in den für Zwangsarbeiter bestimmten sogenannten Entschädigungsfonds der Wirtschaft gezahlt haben. Doch sollte bewußt bleiben, daß die Kriegsgefangenen, die in erheblicher Zahl – entgegen vom Deutschen Reich nie aufgekündigten, demnach weiterhin verbindlichen internationalen [72:] Verträgen – Zwangsarbeit leisten mußten, von den inzwischen abgemachten finanziellen Regelungen ausgenommen waren und geblieben sind.

Die Arbeit der Historiker in Untersuchungskommissionen, als Gutachter und als Autoren von Firmengeschichten mit dem Schwerpunkt der Jahre von 1939 bis 1945 öffnete ihnen Archive oder Bestände. Sie brachte eine eigene „Literatur“ und Sammlungen von Dokumenten hervor, die künftig Ausgangspunkt und Quelle weiterer Forschungen sein könnten. Zugleich werden diese Spätfolgen des „Holocaust“ selbst wieder Gegenstand von Forschungen bilden und Kontroversen zur Folge haben, die sich bereits abzeichnen. Auf das Thema in einem Zeitungsinterview angesprochen, sagte Hilberg, daß Zahlen, die – in welcher Höhe auch immer – den Forderungen an Banken zugrunde gelegt wurden, falsch seien: „Wenn nun, wie im Fall der Schweizer Banken, den abenteuerlichen Forderungen der jüdischen Organisationen aus strategischen Gründen nachgekommen wird, so bleibt

doch das Bewußtsein, erpreßt worden zu sein. Daß sich diese unglaublichen Vorgänge am Judentum irgendwann rächen werden, davon bin ich fest überzeugt.“³⁷

Die Untersuchungen, die über die Bedingungen angestellt wurden, unter denen Zwangsarbeiter – Nichtjuden und Juden – in Deutschland lebten, ergaben, wie schon nach oberflächlicher Kenntnis nicht anders zu erwarten gewesen war, übereinstimmende und unterschiedliche Bilder. Für Überlebende konnte je nach der Abfolge ihrer bisherigen und unmittelbar vorausgegangenen Aufenthalts- und Arbeitsorte ein und derselbe Arbeitsplatz als dramatische Verschlechterung oder aber als bemerkenswerte Verbesserung erscheinen, so daß sich mit ihren Aussagen beweisen läßt, was eben bewiesen werden soll. Schon aber wird versucht, beschönigende Darstellungen in Umlauf zu setzen, wie jüngst in einem Foto-Text-Band zur Geschichte der thüringischen Stadt Zella-Mehlis, die neben ihrem selbständigen auch wegen ihrer engen Beziehung zu den benachbarten Suhler Waffenbetrieben einen besonderen Rang in der Waffenproduktion besaß. Vom Dasein der in einem Barackenlager wohnenden Zwangsarbeiterinnen, die von den Autoren „ausländische Bürger“ genannt werden, wird ein geradezu idyllisches Bild gezeichnet.³⁸

Daß die Scheinwerfer, mit denen Gewinne und weitere Erträge, herrührend aus der Ausbeutung von Juden und Nichtjuden und dem „Holocaust“, ausgeleuchtet wurden, so grell auf Banken, Industrielle und andere Unternehmer gerichtet wurden, konnte den unbescholtenen Nachfolgern der einstigen – für diese Kategorie gilt: und sämtlich verstorbenen – Täter selbstredend nicht gefallen. Schließlich ging es um nicht mehr und nicht weniger als um das Geschichtsbild einer Klasse. Dauerhaft sollte das im Moment Erhellte daher in die Geschichtsbücher doch [73:] nicht eingehen. Willkommen sind alle Darstellungen, in denen die eben festgestellten Unterschiede im Grad von Initiativen, Vorteilsnahmen, Aneignungen und Gewinnen eingeebnet werden. Zufriedenstellend ist hingegen die Betonung des kollektiven Handelns und die daraus erwachsene „Kollektivschuld“ der Deutschen. Damit aber nicht genug. Neuerdings – wovon noch die Rede sein muß – zielen Publikationen darauf, die „kleinen Leute“ als hauptsächliche Nutznießer von Judenverfolgung und -mord erscheinen zu lassen.

IX

Indessen geht die Wissenschaft ihre eigenen Wege. Nachwachsende Forschergenerationen finden „Lücken“ vor und sehen in deren Ausfüllung ihre Chance, sich selbst hervorzutun. Da blieb auf dem Gebiet der „Arisierung“, ungeachtet der frühen Arbeit von Helmut Genschel³⁹ und den jüngeren von Werner E. Mosse⁴⁰, Peter Hayes⁴¹, Avraham Barkai⁴² und anderen, viel Platz, Neues zutage zu fördern, alte Bilder zu korrigieren oder in der Tiefe zu schärfen. Davon zeugt auch ein Band, in dem 12 Autoren sich speziellen Themen dieses Prozesses zuwandten.⁴³ Neu ist an ihren Fragestellungen, daß sich die Recherchen über die „Arisierung“ im Reich, im „Protectorat“ Böhmen und Mähren und im Reichskommissariat Ostland nicht allein auf die NSDAP und den Staatsapparat mit seinen Besatzungsorganen richten: Der „Eigentumstransfer“, der mit verstecktem und offenem Raub einherging oder sich auch auf glatte Räuberei reduzierte, wird stärker als gesellschaftlicher Vorgang wahrgenommen, der ungleich mehr aktive Beteiligte besaß als Braunhemden und Zivilbeamte.

In diese Sicht führt Frank Bajohr ein, der wie andere Autoren Entscheidungs- und Handlungsräumen nachspürt, die bedrängte jüdische Eigentümer von Aktien und anderen Geschäftsanteilen, von

³⁷ Hilberg, „Auch die Täter sind Teil der Geschichte“, S. 23.

³⁸ Edelgard und Harry Ansorg: Heimat im Talkessel, Schleusingen 2001 (hg. vom Förderverein des Stadtarchivs Zella-Mehlis).

³⁹ Helmut Genschel: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Berlin 1966.

⁴⁰ Vgl. Jüdische Unternehmen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Werner E. Mosse und Hans Pohl, Stuttgart 1992.

⁴¹ Peter Hayes: Big Business and „aryanization“ in Germany 1933-1939, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 3. 1994, S. 254-281.

⁴² Avraham Barkai: Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1943-1943, Frankfurt a. Main 1988.

⁴³ „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, hg. vom Fritz Bauer Institut, Jahrbuch 2000 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Campus, Frankfurt am Main 2000.

Betrieben und großen und kleinen Handelsunternehmen anfänglich noch besaßen, die sich aber bald nach 1933/34 verengten, bis sie nicht mehr existierten. Zugleich gruppiert er das Verhalten derer, die als „arische“ Käufer auftraten, wobei er selbst jenen, die bei Firmen- und Geschäftsübernahmen sich noch an einen herkömmliche Kodex gebunden sahen, nur atte-[74:]stieren kann, sie hätten die Situation „nicht über Gebühr zum eigenen Nutzen“ ausgebeutet.⁴⁴

Aus den durchweg anregenden Beiträgen sei der – dem Bajohrs durch Thema und Fragestellung eng verwandte – Martin Fiedlers über die „Arisierung“ der Wirtschaftselite hervorgehoben. In ihm wird anhand von 106 nichtfinanziellen Großunternehmen untersucht, wie und in welchem Tempo Juden aus Vorständen und Aufsichtsräten verdrängt wurden, womit 1933 ein Prozeß begonnen wurde, den die Machthaber mit zunächst zurückgehaltenen gesetzlichen Regelungen 1938 abschlossen. Der Autor schildert einen Ablauf, der durch den Platz der Unternehmen im Wirtschaftsgefüge, ihren Zustand gegen Ende der Weltwirtschaftskrise, ihre Größe, ihre Binnen- und Außenmarktorientierung, auch durch das Verhalten nichtjüdischer Mitglieder von Vorständen und Aufsichtsräten samt deren taktischer Fähigkeiten und Möglichkeiten beeinflusst wurde – freilich ohne irgendetwas am Endresultat zu ändern. Fiedler bekräftigt das aus dem zeitigen Frühjahr 1933 stammende Urteil Georg Solmssens, eines jüdischen Vorstandsmitgliedes der Deutschen Bank, der das Fehlen jedweden Solidaritätsgefühls derjenigen konstatierte, mit denen die nun Ausgegrenzten bis eben noch „Schulter an Schulter“ gearbeitet hatten.⁴⁵ Unter den aufgezählten Faktoren, die jüdischen Wirtschaftsführern so etwas wie eine „Galgenfrist“ verschaffen konnten, fehlen Befürchtungen, die sich übrigens gleichermaßen auf jüdische Wissenschaftler und Ingenieure richteten, sie könnten ihr Wissen im Ausland in konkurrierenden Unternehmen verwerten. Auch diese Überlegung läßt daran denken, wie nützlich Untersuchungen darüber wären, wohin die Lebenswege der Angehörigen dieser Elite nach ihrer Vertreibung von ihren leitenden Posten führten.

Gemessen am roten Faden des Bandes nimmt eine Studie, die der schwer zu ermittelnden Geschichte des Vernichtungslagers Bełzec⁴⁶ gilt, eine Randstellung ein. Sie setzt mit den frühesten Nachrichten über dessen Existenz ein und führt über die Rekonstruktion seiner Bauzeit, seines Funktionierens, der Schließung und der Verwischung seiner Spuren, der Aufgabe des Lagers durch die SS bis zum skandalösen Abbruch des Münchener Gerichtsprozesses, bei dem acht ehemalige SS-Leute angeklagt worden waren. Am Schluß werden Initiativen erwähnt, die in den sechziger Jahren geschaffene Gedenkstätte neu zu gestalten.

X

Seitdem der Spielfilm „Schindlers Liste“ in Deutschland Menschen in die Kinos zog, die sonst nicht zu deren regelmäßigen Besuchern gehören, ist das Augen-[75:]merk in der Öffentlichkeit darauf gerichtet worden, daß es für die Zeitgenossen der faschistischen Herrschaft mehr Alternativen eigenen Verhaltens gab als gemeinhin angenommen und in der Bundesrepublik über Jahrzehnte zu dem Zweck behauptet worden war, die Masse der Deutschen als wehrlose Opfer im Schraubstock einer Diktatur erscheinen zu lassen.

Während der Zivilist Schindler überlebte, verurteilte ein Militärgericht den aus Wien stammenden Feldwebel Anton Schmid, als sein ganz außergewöhnlich mutiger Einsatz für große Gruppen von Juden in Litauen, die von den Mördern unmittelbar bedroht waren, ruchbar geworden war, zum Tode und ließ ihn erschießen. Die Darstellung seiner Tat eröffnet eine von Wolfram Wette herausgegebene Sammlung von Aufsätzen, die von Wehrmachtsangehörigen berichten, die Menschen retteten.⁴⁷ Die Autoren von elf Beiträgen befassen sich mit zwölf solchen Rettern und spüren deren Biographien

⁴⁴ Frank Bajohr: „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer“ Erwerber, in: Ebenda, S. 27.

⁴⁵ Martin Fiedler: Die „Arisierung“ der Wirtschaftselite. Ausmaß und Verlauf der Verdrängung der jüdischen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in deutschen Aktiengesellschaften (1933-1938), in: Ebenda, S. 78.

⁴⁶ Michael Tregenza: Bełzec – Das vergessene Lager des Holocaust, in: Ebenda, S. 241 ff.

⁴⁷ Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, hg. von Wolfram Wette, S. Fischer, Frankfurt am Main 2002 (Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Buchreihe, hg. Walter H. Pehle. 15221).

nach. Schon die Aufzählung der Dienstränge, sie reichen vom Feldwebel bis zum Oberst, macht deutlich, daß eine gewisse Stellung und ein mit ihr verbundener Einfluß notwendig waren, um überhaupt in die Lage zu geraten, Menschen in den von der Wehrmacht eroberten und besetzten Gebieten vor dem Zugriff der Mörderschwadronen zu schützen. So begegnet man auf den Seiten des Bandes Kommandanten besetzter Städte und deren Adjutanten, einem Baurat und anderen mit Befehlsgewalt oder Weisungsrecht ausgestatteten Militärangehörigen. Wo sich ein Schutzversuch auf ganze Gruppen erstreckte, setzte er zudem voraus, daß die in Aktion tretenden Deutschen – wie Schindler – für deren kriegswichtige Verwendung als Arbeitskräfte zuständig zeichneten oder sich zumindest als Personen ausgeben konnten, die für deren Verfügbarkeit verantwortlich waren.

Die Skizzen von den Menschenleben rettenden Aktionen führen nach Wilna, Warschau, in das polnische Krenau bei Krakau, in das ukrainische Horodenka und in das polnische Przemysł, in Gebiete also, in denen die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung am frühesten begann und mit einem maximalen Erfolg der Mörder ins Werk gesetzt wurde. Die Mehrheit der Helfenden kalkulierte – anders als Schmid⁴⁸ – das Risiko, das sie eingingen, so, daß es ihnen eben noch beherrschbar zu sein schien. Verdächtigungen, Denunziationen konnten sie nicht vermeiden. Versetzungen an andere Einsatzorte erfolgten, doch kam niemand von ihnen vor Gericht.

Zwei Berichte bezeugen die Hilfe zugunsten einzelner oder von Familien. Bekannt geworden ist jüngst durch die eingangs schon erwähnte Verfilmung die Rettung des polnischen Pianisten Władysław Szpilman, der sein Überleben in den letzten Wochen vor der Befreiung Warschaws durch die sowjetische Armee dem [76:] Hauptmann Wilm Hosenfeld verdankte, dem er – völlig entkräftet – in den Trümmern der Stadt zufällig begegnete.⁴⁹ Ebenso zufällig traf Oberleutnant Heinz Drossel schon gegen Kriegsende während eines Genesungsurlaubs auf eine in einem Berliner Vorwort anonym lebende, vom Zugriff der Gestapo akut bedrohte Familie, der er half zu entkommen und zu überleben. Mit dieser von Herausgeber am Ende des Bandes dargestellten Episode führt er zu den Fragen zurück, die an diese Geschehnisse zu stellen sind.⁵⁰ Sie gelten dem „Vorleben“ der Retter, ihren durch elterliche, schulische und kirchliche Erziehung erworbenen Denk- und Verhaltensweisen, Einflüssen aus Kindheits- und Jugendjahren also. Sie betreffen die nachhaltige Wirkung einprägsamer Erlebnisse aus der Vorkriegszeit, gewonnen in zivilen Verhältnissen. Sie richten sich auf Motive ebenso wie auf den Moment ihrer denkwürdigen Entschlüsse, in das mörderische Räderwerk einzugreifen. Wette verweist auf Untersuchungen, wonach die übergroße Zahl der Retter sich zu ihrem Schritt binnen Minuten und also ohne die Möglichkeit der Beratung mit anderen entschloß.

Viele Retter jüdischer Menschen haben in Israel eine Ehrung erfahren. Erfolgte sie posthum, sind Angehörige dazu nach Yad Vashem geladen worden. Die Bundesrepublik hat derlei, worauf Wette hinweist, Menschen wie Drossel bis heute verweigert. Dabei würde deren öffentliche Heraushebung im Hinblick auf die Geschichte der Wehrmacht mehr Klarheit schaffen helfen und zugleich dazu ermahnen, Handlungsspielräume zur Betätigung nach humanistischen Prinzipien zu nutzen, wo immer und solange sie existieren. Das Thema ist unabgeschlossen und angesichts der Tatsache, daß sich die Bundesrepublik zunehmend an Kriegen beteiligt, nicht mehr nur von einer allgemeinen ideologischen und moralischen Dimension. Es hat in der deutschen Gesellschaft, gewiß unter anderen Bedingungen, wieder aktuelle praktisch-politische Bedeutung gewonnen.

Die Lebensgeschichte von Menschen, ob Zivil-, ob Militärpersonen, die entgegen der barbarischen Lehre von den Herren- und den Untermenschen ihresgleichen vor dem Zugriff der faschistischen Mörder zu schützen suchten, hat in anderen Staaten früher als in Deutschland Aufmerksamkeit gefunden. Davon zeugt auch ein Buch über Hermann Friedrich Gräbe, einen Bauingenieur und Manager, der in Betriebsteilen seines Unternehmens in der besetzten Ukraine Juden beschäftigte und beim Herannahen der Roten Armee 1944 bis dahin vor der Ermordung Gerettete nach Deutschland transportieren ließ. Sie lebten, als US-amerikanische Truppen diesen Teil des Reichsgebietes erreichten,

⁴⁸ Arno Lustiger: Feldwebel Anton Schmid. Judenretter in Wilna 1941-1942, in: Ebenda, S. 45 ff.

⁴⁹ Dirk Heinrichs: Hauptmann d. R. Wilm Hosenfeld. Retter in Warschau, in: Ebenda, S. 69 ff.

⁵⁰ Wolfram Wette: Oberleutnant Heinz Drossel. Judenretter in Berlin 1945, in: Ebenda, S. 209 ff.

und konnten sich endlich in Sicherheit wähen. Ein Buch, das in den USA 1985, ein Jahr vor dessen Tode, über Gräbe erschien, hat 2002 eine deutsche Ausgabe erfahren.⁵¹

[77:] Am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität in Berlin wird an einem Forschungsprojekt mit dem Thema „Solidarität und Hilfe für Juden 1933 bis 1945“ gearbeitet. Bisher wurden datengestützt 3.000 Rettungsversuche erfaßt. Diese Zahl, erklärte der Leiter des Zentrums, sei gänzlich ungeeignet, um mit ihr „den häßlichen Deutschen durch den guten Deutschen zu verdrängen“. Und: „Zudem erweisen sich viele Fälle als überhaupt nicht so glorreich. Dem Juden wurde Unterschlupf gewährt, solange er zahlte. Gab es bei ihm nichts mehr zu holen, wurde er der Gestapo ausgeliefert. Der Koffer mit Wertgegenständen oder Familienerbstücken, den der Jude beim Bekannten zur Verwahrung unterstellte, war nach 1945 nicht mehr auffindbar.“⁵²

XI

Ganz außerhalb der Möglichkeiten dieses Beitrags liegt es, auf die vielen Artikel auch nur knapp zu verweisen, die nach wie vor in Zeitschriften und Sammelbänden zum Thema Judenverfolgung und Judenmord erscheinen. Erwähnt sei, weil er ebenso erfreuliche Fortschritte der regional- und lokalgeschichtlichen Forschung in den neuen Bundesländern wie deren bisherige Grenzen bezeugt, lediglich ein Beitrag von Steffen Held, der einen Überblick über die Geschichte der nazistischen Judenverfolgung in Sachsen bietet.⁵³ In diesem Land lag am Ende der Weimarer Republik der Anteil der jüdisch-gläubigen Bevölkerung mit 0,4 Prozent (absolut 20.584 Personen) unter dem Reichsdurchschnitt, doch konzentrierte diese sich zu nahezu 90 Prozent auf die Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz (absolut 18.348); mehr als die Hälfte wohnte in der Messestadt (absolut 11.564). Aus Sachsen fuhr wohl auch der letzte Deportationszug mit 169 Frauen, Männern und Kindern. Er verließ Leipzig am 14. Februar 1945, und sein Ziel war Theresienstadt.

Im Beitrag wird für die Aktionen und Maßnahmen des 1. April 1933, des 15. September 1935 und des 9./10. November 1938 im Detail gezeigt, daß ihnen jeweils gesteigerte antisemitische Umtriebe lokaler Nazi-Organisationen vorausgingen, die das Erreichen einer weiteren Stufe der Judendrangsalierung und -vertreibung vorbereiteten. Was neuerdings mit dem schon kritisch erwähnten Begriff der „Interaktion“ von Machthabern an der Staatsspitze und deren Gefolgschaft an der Basis gefaßt werden soll, war mithin nicht erst eine Erscheinung der Kriegsjahre und der Besatzungspolitik. Schon im Vorkrieg hatte die antijüdisch aufgeputschte [78:] Gefolgschaft Erfahrungen gesammelt, die ihnen jeweils Freiräume bezeichneten, die im „Kampf“ gegen die Juden existierten, und zugleich war sie auch an Ordnungsrufe gewöhnt, mit denen ihr entweder unerwünschtes Agieren signalisiert oder auch die Beendigung einer Kampagne bezeichnet wurde.

Zugleich macht dieser Beitrag die aus den alten Bundesländern übernommene Zurückhaltung deutlich, die sich noch immer zeigt, wenn es im Zusammenhang mit der anfänglich schleichenden, dann gesetzlich erzwungenen „Arisierung“ darum geht, Ross und Reiter zu benennen, also von Akteuren, Gewinnern, Nutznießern etc. zu handeln. Wieder fühlt man sich an jene Figur Brechts erinnert, die der Dichter sagen läßt: Solange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert. Für die Jahre vor und bis 1938 wird niemand erwähnt, der als „Nachfolger“ der aus der sächsischen Wirtschaft vertriebenen Juden in Erscheinung trat. Erst für die Kriegsjahre benennt der Autor die Ausbeutung der zur Zwangsarbeit getriebenen Dresdener Juden (insgesamt mehr als 400 Personen) in einem Betrieb der zum

⁵¹ Douglas K. Huneke: In Deutschland unerwünscht. Hermann Gräbe. Biographie eines Judenretters. Aus dem Amerikanischen von Adrian Seifen und Roben Lasser, Zu Klampen, Lüneburg 2002. [77:] (Titel der Originalausgabe: The Moses of Rowno. The Stirring Story of Fritz Gräbe, a German Christian Who Risked His Life to Lead Hundreds of Jews to Safety During the Holocaust. Wolfram Wette verweist in einer Rezension insbesondere auf dem in dem Buch enthaltenen Beitrag des Solinger Regionalhistorikers Horst Sassin über die „beschämende Geschichte der Wahrnehmung“ Gräbes in seiner Heimatstadt Solingen. in: ossietzky. 5. Jg. Nr. 25 (Ausgabe vom 14. Dezember 2002), S. 884 f.

⁵² „Haben die Deutschen ihre Lektion gelernt?“ Interview mit Wolfgang Benz, in: Neues Deutschland, 9./10. November 2002, S. 3.

⁵³ Steffen Held: Von der Entrechtung zur Deportation: Die Juden in Sachsen, in: Sachsen in der NS-Zeit, hg. von Clemens Vollnhals, Kiepenheuer, Leipzig 2002. S. 200-223.

Jenaer Zeiss-Konzern gehörenden *Zeiss Ikon AG* und die Juden in Außenlagern der Konzentrationslager Buchenwald und Ravensbrück, die im Hauptwerk und einem Betriebsteil der *Erla Maschinenwerke GmbH* und in der *Hugo Schneider AG* (Hasag) sowie in Rüstungsbetrieben in Freiberg, dort in der *Fa. Hildebrand* und den *Aradora-Flugzeugwerken*, schufteten mußten.

An anderer Stelle des Sammelbandes wird vermerkt, daß sich die Herren der Chemischen Fabrik von Heyden AG in Radebeul um einen Anteil an der in der Tschechoslowakei zu holenden Beute erfolgreich bemühten und gemeinsam mit der IG Farben AG das Unternehmen Aussiger Verein in Besitz nehmen konnten.⁵⁴ Kein Zweifel: Es ist noch ein weiter Weg, bis beispielsweise die Geschichte des seinerzeit überwiegend in jüdischem Eigentum befindlichen Rauchwarenhandels in Leipzig so präzise dargestellt sein wird wie das für die Stadt Wien vorbildlich geschehen ist.⁵⁵

XII

Ein völlig anderes Bild von der Ausplünderung und Ermordung der in die Hände der Faschisten geratenen Juden gab Götz Aly im Jahre 2002 in mehreren, weitgehend identischen Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften. Es fußt auf einer abstrusen, nicht neuen Faschismustheorie und steht konträr zu der in den letzten Jahren immer stärker verbreiteten und begründeten Sicht, daß für das Aufkommen, die Festigung, die Zielsetzung und die Politik des an die Staatsmacht gelangten deutschen Faschismus vor allem Angehörige deutscher Eliten – Wirtschaftsführer, reaktionäre Politiker, die keine Nazis waren, konservativ eingestellte Wissenschaftler und Ideologen u. a. – die hauptsächliche Verantwortung tragen. [79:] Aly hingegen erblickt in der Nazibewegung – Forschungen ignorierend, zu denen er selbst beigetragen hat – eine autonome Bewegung von „Nationalsozialisten“, welche auf die soziale „Homogenisierung“ der deutschen Gesellschaft gerichtet gewesen sei und damit ein nicht nur in Deutschland erfolgreiches Konzept verfolgt habe.⁵⁶ Diesem wäre auch der Krieg zugeordnet worden, dessen gedachtes wichtigstes Ergebnis, das eroberte Kolonialreich im Osten, sich auf die „Gewinnung von Siedlungsland als Beitrag zur Lösung der sozialen Frage“ gerichtet hätte. Am Horizont habe vor den Augen der Naziführer diese „konkrete Utopie für einfache Deutsche“ gestanden und auch „Soldatenbräute träumten zu Hunderttausenden von Rittergütern in der Ukraine“. Unterdrückt sei die Frage, worauf diese Schätzung fußt. Jedenfalls solle – so Alys Wunsch – nicht länger angenommen werden, es sei um den „Vorteil von Junkern und Monopolisten“ gegangen. Die „soziale Aufwärtsmobilisierung“ (was immer das gewesen sein mag) hätte die „zentrale Triebkraft des Nationalsozialismus“ gebildet.⁵⁷

In dieses tatsachenferne Bild werden sodann Judenausplünderung und der Massenmord an den europäischen Juden implantiert als Maßnahmen, die „zu Gunsten und zum Vorteil von Millionen Deutschen“ durchgeführt wurden, inszeniert von der NSDAP, der „Sachwalterin der kleinen Leute“. Industrielle und Bankfirmen seien zwar am Raub nicht unbeteiligt gewesen, doch wäre für sie nur der „weitaus kleinere Teil des Erbeuteten“ geblieben. Nach Aly gehört die „Arisierung“ in „die Kette von Eigentumsrevolutionen des 20. Jahrhunderts“, über deren Glieder er sich nicht ausläßt, und in den „größeren Zusammenhang der elitären Bewegungen und Utopien im 20. Jahrhundert“. Die „Ermordung der

⁵⁴ Michael C. Schneider: Die Wirtschaftsentwicklung von der Wirtschaftskrise bis zum Kriegsende, in: Ebenda, S. 79.

⁵⁵ Tina Walzer/Stephan Templ: Unser Wien. „Arisierung“ auf österreichisch, Aufbau, Berlin 2001.

⁵⁶ Dies und das weitere nach dem Artikel Götz Alys: Hitlers Volksstaat in: Gegen Vergessen für Demokratie, Nr. 33/2/2002, S. 22 ff. Dabei handelt es sich um den Text der Rede, die Aly anlässlich der ihm zuteil gewordenen Verleihung des Heinrich-Mann-Preises der Akademie der Künste am 22. Mai 2002 hielt. Sie stand unter dem Titel „Hitlers Volksstaat. Anmerkungen zum Klassencharakter des Nationalsozialismus“. In der Tendenz ganz ähnlich äußerte sich der Autor vordem schon in mehreren Artikeln, an deren Anfang eine Veröffentlichung in der *Berliner Zeitung* 15. Februar 1999 („Zwangsarbeit für alle Deutschen“) stand, mit der er sich an der Debatte über die späten Zahlungen an den Rest der einstigen Zwangsarbeiter einschaltete und meinte, es hätten heute die kleinen Leute vor allem zu zahlen, denn ihre Vorfahren seien die Nutznießer der Zwangsarbeit gewesen. Auf dieser Linie folgten dann weitere Veröffentlichungen, so in der *Süddeutschen Zeitung* vom 10. Mai 2002 („Anmerkungen zum Klassencharakter des Nationalsozialismus: Wem kam zugute, was Himmler den ‚Sozialismus des guten Blutes‘ nannte?“) in *Die Zeit* vom 25. Juli 2002 („Nazi-Erbe“), und im *Freitag*, 10. Mai 2002 sowie ebenda in der Ausgabe vom 14. November 2002, S. 51

⁵⁷ Ebenda, S. 24. Sp. 1.

europäischen Juden“ sei als ‚Teil einer Politik‘ zu begreifen, die ihre Kraft aus der Gleichheitsidee bezog“.⁵⁸

Zum Beweisversuch dieses Unsinnns reichen dem Autor wenige Bezugnahmen auf die Steuerpolitik der Reichsregierung namentlich in den Kriegsjahren, welche einen erheblichen Teil der Angestellten und der Arbeiter von schwerwiegenden zusätzlichen Belastungen ausnahm. Daß diese Politik keineswegs Sachwahrung [80:] der Interessen der Bevölkerungsmehrheit war, sondern der insbesondere Hitler verfolgenden Furcht vor einem zweiten 9. November 1918 entsprang, ist nachgewiesen, ficht aber den Faschismustheoretiker nicht an, der postuliert, es seien die in die Staatskasse gelenkten Gewinne aus dem Raub des jüdischen Eigentums gewesen, die diese angeblich volksfreundliche Steuerpolitik ermöglicht hätte. Und aus der Staatskasse sei sogar ein Teil des Geldes aus jüdischem Ursprung in Gestalt des Soldatensoldes wiederum an den kleinen Mann geflossen, und von diesem via Feldpostpaket an die Soldatenfrau, so daß über mehrere Verwandlungen von Ware in Geld und Geld in Ware sie schließlich die Nutznießerin von Judendeportation und Judenmord geworden sei.

Gegen Horkheimers vielzitiertes Diktum gewandt, schließt Aly: „Wer von den vielen kleinen Vorteilen für die Millionen einfacher Deutscher nicht reden will, der sollte vom Nationalsozialismus und vom Holocaust schweigen.“⁵⁹ Den Vorteil, den diese Interpretation allen bietet, die Verantwortung und historische Schuld gleichmacherisch darstellen wollen, damit ihren Anteil verkleinernd und den anderer vergrößernd, liegt zutage. In einer Lobrede wurde er knapp beschrieben: Alys „Art der Historisierung“ macht Schluß mit dem Weiterreichen des Schwarzen Peters „zwischen aufgeputzten Massen und herrschenden Klassen, Finanzkapital und Kleinbürgern, Reaktionären und Fortschrittlern, Gebildeten und Aufgehetzten. Niemand ist auf der sicheren Seite“.⁶⁰

Die Entdeckung des Nachteils macht aber auch keine Schwierigkeiten. Diese Deutung ist zu spitzfindig, trickreich und abenteuerlich konstruiert, und das begrenzt ihren Gebrauchswert doch sehr. Wer je über Bertolt Brechts Unterscheidung zwischen dem Einbruch in eine Bank und der Gründung einer Bank nachgedacht hat, wird auf den angerichteten Mansch nicht hereinfliegen. Vor allem aber sind die Forschungen über die treibenden Kräfte der „Arisierung“, deren Lenkung durch staatliche Institutionen wie durch Banken zu weit fortgeschritten, als daß mit Erfolg derart hinter sie zurück gegangen werden könnte. Diese Forschungen haben auch um Vorteile und Gewinne kleiner Leute, von Kaufleuten, Händlern, Handwerkern, nach einer Wohnung Suchenden, Käufern bei Versteigerungen, Empfängern von „Gaben“ der NS-Volkswohlfahrt und weiteren keinen Bogen gemacht, zeichnen sich aber durch das Vermögen von Autoren aus, Vorgänge zu gewichten und verweigern sich mithin einer Verdunklung, die alle Katzen grau erscheinen läßt.

XIII

Angesichts der Fülle und Vielfalt geschichtswissenschaftlicher Literatur über Judenverfolgung und Judenmord wurde erneut und mehrfach gefragt, wie es um die [81:] Verbreitung und Kenntnisse dieses Wissens in breiten Teilen der Bevölkerung der Länder steht, in dessen Sprache (oder Sprachen) diese Bücher erscheinen. Raul Hilbergs Urteil darüber lautete, daß sich „zwischen dem, was in der historischen Zunft bekannt ist, (was Historiker, K. P.) auf dem Wege kontinuierlich betriebener strenger Forschung erarbeitet haben, und dem, was das breite Publikum weiß“, zu unterscheiden sei, ja „zwischen beiden tut sich eine gewaltige Kluft auf“. Hilberg glaubt nicht, „daß diese Kluft überbrückt werden kann“, und er begründet das anhand der Erfahrungen in den USA. Dort gehe man, und dieses „man“ meint offenkundig Verleger von Zeitungen und Zeitschriften und die Herrscher über Rundfunk- und Fernsehstationen, kurzum all jene, welche einen dominierenden Einfluß auf die Meinungsbildung haben, davon aus, daß Historiker sich nicht allgemein verständlich auszudrücken vermögen und greife deshalb auf „Übersetzer“, auf „agile Zeitungs- und Magazinschreiber“ zu. „Bei dem, was

⁵⁸ Ebenda, S. 29. Sp. 1.

⁵⁹ Ebenda. Eine eingehende Auseinandersetzung mit den Auffassungen Alys bietet Dietrich Eichholtz in: Marxistische Blätter, Heft 5/2002, S. 75-82.

⁶⁰ Gustav Seibt: Niemand ist auf der sicheren Seite. Rede zur Verleihung des Heinrich-Mann-Preises an Götz Aly, in: Sinn und Form 54 (2002), 4, S. 567.

auf diese Weise einem breiten Publikum vermittelt wird, handelt es sich um eine höchst skurrile Mischung aus Tatsachen, Fehldeutungen und Erfindungen.“⁶¹

Läßt sich dieser Befund auf die deutschen Verhältnisse übertragen? Hier wie dort existiert das nicht zu vernachlässigende Problem (es stellt sich für die Naturwissenschaften im Kern nicht anders dar als für die Geschichte), daß das erwähnte breite Publikum weder Zeit noch Interesse besitzt, sich in alle Verästelungen hinein mit den Abläufen der Geschichte und deren häufig kontroversen Deutungen zu befassen. Weglassungen sind unerläßlich, und auch Vereinfachungen können nicht vermieden werden. Zu fragen aber ist, ob das Wesentliche vermittelt wird oder so etwas wie eine Karikatur davon, ob das gegebene Bild, wenn auch nicht so tiefenscharf wie in einer umfänglichen wissenschaftlichen Abhandlung, mit dem der Wissenschaft übereinstimmt oder ob es sich um ein Zerrbild handelt oder gar um ein ganz und gar über die Wirklichkeit täuschendes. Und da gilt, wie sich namentlich an deutschen Fernsehreihen zur Geschichte des „Nationalsozialismus“ nachweisen ließe, daß sie das Informations-, Unterhaltungs- und Sensationsbedürfnis der Zuschauer stärker bedienen und mehr als daß sie wirkliche Kenntnisse zu vermitteln bemüht sind. Ein Beispiel dafür war das Interesse, mit dem sich Medien auf eine Buchpublikation stürzten, in der ein Historiker nachzuweisen suchte, daß Hitler homosexuell gewesen sei.⁶² Serien in Magazinen knüpfen weniger an neue Forschungen an, sondern bieten irgendwelche „Knüller“ und werben mit der Ankündigung von Neuigkeiten, ohne daß derlei Versprechen eingelöst werden können. Die Masse des Publikums, das – wie insbesondere die Werbereise Daniel J. Goldhagens für sein Buch *Hitlers willige Vollstrecker* zeigte – einfache, leicht einzuprägende Antworten mag, wird fortgesetzt mit ihnen bedient und das bewirkt natürlich, beabsichtigt oder nicht, daß es auch den komplizierten Zusammenhängen der politischen Gegenwart, der Zeitgeschichte, die sie erleben und auch „machen“, gedanklich ziemlich hilflos ausgeliefert bleibt.

[82:] Jedoch wird sich, im Unterschied zu den Feststellungen Hilbergs, für Deutschland nicht durchweg sagen lassen, daß die Historiker an diesem Vorgang vollkommen unbeteiligt, von ihm gänzlich abgekoppelt wären. Zum einen gibt es in ihrer Zunft selbst die großen Vereinfacher, und die avancieren mitunter zu Lieblingen von Redakteuren. Doch lassen sich auch Wissenschaftler, die in dieser Hinsicht außerhalb jedes Verdachts stehen, als Gutachter zur Mitwirkung an Fernsehsendungen anwerben, ohne daß sie für das ganze in Schneidwerkstätten ohne ihr Zutun und Wissen fertiggestellte Produkt und die den Bildern unterlegten Texte einstehen mögen.

Zugleich kommen, freilich nur in einer von Minderheiten gelesenen Presse, Wissenschaftler zu Wort, die in Artikeln und Interviews von ihren Forschungen und deren Ergebnissen berichten. „Wir Wissenschaftler müssen und können damit leben, daß unsere Arbeiten erst nach spektakulären kulturellen oder politischen Ereignissen, dem Film *Schindlers Liste* oder den Entschädigungsverhandlungen, wahrgenommen werden“, sagte Benz gelassen in dem schon zitierten Interview. Die Frage ist, wie die Gesellschaft mit solchen „Verspätungen“ leben kann und ob es bei ihnen bleibt und nicht etwa, ähnlich wie mitunter im öffentlichen Verkehrswesen zu Lande und in der Luft, zu ganzen Streichungen kommt.

XIV

Die so produktive und vielseitige Holocaust-Forschung entwickelt sich zur Zeit merkwürdig abgekoppelt von Bestrebungen zur Fortentwicklung von Faschismustheorien, denn die Darlegungen Alys lassen sich als solche doch nicht werten. Merkwürdig verdient dies auch genannt zu werden, weil sich in Veröffentlichungen zu Judenverfolgung und -mord wie selbstverständlich Formulierungen finden wie „Das Spezifikum des ‚Dritten Reiches‘ ist in seiner Rassenpolitik zu sehen.“⁶³ An anderer Stelle wird – auch nicht überraschend neu – das Massenmorden als Racheakt Hitlers hingestellt, der die Kriegsniederlage geahnt haben müsse.⁶⁴ Meist gilt das Mordprogramm als ausschließlich auf das

⁶¹ Hilberg, „Auch die Täter sind Teil der Geschichte“, S. 23.

⁶² Lothar Machtan: *Hitlers Geheimnis. Das Doppelleben eines Diktators*, Fest, Berlin 2001.

⁶³ Held, *Von der Entrechtung*, S. 223.

⁶⁴ Lustiger, *Feldwibel Anton Schmid*, S. 51.

Konto des „Führers“ zu setzen, es sei vor allem durch ihn „ideologisch bestimmt“ gewesen.⁶⁵ Das korrespondiert mit der verbreiteten Verkürzung, die auch die Kriegsziele einzig Hitler zuschreibt, und mit der Auffassung, auch sie seien einzig oder vor allem Ausfluß der „nationalsozialistischen“ Ideologie gewesen, nach deren Herkunft und Urgrund wiederum nicht – jedenfalls nicht über das Personelle hinaus – gefragt wird. Hierhin gehört auch die verabsolutierende, offenkundig gedankenlos permanent wiederholte Kennzeichnung des Krieges gegen die UdSSR als „Weltanschauungskrieg“.

Während für die einen also die Fragen nach dem Platz des Verbrechens im deutschen Faschismus und dessen Beziehung zu Krieg und Kriegszielen beantwortet [83:] und erledigt zu sein scheinen, suchen andere Forscher darauf noch immer eine überzeugende und schlüssige Antwort zu geben. Und in der Tat: Ohne gewonnene Klarheit über den Platz des Holocaust in der Geschichte des Staates, in dem das Verbrechen geschah, werden auch die Bestrebungen kaum gesichert fortschreiten, es in die Geschichte Europas nach der Aufklärung oder gar in die der Menschheit einzuordnen. Das führt noch einmal zu der jüngsten Publikation Peter Longerichs zurück, die mehrfach in stereotyper Formulierung eine solche Plazierung anbietet. Sich, wie erwähnt, gegen die Verabsolutierung der Rolle Hitlers wendend, spricht der Autor vom „zentralen Stellenwert“ der antijüdischen Politik „innerhalb des Nationalsozialismus“.⁶⁶ Die Formulierung wird auf der nächsten Seite wiederholt und auf der dann folgenden ist die „zentrale Bedeutung der Judenverfolgung innerhalb der nationalsozialistischen Politik“ erneut erwähnt.⁶⁷ Später postuliert Longerich, daß „die deutsche ‚Judenpolitik‘ ... einen ganz entscheidenden Stellenwert innerhalb der deutschen Kriegführung einnahm“. Wenig später fährt er fort: „die ‚Beseitigung‘ der Juden Europas war zentrales Ziel in diesem (dem zweiten Weltkrieg – K. P.) Krieg“.⁶⁸

Zentraler Stellenwert, zentrale Bedeutung, zentrales Ziel. Jeweils der einzige, die alleinige, das alle überragende? Existierte da noch etwas im Zentrum? Nun sieht auch Longerich die Politik des Judenmords nicht als isolierte Erscheinung, sondern konstatiert deren Zusammenhang „mit anderen Feldern nationalsozialistischer Politik“, von denen er die Ernährungs-, die Arbeitskräfte-, die Besatzungs- und die Politik der „Menschenumsetzungen“ aufzählt. Zwischen diesen Bereichen und der Judenverfolgung hätten Wechselbeziehungen existiert.⁶⁹ Die „Entfernung“ der Juden, heißt es, galt den Nationalsozialisten als „Grundvoraussetzung für die Errichtung einer rassistisch homogenen ‚Volksgemeinschaft‘ und wurde zugleich Schlüssel für die Durchsetzung ihrer Herrschaft – zunächst im Deutschen Reich und später in Europa“. Also war vielleicht doch die *Herrschaft* über den Kontinent mit ihren Möglichkeiten *das zentrale Ziel* des Regimes und des Krieges? Und die Vernichtung der Juden (und nicht der Juden allein) ein von den Faschistenführern als unabdingbar angesehener Schritt auf dem Wege dahin, eingeleitet im Kriege und fortgesetzt und zu Ende gebracht nach dem Endsieg? Verknüpften sich so ideologischer Wahn und imperialistisches Kalkül?

Warum wird der naheliegende Schritt, sich dieser Frage mit Konsequenz zu stellen, nicht nur von Longerich nicht getan? Das können die Autoren definitiv nur selbst beantworten. Einige der nicht genommenen Hindernisse auf dem zu beschreitenden Gedankenwege lassen sich ausmachen. Erstens gerät die Tatsache, daß das Naziregime sich von Anfang an – und lange bevor die Vernichtung der Juden auch nur vorgedacht wurde – auf Krieg und Eroberung in den Bahnen der [84:] imperialistischen Pläne von 1914 und sie erweiternd und übertreffend festgelegt hatte, nicht ins Visier der Holocaustforscher oder sie erfährt keine annähernd angemessene Gewichtung. Zweitens entwickelte sich in Jahrzehnten eine Hochspezialisierung mit der Folge, daß sich die Holocaustforschung und viele ihrer Aktivisten kaum um das Geschehen kümmern, das tatsächlich im Zentrum der Ereignisse stand. Das war seit 1939 zweifelsfrei der Krieg und der Kriegssieg, später, als der in den Bereich des Unmöglichen entglitt, der Versuch, diesen Krieg billig loszuwerden. Er gerät mit seinen Planungen,

⁶⁵ Norbert Haase: Oberleutnant Dr. Albert Battel und Major Max Liedtke. Konfrontation mit der SS im polnischen Przemysł im Juli 1942, in: Retter in Uniform, S. 186.

⁶⁶ Longerich, Der ungeschriebene Befehl, S. 17 f.

⁶⁷ Ebenda, S. 18 f.

⁶⁸ Ebenda, S. 176.

⁶⁹ Ebenda, S. 14.

aktuellen Situationen, unmittelbaren und fernen Zielen meist nur in die Betrachtung, wenn die Kriegslage für die Entscheidungen über den Fortgang von Deportation und Vernichtung forciierende oder – zumeist – hemmende Folgen zeitigte. Drittens ist da die selbstgebaute sprachlich-begriffliche Falle, die in der Kennzeichnung „rassenideologischer Vernichtungskrieg“ besteht, womit das Wesen des Krieges, den Deutschland in Ost- und Südosteuropa führte, nicht getroffen werden kann. Die Bezeichnungen von Kriegen, sofern sie nicht allein geographisch gegeben werden (Nordischer, Krimkrieg, Balkankriege, Weltkrieg) oder – sodann vielfach ergänzend – Zahlen bieten (dreißigjähriger, erster, zweiter schlesischer, Weltkrieg usw.), markieren in den meisten Fällen Ziele, um derentwillen sie geführt wurden: Sezession, Befreiung, Einigung, Eroberung, letzteres ergänzt durch Hinzufügungen wie koloniale oder imperiale oder imperialistische.

Bloße Vernichtung war in keinem der Kriege das zentrale Ziel, wie viele Menschen und Objekte in ihrem Verlauf und noch nach ihrem Ende auch immer getötet oder zerstört wurden. Es ging um Raub, Land, Unterwerfung, Herrschaft. Die weitgehende Ausrottung der nordamerikanischen Indianer war nicht das Endziel ihrer Mörder, sondern die ungestörte und dauernde Inbesitznahme des Landes mit seinen Reichtümern zu eigenem Vorteil. Nicht anders verhielt es sich mit der Ausrottung der Juden, die den deutschen Faschisten als die Hauptgruppe unter allen Menschen galten, die den europa- und weltweiten Herrschaftsplänen des deutschen Imperialismus im Wege standen.

Nun ist die Frage, wie sich eine auf zweifelsfrei sehr materielle Ziele und weltbeherrschende Macht zielende Politik und ein mit ihr verbundener Wahn zueinander verhalten, wieder Gegenstand aktueller Kontroversen geworden. Das hat die Politik der USA bewirkt. Daraus könnten aktuelle wie rückwärts gewandte Denkanstöße erwachsen. Sie werden blockiert durch Behauptungen, es gehe um Menschenrechte und Demokratie und die Abwehr der Gefahr des Terrorismus, was daran erinnert, daß einst zur Rechtfertigung eines wesensverwandten Zieles der Schutz – erst des eigenen Landes, dann des ganzen Kontinents – vor dem Bolschewismus postuliert wurde. Es muß diese Blockade aber nicht funktionieren. Vielmehr könnten sich aus unverstellter Wahrnehmung der Gegenwart sogar Anstöße für die Betrachtung ihrer „Vorgeschichte“ ergeben.

[85:]

REZENSIONEN

KURT PÄTZOLD: *Stalingrad und kein Zurück. Wahn und Wirklichkeit*, Miltzke Verlag, Leipzig 2002, 206 S.

Dem Autor geht es in seiner Stalingrad-Monographie weniger um die Beschreibung der Kampfhandlungen auf dem Schlachtfeld als vielmehr um die historische Verortung der Schlacht als ein zentrales Ereignis des 20. Jahrhunderts. Zu den Kampfhandlungen selbst liegen einschlägige Studien, u. a. des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes¹ vor. Die Studie Pätzolds geht dem Denken der Akteure auf den Grund. Sie konzentriert sich auf Fragen, die bis heute umstritten sind: Wovon ließen sich Hitler und seine Berater leiten, als sie im Frühjahr 1942 eine Million deutscher Soldaten auf einen extrem abenteuerlichen Feldzug schickten? Was ging in dem Armee-Oberbefehlshaber Paulus und den eingeschlossenen Generalen vor, als sie sich in aussichtsloser Lage jedes eigenen Entschlusses enthielten, ihre Untergebenen zu retten? Wie blickten die militärischen Führer, die sich in Gefangenschaft begaben und überlebten, auf ihre Rolle zurück? Warum und wie gelang es den Machthabern an der Regimespitze, der politisch-psychologischen Krise, zu der sich die katastrophale Entwicklung an der Ostfront ausweitete, Herr zu werden? Daraus folgt, daß der Schwerpunkt der Untersuchung auf der deutschen Seite liegt. Nach Auffassung Pätzolds könnte die bestehende sogenannte „Wehrmachtsausstellung“ durch eine zweite ergänzt werden – Thema: „Die Verbrechen deutscher Militärführer an den deutschen Soldaten“. (14)

Der Autor liefert keine einfachen Antworten auf diese Fragen. Er erörtert deren Handlungs- und Bedingungsfelder, scheut sich aber auch nicht, die von der Forschung weitgehend ausgeblendeten (Schein-)Widersprüche im Denken der Verantwortlichen klar vor Augen zu führen. So konfrontiert er z. B. die strategischen Überlegungen des Paulus-Vorgesetzten Generalfeldmarschall Erich von Manstein auf ein „Remis im Osten“ mit dessen angeblich vorrangiger Zielsetzung, die 6. Armee „herauszuhauen“. Er zeigt auf, daß letztere in der Zielhierarchie Mansteins als nachrangig anzusehen war, „auch wenn er diese Gegenrechnung auch im engen Kreis lieber nicht publik machte. Ihre denkbare Zwischensumme unterschied sich von jener nicht, die sich Hitler auf seine Weise errechnete.“ (77) Solche Analysen machen die Stärke des Buches aus.

[86:] Sehr klar zeichnet Pätzold die mit den realen Kräfteverhältnissen an der Ostfront immer weniger in Übereinstimmung zu bringenden Planungen der Operation „Blau“ nach, die dann auch immer wieder geändert wurden. Während zunächst die Weisung Nr. 41 die Eroberung der kaukasischen Erdölquellen erst als Abschluß der Sommeroffensive vorsah, zumindest nach Erkämpfung des Raumes von Stalingrad, wurde schließlich in der Weisung Nr. 45 vom 23. Juli 1942 festgelegt, den Angriff der Heeresgruppe A zur Eroberung Kaukasiens noch vor Erreichen der Wolga zu beginnen. Beide militärische Operationen sollten also nicht mehr nacheinander, sondern parallel durchgeführt werden. Zwar notierte damals am gleichen Tag der Generalstabschef des Heeres Halder in das Kriegstagebuch, die Unterschätzung der Möglichkeiten des Gegners nehme „groteske Formen an und werde gefährlich“ (192), doch die Weichen für die haltlose Überdehnung der Ostfront und die in der Tat „wahnhaft“ (siehe Untertitel des Buches) Überschätzung der eigenen Möglichkeiten generierte die militärische Planung des Feldzugs. Intensiv wertet Pätzold in diesem Zusammenhang „Hitlers Tischgespräche“ (insbesondere 42 ff.) aus.

Einen der Schwerpunkte des Buches stellt die Untersuchung der Goebbels'schen Propaganda zur Umdeutung der Stalingrader Schlacht in einen für den „totalen Krieg“ mobilisierenden Heldenmythos dar. Die Möglichkeiten und Grenzen der Goebbels-Propaganda werden im Kontext der tatsächlichen Auswirkungen des für Hitler-Deutschland katastrophalen Verlaufs der Schlacht erörtert. Nach Erhebungen des SD sanken die Sympathien der Bevölkerung für Hitler im Winter 1942/43 deutlich. Immer

¹ Vgl. Manfred Kehr: *Stalingrad. Analyse und Dokumentation einer Schlacht*. 3. Aufl., Stuttgart 1979 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 15); Bernd Wegner: *Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43*. In: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 6. *Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941-1943*, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Stuttgart 1990, S. 761-1102.

weniger Menschen wollten die propagandistischen Analogien zur Situation 1941/42 wie die Bewältigung einer angeblich neuen „Winterkrise“ hören (vgl. 137 ff.). Es war nicht so sehr die Wirkung der Goebbels'schen Propaganda als vielmehr die Deutung der eigenen Lebensumstände, welche die Menschen veranlaßten, den totalen Krieg mitzutragen: So schufteten die „Unabkömmlichen“ in den Betrieben in Tag- und Nachtarbeit, da dies gegenüber dem Leiden im Hagel von Geschossen und Granaten und einem Dasein in Dreck, Schnee und Eis allemal vorzuziehen war. Da zudem die Ernährungssituation in Deutschland im Winter 1942/43 auf Kosten der hungernden und verhungerten Menschen in den von der Wehrmacht okkupierten Teilen der Sowjetunion weit besser war als jene des Jahres 1917, verfügte Hitler-Deutschland über eine materielle Basis, auf der es sich in den Augen großer Teile der Bevölkerung eben doch lohnte weiterzukämpfen. So gelang es laut Pätzold dem Regime, das „Opfer“ von Stalingrad für seine Zwecke zu instrumentalisieren: „Es rechtfertigte als Vorbild jede weitere Anstrengung, jedes weitere Opfer, die – so die Verheißung – schließlich den Kriegssieg herbeiführen müßten. Diese Verheißung aber war der Haken, an den die Mehrheit der Deutschen noch immer genommen werden konnte. Sie wollte nicht verlieren. Sie wollte den Endsieg, wenn schon nicht den ganzen gedachten, so doch wenigstens eine reduzierte Variante davon.“ (144)

[87:] Der historische Platz der Stalingrader Schlacht wird unter drei Aspekten erörtert: ihre konkreten Auswirkungen an der deutsch-sowjetischen Front, ihre Folgen für den gesamten Kriegsverlauf in Europa und schließlich ihre Bedeutung in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dabei wendet sich Pätzold gegen Geschichtsdeutungen, welche die Bedeutung der Stalingrader Schlacht als Kriegswende bestreiten und als bloße Legende abwerten, die „keine kriegsentscheidende Wirkung“ gehabt habe.² Der Autor verweist darauf, daß zeitgenössische Umfragen in Großbritannien und den USA ebenso wie Einschätzungen des US-Geheimdienstes Office of Strategic Services (OSS) bis hin zu rückblickenden Einschätzungen von Historikern wie Eric Hobsbawm die gemeinsame Essenz haben: „Seit Stalingrad hat jeder gewußt, daß die Niederlage Deutschlands nur noch eine Frage der Zeit war.“³ Die Fernwirkung der Stalingrader Schlacht liegt also darin, daß „die Europäer nicht (mehr) unter dem Hakenkreuz leben mußten“. (157) Offen bleibt für Pätzold die Frage, ob „die Stalingrader Schlacht, die alle vergleichbaren militärischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts überragt“, nicht doch auch den Kristallisationspunkt einer auch in den Jahrzehnten danach nicht mehr kompensierbaren Überforderung der materiellen und mentalen Kräfte der in einem unvorstellbaren Ausmaß zerstörten Sowjetunion darstellt, die letztlich auch einer der Faktoren für die Implosion des Riesenreiches 1991 war. Historiker, aber auch Laien, finden in Pätzolds Studie, die durch eine umfassende Chronik abgerundet wird, eine informative, anregende und im besten Sinne auch provozierende Lektüre.

Wigbert Benz

Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944, hg. von ERWIN OBERLÄNDER in Zusammenarbeit mit ROLF AHMANN, HANS LEMBERG und HOLM SUNDHAUSSEN, Ferdinand Schöningh, Paderborn 2001, 697 S.

Durch die Revolution in Rußland, den Zusammenbruch des Habsburgerreiches und die Kriegsniederlage der Mittelmächte entstanden nach dem ersten Weltkrieg in Ostmitteleuropa und Südosteuropa sieben neue Nationalstaaten: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechoslowakei und Albanien. Ungarn, Rumänien, Serbien, Bulgarien und Griechenland gab es als Staaten zwar schon vorher, aber auch für sie änderten sich die äußeren wie die inneren Existenzbedingungen gravierend, z. B. löste sich Ungarn aus der Doppelmonarchie, verlor aber zwei Drittel des Territoriums und der Bevölkerung; Serbien vereinigte sich mit Teilen des Habsburgerreiches zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen.

Die staatliche Neuordnung nach dem Krieg und den Friedensverträgen geschah zunächst unter dem Signum der Demokratisierung. Die neu entstehenden Staaten gaben sich mehr oder weniger bürgerlich-

² Stalingrad. Ereignis, Wirkung, Symbol. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, hg. v. Jürgen Förster, München – Zürich 1992, S. 9.

³ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Aus dem Englischen von Yvonne Badal, Wien 1995, S. 61.

demokratische Verfassungen und führ-[88:]ten parlamentarische Herrschaftsformen ein, die bestehenden mehr oder weniger konstitutionellen Monarchien suchten sich anzupassen. Doch nur in der Tschechoslowakei und cum grano salis in Finnland wurden diese bürgerlich-demokratischen Herrschaftsordnungen auch Verfassungswirklichkeit. In allen anderen wurde die parlamentarische Verfassung nach kürzerer oder längerer Zeit beiseite geschoben und durch eine Militärdiktatur, eine „nationale“, eine „autoritäre“, eine Präsidial- oder Königs-Diktatur ersetzt.

Die terminologische Entscheidung der Herausgeber, alle diese disparaten Diktaturen einheitlich mit dem Attribut „autoritär“ zu bezeichnen, ist inhaltlich natürlich ein Präjudiz vor der Forschung. Ihnen soll das Stigma „faschistisch“ genommen werden, indem sie als „autoritär“ von faschistischen Diktaturen als „totalitär“ abgegrenzt werden. In dieser Abgrenzung aber übernehmen die Herausgeber den methodischen Grundfehler der Totalitarismuskonzeption in den eigenen Ansatz, ohne es zu bemerken. Aus den terminologischen Kalamitäten soll die Berufung auf Juan Linz heraushelfen. Linz bezeichnete „autoritäre“ Regime als „politische Systeme mit begrenztem, nicht verantwortlichem Pluralismus, ohne ausgearbeitete und leitende Ideologie, aber mit ausgeprägten Mentalitäten, ohne extensive oder intensive politische Mobilisierung, außer an einigen Punkten in ihrer Entwicklung, und in denen ein Führer oder gelegentlich eine kleine Gruppe Macht innerhalb formal ungenau definierter, aber tatsächlich recht vorhersagbarer Grenzen ausübt“.⁴ Die Berufung auf Linz bringt die Herausgeber in Schwierigkeiten. Denn dessen Bestimmung ist so vage, daß sie auf völlig entgegengesetzte politische Regime und ihre sozialen Träger und auf viele Jahrhunderte paßt. Da Linz die differentia specifica „autoritärer“ Regime aber allein im Mangel an „Totalitarismus“ sieht, paßt sie auf manche der im Buch beschriebenen „autoritären“ Regime eben wenig oder gar nicht.

Zu Recht schreiben die Herausgeber der wissenschaftlichen Erforschung solcher „autoritärer“ Regime eine aktuelle politische Dimension zu. Es gelte, nach den Gründen für das Scheitern der Entwicklungen nach dem ersten Weltkrieg zu fragen, um den gegenwärtigen zweiten Anlauf jener Länder zur Schaffung demokratischer Ordnungen erfolgversprechender und dauerhafter zu gestalten. Wenn jedoch wie bei Linz die realen materiellen Interessen jener Klassen, die ihre Herrschaft mittels dieser „autoritären“ Regime ausübten, nicht thematisiert werden, dann ist auch schwer zu erklären, warum sie zur Diktatur griffen. Die Forschungen sind aber keineswegs allein durch das genannte politische Anliegen geprägt. Bereits früher wurde untersucht und diskutiert, warum es faschistische Bewegungen schwer hatten, in diesen „autoritären“ Regimen Massen zu mobilisieren [89:] und zu organisieren und die herrschenden Konservativen zu dominieren, und zwar am Beispiel der genannten Länder.

Der Band geht wie der ihm vorangegangene⁵ aus einem Forschungsprojekt des Instituts für Osteuropäische Geschichte der Universität Mainz hervor. Die Volkswagenstiftung förderte unter dem Schwerpunkt „Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts“ ein Projekt mit acht Themen zu „autoritären“ Regimen, an denen 17 Wissenschaftler aus elf Ländern Ostmittel- bzw. Südeuropas mitwirkten. Sie sollten quasi „Innenansichten der Regime“ erarbeiten und dem Leser einen Einblick in die Geschichte der jeweiligen Staaten zwischen 1919 und 1939 bieten.

Der Band gliedert sich in die Teile „Präsidialdiktaturen in Ostmitteleuropa“ und „Königsdiktaturen in Südosteuropa.“ Jeder Teil wird durch einen vergleichenden Überblicksartikel eingeleitet: Erwin Oberländer analysiert einleitend die „Präsidialdiktaturen“ in Ostmitteleuropa unter dem selbst als Frage schmeichelhaften Titel „Gelenkte Demokratie?“. Er greift aus politischen Gründen zu der durch keine ausreichenden Quellen gestützten Vermutung „daß die sowjetische Außenpolitik die Entstehung dieser autoritären Regime bewußt förderte, da deren Nationalismus Gewähr dafür zu bieten schien, daß diese Regime keine Bündnisse untereinander bzw. mit Polen eingehen und damit ihre

⁴ Juan Linz: An Authoritarian Regime. The Case of Spain, in: Cleavages, Ideologies and Party-Systems, hg. von E. Allard und Y. Littunen, Helsinki 1964, S. 255: hier deutsch zitiert nach Oberländer, S. VII. Vgl. auch die deutschsprachige Ausgabe von J. Linz: Autoritäre Regime, in: Pipers Wörterbuch der Politik, Bd. I: Politikwissenschaft, hg. von D. Nohlen und R. O. Schultze, München-Zürich 1985. S. 62.

⁵ Autoritäre Regime in Ostmitteleuropa, hg. von Erwin Oberländer, Hans Lemberg und Holm Sundhaussen unter Mitwirkung von D. Balke. Institut für Osteuropäische Geschichte, Mainz 1995.

außenpolitische Neutralität aufgeben würden“. (6) Nun ist bekanntlich Nationalismus nicht an Präsidialdiktaturen gebunden, und Oberländer räumt selbst ein, die sowjetische Haltung bedürfe weiterer Klärung. Ziel der Präsidenten-Diktatoren Piłsudski, Päs, Smetona, Horthy und Ulmanis wäre der „starke und effiziente Staat“, aber mit Ausnahme Ungarns hätten sie außenpolitisch durchweg defensive Ziele verfochten und sich dadurch von dem Typus faschistischer Mobilisierung unterschieden, der seine „Bewährungsprobe“ in der Expansion nach außen sah.

Jerzy Kochanowski vergleicht in einem informativen Beitrag die „autoritären“ Regime in Ungarn und Polen, vor allem hinsichtlich ihrer Genese und ihrer sozialen Träger. Leider fragt er nicht nach den Ursachen, sondern drängt durch seine Personalisierung, bezogen auf Biographie und politische Statur von Horthy und Piłsudski, andere Analyse Momente in den Hintergrund. Er überschreitet den Rahmen immanenter Kritik nur selten. Seine Schlußfolgerung, „autoritäre“ Regime seien eine Herrschaftsform sui generis, wird von ihm selbst nicht begründet, sie wirkt einfach aufgesetzt.

Neben Ungarn und Polen prägen die Beiträge zu den „autoritären“ Regimen in den baltischen Staaten den Teil über die Präsidialdiktaturen. Dem Ulmanis-Regime in Lettland sind gleich zwei Beiträge gewidmet, davon einer allein der Ideologie. Allen Beiträgen ist gemeinsam, daß die Autoren zwar eine faktenreiche und nüchterne Darstellung geben, insgesamt jedoch beschönigend. Den Beiträgen [90:] fehlt ein grundlegend kritisches Herangehen, selbst zu immanenter Kritik erheben sie sich nur selten. Der Beitrag zur Ideologie des Ulmanis-Regimes ist geradezu von verhohlener Begeisterung für das Regime getragen. Die Errichtung solcher „autoritärer“ Regime war in der Regel kein friedlicher Vorgang, sondern eine blutige Konterrevolution wie in Ungarn, ein Staatsstreich wie in Polen, ein Putsch wie in Lettland. Die Opfer jener Gewaltakte und die Opfer der permanenten Verfolgung politischer Gegner kommen hier höchstens am Rande vor, wie überhaupt der strukturelle Antikommunismus, Antidemokratismus und Antiliberalismus dieser Regime hinsichtlich ihrer terroristischen Konsequenzen verharmlost wird. Die Autoren beschränken sich weitgehend auf die Beschreibung der Ausgestaltung der Regime; nach den Ursachen ihrer Entstehung wird kaum gefragt, eine begrifflich-theoretische Bestimmung des Gegenstandes bleibt ebenso ausgespart wie umfassendere historische Zusammenhänge.

In diesen Teil wurden auch Beiträge zum Austrofaschismus und zum slowakischen Faschismus aufgenommen. Sie fallen aus dem Rahmen der „autoritären“ Regime heraus, denn die Autoren charakterisieren ihren Gegenstand direkt als faschistisch, weil das Attribut „autoritär“ für sie zu unbestimmt ist. So verwirft Emmerich Talos in „Zum Herrschaftssystem des Austrofaschismus“ die Formel von der „autoritären Diktatur“ für Österreich ausdrücklich.

Sehr ausführlich stellt Lubomir Liptak „Das politische System der slowakischen Republik“ 1939-1945 vor. Er wendet sich gegen den Begriff „Klerikalfaschismus“ und hält „slowakischer Faschismus“ für geeigneter. Liptak unterstreicht die Kontinuität der nationalen Emanzipation der Slowaken und ordnet das Tiso-Regime hier positiv als historische Stufe ein. Über weite Strecken fehlt seinem Beitrag jede Kritik am Gegenstand, muß ausdrücklich von affirmativer Historisierung gesprochen werden. Vor allem aber wird der terroristische Charakter dieses Regimes absolut verharmlost, seine Opfer kommen so gut wie nicht vor.

Die neun Beiträge des zweiten Teils sowie eine Einführung von Holm Sundhaussen befassen sich mit den sog. Königsdiktaturen in Südosteuropa, also in Albanien, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und Griechenland, wobei allein vier Texte Jugoslawien und zwei Rumänien betreffen. Sundhaussen verwendet in seinen „Umrissen einer Synthese“ „nationale Diktaturen“ und „autoritäre Regime“ synonym. Die spezifische Form der „Königsdiktatur“, selbst wenn sie nicht unmittelbar wie z. B. unter Metaxas in Griechenland vom Monarchen ausgeübt wurde, sieht er darin, daß die Diktaturen nicht wie die im ersten Teil abgehandelten Regime in Ostmitteleuropa durch einen offenen Bruch mit der parlamentarischen Verfassung errichtet wurden, sondern durch eine „graduelle Erweiterung der monarchisch-absolutistischen Elemente aus der Zeit der (defekten) parlamentarisch-konstitutionellen Monarchie“. (338) Dessen ungeachtet „gingen sie mit dem europäischen Trend zur Etablierung antidemokratischer und antipluralistischer Systeme konform“.

[91:] Soziale Stützen dieser Königsdiktaturen waren, so Sundhaussen, die Repräsentanten des meist überdimensionierten bürokratischen Apparats, Teile der bisherigen Eliten, des Militärs und der Unternehmer. Sie angesichts dieser Trägerschichten als dezidiert „anti-bürgerlich“ zu bezeichnen, weil diese Regime nicht auf Bewahrung des status quo oder status quo ante, sondern auf Veränderung orientiert waren, bleibt unerfindlich. Eine „Modernisierungsdiktatur“ muß wohl nicht aus diesem Grunde per se „anti-bürgerlich“ sein. Obwohl diese Königsdiktaturen „Elemente totalitärer Regime kopierten oder sich selbst als ‚totalitär‘ verstanden wie z. B. das Regime von Metaxas“, hält Sundhaussen sie nicht für faschistisch, ja für strukturell faschismusunfähig. Der entscheidende Grund sei, daß „sie in der Regel von keiner politischen Massenbewegung getragen wurden“. Ohne Zweifel fehlte ihnen diese. Daher versuchten sie meist eine Mobilisierung von oben. Metaxas z. B. bemühte sich, in der Nationalen Jugendorganisation eine solche Grundlage zu schaffen.⁶ Die vielfältigen Probleme, auf die eine solche Mobilisierung stieß, hatten vor allem sozialstrukturelle Ursachen, doch der Mißerfolg kann nachträglich ein solches Diktum nicht verbürgen. Entsprechend seinem Ansatz muß Sundhaussen auch das Ustascha-Regime für faschismusunfähig halten, schließlich sei es an Mobilisierungsdefiziten gescheitert. Wenn allerdings der Mißerfolg als Kriterium fungiert, liegt es in der Logik solcher Argumentation, auch Hitlers Regime für faschismusunfähig zu erklären, weil es schließlich den Krieg verloren hat. Vor allem aber kann das Merkmal einer Massenmobilisierung für sich allein nicht als sine qua non einer faschistischen Diktatur angesprochen werden.

Zwar wurde in einigen Balkanstaaten nach dem ersten Weltkrieg eine parlamentarische oder parlamentarisch-konstitutionelle Verfassung eingeführt, doch in den Balkangesellschaften selbst blieb die tradierte Agrarstruktur mit ihrer niedrigen Arbeitsteilung erhalten, mit ihr die Sozialstrukturen einer – wie Sundhaussen es nennt – „Art primordialer Demokratie“, d. h. Formen traditioneller Selbstorganisation auf der Ebene von Dorfgemeinschaft und Stamm, die auf face-to-face Kontakte zugeschnitten waren. Deren Regulationsmechanismen waren nicht auf die in Formierung begriffenen Nationalstaaten zu übertragen. Es bedurfte nicht nur neuer Institutionen, sondern auch neuer Trägerschichten. Wurden nur neue Institutionen aus dem Boden gestampft, dann funktionierten auch diese nach den Maßgaben der tradierten Gemeinschaft: „Was von außen wie Korruption, Nepotismus, Willkür erschien, hatte von innen gesehen eine eigene Rationalität – aber eine Rationalität, die den altvertrauten vormodernen Gesellschaftssegmenten geschuldet war.“ (347) Obwohl die neuen Verfassungen nach dem ersten Weltkrieg nur Schritt für Schritt und erst im Ergebnis leidenschaftlicher Auseinandersetzungen eingeführt werden konnten, hatten sie, so Sundhaussen, „keine realistische Entwicklungsperspektive“. (346)

[92:] Sundhaussen resümiert, daß auch die behandelten Königsdiktaturen letztlich an der Rückständigkeit der ererbten segmentierten Sozialformen der Balkangesellschaften gescheitert sind, also an den „harten sozioökonomischen Realitäten“. Ihr Versuch einer „Vollendung der Nationsbildung“ und der Konsolidierung des „Nationalstaates“ basierte auf einem ethnisch fundierten Nationalismus. Mit einem solchen aber konnte die Integration der sozial und national heterogenen, ja fragmentierten Gesellschaften nicht gelingen. Die alpbalkanischen orthodoxen bzw. islamischen Gemeinschaften wurden dabei zerstört, aber die rigiden Inklusions- und Exklusionsmuster schlossen in dieser polyethnischen Region eine Integration zur „imaginierten“ Nation faktisch aus.

Die Ursachen für das Scheitern der nach dem ersten Weltkrieg halbherzig eingeführten parlamentarisch-demokratischen Regime sieht Sundhaussen vor allem in der tradierten Agrarstruktur, die mit dem höchsten Bevölkerungszuwachs in Europa auch einen riesigen Arbeitskräfteüberschuß hervorbrachte, während Industrialisierung und Urbanisierung schwach blieben. Die „entwicklungsstrategische Bedeutung einer alle Schichten der Bevölkerung umfassenden Elementarbildung“ wurde aber lange Zeit ignoriert, die Alphabetisierung schritt langsamer voran, als der Schulbesuch annehmen ließ, und die Analphabetenrate betrug in den 30er Jahren in Jugoslawien 45 Prozent und in Albanien 80 Prozent. Von der weltweiten Depression wurden gerade die agrarexportierenden Staaten hart

⁶ Siehe den Beitrag von Maria Alexopoulou: Die Nationale Jugendorganisation des Metaxas-Regimes (1936-1941), in: Bulletin 17, Berlin 2001, S. 36-65.

getroffen. Millionen verschuldeter Bauern standen vor dem Bankrott und kämpften um das nackte Überleben: „Deutschland (die ausklingende Weimarer Republik und der NS-Staat) war das einzige Land, das den Südosteuropäern eine Schlinge zuwarf, mit der sie sich aus der Depression herausziehen und einige Jahre später strangulieren konnten.“ (348)

Unter den Beiträgen des zweiten Teiles verdient „Die Metaxas-Diktatur in Griechenland 1936-1941 – ein faschistoides Regime“ von Susanne-Sophia Spiliotis besondere Aufmerksamkeit. Sie rekonstruiert die jüngere politische und Sozialgeschichte Griechenlands, insbesondere die Rolle und die Folgen des verlorenen Kolonialkrieges gegen die Türkei in Kleinasien, um den Weg zur Metaxas-Diktatur und deren Spezifik verständlicher zu machen. Von Interesse ist die quer zur Klassenstrukturierung liegende politische Lagerbildung zwischen den Venezolisten und ihren Gegnern. Metaxas, früherer Generalstabschef, war als Parteigänger des Königs Vertreter des antiliberalen Lagers der Anti-Venezolisten. Spiliotis konfrontiert den umfassenden ideologischen Anspruch des Regimes, einen „Neuen Staat“ und eine „re-stratifizierte Gesellschaft“ zu schaffen, mit der Realität des polizeistaatlichen Terrors, der ungebrochen an die Praktiken der Vorgänger anknüpfte, mit den Konzentrationslagern und der Kriminalisierung der politischen Opposition. Neben der „Nationalen Jugendorganisation“ stützte sich die Diktatur vor allem auf die Polizei, deren beruflicher und sozialer Status angehoben wurde: „Der Polizeiapparat bildete das Rückgrat des Regimes.“ (415)

[93:] Metaxas' Sozialpolitik schloß die Einführung des Acht-Stunden-Arbeitstages, die Festsetzung von Mindestlöhnen, die Durchsetzung eines Entlassungsverbots sowie eine umfassende Sozialversicherung ein, die den Versicherten ein Mindestmaß an ärztlicher Betreuung und Sicherheit im Krankheitsfall, Leistungen für Hinterbliebene und Altersvorsorge bot. Diese Maßnahmen werden hinsichtlich ihrer Wirkung aber nicht analysiert, sondern nur en bloc erwähnt. Die Vorhaben, korporative Organisationen nach faschistischem Muster zu schaffen, blieben trotz aller Gleichschaltung der Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften stecken.

Gegenüber den subtilen Formen des passiven Widerstands versagten die Sanktionsmittel des Regimes. Der Faschisierungsversuch des Metaxas-Regimes mißlang. Zwar schien die nationale Einheit unter Metaxas bei der militärisch erfolgreichen Abwehr der italienischen Aggression ihren Triumph zu feiern. Nach dem deutschen Angriff auf Griechenland am 6. April 1941 – Metaxas war am 29. Januar gestorben – und der Aufteilung des Landes in deutsche, italienische und bulgarische Besatzungszonen aber sahen sich die Widerstandsgruppen vor das Dilemma gestellt: „Sollte man für die Befreiung des Landes kämpfen und damit die Rückkehr des Königs, der mit seinem Kabinett ins Exil geflohen war, vorbereiten, eines Königs, der ein autoritäres Polizeiregime mit faschistoiden Zügen hatte gewähren lassen? Der Streit um die (verfassungs-)politische Gestaltung Griechenlands nach der Befreiung entzweite die breite griechische Widerstandsbewegung von Anfang an und bildete jenen Keim, aus dem sich ein blutiger Bürgerkrieg entwickelte.“ (422)

Spiliotis entwickelt die These, Metaxas „Neuer Staat“ sei nicht an der Rückständigkeit der fragmentierten Sozialverhältnisse, sondern an der „Transterritorialität und der Außenorientierung der helladischen Gesellschaft gescheitert“. Gemeint sind die herausragende wirtschaftliche Bedeutung der Überweisungen der griechischen Diaspora zum einen, das Auslandsstudium als unverzichtbare Karrierestufe der griechischen Politiker zum anderen. Spiliotis nennt dies die „Offenheit der griechischen Gesellschaft“, an der die territoriale Faschisierung gescheitert sei. Sundhaussen findet diese These bestechend, aber nicht stichhaltig, und er hat Recht. Sie gelte im übrigen für alle Balkangesellschaften. Gescheitert sei Metaxas vielmehr an der Rückständigkeit der griechischen Gesellschaft. Leider verweist Spiliotis nur am Rande auf die Widersprüche zwischen den Außenhandelsinteressen Griechenlands samt seiner Abhängigkeit von Großbritannien und die wirtschaftspolitischen Implikationen seiner Orientierung auf Deutschland und Italien, räumt aber diesem Gegensatz nicht den erforderlichen Stellenwert für Metaxas Scheitern ein.

Die meisten der untersuchten Diktaturen orientierten sich am Beispiel Mussolinis, ohne daß sie deshalb sein Regime kopierten. Aus diesem Grunde wurden sie in den 20er und 30 Jahren nicht nur von ihren kommunistischen Gegnern oft pauschalisierend als „faschistisch“ oder „faschistoid“ bezeichnet.

Dieser Sprachge-[94:]brauch führte meist zu einem unpräzisen und inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffs. Die Praxis der Herausgeber, diese damalige Qualifizierung pauschal als „stalinistisch“ zu denunzieren, um auf diese Weise den Antifaschismus zu delegitimieren, ist eine rein politische Zweckkonstruktion, nur mit umgekehrtem Vorzeichen. Denn die tatsächliche Nachahmung vieler Elemente, Organisations- und Kultformen des faschistischen Italien ist eine unbestreitbare Tatsache, ihre Grundlagen und ihre Implikationen sind zu analysieren, nicht zu umgehen.

Weniger bekannt ist, daß diese Orientierung auf Mussolinis Italien auch ihre organisatorische Seite hatte, und Rom bestrebt war, entsprechende Regime und Organisationen quasi in einer faschistischen Internationale zu organisieren – jedenfalls solange der Hitlerfaschismus noch nicht an der Macht war und solange Italien noch nicht von ihm dominiert wurde. Der polnische Historiker Jerzy Borejsza hat diesen Bestrebungen ein Buch gewidmet, das leider nicht auf deutsch vorliegt und von den Autoren nicht zur Kenntnis genommen wurde.⁷

Werner Röhr

KARIN ORTH: *Die Konzentrationslager-SS. Sozialstrukturelle Analysen und biographische Studien.* Wallstein-Verlag, Göttingen 2000, 336 S.

Seit den grundlegenden Veröffentlichungen von Hans Günthers *Der Herren eigener Geist* (1935), Franz Neumanns *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus* (1942, dt. 1977) und Eugen Kogons *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager* (1945) – ist die über Ideologie und Praxis des deutschen Faschismus erschienene Literatur für Nicht-Spezialisten unüberschaubar geworden. Doch gibt es nach wie vor Themen- und Problembereiche, die konkret-historisch nur lückenhaft erschlossen, quellenmäßig schwer zugänglich, unzureichend verallgemeinert, politisch umstritten, ideologisch verzerrt sowie eine unzureichende sozialwissenschaftliche Gesamtdarstellung gefunden haben.

Das betrifft auch den gesamten sozialstrukturellen Komplex. Er enthält den bestimmenden Klassencharakter, die Formierung seiner sozialen Massenbasis (Wähler, Anhänger, organisierte Mitglieder), die Rekrutierungsmuster der Funktionsträger auf den verschiedenen Ebenen, in unterschiedlichen Entscheidungsbereichen und in den einzelnen historischen Phasen. Eine besondere Aufmerksamkeit verlangen die fließenden Übergänge in den „Täter“-Kategorien von den zentralen „Führer“-Figuren bis zu den ausführenden Mord-„Gehilfen“. In diesem Zusammenhang sind aber auch die gesellschaftlich-politischen Institutionen und Mechanismen zur Durchsetzung der Interessen der aggressivsten Gruppen des Monopolkapitals bis in das alltägliche Leben der terroristischen und manipulativ-demagogischen Herrschaft aufzuklären. Auch auf dem speziellen Gebiet der Sozialstruktur gibt es seit [95:] Erich Fromm (1929), Theodor Geiger (1932), Ernst Thälmann (1932) und Georgi Dimitroff (1935) ein reichhaltiges Positions- und Wissenschaftsangebot, aber dennoch mit den oben genannten Einschränkungen.

Die Autorin des vorliegenden Buches gehört zu dem Kreis der in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten an der Schließung dieser Lücken intensiv Arbeitenden. Sie hat sich seit 1995 mit mehreren Publikationen zur NS-Täter-Problematik und im besonderen zum System der Konzentrationslager ausgewiesen. Ihr gemeinsam mit Ulrich Herbert und Christoph Dieckmann 1998 herausgegebenes zweibändiges Werk *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur* bildete eine Bilanz dieser Arbeiten. Das vorliegende Buch schließt daran an und präsentiert in den Einleitungskapiteln *Die Geschichte des KZ-Systems* sowie *Organisations- und Verwaltungsstrukturen der Konzentrationslager* das für den Gegenstand dieses Buches – das Führungspersonal der Konzentrationslager – notwendige historische und institutionelle Grundwissen noch einmal komprimiert.

Der sozialstrukturell entscheidende Teil ist das Kapitel über das Führungspersonal der Konzentrationslager (57-90). Zwei Drittel des Buches (91-305) haben neun biographische Studien über KZ-

⁷ Jerzy W. Borejsza: *Rzym a wspólnota faszystowska. O penetracji faszyzmu włoskiego w Europie Środkowej. Południowej i Wschodniej* (dt.: Rom und die faschistische Gemeinschaft. Über das Eindringen des italienischen Faschismus in Mittel-, Süd- und Osteuropa), Warszawa 1981.

Kommandanten zum Gegenstand, in denen die zusammenfassenden statistischen Daten exemplarisch an den konkreten Lebens- und Karriereverläufen vorgestellt werden. Es sind dies neun von insgesamt 17 KZ-Kommandanten, für die die biographischen Unterlagen am vollständigsten und zuverlässigsten zu ermitteln waren, und zwar Richard Baer (Auschwitz, Mittelbau-Dora), Johannes Hassebroek (Groß-Rosen), Paul Werner Hoppe (Stutthoff), Rudolf Höß (Auschwitz), Josef Kramer (Natzweiler, Auschwitz, Bergen-Belsen), Fritz Suhren (Ravensbrück), Max Pauly (Stutthoff, Neuengamme), Hermann Pister (Buchenwald), Martin Weiß (Neuengamme, Arbeitsdorf, Dachau, Majdanek). Zugleich werden diese neun Personen mit bestimmten typischen Praktiken (wie die Versorgung der „alten Kämpfer“, die Ermordung von kranken Häftlingen und sowjetischen Kriegsgefangenen, die Ermordung von jüdischen Frauen) und Institutionen (das „Modell Dachau“ für die Kommandostruktur und konkrete Organisation aller Konzentrationslager, die SS-Junkerschulen, das Netzwerk der Konzentrationslager-SS) sowie „Lebens- und Verhaltensmuster“, („geordnete Familienverhältnisse“, kollektive Gewaltausübung) behandelt. Hier überlagert sich Biographisches mit Historisch-Institutionellem, Neues mit aus verschiedenen Zusammenhängen schon Bekanntem. Der Wert des Buches liegt gerade in dieser Zusammenführung und in der Herausarbeitung der sozialstrukturellen und biographischen Charakteristika dieses Führungspersonals.

Zu diesem Führungspersonal gehörten neben den Kommandanten der Lager die ihnen unmittelbar unterstellten „Abteilungsleiter“ (der Adjutant, der Leiter der politischen Abteilung, der erste Schutzhaftlagerführer, der Arbeitseinsatzführer, der erste Verwaltungsführer, der Standortarzt und der Führer der Wachmannschaften). Sie alle nach SS-Führer und mit Ausnahme der „Schutzhaftführer“ in [96:] den Frauenlagern alles Männer. Für diesen fest umrissenen Personenkreis erfaßt die Autorin die auswertbaren Angaben von 207 der insgesamt etwa 320 Personen, die von 1933-1945 jemals in diese Ränge von Kommandanten und Abteilungsleitern der Konzentrationslager gelangten.

Da die Standortärzte weitaus häufiger ihre Tätigkeitsfelder wechselten und keine konstante Gruppe bildeten, die exklusiv in den Konzentrationslagern zuständig war, hat die Autorin sie aus der Gruppe ausgeschlossen. 207 Personen sind numerisch ein sehr begrenztes Sample, wenn man bedenkt, daß allein an einem Stichtag (1. Januar 1943) rund 2.500 SS-Angehörige in den Kommandantur-Stäben der bestehenden Konzentrationslager Dienst taten und am 15. Januar 1945 die Lager-SS (inklusive der Wachmannschaften) insgesamt 37.674 Männer und 3.508 Frauen (59 f.) umfaßte. Das Sample ist mit 63 Prozent des obersten SS-Führungspersonals der KZ (außer Ärzten) dennoch charakteristisch und ausreichend repräsentativ für diese konkrete Funktionsgruppe und insofern mit anderen Funktionsgruppen vergleichbar.

Ihr auffallendes Charakteristikum ist die dominierende Rekrutierung aus sozial deklassierten Angehörigen alter und „neuer“ Mittelschichten. Ihre Väter waren mehrheitlich selbständige Handwerker und Einzelhändler, kleine und mittlere Angestellte, einige untere Beamte sowie einige Handwerker-Facharbeiter (z. B. Tischler). Dem entsprach auch ihr Ausbildungs- und Berufsweg als Facharbeiter, untere Angestellten- und Beamten-Tätigkeiten, Angehörige der Reichswehr. Es gab lediglich einen Angehörigen mit Hochschulabschluß und einige wenige Technikum-Absolventen. Etwa ein Drittel von ihnen war Anfang der dreißiger Jahre zeitweilig arbeitslos und im Durchschnitt waren sie bereits seit 1931 Angehörige der NSDAP und seit 1932 der SS. Zwischen den vier Untergruppen des Samples (Kommandanten, politische Abteilungsleiter, Verwaltungsleiter und Kommandeure der Wachmannschaften) gab es noch gewisse Differenzierungen hinsichtlich der Ausbildung (Kommandanten und politisches Personal einerseits und Verwaltungs- und Wachpersonal andererseits), im wesentlichen war es jedoch eine in sozialstruktureller Hinsicht in sich sehr konsistente Gruppe aus dem Milieu der – sozial teils entwurzelt – unteren Mittelschichten. Das Konsistente bezieht sich sowohl auf ihre Herkunft als auch auf ihre innere Abgeschlossenheit gegenüber anderen SS-Bereichen. Nur in Ausnahmefällen (z. B. bei Bestrafung für Verfehlungen durch Versetzung „an die äußere Front“) fand ein Austausch mit anderen Wirkungssphären der SS statt.

Ihre individuellen Mobilitätsprozesse verliefen „laufbahngerecht“, vertikal nahezu beamtenmäßig und horizontal allein im oberen Bereich des politisch-kriminellen Handlanger-Milieus der

Konzentrationslager. Eine 1984 erschienene Untersuchung von Mathilde Jamin⁸ zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft weist zwar ein ähnliches Herkunftsmilieu, aber ein weit „bewegteres Bild“ individueller und politisch bedingter „Gruppenmobilität“ der SA-Führerschaft aus und das nicht allein [97:] durch das „SA-Schicksalsjahr 1934“ bedingt, sondern auch innerhalb der Zeiträume vor und nach dieser für die SA bedeutsamen politischen Zäsur. Wiederum unterschiedlich stellt es sich für die regionalen politischen und Beamten-Eliten Badens und Württembergs zwischen 1930 und 1952 in der 1998 von Cornelia Rauh-Kühne und Michael Ruck sowie der von Michael Kißner und Joachim Scholtyseck⁹ herausgegebenen Untersuchungen dar. Bei diesen Funktionsgruppen dominiert sozialstrukturell die Kontinuität mit den bildungsbürgerlichen und politischen Beamten der Weimarer Republik mit spezifischen Metamorphosen in den Nationalsozialismus und von diesem in das System der Bundesrepublik.

Diese und eine Vielzahl weiterer, inzwischen vorliegender Einzeluntersuchungen verlangen nach einer wissenschaftlichen Synthese über die sozialstrukturelle Hegemonie und die innere Struktur der „Täter“-Funktionsgruppen des Nationalsozialismus. Insofern ist es bedauerlich, daß die Autorin die Lagerärzte als eigenes Mosaiksteinehen ausgeblendet ließ.

Interessant und hervorhebenswert sind aber ihre abschließenden Ausführungen über die „Rückkehr der KZ-Täter in die deutsche Gesellschaft“ der Bundesrepublik. Vergleichsweise mehr als andere politische Entscheidungsträger und Schreibtischtäter wurden sie als unmittelbar an den NS-Verbrechen sichtbar aktiv beteiligte „Täter“ von der Strafgerichtsbarkeit erfaßt. Dabei leisteten aber alliierte Militärgerichte und polnische Volksgerichte unmittelbar nach 1945 den Hauptanteil. Bemerkenswert ist auch die in einer Fußnote untergebrachte Feststellung: „Fast alle Mitglieder der Konzentrationslager-SS lebten nach Kriegsende in der BRD. Soweit bekannt, wurde nur ein Abteilungsleiter in der DDR vor Gericht gestellt und zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.“ (302). Die, wenn überhaupt, von der BRD-Justiz angeklagten und verurteilten KZ-Kommandanten und Abteilungsleiter erhielten weitaus geringere Haftstrafen, wurden z. T. vorzeitig entlassen oder ihr Strafverfahren sogar gänzlich eingestellt. Dennoch wurden die Mitglieder der Konzentrationslager-SS – im Gegensatz zu zahlreichen Schreibtischtätern und zu jenen Verbrechern, die ihre Untaten „im Osten“ begangen hatten – keineswegs bruchlos in die deutsche Nachkriegsgesellschaft entlassen. Immerhin mußten sich bis Mitte der 60er Jahre alle Kommandanten, die bei Kriegsende noch lebten, sowie knapp die Hälfte (45,2 Prozent) der Abteilungsleiter entweder vor einem alliierten Militärgericht, einem polnischen Volksgericht, vor einem deutschen Gericht oder Staatsanwalt der Bundesrepublik verantworten. Ein „nicht unerheblicher Teil“ wurde im Gegensatz zu anderen NS-Funktionsgruppen (wie z. B. fast alle „Wehrwirtschaftsführer“) bestraft, weil sie offensichtliches „Symbol für die Gräueltaten des Nationalsozialismus“ (305) waren.

Helmut Steiner

[98:] *Verwehte Spuren. Zwangsarbeit in Potsdam. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene*. Dokumentation von ALMUTH PÜSCHEL, Märkischer Verlag, Wilhelmshorst 2002.

Erfreulicherweise ist das Kapitel Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft im zweiten Weltkrieg in den letzten Jahren stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Eine nicht unwesentliche Rolle dabei haben sicher die Einreichung der Sammelklagen in den USA und die internationalen Diskussionen um die Einrichtung und die Tätigkeit der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zur Entschädigung von Zwangsarbeit für die deutsche Kriegführung im zweiten Weltkrieg gespielt. Die von der wissenschaftlichen Forschung in früheren Jahren vorgelegten Ergebnisse, hier sei nur an die Arbeiten von Eva Seeber, Klaus Drobisch, Dietrich Eichholtz, Ulrich Herbert und in jüngster Zeit an den Sammelband von Ulrike Winkler erinnert, waren von den gleichen Kreisen,

⁸ Mathilde Jamin: *Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SS-Führerschaft*, Wuppertal 1984.

⁹ *Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930-1952*, hg. von Cornelia Rauh-Kühne und Michael Ruck, München 1993; *Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg*, hg. von Michael Kißner und Joachim Scholtyseck, Konstanz 1999.

die das Zustandekommen der Stiftung immer wieder behinderten, wohl mit Absicht kaum zur Kenntnis genommen worden.

Aber auch in der DDR waren die Ergebnisse dieser Forschungen nicht einer breiteren Öffentlichkeit vermittelt worden. Ortsgeschichtliche Forschungen hatten zur Zwangsarbeiterproblematik kaum stattgefunden. Lediglich im Zusammenhang mit dem Wirken deutscher Antifaschisten und deren Bemühen um die Erleichterung der Lage der Fremdarbeiter wurde sie am Rande erwähnt. Das eigentliche Schicksal der Zwangsarbeiter blieb im Hintergrund. Wie die Autorin anmerkt, hatten „in der offiziellen Gedenkkultur der DDR die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen so gut wie keinen Platz gefunden“. (9)

Aus dem Bemühen heraus, den Opfern zu helfen und ihre Leiden den heute Lebenden ins Gedächtnis zu rufen, sind in den letzten Jahren viele Publikationen, aber auch Ausstellungen und Gedenkstätten, vor allem auf örtlicher Ebene entstanden. Almuth Püschel umreißt in ihrer Arbeit eingangs den in der historischen Forschung erreichten Erkenntnisstand zu den wirtschaftlichen und politischen Hintergründen der Zwangsarbeit in der faschistischen Kriegswirtschaft in diesen allgemeinen Rahmen stellt sie die konkrete Schilderung der Geschehnisse und Personen vor Ort. Das Besondere ihrer Arbeit besteht unter anderem darin, daß sie diesem dunklen Kapitel deutscher Geschichte in einer Stadt im ehemaligen Preußen nachgeht, das sich über Jahrhunderte ob seiner Toleranz rühmen konnte. Sie betrachtet eine Stadt des Beamtentums, der Militärs, der Kultur und Wissenschaft, von der man bislang der Meinung war, daß da „so etwas“ doch kaum geschehen sein könne, obwohl es sich vor aller Augen vollzogen hatte.

Die Suche nach Quellen zum Arbeitseinsatz ziviler Zwangsarbeiter und von Kriegsgefangenen in Potsdam erwies sich als schwierig, war doch der größte Teil schriftlicher und gegenständlicher Spuren der Zwangsarbeit verloren gegangen, seien sie absichtlich, infolge des Krieges oder durch Unachtsamkeit vernichtet worden. Deshalb forderte der Autorin der von ihr behandelte Gegenstand äußerst [99:] intensive Archivforschungen ab. Die Studien im Bundesarchiv, im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, im Stadtarchiv und im Amt für Denkmalpflege Potsdam förderten jedoch, zusammen mit Berichten von Zeitzeugen, erstaunliche Ergebnisse zutage.

In einem einleitenden Kapitel schildert die Autorin die politische Situation, demographische Struktur und wirtschaftliche Entwicklung Potsdams am Vorabend des zweiten Weltkrieges. Hier ist besonders ihre Feststellung interessant, daß sich durch eine expansive Eingemeindungspolitik des Potsdamer Bürgermeisters Friedrich hinsichtlich einiger Industriestandorte der Umgebung eine deutlich sichtbare Veränderung der Wirtschafts- und demographischen Struktur der Stadt ergab. Große und kleine Betriebe, von denen die beiden wichtigen Rüstungslieferanten *Orenstein & Koppel* und die *Arado-Flugzeugwerke* genannt sein sollen, bildeten im Krieg den wesentlichen Hintergrund des umfassenden Zwangsarbeitereinsatzes.

Im zweiten Kapitel beschreibt die Verfasserin die Lage der Zwangsarbeiter in Potsdam vor dem Hintergrund des „Reichseinsatzes“. Mit der Benennung des Arbeitskräftemangels als eines der drei Hauptprobleme der deutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit der Aufrüstung und der Kriegführung beleuchtet sie die für das Regime der Kriegswirtschaft existentielle Notwendigkeit des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte in allen Bereichen und damit auch in der von ihr untersuchten Stadt. Schon zu Kriegsbeginn wurde der Mangel an Arbeitskräften von den großen Rüstungsbetrieben bis zum kleinsten Handwerksbetrieb deutlich spürbar, insbesondere an Facharbeitern, die einberufen worden waren.

In einem gesonderten Abschnitt beschreibt sie die dem Arbeitseinsatz vorausgehende planmäßige Rekrutierung, den Transport und die Verteilung der Arbeitskräfte verschiedener Länder. Am Beispiel des Überfalls auf Polen weist die Autorin darauf hin, daß die Beamten der Arbeitsämter der Wehrmacht unmittelbar folgten, um Arbeitskräfte zu gewinnen, anfangs auf mehr oder weniger freiwilliger Grundlage, dann zunehmend unter Zwang. Wie in Polen vollzog sich in ähnlicher Weise die Rekrutierung der Arbeitskräfte in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Österreich, der ČSR und der Sowjetunion. Hinzu kamen zahllose Kriegsgefangene.

Anhand ihrer intensiven Quellenstudien weist die Autorin nach, daß es in der Stadt 73 größere und kleinere Lager mit Unterbringungsmöglichkeiten für ca. 10.000 Zwangsarbeiter gab, darunter ein Durchgangslager mit mehr als 1.000 Plätzen. Mit Lageplänen, Fotos, Luftbildaufnahmen und einer tabellarischen Übersicht weist sie die Standorte der Lager und deren Belegung exakt nach. Durch die Arbeitsämter wurden zuerst polnische und französische Kriegsgefangene vor allem an landwirtschaftliche Betriebe vermittelt. Mit dem Fortgang des Krieges wurden dann aber auch Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter aus weiteren Ländern in allen Bereichen eingesetzt – sowohl in den großen und kleinen Rüstungsbetrieben und in der Landwirtschaft als auch bei der Ufa-Filmfabrik, in kommunalen Einrichtungen, Handwerksbetrieben, Gaststätten und [100:] Privathaushalten. Der Höhepunkt des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte wurde in den Jahren zwischen 1942 und 1944 erreicht.

Die Unterbringung der Zwangsarbeiter, ausgenommen jener in Privathaushalten, erfolgte fast ausschließlich in Massenunterkünften. Die Verfasserin untersucht die dortige Situation, sie beschreibt verschiedene Typen von Lagern und weist besonders auf die ab 1942 unter der Regie des Generalbauinspektors Albert Speer erfolgte straff organisierte und kontrollierte Barackenbauaktion hin. An den Lagerbauten verdienten sowohl Architekten als auch eine Reihe von Handwerksbetrieben der Stadt recht gut.

In Auswertung von Dokumenten, vor allem aber von erschütternden Zeitzeugenberichten, die die Autorin zusammentragen konnte, rekonstruiert sie wesentliche Seiten der Lage der Zwangsarbeiter. Das waren in erster Linie die totale Überwachung und Kontrolle inner- und außerhalb der Lager verbunden mit Schikanen und Mißhandlungen. Hinzu kamen unzureichende Ernährung und Bekleidung, unbeschreibliche hygienische Zustände und die vollkommen unbefriedigende gesundheitliche Betreuung.

Wie die Verfasserin feststellen konnte, waren es bis 1942 überwiegend männliche Arbeitskräfte, die zum Einsatz kamen. Das änderte sich, als vor allem aus der Sowjetunion Frauen und Kinder, oft ganze Familien zur Arbeit nach Deutschland verschleppt wurden. Deren Arbeits- und Lebensbedingungen widmet sie einen besonderen Abschnitt, in dem sie überwiegend die Zeitzeugen selbst zu Wort kommen läßt.

In einer nicht sehr umfangreichen, aber dennoch nicht weniger beeindruckenden Passage gibt sie ihre Forschungsergebnisse zu den Todesursachen von Zwangsarbeitern wieder, die sie aus Krankenhaus- und Friedhofsunterlagen gewinnen konnte. War dem Hunger und den katastrophalen hygienischen Zuständen eine Vielzahl von Opfern geschuldet, so forderten die anglo-amerikanischen Bombardements im April 1945 jedoch die meisten Toten unter den Zwangsarbeitern.

Daß es mit der weitgehenden Einschränkung der Freiheiten der Zwangsarbeiter in den Lagern noch nicht genug war und Repressionen und Verfolgungen noch viel weiter gingen, wird in einem dritten Kapitel dargestellt. In einer kurzen Einführung beschreibt sie die allgemeingültige Sondergesetzlichkeit für die Fremdarbeiter, die zu deren fast völliger Rechtlosigkeit im Alltag führte. Während das Strafgesetzbuch und auch die für Deutsche geltenden Sondergesetze das Leben der Arbeiter aus den westlichen Ländern regelten, bestimmten besonders harte Gesetze den Alltag von Juden, Polen und „Ostarbeitern“ aus der Sowjetunion.

In Auswertung der Akten vor allem der Staatsanwaltschaft Potsdam weist die Autorin die „eklatante Ungleichbehandlung von Fremdarbeitern verschiedener Nationalitäten auch vor Gericht“ (111) nach. Sie schildert eine Anzahl von Fällen, in denen die Verurteilung ausländischer Zwangsarbeiter erfolgte wegen Brand-[101:]stiftung, Verweigerung und Flucht, Lebensmitteldiebstahls und Schwarzhandels, politisch motivierter Delikte, verbotenen Umgangs und auf Grund der Tatsache, daß Zwangsarbeiter Juden waren und das verschwiegen hatten. Die Verfahren endeten in seltenen Fällen mit Gefängnisstrafen, häufig mit der Todesstrafe oder der Einweisung in ein Konzentrationslager.

Dem letzten Kapitel gibt die Autorin die Überschrift *Die Befreiung der Lager, Heimkehr und Erinnerung*. Ein Teil der Lagerinsassen konnte sich beim Anrücken der sowjetischen Truppen selbst befreien, die übrigen wurden von diesen befreit. Die Überlebenden kehrten in ihre Heimatländer zurück. Was dort geschah, beschreibt Almuth Püschel mit folgenden Worten, die sehr nachdenklich stimmen: „In den folgenden Jahren wurden in der Sowjetunion nicht nur, wie in den westeuropäischen Ländern

auch, Kollaborateure und Konfidenten der deutschen Besatzungsmacht verfolgt und bestraft, sondern auch die Mehrzahl jener, die gegen ihren Willen zur Arbeit nach Deutschland deportiert wurden und auf die Befreiung durch die Rote Armee gehofft hatten. So verwerflich und verbrecherisch die Politik Stalins gegenüber den Heimgekehrten war, muß aber stets bedacht werden: Sie wären nie in eine solche Situation geraten, hätte Deutschland nicht einen erbarmungslosen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion geführt.“ (132)

Im Anhang der Publikation werden u. a. Sterbefälle von Zwangsarbeitern nachgewiesen, die die Autorin aus den Akten des örtlichen Krankenhauses, aus Friedhofsregistern und anderen Sterbenachweisen ermitteln konnte. Für Interessierte ist ein weiterführender Literaturnachweis beigelegt. Anzumerken ist schließlich, daß die Autorin nicht nur auf Spurensuche ging und deren Ergebnisse zu Papier brachte. Sie setzt sich vehement dafür ein, daß in der Gedenkkultur der Stadt den Zwangsarbeitern der Platz eingeräumt wird, der ihnen zukommt. Die letzten Spuren der Zwangsarbeit dürfen nicht, wie sie schreibt, mit „dem Gras und dem Beton des Vergessens“ (133) zugedeckt werden und der allgemeinen Bauwut in der Stadt zum Opfer fallen. Ihrer Initiative ist es zu danken, daß einem Teil der Opfer mit einem Gedenkstein gedacht wird, die bei dem anglo-amerikanischen Bombardement umkamen. Über persönliche Kontakte zu einigen der wenigen Überlebenden versucht sie, diesen bei der Erlangung einer Entschädigung Hilfe zuteil werden zu lassen.

Gerlinde Grahm

CIIR IS TI AN EGGERS: *Unerwünschte Ausländer. Juden aus Deutschland und Mitteleuropa in französischen Internierungslagern 1940-1942*. Metropol Verlag, Berlin 2002, 566 S.

Dieser umfangreiche Band ist die überarbeitete Dissertation des Autors von 1993, die den Titel *Im Vorzimmer zu Auschwitz* trug. Sie erschien in der Reihe *Dokumente, Texte, Materialien des Zentrums für Antisemitismusforschung* der Technischen Universität Berlin als Band 42. Der Autor ist Dozent für Deutsche Ge-[102:]schichte und Landeskunde an der Universität Stendhal in Grenoble. Er widmete dieses Buch seinen beiden verstorbenen akademischen Lehrern Hans-Dietrich Looock und Jacques Grandjonc. Grandjonc, vor allem als Marx-Forscher bekannt, war einer der wichtigsten Initiatoren der Erforschung des französischen Lagersystems und der deutschen Emigration in Frankreich. An der Universität Aix-en-Provence hat Eggers 1986 seine Magisterarbeit bei Grandjonc geschrieben über die deutsche Kundt-Kommission, die – gemeinsam mit einer sie begleitenden Kommission von französischer Seite – vom Juli bis September 1940 die französischen Lager in der unbesetzten Zone bereiste. Für Eggers ist seine umfangreiche Forschung – so wie für die gesamte Exilforschung – „bis heute immer auch Suche nach verschütteten Wurzeln und Anknüpfungspunkten“, ... nach „Spurensicherung“ u. a. für „Juden aus Deutschland und Mitteleuropa in französischen Internierungslagern 1940-1942“. (15/16) Eggers legt hierauf den Schwerpunkt, da während der meisten Zeitabschnitte jüdische Emigranten aus Deutschland und anderen europäischen Ländern, jüdische Flüchtlinge aus den Niederlanden und Belgien sowie die im Oktober 1940 in die unbesetzte Zone Frankreichs deportierten Juden aus Baden und der Pfalz in vielen französischen Internierungslagern die Mehrheit bildeten und seit Herbst 1940 vom Vichy-Regime die Rassebestimmung als Internierungsgrund galt.

Die Arbeit hat vier Hauptabschnitte: Der erste Abschnitt behandelt das *Lagersystem*, das in den Jahren seiner Existenz „eine Vielfalt von Formen und Ausprägungen“ bildete. (15) Bei allen Unterschieden in den verschiedenen Etappen dieser Lager hatten sie eins gemeinsam: „Sie erlauben der Exekutive (in der Praxis meist die Präfekten und ihre Dienststellen), Personen unter Umgehung des Rechtssystems auf unbestimmte Zeit ihrer Freiheit zu berauben.“ (19) „Es kann kein Zweifel daran bestehen“, stellt Eggers fest, „daß die Verantwortung für die katastrophalen Lebensbedingungen, die ab Ende 1940 in den Lagern herrschen, ganz und ausschließlich bei der französischen Verwaltung liegt. Allenfalls kann man eine indirekte Mitschuld der Besatzungsmacht durch die Politik der wirtschaftlichen Ausbeutung annehmen.“ (191) Eggers bezieht auch die Lager der Fremdarbeiter (GTE) ein sowie die Umfunktionierung der Lager nach der Befreiung Frankreichs 1944.

Der zweite Abschnitt ist den in Lagern *Internierten* gewidmet. Neben der bisher veröffentlichten Memoirenliteratur verfügt Eggers über Zeitdokumente, mit denen die Betroffenen selbst in der Zeit ihrer

Verfolgung zu Worte kommen. „2.582 Briefe von 1064 identifizierten Absendern, die sich zwischen November 1940 und Oktober 1943 mit ihren Sorgen, Nöten, aber auch Initiativen und einem unbändigen Lebenswillen“ (200) an die verschiedenen Hilfsfonds wenden, geben ein originales Zeitbild. Aber, so bekennt der Autor, „Zeugnisse wie diese verweigern sich dem Kommentar. Beim Lesen stellt sich ein Gefühl der Hilflosigkeit ein, gegen das auch alle Kenntnisse der Hintergründe und Zusammenhänge nichts helfen. Vielleicht müssen alle Versuche, den Opfern der Internierung und der De-[103:]portationen gerecht zu werden. am Eigentlichen vorbeigehen. Letztendlich entzieht sich die Wirklichkeit des individuellen Erleidens dem Zugriff.“ (331)

Im dritten Abschnitt *Die deutschen Behörden* behandelt Eggers die Einflußnahme dieser Stellen auf die Behandlung der Internierten (bis hin zu den Deportationen des Sommers 1942) in den französischen Lagern seit dem Sommer 1940. Er betrachtet die Folgen des Waffenstillstandsabkommens mit dem berüchtigten Paragraphen 19, der die Auslieferung der „in französischem Gewahrsam befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen“ regelt und die französische Regierung, verpflichtet, „alle in Frankreich sowie in den französischen Besitzungen befindlichen Deutschen, die von der deutschen Reichsregierung namhaft gemacht werden, auf Verlangen auszuliefern“. Die Kommission unter dem Legationsrat Ernst Kundt, die die Internierungslager bereist und die Einhaltung von Artikel 19.1 vorbereitet und entsprechende Informationen beschafft hat sowie die deutsch-französische Zusammenarbeit werden hier behandelt, ebenso die Folgen ihres Handelns.

Der letzte Abschnitt gibt einen Überblick über die zahlreichen *Hilfsorganisationen*, die die Internierten in den Lagern und darüber hinaus unterstützten. Um die Arbeit dieser etwa 30 Organisationen effektiver zu machen, wurden Dachorganisationen geschaffen wie das Comité de Nîmes, in dem im Juli 1941 26 private und halbstaatliche Hilfswerke vereinigt waren oder die Commission des Camps. Sie waren bemüht, in gutem Einvernehmen mit den französischen Behörden die Lebensbedingungen der Internierten erträglich zu machen. „In gewisser Weise“, meint der Autor, „haben erst die Hilfsorganisationen die Existenz des Lagersystems während der zwei Jahre zwischen der Übernahme durch Vichy und den Deportationen ermöglicht, indem sie die Auswirkungen des Nebeneinanders von humanitärem Diskurs und inhumaner Praxis (verursacht durch Unfähigkeit und Nachlässigkeit) bei den verantwortlichen Stellen abgemindert haben“. (497)

Der Autor verweist darauf, daß das Thema vielfältige Ansatzpunkte verlangt: „Deutsche Exilforschung, Historiographie des Vichy-Regimes, Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung: jeder dieser Ansätze hat hinsichtlich der französischen Internierungslager seine Berechtigung, kann jedoch nur einen Teil der historischen Realität erfassen. Unterschiedliche Perspektiven ergeben unterschiedliche Bilder.“ (13) Der Autor bekennt sich zu der als Vorwurf gemeinten Feststellung, die vorliegende Studie sei „mit passionierter Konsequenz aus der Sicht der Opfer geschrieben“. (15) In den Abschnitten *Die Internierten* und *Die Hilfsorganisationen* behandelt er die Lebensbedingungen der Internierten in den verschiedenen Zeitabschnitten, so zur Zeit der Entstehung der ersten Lager für die republikanischen Spanier, die „feindlichen Ausländer“ während des „drôle de guerre“ oder nach der französischen Niederlage mit dem schlimmen Höhepunkt der Deportationen der Juden in die Vernichtungslager vor allem im Sommer 1942.

Er macht darauf aufmerksam, daß der Vorstellung einer „France – terre des camps“ (mit dem offiziellen Gebrauch des Begriffs Konzentrationslager – camp de con-[104:]centration) nach wie vor etwas Schockierendes anhaftet und kommt zu dem Schluß, daß im „klassischen Asylland Europas“ zwischen Januar 1939 und Ende 1945 ein Lagersystem existierte, das als Repressionsinstrument unterschiedlichen Herren mit wechselnden Zielrichtungen diente. Damit ist das vorliegende Buch Teil der französischen Forschung, die ein Geschichtsbild zu zeichnen versucht, das die „dunklen Jahre“, die Zeit des Vichy-Regimes unter Pétain in die Kontinuität eines weiter gefaßten Zeitrahmens integriert. Eggers greift damit in die in Deutschland nur relativ wenig zur Kenntnis genommene innerfranzösische Geschichtsdebatte ein, die verstärkt in den letzten Jahren geführt wird. Einerseits wird die Frage der Mitverantwortung des „Etat français“ an der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden sowohl von Historiographie und staatlicher Repräsentation nun eindeutig bejaht, andererseits wird aber die über zweihundertjährige Tradition „liberté, égalité, fraternité“ heute nicht nur von den Rechtsradikalen

angegriffen. Dennoch kommt Eggers zu einer wichtigen Schlußfolgerung, auf die hier ausdrücklich aufmerksam gemacht werden soll: Die Betonung des Systemcharakters rücke die französischen Lager in gefährliche Nähe zu den Konzentrationslagern des deutschen Faschismus und könnte letztere banalisieren oder relativieren. Nein, die Beschäftigung mit den französischen Internierungslagern taue keineswegs zur Relativierung der deutschen Konzentrationslager, sie unterstreiche eher deren Einzigartigkeit.

Hauptgegenstand der Analyse sind die Lage der Internierten und die sich daraus ergebenden Probleme. Hauptsächlichliche Quelle sind Berichte und Briefe, die sich in den offensichtlich nahezu vollständig erhalten gebliebenen Archiven der von den Hilfsorganisationen im Januar 1941 gebildeten *Commission des Camps des œuvres juives d'assistance* befinden. Eggers hat hier beeindruckende Zeitzeugnisse von großer Vielfalt einfühlsam ausgewertet. Diese Dokumente sind es vor allem, die es ihm ermöglichen, die Geschichte konsequent aus der Sicht der Opfer zu schreiben. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß mehr als 50 Jahre nach den Ereignissen noch immer nicht alle französischen staatlichen Akten freigegeben sind und somit für die Bewertung aller Vorgänge nicht zur Verfügung stehen. Es ist allerdings kaum zu erwarten, daß überraschende Ergebnisse und dem im vorliegenden Buch dargelegten Forschungsstand widersprechende Fakten zutage treten werden. Eher ist zu vermuten, daß es sich um Bestätigung für die von Eggers bereits festgestellte größere Kontinuität zwischen Vorkriegsfrankreich und Vichy-Regime handeln wird.

Das Buch enthält keinen eigenständigen Abschnitt zur Geschichte und zum Stand der Forschung, was für nicht mit der Materie vertraute Nutzer bedauerlich ist. Dafür führt Eggers aber in der Darstellung selbst sehr umfangreiche Auseinandersetzungen mit der bisher erschienenen Literatur, die er zum Teil nicht unwesentlich korrigiert. So etwa, wenn er Probleme der Planung oder Improvisation bei der Entstehung des Lagersystems diskutiert. (45 ff.) Überraschend auch seine Interpretation der Umorientierung des Lagersystems unter der Vichy-Regierung als Ver-[105:]such sowohl der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen als auch einer geplanten humanen Ausgestaltung des Lagersystems, etwa mit der Planung eines Musterlagers für Familien und Kinder in Rivesaltes. (84 ff.) Eggers stellt allerdings fest, daß dies ein Widerspruch in sich war, der unter den vorhandenen Bedingungen zu einer Verschärfung der Situation für die Internierten führte (102 f., 494). In dem Abschnitt über das Wirken der Hilfsorganisationen (399-491) behandelt der Autor die Rolle dieser Hilfsorganisationen in den Lagern vor dem Kriegsausbruch, ab 1940 die Versuche, Rettung in größerem Maßstab ab Ende 1940 zu koordinieren, so den verzweifelten Versuch, internierte Kinder zu retten, deren Aktivitäten während der Deportationen, von denen schließlich die Repräsentanten und Mitarbeiter in ihrer Mehrzahl auch selbst betroffen waren. (497 f.) Die Zwitterstellung als Helfer für die Internierten und gleichzeitig Mitgaranten für die Funktionsfähigkeit des Lagersystems ist natürlich nicht den Hilfsorganisationen anzulasten. Aber manche legalistische Handlungsweisen machen den Autor und die Rezensenten perplex. Nur wenige Aktive in den Hilfsorganisationen, vor allem diejenigen, die sich der Hilfe und Rettung der Kinder widmeten, gingen zur illegalen Widerstandsarbeit über.

Ein so komplexes Thema wie die Geschichte der französischen Internierungslager zu bewältigen, wirft mannigfache Probleme der Methodik auf. Der Autor hat sich zu einer Gliederung nach sachlichen Schwerpunkten entschieden, die in sich zeitlich gegliedert sind. Dabei stellt sich häufig die Frage der Zuordnung der Einzelereignisse. Hierbei kann man durchaus unterschiedlicher Meinung sein, obwohl eine Darstellung in vorwiegend zeitlicher Gliederung, die die Rezensenten vorgezogen hätten, durchaus ähnliche methodische Probleme mit sich bringen würde. Die notwendigen gegenseitigen Verweise wurden vom Autor nicht immer konsequent durchgehalten. Das Fehlen eines Sachwörterverzeichnisses macht es zusätzlich schwierig, sicher ein bestimmtes Ereignis in der umfangreichen Darstellung zu finden. Beim Personenverzeichnis erklärt der Autor, daß weniger prominente Internierte nicht verzeichnet wurden. (555) Das ist eine problematische Einschränkung, denn wo setzt der Autor die Grenze? Der Anhang enthält acht Karten, die die Standorte der Lager von 1939 bis 1943 verzeichnen; ein weiteres Register zählt 207 Internierungsorte und die Dauer ihres Bestehens auf – eine immense Arbeit, die der Exilforschung zur Verfügung steht.

Der Autor schreibt zwar, daß seine Studie nicht den Anspruch erhebt, ihren Gegenstand abschließend aufgearbeitet zu haben. Die Rezensenten möchten anmerken, daß er einen wichtigen Gegenstand deutsch-französischer Geschichte behandelt, wertvolles Material für die Exilforschung zur Verfügung stellt und dieses außerordentliche Thema mit großem Engagement gleichzeitig einer nüchternen Analyse unterzieht.

Werner Fischer/Andrée Fischer-Marum

[106:] DETLEF B RANDES: *Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer‘ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*. Mit einem Vorwort von Hans Lemberg. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 94, hg. vom Vorstand des Collegium Carolinum Forschungsstelle für die böhmischen Länder), Oldenbourg Verlag, München 2001, 503 S.

In seiner als Buch 1988 erschienenen Habilitationsschrift *Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten* hatte Brandes die Nachkriegsplanungen der drei Londoner Exilregierungen (Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien) sowie die Politik der britischen Regierung ihnen gegenüber untersucht. Die Londoner Quellen spielen auch für die neue Arbeit eine wichtige Rolle und werden ergänzt durch erst jüngst zugängliche Archivbestände aus Prag und Warschau. Diesen Quellen zur politischen und zur Diplomatiegeschichte entspricht das Buch in seiner Anlage. Allerdings wird die britische Politik mit einer überaus großen Zurückhaltung geschildert, selbst dort, wo eine klare Kennzeichnung angebracht oder unerlässlich gewesen wäre. Eine vergleichbare Zurückhaltung übt Brandes gegenüber der Politik von Exilpräsident Beneš nicht.

Brandes stellt die Planungen der tschechoslowakischen Exilregierung Beneš seit 1938 und der polnischen Exilregierung Sikorski seit 1939 mehr oder weniger chronologisch vor. Die Gliederung folgt den außenpolitischen Zäsuren Atlantik-Charta, Teheraner Konferenz, Potsdamer Konferenz. Allerdings ist die Aufmerksamkeit des Autors ungleichgewichtig verteilt: die tschechoslowakischen Aktivitäten dominieren absolut. Da beide Exilregierungen jeden wichtigen Schritt ihrer Planungen mit den Großmächten absprachen, die sie gegeneinander auszuspielen suchten und auszuspielen verstanden, sind deren diplomatische Aktionen immer mit einbezogen. Der Anspruch auf eine vergleichende Untersuchung ist nur bedingt eingelöst. Dies liegt nicht am Autor, sondern an der gravierenden Differenz in der Haltung Großbritanniens bzw. der Alliierten zur Rechtskontinuität nach der Okkupation der Tschechoslowakei einerseits und Polens andererseits.

Großbritannien und die USA haben die rechtliche Fortexistenz des polnischen Staates nach dessen Besetzung niemals in Frage gestellt und die Regierung Sikorski sofort anerkannt. Die Bestrebungen Hitlerdeutschlands, die staatsrechtliche Existenz Polens per *debellatio* für erloschen zu erklären, wurde dagegen bis Juni 1941 von der UdSSR übernommen. Im Zentrum der Untersuchungen zu Polens Planungen stehen die Grenzfragen und erst in zweiter Linie Bevölkerungsverschiebungen.

Demgegenüber brauchte die Exilregierung Beneš viele Jahre und unermüdliche Anstrengungen, bis Großbritannien die Rechtskontinuität des Staates und mit ihm seiner Regierung anerkannte. Haupthindernis war das Münchener Diktat, denn Großbritannien war eine seiner Signatarmächte. Es weigerte sich viele Jahre, bis es das Münchener Abkommen für ungültig, weil durch Hitler gebrochen, erklärte; [107:] noch heute weigert sich Großbritannien, München für null und nichtig zu erklären. Gegen die von Beneš beanspruchte Rechtskontinuität des tschechoslowakischen Staates machte die britische Regierung die Nachmünchener Tschechoslowakei und den „Reichsgau Sudetenland“ geltend, als völkerrechtlich bindend. Daher weigerte sich die Regierung Churchill, die Souveränität der Exilregierung über die deutschen Bürger der besetzten Tschechoslowakei anzuerkennen, denn schließlich wären diese durch die Annexion der Grenzgebiete deutsche „Reichsbürger“ geworden. Diese Frage hatte unmittelbar praktische Aspekte, v. a. ging es um den Militärdienst von nach Großbritannien geflüchteten Sudetendeutschen.

Aus diesen Gründen hält Brandes das Münchener Abkommen für die wichtigste Ursache der Entscheidungen der tschechoslowakischen Exilregierung zur Ausweisung der deutschen Bevölkerungsgruppe, jedenfalls für wichtiger als die terroristische Herrschaftspraxis der deutschen Okkupanten im

„Protektorat Böhmen und Mähren“. Darin ist ihm zuzustimmen. Dies wird auch nicht durch die Tatsache aufgehoben, daß sich der Haß der Tschechen auf die sudetendeutschen Funktionäre der Okkupationsherrschaft vom Schlage eines Karl Hermann Frank stärker akkumulierte als gegenüber „reichsdeutschen“ „gentlemen“ wie von Neurath. Daher steht laut Brandes für die Planung der tschechoslowakischen Exilregierung im Vordergrund, wieviel deutsche Bewohner die Republik ertragen könne, ohne die Vormüchener und Münchener Erfahrungen zu wiederholen. Territoriale Fragen waren dieser Priorität untergeordnet.

Die genannte Haltung Großbritanniens zur Anerkennung der Rechtskontinuität der Tschechoslowakei hatte zur Folge, daß die britische Regierung und besonders das Foreign Office den Überlegungen und Planungen exilpolnischer Politiker zum Territorium und zur Bevölkerung Nachkriegspolens nicht entfernt jenen hartnäckigen Widerstand entgegengesetzte wie im Fall der Tschechoslowakei. Entscheidend für die Tatsache, daß die nach der Niederschlagung Hitlerdeutschlands wiederherzustellenden Staaten keine deutschen Minderheiten mehr haben wollten, waren aber nicht die Überlegungen der Diplomaten in London, sondern die Verbrechen der deutschen Okkupanten samt ihren „Volksdeutschen“ Helfern in jenen Ländern und die Schlußfolgerungen der Widerstandsbewegungen vor Ort.

Brandes geht es um die Frage, „warum unzweifelhaft demokratische Politiker wie Beneš und Sikorski oder Mikołajczyk, ... warum die tschechischen und polnischen Widerstandsgruppen jeglicher politischer Richtung, warum also nicht nur Stalin, sondern eben auch Churchill und Roosevelt, die Führer zweier westlicher Demokratien, und die britischen, amerikanischen und sowjetischen Beamten und wissenschaftlichen Berater, warum sie alle die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und Ostdeutschland für unumgänglich hielten“. (1) Diese Frage sei, so Brandes, in der bisherigen Literatur nicht beantwortet worden. Alle diese Politiker haben aber zur Begründung ihrer Entscheidungen stets auf Erfahrungen der Jahre 1938 und 1939 verwiesen.

[108:] Vielleicht noch wichtiger als die Erfahrungen mit den faschistisch regulierten deutschen Minderheiten in den überfallenen Ländern waren militärstrategische und militärgeographische Überlegungen. Nach der Annexion Österreichs war die strategische Position der Tschechoslowakei als ausersehenes nächstes Opfer außerordentlich geschwächt, nach der Abtrennung der Grenzgebiete an Deutschland aber war sie unhaltbar: Die 1938 amputierte Tschechoslowakei war strategisch nicht zu verteidigen und wirtschaftlich nicht lebensfähig. Die Aussiedlung möglichst großer Teile und schließlich der ganzen deutschen Bevölkerung wurde daher als Vorkehrung gegen eine Wiederholung eines München, also einer Abtretung von Deutschen besiedelter Grenzgebiete erwogen und getroffen.

Analog war die ungünstige militärstrategische Lage Polens im September 1939 für dessen schnelle Niederlage mitverantwortlich, als die Wehrmacht mit einer Zangenbewegung aus Schlesien und Ostpreußen die polnischen Streitkräfte gewissermaßen zerdrückte. Von diesen Erfahrungen gingen die polnischen Nachkriegsplanungen zur territorialen und demographischen Gestaltung des Landes aus. Der die gesamte Zwischenkriegszeit andauernde Streit um Oberschlesien und Danzig sollte zugunsten Polens gelöst werden, um solche kriegsträchtigen territorialen Konfliktherde gegenstandslos zu machen und Danzig als freiwillige Lunte am Pulverfaß auszuschließen.¹⁰

Nicht zu trennen von diesen militärstrategischen Erfahrungen waren jene mit den organisierten deutschen Minderheiten. Die nazistische Propaganda hatte die Forderungen nach Veränderung der Versailler Grenzen offiziell immer mit dem Wunsch der Danziger bzw. der Sudetendeutschen, „heimzukehren ins Reich“, begründet. Das keineswegs immer geheime Zusammenspiel der deutschen Volkstumsverbände mit den deutschen Regierungen hatte den Regierungen in Prag und Warschau, aber auch den Großmächten gezeigt, daß mit einer dauerhaften Loyalität der deutschen Minderheiten zur Tschechoslowakischen und Polnischen Republik nicht gerechnet werden könne. Dieses Zusammenwirken kulminierte in der Vorbereitungsphase der Aggressionen und während der Okkupationsherrschaft. Dies

¹⁰ Vgl. Winfried Höhn: Die Lunte am Pulverfaß. Danzigs Rolle beim Überfall auf Polen im Spiegel seiner Presse, in: Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomik der „friedlichen“ Aggressionen Deutschlands 1938/39, hg. von Werner Röhr, Brigitte Berlekamp und Karl Heinz Roth, Hamburg 2001, S. 209-250.

zeigte, daß nach den Massenverbrechen an den Völkern der okkupierten Länder deren Zusammenleben mit der deutschen Bevölkerungsgruppe objektiv nicht mehr möglich war, und daß es subjektiv auch nicht mehr gewollt war. Hatte Konrad Henlein bereits 1938 erklärt, daß ein Zusammenleben der Sudelendeutschen mit den Tschechen in einem Staat nicht mehr möglich sei, so nahmen ihn die Tschechen 1945 beim Wort. Die Bereitschaft zum Zusammenleben war durch die Zumutungen von seiten der deutschen Minderheit erloschen und in den entschiedenen Willen zur Trennung umgeschlagen. Das zeigt Brandes anschaulich [109:] an der Willensbildung: Die Widerstandsbewegung in der Tschechoslowakei zwang der vorsichtigeren und flexibleren Exilregierung ihren Standpunkt auf.

Damit diese Erfahrungen in Planungen zur Aussiedlung der deutschen Minderheiten umschlugen, bedurfte es eines weiteren Schrittes: Hitlerdeutschland selbst schlug den Weg der Massenvertreibung der Bevölkerung besetzter Gebiete ein. Mit dem Erlaß *zur Festigung deutschen Volkstums* vom 7. Oktober 1939 erteilte Hitler dem Reichsführer SS Heinrich Himmler eine Generalvollmacht zur demographischen „Flurbereinigung“. Die in die Hände der SS gelegten riesigen Bevölkerungsbewegungen vollzogen sich in zwei entgegengesetzten Richtungen: einmal die Vertreibung großer Teile der ansässigen „fremdvölkischen“ Bevölkerung aus von Deutschland annektierten Gebieten, zum anderen die „Umsiedlung“ von Deutschen aus Osteuropa „heim ins Reich“, um die „Germanisierung“ der „eingegliederten Ostgebiete“ demographisch zu begründen.

Diese Millionen Menschen betreffenden Aus- und Umsiedlungen waren unmittelbar in die Praxis der faschistischen „Neuordnung Europas“ eingebunden. Den „Neuordnungs“-Planern galt die Bevölkerung als jenes Element, das am billigsten, d. h. ohne größere Investitionen, und leichtesten, d. h. mittels Gewalt, zu verändern wäre, so sie sie nicht im Sinne pseudowissenschaftlicher „bevölkerungsökonomischer“ Überlegungen als „überflüssig“ ansahen. Bei der Aneignung der Ressourcen der eroberten Länder, bei der „Rationalisierung“ ihrer Volkswirtschaften für die Zwecke deutscher Kriegführung und ihrer Rekonstruktion als Ergänzungswirtschaft eines auf Deutschlands Hegemonie zugeschnittenen „Gemeinsamen Marktes“, stets erschien diesen Planern und ihren Praktikern die Zahl und die Zusammensetzung der Bevölkerung am leichtesten veränderbar. Zugleich fungierte diese „Neuordnung“ der Bevölkerung als Mittel der „Germanisierung“ der Länder, der „Umvolkung“ von Teilen ihrer Bevölkerung und der physischen Vernichtung „rassisch minderwertiger“ bzw. „unwertiger“ Menschen.

Es wäre aber zu einfach zu sagen, nur Hitler habe für die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen und der Tschechoslowakei das Rezept und die Erfahrung der Praktikabilität geliefert. Hans Lemberg verweist in seinem Vorwort nachdrücklicher noch als Brandes im Text darauf, daß „der Gedanke der Homogenisierung von Nationalstaaten durch Verschiebung von Minderheiten als Mittel der Konfliktbeseitigung die Qualität einer international verbreiteten Doktrin angenommen hatte“. (X) So drängte die britische Diplomatie in den letzten Augustwochen des Jahres 1939 auf einen Bevölkerungsaustausch von Deutschen und Polen aus den Konfliktherden „Korridor“ und Oberschlesien, um den Kriegeausbruch aus Gründen demographischer Spannungen zu vermeiden.

Dieser Konsens über Zulässigkeit, Praktikabilität und Erfolg von großen Bevölkerungsumsiedlungen stützte sich einmal auf die unter Politikern und Diplomaten der Westmächte gängige, hinsichtlich der Kosten und Leiden der Bevölkerung aber höchst beschönigende Interpretation des Abkommens von Lausanne über [110:] den Bevölkerungsaustausch zwischen der Türkei und Griechenland, um deren Staaten national zu homogenisieren. Zum anderen basierte er auf der vermeintlichen Erkenntnis, die Minderheitenpolitik des Völkerbundes sei generell gescheitert, ja Minderheiten störten durch ihre bloße Existenz den Frieden und verursachten Konflikte, weshalb eine Korrektur am Versailler Staatensystem im Sinne einer nationalen Homogenisierung angebracht sei. Diese „Erkenntnis“ ignorierte aber souverän, warum gerade die Minderheitenpolitik sich so vorzüglich als Instrument imperialistischer Hegemonialpolitik eignet und wo die Ursachen des genannten Scheiterns wirklich lagen.

Brandes personalisiert die Darstellung der Politik extrem, sie wird konzentriert, zugespitzt und tendenziell auch reduziert auf das persönliche Handeln von exilierten Politikern der Tschechoslowakei, vor allem von Exilpräsident Beneš einerseits und Wenzel Jaksch, dem nationalistischen Führer der

exilierten sudelendischen Sozialdemokratie andererseits. Sie werden so sehr zu politischen Gegenspielern stilisiert, die in ihrem Handeln aufeinander reagierten, daß die Ursachen und die Rahmenbedingungen ihres Handelns an die Peripherie rücken. Dabei wird der politische Monopolanspruch von Jaksch auf die Vertretung der deutschen Hitlergegner aus der Tschechoslowakei von Brandes weitgehend bedient, Jaksch nur immanent kritisiert und dessen Rolle übermäßig aufgebläht. Seine Zurückhaltung im Urteil über Jaksch kompensiert der Verfasser mit einer durchgehend negativen psychologischen Zeichnung der Person des Präsidenten Beneš: Was jedem Politiker als politisch-taktisches Manöver in einer gegebenen Handlungssituation zugeschrieben werden kann, stigmatisiert Brandes bei Beneš sofort als „gerissen“ oder „gewieft“. Er wirft ihm sogar vor, seine Politik durchsetzen, etwas „herausholen“ zu wollen.

Der zweifellos auch persönliche Konflikt zwischen Jaksch und Beneš war aber wesentlich der Gegensatz zweier Nationalismen, zwischen ihnen stand letztendlich „München“, das Jaksch rechtlich nicht preisgeben wollte. Natürlich war Jaksch enttäuscht und verbittert, daß der tschechische Nationalist Beneš in der schwierigen Situation des Jahres 1938 den deutschen Faschisten Zugeständnisse und Angebote gemacht hatte, die er der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung innerhalb der ČSR stets verweigert hatte. Brandes aber bleibt beim Konflikt der Nationalismen stehen, zu Unrecht, denn Jakschs Preisgabe des Klassenkampfgedankens hob den doppelten Gegensatz der deutschen Arbeiter zur tschechischen Bourgeoisie, als Klassengegensatz und als nationalen, natürlich nicht auf.

Eine solche personalisierende und unterschwellig diskriminierende Darstellung verfolgt Brandes hinsichtlich der polnischen Nachkriegsplanungen nicht. Obwohl die polnischen Planungen letztlich zahlenmäßig viel mehr Deutsche betrafen, zeichnet Brandes hier die Planungsstufen und die jeweiligen Reaktionen der Großmächte bis hin zur Oder-Neiße-Grenze im Potsdamer Abkommen mit nüchternerem Gestus nach. In der Tat spielten die polnischen Grenzveränderungen in Potsdam eine viel größere Rolle als die tschechoslowakischen Wünsche hinsichtlich der Aussiedlungen: „Enttäuscht von den Potsdamer Beschlüssen zeigte sich auf der einen Seite die tschechoslowakische Regierung: Indem die ‚Großen Drei‘ die polnische Verwaltung ganz Schlesiens anerkannten, erledigten sich de facto die tschechoslowakischen Ansprüche auf Ratibor, Leobschütz und Glatz. Die Tatsache, daß die Konferenz Ungarn den Transfer der Deutschen erlaubte, aber zur tschechoslowakischen Absicht, die Magyaren auszusiedeln, schwieg, verschlechterte die Aussichten auf die Durchsetzung dieser Pläne.“ (417)

Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag verzichteten die Siegermächte des zweiten Weltkrieges 1990 auf ihre Vorrechte. Der Vertrag erfüllte gewisse Funktionen eines Friedensvertrages mit Deutschland, ohne ein solcher zu sein, denn nicht die Kriegsniederlage bildete seine Grundlage. Die in den vierziger Jahren abgeschlossenen Friedensverträge mit einer Reihe von Ländern, die von Deutschland okkupiert worden waren, wurden praktisch mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag ausgehebelt. Seither ist die deutsche Regierungspolitik bestrebt, von der Position eines Mitsiegers im kalten Krieg aus schrittweise auch jene Folgen des zweiten Weltkrieges zu überwinden, die als dessen Resultate in die Grundlagen der Nachkriegsentwicklung der Nachbarvölker eingegangen sind.

Der wiedererstarke imperialistische deutsche Nationalstaat fordert nun lauter und unbedingter von seinen Nachbarn, daß seine Ansprüche bedient werden. Sei es, daß er seine „Partner“ zur Währungsabwertung zwingt, sei es, daß er Nachbarn seinen „Rechtsstandpunkt“ oktroyieren will. Als besonders geeignetes Erpressungsinstrument, um „deutsche Rechtsansprüche“ als Pflöcke in die Rechtsordnung der Nachbarvölker einzuschlagen, hat sich deren Antrag auf EU-Mitgliedschaft erwiesen. So versuchen die Sudelendische Landsmannschaft, die bayerische und die österreichische Regierung ganz offen, die tschechische Regierung zu erpressen und ein Junktim zwischen der geforderten Aufhebung der sog. Beneš-Dekrete und der gewährten EU-Mitgliedschaft herzustellen. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Textes liegen bereits vier verschiedene völkerrechtliche Gutachten darüber vor, ob diese Dekrete ein Rechtshindernis für den Beitritt Tschechiens zur EU darstellen oder nicht. In ihnen wird nicht einmal oberflächlich verschleiert, daß Gutachter heute so urteilen. wie der Auftraggeber, z. B. die Sudetendeutsche Landsmannschaft, es bestellt hat.

Wo einige Völkerrechtler solcher Politik eine Handreichung bieten, dürfen Historiker nicht fehlen. Denn zur Bedienung „deutscher Ansprüche“ gehört nicht zuletzt auch das politische Vokabular über die Geschichte. Hans Lemberg hebt in seinem Vorwort hervor, daß der „Komplex der Vertreibung“ als Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung „wieder an Attraktivität gewonnen“ hat. Er gibt den Lesern des Buches den Interpretationsmodus geradezu vor, wenn er die Pläne und Entscheidungsprozesse der Exilregierungen zum „Schlüssel zu den Ursachen der Vertreibungen“ erhebt. Diesem Muster folgt auch Brandes: sein Buch ist ein [112:] Musterbeispiel dafür, wie eine subtile, quellengestützte historische Arbeit gerade durch ihre vordergründige Enthaltung gegenüber aktuellen politischen Kontroversen die Interessen jener bedient, die die heutigen Regierungen der damals vom Faschismus unterdrückten Völker dazu zwingen möchten, ihr „Unrecht“ gegenüber den Deutschen als „Rechtsstandpunkt“ anzuerkennen, um daraus weitergehende Forderungen abzuleiten.

Methodisch bedient Brandes diese Position durch die zentrale Achse seiner Konstruktion: Er untersucht nicht allein die Planungsschritte und -papiere der polnischen und tschechoslowakischen Exilregierungen, ihrer Widerstandsbewegungen sowie der drei alliierten Großmächte, sondern er erklärt diese Planungen selbst zu den Ursachen der späteren Aussiedlungen. Damit werden die wirklichen Ursachen, nämlich die Aggressionen Hitlerdeutschlands und die Erfahrungen jener Völker mit „ihren Deutschen“ keineswegs verschwiegen, wohl aber werden sie zu von Hitler gelieferten „Argumenten“ stilisiert, deren sich die Exilregierungen für ihre sowieso geplanten Handlungen bedienten.

Werner Röhr

JENS-CHRISTIAN WAGNER: *Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora*, Wallstein Verlag, Göttingen 2001, 688 S.

Wagner legt eine umfassende Monographie zur Geschichte des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora vor, deren Grundlage seine 1999 an der Universität Göttingen verteidigte Dissertation ist. Mittelbau-Dora war weniger das bis heute mythenumrankte geheime „Raketen-Konzentrationslager“, das die Träume der Naziführung zur Schaffung von Wunderwaffen realisieren sollte, sondern in erheblichem Maße ein „Bau-Konzentrationslager“: Nur eine Minderheit der hier zur Arbeit gezwungenen Gefangenen war seit dem Frühjahr 1944 mit der Raketenproduktion befaßt, „der weitaus größere Teil [...] mußte unter katastrophalen Bedingungen auf den zahlreichen Baustellen in der Region Nordhausen arbeiten, die im Rahmen der angestrebten Untertageverlagerung der deutschen Luftrüstung eingerichtet wurden.“ (13)

Zentrales Anliegen der Studie ist die fallbezogene Untersuchung des Widerspruchs zwischen der nicht aufgegebenen „Vernichtungsabsicht“ (12) gegenüber bestimmten Häftlingsgruppen innerhalb des Konzentrationslagers und dem gleichzeitigen, ökonomisch determinierten Bemühen um den Erhalt der Häftlingsarbeitskraft.

Ausführlich geht Wagner in seiner Einleitung auf den Forschungsstand ein. Obwohl Mittelbau-Dora gemeinhin zu den eher „vergessenen Lagern“ zählt, ist der Forschungsstand so schlecht nicht. Nicht nur ein westdeutscher Aufsatz aus dem Jahre 1970 markiert den vergleichsweise frühen Beginn historiographischer Aufarbeitung, vor allem die an der Berliner Humboldt-Universität entstandenen Dissertationen von Laurenz Demps und Götz Dieckmann werden vom Verfasser her-[113:]vorgehoben.¹¹ Mit den letztgenannten Arbeiten war „das ‚kleine‘ Konzentrationslager Mittelbau-Dora Ende der sechziger Jahre in der DDR besser erforscht als die ‚großen‘, ebenfalls auf dem Gebiet der späteren DDR gelegenen Konzentrationslager Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen“. Allerdings spielten in diesen und späteren Arbeiten die zahlreichen Außenlager eine „nur marginale Rolle“. (19) Auch in

¹¹ Manfred Bornemann/Martin Broszat: *Das KL Dora-Mittelbau*, in: *Studien zur Geschichte der Konzentrationslager*, Stuttgart 1970, S. 154-198; Laurenz Demps: *Zum weiteren Ausbau des staatsmonopolistischen Apparats der faschistischen Kriegswirtschaft in den Jahren 1943 bis 1945 und zur Rolle der SS und der Konzentrationslager im Rahmen der Rüstungsproduktion, dargestellt am Beispiel der unterirdischen Verlagerung von Teilen der Rüstungsproduktion*, (Ms), Berlin 1970; Götz Dieckmann: *Existenzbedingungen und Widerstand im Konzentrationslager Dora-Mittelbau unter dem Aspekt der funktionellen Einbeziehung der SS in das System der faschistischen Kriegswirtschaft* (Ms.), Berlin 1970.

neueren Studien, die häufig die V-Waffenproduktion in den Mittelpunkt stellten, sei demzufolge „die herausragende Bedeutung der Bauvorhaben und der Außenlager“ vernachlässigt worden. (20)

Zunächst stellt Wagner ausführlich die benutzten Quellen vor und erörtert ihre jeweilige Spezifik. In dem Unterkapitel *Der Häftlingsbericht: Kritik einer Quellengattung* (29-41) widmet er dieser Gattung breiten Raum, differenziert und bewertet ihre Aussagefähigkeit und ihre Besonderheiten.

Wie kein anderes Lager im Reichsgebiet ist Mittelbau-Dora in seiner Entstehung untrennbar mit den Entwicklungen und Planungen der deutschen Kriegswirtschaft verbunden. Wagner referiert deswegen zunächst zwei zum Verständnis unerläßliche Stränge: Zum einen das seit der Studie von Falk Pingel¹² in der Forschung weitgehend anerkannte Modell, das die Geschichte der Konzentrationslager grob in drei Phasen unterteilt, um deren Entstehung, Entwicklung und Funktionswandel zu beschreiben.¹³ Zum anderen geht er ausführlich auf die Entstehung der Häftlingsarbeit in den Konzentrationslagern und die ökonomischen Bestrebungen der SS sowie die widersprüchlichen Beziehungen zwischen SS, Privatwirtschaft, staatlichen Unternehmen und Behörden ein.

Seit 1943 liefen Planungen zur Untertageverlagerung von Teilen der Rüstungs- und speziell Raketenproduktion. Den unmittelbaren Anlaß zur forcierten Produktionsverlegung und somit zur Errichtung von Mittelbau-Dora bildete die Bombardierung verschiedener Produktionsstätten im Sommer 1943 durch alliierte Luftstreitkräfte und vor allem der am 17./18. August erfolgte Angriff auf Peenemünde. Am 26. August 1943 soll dann auf einer Besprechung zwischen Heereswaf-[114:]fenamt (Walter Domberger), der SS-WVHA (Hans Kammler) und dem Demag-Konzern (Gerhard Dengkolb) mit der Entscheidung für die Stollen im Kohnstein bei Nordhausen die Standortwahl für die geplante Untertageproduktion „vermutlich“ endgültig erfolgt sein. (85) Schon zwei Tage später trafen die ersten 107 Buchenwalder Häftlinge mitsamt SS-Wachleuten am Kohnstein ein, wenige Monate später war die Zahl der Gefangenen auf ca. 10.000 angewachsen. Die Lebensbedingungen waren für die Häftlinge von Anbeginn katastrophal, da sie in den Stollen, deren Ausbau Priorität hatte, auch untergebracht waren. Den raschen Aufbau der Produktionsanlagen bezahlten bis März 1944 bereits 3.000 Häftlinge mit dem Leben, „weitere 3.000 Sterbende schickte die SS im Frühjahr 1944 in Vernichtungstransporten nach Lublin-Majdanek und Bergen-Belsen“, was weder den zuständigen Minister Speer, der Anfang Dezember die örtlichen Verhältnisse inspiziert und sich danach brieflich eigens bei Kammler für die zügige Umsetzung der Pläne überschwenglich bedankt hatte, noch die beteiligten Wehrmachtdienststellen und Privatbetriebe zu stören schien. (89) Im Oktober 1944 wurde Mittelbau-Dora, bis dato Außenlager des KZ Buchenwald, eigenständiges Lager. Genauer gesagt, bestand Mittelbau-Dora aus dem Lager Dora und weiteren rund 40 Lagern in der Region, die unterschiedlichen Bauvorhaben zugeordnet waren.

Detailliert widmet sich Wagner der Genese und Umsetzung dieser Projekte, die aber letztlich nie abgeschlossen wurden. Diesen Unternehmungen fielen jedoch mindestens 20.000 Menschen, d. h. etwa jeder dritte nach Mittelbau-Dora verlegte Häftling (499), zum Opfer: „Das Hauptprodukt der Mittelbau-Lager“, so Wagner, „waren nicht die noch heute mystifizierten V-Waffen, sondern vor allem eines: der Tod“. (288) Dennoch waren Lebens- und Überlebensbedingungen in den verschiedenen Lagern des Komplexes unterschiedlich. Es läßt sich durchaus eine abgestufte Behandlung der Häftlinge nach ökonomisch begründeten Verwertungskriterien erkennen. Technisch vorgebildete Facharbeiter erschienen der SS schwieriger ersetzbar als die auf den Baustellen eingesetzten Häftlinge. Während es in den Produktionsstätten noch reale Überlebenschancen gab, „[kam] die Zuweisung in ein Baukommando einem Todesurteil gleich“. (361)

¹² Falk Pingel: Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager. Hamburg 1978.

¹³ Kritisch ist an dieser Stelle anzumerken, daß Wagner den auf den preußischen Gestapochof Rudolf Diels zurückgehenden Begriff „wilde Lager“ verwendet (45 f.), auf dessen Problematik v. a. Klaus Drobisch überzeugend hingewiesen hat. Vgl.: Klaus Drobisch: Studien zur Geschichte der faschistischen Konzentrationslager 1933/34. Diss. B, (Ms.), Berlin 1987, S. 84; ferner: Ders.: Frühe Konzentrationslager, in: Die frühen Konzentrationslager in Deutschland, hg. von Karl Giebel, Thomas Lutz und Silvester Lechner, Bad Boll 1996, S. 41-60, bes. S. 44.

Nach der ausführlichen Darstellung (*Mobile Selektion*, 360-499) der ständigen Verlegung und Weiterverlegung von Häftlingen bis hin zur Einrichtung regelrechter Sterbelager verwirft Wagner anhand der konkreten Verhältnisse in Mittelbau-Dora die Tauglichkeit der Formel von der „Vernichtung durch Arbeit“. Diese sei als „Ausdruck moralischer Empörung gerechtfertigt“, als „analytischer Begriff [...] jedoch irreführend“ (499), da sie die Existenz eines Programms zur Vernichtung suggeriere. Vielmehr seien es aber hauptsächlich „situative Faktoren, die das Massensterben in den Mittelbau-Lagern herbeiführten“, so vor allem die Eile, mit der gegen Kriegsende die Bauvorhaben ohne Rücksicht auf Verluste durchgepeitscht werden sollten. „Entscheidend war [...] der Umstand, daß der SS-Führung – und hier vermengen sich ideologische mit situativen Faktoren – das Leben und die Gesundheit der Gefangenen gleichgültig waren, das heißt, sie plante weder [115:] ihre Vernichtung noch war ihr daran gelegen, daß sie überlebten. Nicht ein wie auch immer geartetes Vernichtungsprogramm, sondern die Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben der Häftlinge war die in den Mittelbau-Lagern praktizierte Logik des Todes. Dieser Logik entsprechend wurde der Tod der KZ-Insassen nicht angestrebt, als Folge der harten Arbeits- und Lebensbedingungen aber bewußt einkalkuliert.“ (500)

Der Bevölkerung in der Region blieb das massive Engagement der verschiedenen Stellen und auch das Elend der Gefangenen nicht verborgen. Wie Wagner belegt, war sie bereits seit Mitte der dreißiger Jahre durch den Einsatz von Zwangsarbeitern (Konzentrationslager- und Justizgefangene, Juden, ‚Fremdarbeiter‘) schrittweise an Lager gewöhnt worden. Ausführlich referiert er deren Arbeitsbedingungen und den Umgang der örtlichen Behörden mit den Zwangsarbeitern, die „rassisch“ gestufte Behandlung, Unterbringung, Verpflegung der sog. Fremdarbeiter. Wagner bestätigt damit auch neuere Befunde aus anderen Regionen Deutschlands, die die hohe Bedeutung rassistisch begründeter Vorgaben bei der Behandlung der ausländischen Zwangsarbeiter auf lokaler Ebene erkennen lassen.¹⁴

Nicht nur die jahrelange rassistische Hetze, sondern auch eine hervorgehobene soziale Position in den Betrieben (inklusive Wachschutz- und Hilfspolizeifunktionen) verhinderte eine Solidarisierung der deutschen Arbeiter mit ihren ausländischen Kollegen: „Das Gefühl des sozialen Aufstiegs und der Zugehörigkeit zum ‚Herrenvolk‘ entsolidarisierte die deutsche Arbeiterschaft gegenüber den ausländischen Arbeitern und bewirkte einen hohen Zustimmungsgrad zum Regime“, resümiert Wagner. (178) Die deutschen Zivilarbeiter konnten in den Betrieben und auf den Baustellen Begegnungen mit Konzentrationslager-Häftlingen gar nicht ausweichen. Wagner belegt, wie diese deutschen Arbeiter nicht nur Zeugen von Verbrechen, sondern selbst zu Mittätern bei „Mißhandlungen und Morden“ wurden. (550) Zwar beteiligten sich „bei weitem nicht alle“ (551) deutschen Arbeiter an diesen Verbrechen, und es gab auch Beispiele für Hilfeleistungen, doch sind diese in den Berichten überlebender Häftlinge eher selten vermerkt. Anders sehen Erinnerungsberichte ehemaliger deutscher Zivilbeschäftigter aus, in denen „häufig [...] der Mythos des ‚Brot-Zusteckens‘ bemüht“ werde. (552)

Kurz vor dem Ende des „Dritten Reiches“ beteiligten sich nicht wenige deutsche Zivilisten an der Verfolgung flüchtiger Konzentrationslager-Insassen. In der Bevölkerung herrschte eine „regelrechte Hysterie“ (558). Langlebiger als die Erinnerung an das tausendfache Grauen und das Elend der Häftlinge blieben in der Bevölkerung auch nach 1945 denn auch Stereotype wie die des „plündernden Häftlings“. (559)

[116:] Die unterschiedlichen Formen der Thematisierung und des Beschweigens der Geschichte der faschistischen Diktatur in beiden deutschen Staaten erschwerten nach 1945 in der Region die Auseinandersetzung mit den vor Ort begangenen Verbrechen. Hinzu kam die deutsche Teilung, die den Lagerkomplex durchtrennte. Während die meisten Lagerorte verwaisten oder anderer Nutzung anheim fielen, wurde 1966 auf dem Gelände des Lagers Dora die Gedenkstätte KZ Mittelbau-Dora eingerichtet. Das war zwar 20 Jahre nach Kriegsende, aber deutlich früher als die Errichtung der meisten KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik. Vergeblich bemühte sich denn auch die VV in den in der BRD gelegenen Standorten früherer Lager von Mittelbau-Dora um angemessene Formen des Gedenkens. Sie stellten diese Aktivitäten Anfang der 70er Jahre „mangels Teilnahme der Bevölkerung“ ein. (572)

¹⁴ Vgl.: Annette Schäfer: Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik. Russische und polnische Arbeitskräfte in Württemberg 1939-1945, Stuttgart, Berlin, Köln 2000.

Jens-Christian Wagners Arbeit basiert auf einer umfassenden Quellenbasis, die zu recherchieren und auszuwerten beachtliche Anstrengungen erforderte. Sie wird allein schon deshalb Bestand haben und sicher zu einem Standardwerk über Dora-Mittelbau werden. Den 580 Seiten Text folgt ein gut 100 Seiten umfassender Anhang, der nützliche Tabellen, Karten und Übersichten sowie Kurzbiographien enthält. Der Umfang der Arbeit ist jedoch ambivalent zu bewerten: Einerseits wird eine beeindruckende Fülle durchweg interessanter Informationen ausgebreitet, andererseits leidet darunter die Lesbarkeit für ein breites Publikum. In der Einleitung, aber auch bei manchen Exkursen wären für die Druckfassung dieser Dissertation stärkere Kürzungen angebracht gewesen, die den Wert der Arbeit nicht geschmälert, eine breite Rezeption jedoch sicher befördert hätten. Der von Wagner ebenfalls im Göttinger Wallstein Verlag herausgegebenen Katalog zur Ausstellung der Gedenkstätte Mittelbau bildet eine sinnvolle Ergänzung zum Buch. Er ist mit Fotos und Dokumenten ausgestattet und bietet einen guten Überblick über die Geschichte dieses Konzentrationslagers und die neue Konzeption der Gedenkstätte.¹⁵

Christoph Kopke

¹⁵ Das KZ-Mittelbau-Dora. Der Katalog zur historischen Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, hg. von Jens-Christian Wagner, Göttingen 2002.

[117:]

ANNOTATIONEN

STEFA FRECH: *Clearing. Der Zahlungsverkehr der Schweiz mit den Achsenmächten* (Veröffentlichungen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Bd. 3), Chronos Verlag, Zürich 2001, 381 S.

Während des zweiten Weltkrieges gewährte die Schweiz den Achsenmächte Kredite in Höhe von 1,5 Milliarden Schweizer Franken. Der größte Teil dieser Vorschüsse lief über den zwischenstaatlichen Verrechnungsverkehr. Dieses Clearing ermöglichte es Deutschland und Italien, kriegswichtige Güter aus der Schweiz zu beziehen, ohne dafür unmittelbar Gegenleistungen erbringen zu müssen. Frechs Studie rekonstruiert das komplexe zwischenstaatliche Zahlungssystem und untersucht seine Bedeutung für die schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen zu den Achsenmächten. Besonderen Wert legt er darauf, auch die technischen Modalitäten dieses regulierten Zahlungsverkehrs aufzuhellen. Es gab zwischen Deutschland und der Schweiz vier Clearingabkommen, elf Zusatzabkommen und zahlreiche weitere Protokolle: Der größte Teil der Bestimmungen blieb geheim, der Dschungel an Bürokratie war kaum durchschaubar und lud zum Mißbrauch ein.

Nach der Bankenkrise 1931 hatte die Regierung Brüning ein rigoroses Devisenausfuhrverbot erlassen und eine Devisenzwangswirtschaft eingeführt. Frech gebraucht Clearing- oder Verrechnungsverkehr synonym für den gesamten gebundenen Zahlungsverkehr. Ihr erstes Clearingabkommen schloß die Schweiz 1934 mit Deutschland ab. Die Schuldner in der Schweiz zahlten seither nicht mehr an ihre Gläubiger in Deutschland, sondern an die Schweizerische Nationalbank, resp. umgekehrt in Deutschland an die Reichsbank. Über die jeweilige Verrechnungsstelle wurde den Gläubigern ihr Guthaben nicht in Devisen, sondern in der Landeswährung ausgezahlt. So entstanden zwei parallele geschlossene Zahlungskreisläufe, die beide jeweils im Inland verblieben. Dieser devisenlose Clearingverkehr regelte alle gegenseitigen Zahlungen der Ertragsbilanz zwischen der Schweiz und Deutschland, blieb aber auf Waren und Dienstleistungen beschränkt, der Kapitalverkehr war ausgenommen. Bis 1934 hatten bereits 35 Regierungen aus Devisenmangel zu Verordnungen im Devisenverkehr gegriffen und die freie Konvertierbarkeit ihrer Währungen aufgehoben.

Nach Beginn des Clearingverkehrs 1934 entbrannte innerhalb der Schweizer Wirtschaft zwischen Industrieunternehmen, Banken, Versicherungen und Privatpersonen ein Kampf um den Anteil an den beschränkten Clearingmitteln. Das Clearingsystem intensivierte die Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Staatsbehörden, stärkte die Wirtschaftsverbände und bürokratisierte die Außen-[118:]wirtschaft. Der Schweizer Staat bevorzugte die Exportindustrie, andere Kapitalgruppen mußten Verluste hinnehmen.

Aufgrund der Rüstungsaufträge aus Deutschland verbesserte sich zwischen 1940 und 1944 die Zahlungssituation der meisten Schweizer Wirtschaftsgruppen: Die Clearingzahlungen für Exporte von Waren und Dienstleistungen stiegen um das Dreifache. Dies war möglich, weil die Schweizer Regierung den Achsenmächten staatliche Clearingkredite gewährte: Deutschland rund 1,12 Milliarden Schweizer Franken, Italien rund 390 Millionen. So konnten die Schweizer Unternehmen ohne Zahlungsrisiko exportieren. Ohne diese Clearingkredite wären die massiven deutschen Rüstungskäufe in der Schweiz nach 1940 nicht möglich gewesen. Immerhin machten die zinslosen Clearingkredite an Deutschland rund zehn Prozent der gesamten Bundesausgaben in den Kriegsjahren aus. Während Nazideutschland diesen Clearingkredit vertragswidrig noch überzog, konnte Italien ihn nicht einmal ausschöpfen. Gekauft wurden dafür vor allem Kriegsmaterial, Maschinen und Landwirtschaftsprodukte. Durch die Clearingkredite konnten die Achsenmächte ihre Rüstungsimporte erstens ohne Devisenverluste und zweitens über eine gezielte Verschuldung im Ausland finanzieren.

Die von der Schweizer Regierung für den Kauf von Kriegsmaterial gewährten Kredite an Deutschland und Italien verletzen den Neutralitätsstatus. Frech wertet sie als finanziellen „Tribut“ an die Achsenmächte, die die Schweiz bis Mitte 1944 mit ihrer Gegenblockade außenwirtschaftlich kontrollierten. Die wirtschaftspolitische Kollaboration überschritt noch eine weitere Grenze: Im Herbst 1940 trat die Schweiz dem „Europäischen Zentralclearing“ bei, wodurch ihr gesamter Außenhandel mit

den okkupierten Staaten Niederlande, Belgien, Norwegen und Polen deutscher Kontrolle unterstellt wurde. Die Exilregierungen jener Länder protestierten zu Recht gegen diese Anerkennung der völkerrechtswidrigen Okkupationspraxis.

Da im von Deutschland besetzten Kontinentaleuropa der Schweizer Franken die einzige frei verwendbare Devisenart war, war die Beschaffung von Franken für die Rüstungsinteressen der Achsenmächte nach 1941 von höchster Dringlichkeit. Über die Clearingkredite der Schweiz konnte sich die Reichsbank nur geringe freie Devisen verschaffen, rund 180 Millionen Schweizer Franken. Da jedoch die Schweiz den Devisenmarkt und den Kapitalverkehr nicht kontrollierte und der Kapitalverkehr außerhalb des Clearings verblieb, konnten sich die Achsenmächte Frankenbeträge über Gold- und Wertschriftenverkäufe beschaffen, insgesamt vom Herbst 1939 bis zum Frühjahr 1945 rund zwei Milliarden Franken. Die Hälfte davon konnte für Rüstungskäufe außerhalb der Schweiz verwandt werden.

Die Achsenmächte trugen ihre Clearingschulden bei der Schweiz bis Kriegsende nicht ab. Von der „Kollaborationsmilliarde“ anerkannte die BRD nur 650 Millionen Franken als Staatsschulden und zahlte diese nach 1949 zurück.

[119:] CHRISTOPH RUCH/MYRIAM RAIS-LICHTI/ROLAND PETER: *Geschäfte und Zwangsarbeit: Schweizer Industrieunternehmen im „Dritten Reich“*. (Veröffentlichungen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Bd. 6), Chronos Verlag, Zürich 2001, 384 S.

Die Autoren stellen die Geschäfte von Tochterunternehmen Schweizer Konzerne in Deutschland während der faschistischen Diktatur vor. Ausgewählt wurden Werke, die „in besonders prägnanter Weise für das stehen, was als ‚heimliches Imperium‘ der Schweiz (Lorenz Strucki) bezeichnet wurde: einen Komplex äußerst erfolgreicher Industrieunternehmungen, die durch die große Nachfrage nach ihren qualitativ hochwertigen Produkten oft innerhalb kürzester Zeit über die Grenzen expandieren konnten“. (373) Diese Tochterunternehmen waren lange vor 1933 gegründet worden, hatten in Deutschland eine solide Marktposition und arrangierten sich mit dem Faschismus. Ihre Leitungen verhielten sich hinsichtlich der Rüstungskonjunktur und ihren Regulierungen, der Nazifizierung der Betriebe und des Einsatzes von Zwangsarbeitern nicht anders als deutsche Unternehmer, im Vordergrund stand die Profitance. Wenn auch den Schweizern die Restriktionen zum Devisentransfer lästig waren, weil sie Dividenden, Lizenzgebühren und Regiespesen nur begrenzt an die Gesellschaften in der Schweiz überweisen konnten, so nutzten sie die durch den Rüstungsboom ermöglichten Gewinne zu Investitionen in Deutschland selbst und expandierten in die von Nazideutschland okkupierten Länder. 1945 hatten sie – ungeachtet der Bombenschäden – kapitalmäßig und materiell beste Startchancen für die Nachkriegskonjunktur.

Die Kriegsfertigung des Elektronik- und Elektrounternehmens *Brown, Boveri & Cie* (BBC) in Mannheim umfaßte vor allem Turbinen und Kompressoren, Elektromotoren und Transformatoren für Kriegsschiffe und U-Boote sowie für Fabriken, die künstliches Benzin, Buna und Aluminium produzierten. Für Stahlfabriken und für Panzer wurden Turbolader und Kühleinheiten hergestellt. Elektromotoren fertigte die BBC vor allem für Lokomotiven und für Fabriken, die U-Boote bauten. Die BBC Mannheim nahm im deutschen Produktionsbereich der Starkstromtechnik nach Siemens-Schuckert (40 %), AEG (40 %) den dritten Platz ein (17 % der deutschen Produktion). 75 Prozent des Aktienkapitals der BBC Mannheim lagen in den Händen des Schweizer Mutterkonzerns BBC (nach 1938: 60%).

Zur deutschen Tochter des Schweizer Konzerns *Aluminium-Industrie-Aktien Gesellschaft* (AIAG) gehörten vor allem die Aluminiumhütte in Rheinfelden/Baden und die Verarbeitungswerke in Singen und Villingen. Der global verschachtelte Konzern AIAG nahm in Deutschland als Teil eines faktischen Oligopols der deutschen Aluminiumproduktion voll am Boom vor allem der Luftrüstung teil. Die energieverschlingenden Aluminiumwerke bezogen ihren Strom aus der Schweiz. Die deutschen Werke des Schweizer Chemiekonzerns Lonza AG fertigten Kalziumkarbid, Kalkstickstoff und Elektrokorund (Waldshut, Spremberg) sowie Folien, künstliche Spinnprodukte und Spezialklebstoffe (Weil am Rhein). Mit der Errichtung der Nazidiktatur „endeten für beide Unternehmen die mageren Jahre“. (128) 1944 produzierte die AIAG bereits 14 Prozent der deutschen Gesamtmenge an Aluminium, während der Anteil der Lonza-Werke an der Korund- bzw. Siliziumkarbidproduktion für 1943 einen Kapazitätsanteil von 18,4 bzw. 35,5 Prozent vorsah.

Obwohl die deutschen Tochtergesellschaften der Nestlé und der Alimentana weder Waffen und Munition noch chemische Rohstoffe für Rüstungsgüter herstellten, haben sie zu Recht ihren Platz in dieser Auswahl gefunden, bieten sie doch zahlreiche wichtige Informationen, die für ein Verständnis der wirtschaftlichen Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik unerlässlich sind. Die *Deutsche AG für Nestlé Erzeugnisse* (DAN) bietet ein kaum zu übertreffendes Musterbeispiel dafür, wie ein international agierender Lebensmittelkonzern die deutschen Eroberungen systematisch zur Erweiterung seines Herrschaftsbereiches nutzte. Die Parallelität von deutscher Eroberungspolitik und Konzernstrategie wird u. a. am Beispiel der Lizenzierungspolitik für den 1938 erfundenen Nescafé verdeutlicht. Obwohl Kaffee als Luxusprodukt galt, für dessen Import die knappen Devisenbestände nicht zur Verfügung stehen sollten, setzte die DAN ihre Politik mit Hilfe des OKH und des OKW durch. Vor allem als Produzent von Kranken- und Kindernahrung galt sie als kriegswichtig. Die deutsche Tochter der Alimentana hieß Maggi GmbH und war bereits 1939 der größte deutsche Nahrungsmittelhersteller. Auch wenn die Konzentration auf den Wehrmachtbedarf ihren Umsatz schmälerte, weil sie bei der Preisgestaltung nur geringen Spielraum besaß, mit den Wehrmachtuppenkonserven konnte sie über mangelnde Konjunktur nicht klagen. Übrigens fusionierten 1947 Maggi und Nestlé.

Im Mittelpunkt der Studie steht die Entwicklung der vorgestellten Unternehmen; zur Beschäftigung von Zwangsarbeitern wird ein dürftiger Überblick angehängt. In der Analyse der Beziehungen der Schweizer Konzernleitungen zu den Tochterunternehmen legen die Verfasser den Akzent auf die Information: Die Konzernspitzen waren über alle Modalitäten auch dann bestens informiert, wenn sie ihre Kontrolle nur eingeschränkt ausüben konnten. Diese Beschränkung auf den Informationsaspekt engt den Blick auf die deutsche Kriegswirtschaft und die Kollaboration der Schweiz ein. Hinsichtlich der allgemeinen Entwicklung der deutschen Rüstungsproduktion übernehmen die Autoren Aussagen aus der Literatur, nicht immer kritisch geprüft. So vergessen sie einfach zu sagen, an wen Privatkapitalisten in Speers Regulierungssystem, in dem übrigens auch Leiter von Schweizer Unternehmen Funktionen ausübten, Verfügungsrechte abtraten, um pauschal zu postulieren: „Dafür verloren die Unternehmen zusehends ihre Verfügungsrechte über Produktion, Ressourcen und Arbeitskräfte.“ (117) Eine Schlußredaktion hätte manchen Lapsus vermeiden helfen, so avanciert das arme Belorußland gleich mehrmals ausdrücklich zur Kornkammer.

[121:] *Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der Zeit des Nationalsozialismus. 1. Teilband: 1933-1939; 2. Teilband: Die Kriegswirtschaft*, hg. von WALTER STEITZ (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, begründet von Rudolf Buchner und fortgeführt von Winfried Baumgart, Band XXXIX) Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2000, 294 u. 425 S.

Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der faschistischen Diktatur in Deutschland durch 37 Texte im ersten und 43 im zweiten Teilband angemessen zu dokumentieren, ist schier unmöglich. Steitz ergänzt die Dokumente durch statistische Tabellen und Graphiken. Sie enthalten analytisch aufbereitete Daten zur Wirtschaftsentwicklung insgesamt, zur Ein- und Ausfuhr, zur Rüstungsgüterfertigung, zur Beschäftigung deutscher und ausländischer Arbeiter, zu den Indexziffern für die Lebenshaltung und den Löhnen, zum Geldumlauf, zu den Goldbeständen der Reichsbank und zur Kriegsfinanzierung und den Kriegsausgaben. doch sie können die nicht dokumentierten Bereiche und die Provenienzmängel nicht ausgleichen. Steitz hat bereits drei Dokumentenbände über die Wirtschafts- und Sozialgeschichte seit dem 19. Jahrhundert ediert, doch hier haben ihn Routine und Erfahrung verlassen.

Viele Texte wurden den Sammlungen der DDR-Historiker *Weltherrschaft im Visier* (hg. von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler), *Anatomie der Aggression* (hg. von Gerhart Hass und Wolfgang Schumann), *Anatomie des Krieges* (hg. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann), *Griff nach Südosteuropa* (hg. von Wolfgang Schumann) sowie den Dokumententeilen der Bände *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft* von Tim Mason, *Le III.^e Reich* von Jean Freymond sowie *Herrschaftsalltag im Dritten Reich* von Hans Mommsen und Susanne Willems entnommen. Archivalische Primärquellen präsentiert Steitz allein aus dem Bundesarchiv-Militärarchiv, vor allem die interessante Denkschrift des Instituts für Weltwirtschaft zur rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Bedeutung Osteuropas für das Reich zwischen 1936 und 1944 (Bd. 2, 324-363)

Die Kriterien für die Auswahl der Dokumente sind nicht ersichtlich, ebensowenig für die Wahl der Provenienzen. So hat Steitz auf die Sozial- und Alltagsgeschichte gleich verzichtet, dafür wurden mehrere Polizeiberichte zur Stimmungslage der Arbeiter aufgenommen. Für die Wirtschaftsgeschichte konzentriert er sich auf die Außenhandelsreglementierung und die Kriegsfinanzierung. Es fehlen im ersten Teilband Dokumente zur Rüstungspolitik und zur Rüstungskonjunktur, zur „Arisierung“ und zu den äußeren Raubzügen 1938/39 sowie zur illegalen Arbeiterbewegung, ebenso fehlen wichtige Provenienzen und Quellenbestände, z. B. die Nürnberger Prozesse oder die Speer-Akten im Bundesarchiv, dafür wurde manchem weniger Wichtigen viel Platz eingeräumt (DAF-Berichte, Artikel und Stellungnahmen). Ecksteine eines Gerüsts bilden die wichtigsten Gesetze und Verordnungen.

[122:] Der zweite Teilband ist überzeugender und enthält eine Reihe repräsentativer und aussagekräftiger Quellentexte. Aber hier kommen die wirtschaftlichen Kriegsziele und die praktizierte wirtschaftliche „Neuordnung“ fast gar nicht vor, zur Zwangsarbeit gibt es kein einziges Dokument. Die Kriegswirtschaft ist für die letzten Kriegsjahre nicht dokumentiert. Ebenso kommen die Wirtschaftsführer dieser Kriegswirtschaft, die Bankiers und Industriellen und ihre wichtigsten Gremien viel zu kurz. Der Gesamtertrag ist ausgesprochen dürftig.

Verbal stützt sich der Herausgeber theoretisch auf Alan Milward, doch wird das in der sparsamen Kommentierung nicht verbindlich. Viele neuere Arbeiten hat er laut Literaturverzeichnis nicht zur Kenntnis genommen, die großen Gesamtdarstellungen (z. B. „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“) bzw. Dokumentenreihen (z. B. „Ursachen und Folgen“) fehlen. Von Tim Mason übernimmt er die These von der durch die forcierte Aufrüstung produzierten Krisensituation, ohne jedoch deren Implikationen für die letzten Jahre vor Kriegsbeginn ernst zu nehmen.

Der Band ist schlecht oder gar nicht lektoriert worden, sonst hätten nicht so viele peinliche Fehler stehen bleiben können. Die Datierung des Abschlußberichtes der HTO ist falsch. Das Literaturverzeichnis ist stellenweise eine Katastrophe. So wird Wolfgang Schumann in Quellenangabe und Literaturverzeichnis mit einem Werner Schuber verwechselt, der ein andermal auch Schubert heißt. Viele Arbeiten von Joachim Lehmann werden einem Emil Leeb zugeschrieben. Die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* heißt bei einigen in ihr publizierten Artikeln *Zeitschrift für Geschichtsforschung*. Wolfgang Schumanns *Griff nach Südosteuropa* stammt gar von Gerhart Hass. Für Unternehmungen wie die Freiherr-vom-Stein-Ausgabe und die Wissenschaftliche Buchgesellschaft ist diese Häufung von Schlampereien ein schlechtes Zeugnis.

SUSANNE MEINL: *Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz*, Siedler Verlag, Berlin 2000, 447 S.

Ursachen, Motive und Interessen derer, die gegen den Faschismus oder bestimmte Entwicklungen im Verlauf seiner Herrschaft opponierten oder aktiv ankämpften, waren sehr verschieden, ebenso das Ausmaß ihres Widerstandes. Zu Recht hat sich in der Widerstandsforschung der letzten Jahre ein integraler Widerstandsbegriff durchgesetzt. Der etwas reißerische Titel dieser Arbeit aber führt in die Irre, denn die Studie handelt nicht etwa von einer neu entdeckten Oppositionsgruppe innerhalb der NSDAP. Vielmehr geht es um eine Gruppe von Menschen, die als Aktivisten der rechtsradikalen völkischen Bewegung bei der Beseitigung der Weimarer Republik mitgewirkt hat, um ‚Kameraden‘ aus der ‚Kampfzeit‘ also, die aber mit dem Nationalsozialismus an der Macht, oder kurz vorher, brachen und gegen Hitler vorzugehen suchten.

[123:] Im Mittelpunkt der Arbeit steht Friedrich Wilhelm Heinz, Freikorpsaktivist und an zahlreichen politischen Morden der Rechten während der Weimarer Republik beteiligt, der gegen Ende der Republik zu Hitler auf Distanz ging und schließlich den Weg einer bemerkenswerten Geheimdienstkarriere einschlug. Meint liefert die Beschreibung eines Netzwerkes sog. Nationalrevolutionäre um Heinz, die es erlaubt, eine Verbindung von der Schwarzen Reichswehr bis hin zum 20. Juli 1944 und zu den Widerstandsaktivitäten um Wilhelm Canaris und Hans Oster zu ziehen.

Die Autorin hat sich mit dieser Arbeit in Bochum bei Hans Mommsen promoviert, sie ist derzeit Mitarbeiterin am Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt/Main. Sie will ihre Einbeziehung dieser Gruppe in die Widerstandsgeschichtsschreibung nicht als Exkulpation von der Mitverantwortung am Emporkommen

des deutschen Faschismus verstanden wissen. Der Schwierigkeit ihres Ansatzes bewußt, grenzt sie sich überzeugend von neokonservativen Interpretationen ab, deren Interesse an der Beschäftigung mit den Nationalrevolutionären vorrangig davon geleitet ist, in ihnen eine unbelastete und mithin für heutige politische Auseinandersetzungen zu revitalisierende rechte Alternative auszumachen. Im Unterschied etwa zu Armin Mohlers Versuch, das heterogene antidemokratische Spektrum jener „Konservativen Revolution“ als eigenständige Strömung vom Nationalsozialismus abzutrennen, versteht Meinl den Nationalsozialismus nicht als parallele Erscheinung, sondern als deren Bestandteil.

Die Studie ist somit nicht nur ein Beitrag zur Verlaufs- und Ideengeschichte des deutschen Widerstands. Der Band dürfte auch für jene von besonderem Interesse sein, die sich mit dem deutschen Rechtsextremismus des 20. Jahrhunderts befassen, bietet er doch zahlreiche interessante Facetten aus dessen Frühgeschichte.

MATTHIAS SCHRÖDER: *Deutschbaltische SS-Führer und Andrej Vlasov 1942-1945. „Rußland kann nur von Russen besiegt werden“: Erhard Kroeger, Friedrich Buchardt und die „Russische Befreiungsarmee“*, Ferdinand Schöningh, Paderborn 2001, 256 S.

Die der Arbeit zugrundeliegende Dissertation hat der Verfasser 2000 in Münster bei Wolfgang Jacobmeyer verteidigt. Über die Hälfte des Platzes nehmen die Biographien von Erhard Kroeger und Friedrich Buchardt ein, zwei lettischen Nazis, deren Karrieren im Terrorapparat der SS dokumentiert werden – ausdrücklich gegen deren eigene Lügen bei Nachkriegsverhören. Im zweiten Teil wird die Einflußnahme der von Kroeger und Buchardt geleiteten SS-Dienststellen auf die Förderung Vlasovs durch Himmler seit Sommer 1944 behandelt. Der Verfasser stützt seine These über deren initiative und maßgebende Rolle auf bisher nicht bekannte Quellen. Es ist ihm aber nicht gelungen, sein Buch überzeugend zu gliedern. Eine Endredaktion hätte der Arbeit gut getan.

[124:] Erhard Kroeger (1905-1987) war nach seinem Jura-Studium in Deutschland zunächst Rechtsanwalt in Riga. Er begründete 1933 in Lettland eine nationalsozialistische „Bewegung“, die sich streng an den Strukturen der NSDAP orientierte, und zunehmend die konservative, vom *Verein für das Deutschtum im Ausland* (VDA) unterstützte Führung der *Deutsch-Baltischen Volksgemeinschaft* verdrängte. Kroeger gilt als spiritus rector der Idee, nach der Abgrenzung der Interessensphären Nazideutschlands mit der Sowjetunion alle Deutschen aus den baltischen Ländern nach Deutschland auszusiedeln. Himmler übernahm diese Idee, Hitler segnete sie ab; Kroeger wurde nun als Mann Himmlers zum „Führer aller Deutschen aus dem Baltikum“ und Organisator ihrer „Rücksiedlung“ berufen. Da die „Rücksiedler“ meist in die Städte des „Reichsgaus Posen“ (ab 1940 „Wartheland“) kamen, wurde Kroeger als Leiter der später *Einwanderer-Zentralstelle* (EWZ) genannten SS-Dienststelle zum Quartiermacher, der die baltischen „Rücksiedler“ auf jene Häuser, Höfe, Praxen, Fabriken, Banken etc. verteilte, aus denen Polen und Juden vertrieben wurden.

1941 übernahm Kroeger das Einsatzkommando 6 (EK 6) in der Einsatzgruppe C. Der Weg des EK 6 führte nach Winniza, Kriwoi Rog und Dnepropetrowsk. Die Einsatzgruppe C mordete allein bei Kiew 33.700 Juden in der Schlucht von Babi Jar. Dekoriert und zum SS-Oberführer befördert, wurde er alsbald Dienststellenleiter im RSHA und wurde von dort zur Waffen-SS und zum SS-Hauptamt abgestellt. In Paris und Kopenhagen leitete er Bergers *Germanische Leitstelle* zur Rekrutierung von SS-Soldaten nicht nur aus „germanischen“ Ländern.

Friedrich Buchardts (1909-1982) SS-Karriere war analog. War Kroeger der Führer der Nazi-„Bewegung“ in Lettland, so Buchardt sein „Jugendführer“. Auch er arbeitete zeitweise in der EWZ Posen. Seine SD-Laufbahn führte ihn über das Wannsee-Institut ebenfalls ins RSHA. Um „Bluterfahrung“ und „Frontbewährung“ zu erlangen, wurde er zur Einsatzgruppe B unter Arthur Nebe abgeordnet, wo er zum Einsatzkommando 7c (Vorkommando Moskau) unter Six gehörte. Unter den Chefs der Einsatzgruppen war Nebe besonders ehrgeizig und galt selbst unter diesen professionellen Mördern als „Ausrottungshauptling“. Nach einer Tätigkeit als SD-Chef in Łódź 1941-1943 entsandte das RSHA Buchardt erneut nach Rußland: Er befehligte seit Februar 1943 das Einsatzkommando 9 in Witebsk und war mitverantwortlich für alle „Kollektivmaßnahmen“ gegen die Bevölkerung und die Evakuierung von „Partisanenverdächtigen“.

Nachdem Himmler als neuer Befehlshaber des Ersatzheeres 1944 die Aufstellung der Vlasov-Armee genehmigt hatte, benannte er Kroeger zum Verbindungsoffizier in dessen Stab. Im SS-Hauptamt erhielt Kroeger eine eigene Dienststelle, die *Leitstelle Rußland*. Parallel leitete Buchardt im RSHA das Referat III B 2 (Fremde Völker Ost diesseits der HKL) und schuf ein *Sonderkommando Ost*. Beide Dienststellen waren die Schaltzentralen für die Aufstellung der Verbände.

[125:] Schröders Verdienst besteht im Nachweis, daß und wie Kroeger und Buchardt bei der Aufstellung der Vlasov-Armee die Fäden zogen. Beide galten samt den um sie gruppierten „baltendeutschen“ SS-Führern als „russophile“ Ostspezialisten“. Der Verfasser belegt ihre Initiativen und ihre gravierende „ostpolitische“ Differenz in dieser Frage zu Hitler und Koch einerseits wie zu Rosenberg und Arlt andererseits. Zweifellos setzten Kroeger und Buchardt eigene Akzente, doch von einer „eigenständigen deutschbaltischen politischen Fraktion innerhalb der NS-Ost-Politik“ zu sprechen, dafür reichen weder Schröders Material noch seine Beweisführung aus.

GERD KAISER: *Katyn. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis*. Mit 76 Abbildungen, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2002, 476 S.

Dies ist die aktualisierte und erweiterte Neuauflage des vom Autor gemeinsam mit dem polnischen Historiker Andrzej Leszek Szcześniak 1991 im Christoph Links Verlag Berlin veröffentlichten Buches *Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren*. Sie wird nicht als erweiterte oder bearbeitete Neuauflage ausgewiesen; die Ausgabe von 1991 und ihr polnischer Koautor werden im neuen Vorwort nicht einmal erwähnt, sie tauchen allein im Literaturverzeichnis auf. In der Tat aber ist die Gliederung nahezu identisch und der Text der früheren Ausgabe zum größten Teil wortgleich übernommen. Der Text ist um 80 Druckseiten erweitert, die Zahl der Dokumente erhöhte sich auf 100.

Die nach dem 17. September 1939 von der in Ostpolen einrückenden Roten Armee gefangengenommenen polnischen Generale und Offiziere, Polizeioffiziere und Geheimdienstangehörigen wurden von den Mannschaften getrennt und in drei Sonderlagern konzentriert, in Kosjelsk bei Smolensk, Starobjelsk bei Charkow und Ostaschkow bei Twer. Stalins Politbüro entschied am 5. März 1940, die polnischen Armee- und Polizeioffiziere sämtlich als Feinde der Sowjetunion erschießen zu lassen, insgesamt über 15.000 Personen. Formal wurden sie in Abwesenheit von einer sog. Troika, also einem Sondergericht des NKWD zum Tode verurteilt. Im April und Mai 1940 wurden die Gefangenen in Gruppen aus diesen Sonderlagern abtransportiert und erschossen.

Kaiser rekonstruiert auf der Grundlage der heute zugänglichen Dokumente den Entscheidungsprozeß im stalinschen Politbüro und den Mord an den kriegsgefangenen polnischen Offizieren und benennt die beteiligten Personen. Er stellt die Geschichte der sechs Jahrzehnte dauernden mühsamen Aufdeckung des Verbrechens gegen die zähe Politik des Verschweigens, Leugnens und Vertuschens durch alle sowjetischen Regierungen dar.

Die aus Kosjelsk stammenden Gefangenen wurden in der Nähe von Smolensk im Walde bei der Ortschaft Katyn erschossen und in Massengräbern verscharrt. Ihre Leichen wurden nach Hinweisen der ansässigen Bevölkerung 1943 von Truppenteilen der deutschen Heeresgruppe Mitte gefunden. Goebbels ließ die Exhumie-[126:]rungen für eine antibolschewistische Propagandakampagne inszenieren. Sowjetische Kriegsgefangene und die ansässige Bevölkerung mußten die Massengräber öffnen und die Leichname exhumieren. Bereits mit den Massengräbern von Konzentrationslagern erfahrene deutsche Pathologen sowie eine Delegation des Polnischen Roten Kreuzes aus dem „Generalgouvernement“ untersuchten, identifizierten und kennzeichneten die Leichen. Diese trugen meist polnische Offiziersuniformen, ihre Impfzeugnisse verwiesen auf das Lager Kosjelsk. Todesursache war bei allen Exhumierten ein Einschuß am Hinterkopf. Die schnelle Verwesung der exhumierten Leichen im heißen Sommer und der erzwungene Rückzug der Wehrmacht setzten der Ausgrabung im Juni 1943 ein Ende.

Im Jahr 1944 wurden im Wald bei Katyn noch einmal Leichen polnischer Offiziere exhumiert, dieses Mal durch eine von der sowjetischen Regierung eingesetzte Ärztekommision unter Leitung von Prof. Nikolai Burdenko. Sie sollte der Weltöffentlichkeit anhand der Ausgrabungen nachweisen, daß die Leichen aus dem Jahre 1941 stammten, die Offiziere also von den deutschen Okkupanten erschossen worden seien. Wie später polnische Historiker in einem Gutachten für die polnisch-sowjetische

Historikerkommission nachwies, hat die Burdenko-Kommission aber andere Gräber geöffnet als die Wehrmacht und nicht dieselben Leichen ein zweites Mal ausgegraben. Der polnische Historiker Czesław Madajczyk ist der Auffassung, daß den Journalisten 1944 ein speziell präpariertes Massengrab gezeigt wurde, der 1943 angelegte Friedhof mit dem Gemeinschaftsgrab der exhumierten Offiziere und den Einzelgräbern der exhumierten Generale aber seit Herbst 1943 beseitigt worden war.

Die Leichenfunde von Katyn ließen den Namen dieser Ortschaft zum Symbol werden. Das Schicksal der Kriegsgefangenen aus den Sonderlagern Starobjelsk und Ostaschkow blieb für Jahrzehnte ungewiß, Gräberfelder der Offiziere aus diesen Lagern wurden nicht gefunden. Angefangenen von der Nazipropaganda wurden daher diese Gefangenen den Leichenbergen von Katyn nicht selten einfach umstandslos zugeschlagen. Erst nachdem die immer erneuten Leugnungs- und Verschleierungsversuche nach 1990 nicht mehr fortzusetzen waren, konnten auch die sterblichen Überreste der polnischen Gefangenen aus den beiden anderen Lagern geborgen werden. In Miednoje bei Kalinin waren 6314 Gefangene aus Ostaschkow ermordet und bestattet worden. Bei Pjatischatki, einem Dorf an der Straße von Charkow nach Belgorod, wurden die Massengräber mit 3921 Opfern aus Starobjelsk entdeckt.

UWE WERNER unter Mitwirkung von CHRISTOPH LINDENBERG: *Anthroposophen in der Zeit des Nationalsozialismus (1933-1945)*, Oldenbourg Verlag, München 1999, 473 S.

1933 gab es in Deutschland zwei anthroposophische Gesellschaften, zahlreiche Waldorfschulen, Eurythmieschulen, heilpädagogische Heime, den Forschungs-[127:]ring der biologisch-dynamischen Landwirtschaft samt angeschlossenen Betrieben, anthroposophische Arztpraxen, eine pharmazeutische Fabrik, die *Christengemeinschaft* als Bewegung für religiöse Erneuerung und dazu anthroposophische Zeitschriften und Verlage. Diese Gruppierungen und Einrichtungen waren nicht in einem Verband zusammengeschlossen, sondern verfolgten eigene Ziele. Die Nazis sahen die Anthroposophen als weltanschauliche Gegner an, 1935 wurde die *Anthroposophische Gesellschaft* verboten, die Waldorfschulen wurden geschlossen. Angesichts des breiten Spektrums von Richtungen gab es aber viele gesonderte Auseinandersetzungen. Der Autor behandelt das Thema sehr breit und führt dazu nicht wenige Spezialuntersuchungen durch; im Zentrum stehen die Geschichte der *Anthroposophischen Gesellschaft*, der Waldorfschulen und der *Christengemeinschaft*. Er geht chronologisch und nach Sachgebieten vor, kann aber die Gefahr der Zersplitterung nicht immer bannen.

Seine Quellenbasis suchte und fand er in 50 öffentlichen und 35 Privataarchiven; allerdings ist der größte Teil der Ergebnisse der Überwachung durch den SD sowie der Vernehmungsprotokolle inhaftierter oder verhörter Anthroposophen vom SD vernichtet worden. Auch der Schriftverkehr der *Anthroposophischen Arbeitsgemeinschaften*, der zweiten Gesellschaft dieser Bewegung, ist nicht überliefert. Die Aktenlage erlaubte es immerhin, die Vorgänge im Machtapparat der faschistischen Diktatur relativ genau zu rekonstruieren, von der Überwachung und Bespitzelung bis hin zum Verbot und zur Verfolgung.

Schwieriger war die Untersuchung des Verhaltens und Vorgehens der Anthroposophen, die den Erhalt ihrer Einrichtungen auch unter der faschistischen Diktatur ermöglichen wollten. Selbstdarstellungen zu dem Zweck, sich mit den Nazis zu arrangieren, machen es schwer, zwischen Tarnung und Täuschung zu unterscheiden, ebenso die Bemühungen, hohe Nazis wie Hess für anthroposophische Ideen, und damit Protektion für ihre Einrichtungen zu gewinnen. Das Spektrum des Verhaltens der Anthroposophen schillert in vielen Farben zwischen Anbiederung und Widerstand.

Mit Ausnahme einiger Studien zu den Waldorfschulen haben die Anthroposophen ihre Geschichte unter der Nazidiktatur nach 1945 nicht untersucht. Nunmehr liegt die erste Arbeit zum Gegenstand vor. Der Verfasser beschränkt sich auf immanente Kritik und will vor allem die situationsbedingten Motivationen und Handlungsweisen der damaligen Anthroposophen verstehen und sie an ihren eigenen Absichten messen.

UWE PUSCHNER: *Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2001, 464 S.

Die Arbeit wurde 1999 an der FU Berlin als Habilitation verteidigt. Die völkische Bewegung ist kein originäres Produkt des ersten Weltkrieges oder der Weimarer [128:] Republik. Ihre Ursprünge liegen

im Kaiserreich, allerdings stellt der Weltkrieg eine Zäsur dar. Während sich der Geschichte des völkischen Denkens, seiner Genese, seiner Traditionen und seiner Beziehungen zum Faschismus zahlreiche Autoren widmeten, hat die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich noch keinen Eingang in die Geschichtsschreibung gefunden. Puschner gibt die erste systematische Darstellung der Entstehungszusammenhänge, der Entwicklung und der Organisationen. Diese in hohem Maße „lebensreformerische“ bzw. „kulturreformerische“ Sammelbewegung bot und bietet den Eindruck eines unüberschaubaren „Wirrwarrs von Sekten, Verbänden und Kleinunternehmen“.

Puschner schafft zur Durchdringung dieses „präfaschistischen Dschungels um 1900“ (Hermand) einen Gliederungsrahmen, indem er die Bewegung und ihre Exponenten anhand der Genese ihrer Weltanschauung darstellt. Er ordnet das überquellende und auseinanderdriftende Material den drei komplexen Sprache, Rasse und Religion zu, wobei er sich auf die völkische Sprachbewegung, die völkische Kulturbewegung, die antisemitische Bewegung und die völkischen Religionsgründungen stützt. Er bestimmt die völkische Rassenideologie als Generalschlüssel zum Verständnis dieser Bewegung, die Propheten einer arteigenen oder Rassereligion waren ebenso wie die völkischen Sprachreformer Verfechter einer Bewegung auf dem Boden von „Rasse und Blut“. Die drei Hauptkapitel Sprache, Rasse, Religion sind nicht hierarchisch, sondern in sich fortlaufend gegliedert, um die Entwicklung und das Ineinandergreifen der einzelnen Strukturelemente nachvollziehbar zu machen

Der Autor schlägt Schneisen in das unübersichtliche Material, indem er sich auf die wichtigsten Zeitschriften orientiert. Denn die Archivbestände der einzelnen Gruppen, Verbände etc. sind lückenhaft, verstreut, verschollen, unauffindbar. Den Zeitschriften kommt praktisch die Schlüsselrolle zu, sie trugen die Bewegung wie ihre Weltanschauung. Puschner untersuchte 60 Zeitschriften, die wichtigsten waren *Heimdall*, herausgegeben von dem „Radikalverdeutscher“ der deutschen Sprache Adolf Reinecke, und *Hammer*. Die Lesergemeinden des letzteren bildeten 1912 den *Reichshammerbund*, dessen Kern der logenartige *Germanenorden* bildete, dessen Münchener Gruppe sich 1918 *Thule-Gesellschaft* nannte.

Die These des Verfassers lautet, daß die völkische Bewegung im wilhelminischen Deutschland zwar überaus heterogen und auf den ersten Blick gar nicht als ein Gebilde erfaßbar war, dennoch in all ihrer Komplexität innerhalb des damaligen gesellschaftlichen Diskurses als Bewegung im Singular anzusprechen ist. Den Abschluß bildet ein organisationsgeschichtliches Resümee, in dem das soziale Umfeld der völkischen Bewegung, die Vernetzung der einzelnen Organisationen sowie die Dachorganisationen umrissen werden. Der praktische Nutzen der Arbeit besteht in erster Linie in der Erschließung und Aufbereitung eines Materials, das die deutsche Nationalgeschichte ebensowenig entbehren kann wie die vergleichende Faschismusforschung.

[129:] SEBASTIA HAFFNER: *Schreiben für die Freiheit 1942-1949: Als Journalist im Sturm der Ereignisse*, hg. von Rainer Nitsche. Aus dem Englischen von Sigrid Ruschmeier, Transit Buchverlag, Berlin 2001, 231 S.

Das Bändchen enthält eine Auswahl von politischen Artikeln Haffners, die er von 1942 bis 1949 im liberalen Observer im Londoner Exil veröffentlichte. Sie betreffen wichtige politische Ereignisse der Kriegsjahre, für die unmittelbare Nachkriegszeit z. B. die Potsdamer Konferenz und den Marshall-Plan. In seinen dramaturgisch inszenierten Texten versucht Haffner, dem behandelten aktuellen Ereignis grundsätzlich eine politische Signalwirkung abzugewinnen. Solche Prognosen treffen nicht selten ins Schwarze, oft gehen sie auch daneben, immer aber sind sie scharfsinnig. Der Publizist spitzt radikal zu und schreibt mit Leidenschaft und Esprit. Der Interpretationsrahmen allerdings, in dem seine Artikel zu Nazideutschland erst wirklich verständlich werden, wird vom Herausgeber verschwiegen: Es handelt sich um das 1940 veröffentlichte Buch *Germany. Jekyll & Hyde*, in dem die Grundmuster des Haffnerschen Faschismus- und Hitlerbildes ausgeführt sind, die sowohl für seine späteren *Anmerkungen zu Hitler* als auch für die nach seinem Tode (1999) veröffentlichten Lebenserinnerungen maßgebend geblieben sind.

Für die Artikel aus der Nachkriegszeit allerdings gilt, daß der später so kritische Publizist sich zum bissigen kalten Krieger mauserte. Vom antibolschewistischen Affekt getragen, kultivierte er die

Beißreflexe der britischen Konservativen und vermeintlich auch deren Interessen. Haffner lehnte das Potsdamer Abkommen ab, besonders hinsichtlich der territorialen Regelungen für Polen und der Reparationen, er befürwortete die Förderung der deutschen Großkapitalisten durch die angelsächsischen Mächte und trat sehr früh und entschieden für die Bildung eines westdeutschen Separatstaates ein. Haffner schreibt meistens mit Sachkenntnis, analytischer Fähigkeit und Urteilsvermögen, immer aber mit Leidenschaft, auch dort, wo er irrt oder einer falschen Sache dient.

SEBASTIAN HAFFNER: *Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg*. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 2001, 191 S.

Es handelt sich hier um die Wiederauflage einer inzwischen „klassisch“ gewordenen Schrift: 1964 veröffentlichte Haffner sie aus Anlaß des 60. Jahrestages des Beginns des ersten Weltkriegs, 1981 erschien eine überarbeitete und erweiterte Auflage, die auch dieser Ausgabe zugrundeliegt.

Haffner schreibt als kritischer Publizist Geschichte: Er belastet seinen Leser nicht mit Quellen- und Methodenproblemen. Er überfordert ihn nicht durch Details oder verwirrender Komplexität. Haffner konzentriert sich jeweils auf ein Problem, das er radikal zuspitzt und vereinfacht. Indem er gängige Klischees über die Fakten und so informelle wie mächtige, von den Interessenten machtvoll tradierte [130:] normative Wertungen ganz offen verwirft, legt er dem Leser eigene Entdeckungen oft verblüffend einfach nahe.

Die deutsche kaiserliche Regierung und ihre Militärführung trafen vor und im ersten Weltkrieg gleich serienweise verheerende Entscheidungen, die sich für die deutsche Geschichte des ganzen 20. Jahrhunderts langfristig verhängnisvoll auswirkten. Haffner wählt sieben davon aus, von der Abkehr von Bismarcks Rußlandpolitik über den Schlieffenplan zum Zweifrontenkrieg und zur Besetzung Belgiens, die vergebene Friedenschance 1916 und den uneingeschränkten U-Boot-Krieg 1917 bis zum Umgang mit der Kriegsniederlage. Er geißelt die verantwortungslose Abenteuerlichkeit der Entscheidenden, die sich stets mit einer Flucht vor der Wirklichkeit paarten. Falsche Einschätzungen, falsche Entscheidungen, falsche Maßnahmen der deutschen Regierungen, noch dazu mit Zustimmung großer Teile der Öffentlichkeit, doch nie war eine einzige bereit, den Fehlern ins Auge zu sehen und daraus zu lernen: „Die großen Fehler der deutschen Vorkriegspolitik, Kriegspolitik und Kriegführung sind heute aus der Entfernung mit bloßem Auge so klar zu erkennen wie der Gipfel einer fernen Gebirgskette. Man muß nur hinsehen wollen.“ (8)

Während Haffner im Nachwort von 1964 sehr überzeugend den Regierungen der Bundesrepublik nachweist, daß sie faktisch alle Kardinalfehler der deutschen Politik aus dem ersten Weltkrieg fortführten, sieht er im Nachwort von 1981 in derselben Bundesrepublik eine Kehre um 180 Grad vollzogen, für sie gelte das 1964 Gesagte ausdrücklich nicht mehr. Warum eine Expansionspolitik aber keine mehr sein soll, weil sie statt mit Panzern auf Filzlatschen erfolgt, vermag er nicht zu erklären.

Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick (Eine Veröffentlichung des „Instituts für Kommunikationsgeschichte und angewandte Kulturwissenschaften“ an der Freien Universität Berlin), hg. von BERND SÖSEMANN, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, München 2002, 391 S.

Die Mehrheit der 18 Autoren befaßt sich mit Fragen der Ideologie und der ideologischen Regulation durch die Nazis: Wolfgang Mommsen untersucht den deutschen Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Uwe Puschner die völkische Weltanschauung, Wolfgang Benz den Rassismus und Antisemitismus, Bernd Söseman die Propaganda der „Volksgemeinschaft“, Gertrud Koch die Institutionen, Genres und Ästhetik des NS-Films und Erhard Schütz die Wunschbilder des Nationalsozialismus in Kultur und Künsten. Der Militärhistoriker Bernhard R. Kroener widmet sich mit dem „Kampf als Daseinsform“ einem Schlüsselmythos der nazistischen Gewaltideologie und seiner Geschichte. Peter Longerich skizziert auf 20 Seiten die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Nur um den Preis rigoroser Beschränkung auf Ereignissequenzen und Verzicht auf die Frage nach den Ursachen sowie unter Ausklammerung fast aller Streitfragen war Lon-[131:]gerich solch ein Überblick möglich. Ekkehard Klaus praktiziert einen sozialhistorischen Ansatz der Widerstandsgeschichte und fragt vor allem nach den sozialen Trägern und deren Interessen.

Das Übergewicht von Beiträgen zur Ideologie ist weder Zufall noch allein der Arbeitsspezifik des Herausgebers als Kommunikationswissenschaftler geschuldet. Ihm ging es darum, „einseitige Ansätze“ zu verwerfen. Als einseitig gelten ihm Auffassungen, die die Ursachen für die Machtübertragung an die „Regierung der nationalen Konzentration“ vorrangig „in der wirtschaftlichen Entwicklung sahen“. (7) Demgegenüber setzt er ohne Prüfung an den Anfang: „Die NSDAP kam nicht durch das Kapital oder die Industrie an die Regierung; ebensowenig gelang es ihr, durch die Beteiligung an den Wahlkämpfen über ihre Gegner zu triumphieren.“ (7) So zutreffend das letzte ist, so wenig das erste. Söseman aber will von der Industrie weg, er verweist auf ideologische, parteipolitische, generationspolitische oder mentalitätsgeschichtliche Faktoren, auf vorbürgerliche Traditionen und Zusammenhänge. So erklärt sich in einem Band *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft* das weitgehende Fehlen dieser Gesellschaft und ihrer wichtigsten Klassen, das Aussparen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Nazis. Der Titel ist ein der Konzeption geschuldeter Fehlgriff Diese Gesellschaft, verstanden als Gesamtheit ihrer Klassen und Schichten, ihrer Berufsgruppen und Sozialmilieus, wird nicht thematisiert. Gegenstand sind Frauen, Wissenschaftler, einige Gruppen des Widerstandes und der exilierten Schriftsteller und Publizisten. Unternehmer, Bankiers, Angestellte, Arbeiter oder Bauern, Beamte, Polizisten, Militärs sowie Nazifunktionäre gehörten scheinbar nicht zu dieser Gesellschaft.

ESTHER TISA FRANCINI/ ANJA HEUSS/GEORG KREISS: *Fluchtgut – Raubgut. Der Transfer von Kulturgütern in und über die Schweiz 1933-1945 und die Frage der Restitution* (Veröffentlichungen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Bd. 1), Chronos Verlag. Zürich 2001, 595 S.

Die Autoren differenzieren zwischen „Raubgut“, also ihren Eigentümern durch Beschlagnahme, Raub etc. genommenen und dann veräußerten Kunstwerke, und „Fluchtgut“, also Kunstwerken, die von ihren Besitzern oder Beauftragten in die Schweiz verbracht und dort verkauft wurden. Insgesamt gelangte mehr Fluchtgut in die Schweiz, sie fungierte für diese Kunstwerke als Drehscheibe des Kunsthandels. Raubgut fand meist in der Schweiz seinen endgültigen Absatz. Statt „Raub“ bevorzugen die Verfasser den umfassenderen Terminus „Entziehung“, um auch die subtileren Formen der Enteignung zu erfassen. Die Arbeit bezieht sich vorrangig auf Gemälde.

Es geht in der Studie nicht darum, auf die Suche nach Raubgütern zu gehen und den Schwarzhandel mit ihnen zu beschreiben. Sie zielt vielmehr auf die Ermittlung von Strukturen, Mechanismen und involvierten Akteuren des Kunstgüter-[132:]handels, denn der Handel mit Raubgut war integraler Bestandteil des „normalen“ Handels. Die Autoren wollen jedoch diese Strukturen durch die analytisch-deskriptive Erschließung von Einzelfällen gewinnen, aus ihnen die Voraussetzungen und Grenzen des Transfers entnehmen, die Kategorisierung der Kunstgüter und Akteure aufzeigen. Dieser Forschungsansatz und seine exemplarische Methode weiten das Buch aus zu einem Kompendium von Fällen, es bleibt aber hinsichtlich der Analyse begrenzt und meist bei Plausibilitätsüberlegungen und Stellenwertzuschreibungen stehen.

Waren im Nazireich für die Beschlagnahme von Kunstwerken die Oberfinanzpräsidien, die Museen und die Reichskulturkammer verantwortlich, so erfolgte ihre Verwertung über die Schweiz fast ausschließlich über den Kunsthandel. Der war in der Schweiz rechtlich kaum reguliert. Die Studie stellt Strukturen und Akteure dieses Marktes vor. 1935, 1938 und 1944 eingeführte restriktive Kontrollen dienten eher dem Schutz der einheimischen Produktion, kaum aber einer sorgfältigen Kontrolle der Provenienz der ein- und ausgeführten Werke. Die zentralen Akteure auf dem entsprechenden Markt in der Schweiz waren Museen, Sammler und Händler. Die Museen waren beim Kauf von Kunstwerken zweifelhafter Herkunft zwar zurückhaltend, aber durch Lagerung und Ausstellung solcher Werke sehr wichtig. Die privaten Sammler waren kaufkräftiger und weniger gehemmt. Besondere Aufmerksamkeit wenden die Autoren der *Treuhandvereinigung Fides* zu, die auf dem deutschen Kunstmarkt agierte und einen Teil von gesperrten Guthaben in Form von Kunstwerken aus Deutschland exportierte, die dann als Devisen zurückflossen.

Das größte Auktionshaus der Schweiz, die *Galerie Fischer* in Luzern, erzielte durch Tauschgeschäfte mit französischen Impressionisten, mit „Emigrantenauktionen“, durch Vermittlung von Werken an die Sammlung Görings und das „Führermuseum Linz“ hohe Umsätze. Bei der Verwertung in Deutschland beschlagnahmter „entarteter Kunst“ veranstaltete die *Galerie Fischer* 1939 die größte Auktion der Schweiz, sie brachte den Nazis eine halbe Million Schweizer Franken, doch blieb der Anteil „entarteter Kunst“ am Gesamtumfang der Transaktionen von Kunstgütern von und nach Deutschland relativ gering.

Erstmals wurde auch die Rolle emigrierter deutscher Kunsthändler und -sammler [analysiert]. Ausführlich untersucht die Studie die Restitutionspolitik der Schweiz nach 1945 hinsichtlich der ins Land gelangten Kunstgüter, insbesondere den Bundesratsbeschluss vom 10. Dezember 1945 über Raubgut. Er teilte die Verfolgten in zwei Klassen, diejenigen, die in Deutschland selbst enteignet wurden und jene, die in den okkupierten Ländern beraubt wurden. Letztere sollten restituiert werden. Der größte Teil der aufgefundenen geraubten Kunstwerke wurde restituiert, sofern Restitutionsklagen gestellt und vor Raubgutkammern verhandelt wurden. Die Fristsetzung war äußerst kurz. Außerhalb solcher Klagen aber wurde nicht weiter nach geraubten Objekten gesucht. Alle Schweizer Besitzer restituiertter Kunstwerke [133:] wurden entschädigt, ihnen wurde Gutgläubigkeit attestiert. Die Schweiz wiederum ließ sich diese Kosten von der BRD zurückerstatten

Das ganze Buch ist so aufgebaut, daß es anhand von Fallbeispielen aufzeigt, daß jener Raubgutbeschluss von vornherein unsachgemäß war: Der Raub wurde zu eng bestimmt und auf den Zeitraum 1939-1945 beschränkt und hinsichtlich des Herkunftsraumes auf „besetzte Länder“ und des aktuellen Standortes auf die Schweiz eingengt. Überaus nützlich ist in diesem Teil die vergleichende Übersicht über die jeweilige Restitutionspolitik der USA, Großbritanniens und Frankreichs.

MICHAEL F. FELDKAMP: *Pius XII und Deutschland*, Vandenhoeck & Ruprecht, (Kleine Reihe V & R, 4026) Göttingen 2000, 236 S.

Kardinal Eugenius Pacelli, ab 1939 Papst Pius XII, war von 1917 bis 1929 päpstlicher Nuntius in Deutschland, bis 1924 in München., dann in Berlin. Mit Deutschland und dem deutschen Faschismus war er mindestens ebenso vertraut wie mit dem italienischen. Alle Vorwürfe an ihn wegen seines Schweigens über die Verbrechen des Völkermordes gingen immer von dieser besonderen Beziehung Pacellis zu Deutschland aus. Die Apologie, er habe von der Massenvernichtung der Juden nicht eben alles gewußt, wurde als Argument nicht angenommen.

Pacelli war stets Politiker und Diplomat, niemals Seelsorger, Theologe oder Kirchenlehrer. Feldkamp unternimmt es, seine Tätigkeit als Nuntius, Kardinalstaatssekretär und Papst gegenüber Deutschland zu rekonstruieren. Er fordert vom Historiker auch Pacelli gegenüber Leidenschaftslosigkeit. Der Verfasser möchte Informationen vorlegen, die die Vorwürfe als offene und umstrittene Fragen erscheinen lassen. In der Praxis läuft das weitgehend auf kritisch drapierte Affirmation hinaus. Feldkamp greift offensiv die Argumente und die Quellen aller Kritiker des Pontifikats Pius XII. auf, um sie scheinbar objektiv zu wägen, dann aber als zu leichtgewichtig für die erhobenen Anschuldigungen zu verwerfen. Die Anschuldigungen betreffen aber nicht allein das Schweigen zum Völkermord an den Juden, sondern die gesamte faschismusfreundliche Politik Pacellis, besonders das Reichskonkordat von 1933 samt Auflösung der Zentrumspartei.

Feldkamps zurückhaltend formulierte Schritt reiht sich in den breiten Strom der gegenwärtigen Bemühungen des Vatikans ein, Pacellis Tätigkeit „fairer“ und „verständnisvoller“ beurteilen zu lassen, um die Widerstände auf dem Wege der Heiligsprechung aus dem Wege zu räumen. Zu diesem Zweck werden ausgewählte Archivalien freigegeben, die Feldkamp noch nicht kannte, wird Pacellis Anteil an den Enzykliken seit 1931 hervorgehoben. Er habe durch diplomatische Interventionen und praktische Hilfsmaßnahmen Hunderttausende von Juden retten helfen, gerade weil er öffentlich geschwiegen habe. Feldkamp bedient sich meist der Methode, Entlastungen vorzutragen durch Berufung auf Historiker oder Theologen, die Pius XII. rechtfertigen.

[134:]

TAGUNGSBERICHTE

Raum, Rasse, Siedlung. Der „Generalplan Ost“ im Kontext ethnischer Säuberung, Besatzungspolitik und Wissenschaft

Die von Ulrich Herbert und Isabel Heinemann (beide Freiburg) organisierte Konferenz stand, wie Herbert in seinem Einleitungsvortrag ausführte, im Zusammenhang eines größer angelegten Forschungsprojektes zur längst überfälligen Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920-1970. Das in Berlin, Freiburg und Heidelberg angesiedelte Projekt befaßt sich vor allem mit der Medizin und den Geistes- und Sozialwissenschaften, wobei diese – wie die Studie Susanne Heims über die Agrarwissenschaften zeigt – sehr weit gefaßt sind. Aufbauend auf jüngeren Studien zum Verhältnis zwischen Planung und Praxis in der nationalsozialistischen Besatzungspolitik (Aly/Heim, Roth, Burleigh, Wasser, Deichmann, Haar, Schieder) sollte vor allem das Verhältnis zwischen Wissenschaftlern und Regime diskutiert werden. Da diese Frage gleichzeitig die nach dem Verhältnis zwischen wissenschaftlichen Paradigmen (sowie der ideologischen Prägung ihrer Vertreter) und nationalsozialistischen Verbrechen war, berührten Vorträge und Diskussion auch immer wieder die grundlegende Frage nach dem Charakter des nationalsozialistischen Staates, seiner Wissenschaft und der zwischen 1933 und 1945 verübten Verbrechen.

In einer ersten Sektion wurden „Komponenten der volkstumpolitischen Rahmenplanungen“ (Antislawismus, Seuchenangst, Menschenökonomie, Hungerpolitik und Landschaftsplanung) diskutiert. Eine andere Sektion beschäftigte sich mit dem Verhältnis von Planung und wissenschaftlicher Forschung. Schließlich wurden in der dritten Sektion Fallbeispiele aus der nationalsozialistischen Besatzungspraxis (Protektorat, Polen, Elsaß-Lothringen, Ukraine) thematisiert.

John C. Connelly (Berkeley) argumentierte gegen die häufig, insbesondere in der polnischen Forschung¹ vertretene Annahme, die nationalsozialistische Ideologie habe neben dem Antisemitismus auch einen ausformulierten rassistischen Antislawismus enthalten. Tatsächlich sei das nationalsozialistische Vorgehen gegenüber den östlichen Nachbarvölkern und sogar gegenüber Rußland eher differenziert und sehr flexibel gewesen. Connelly erwähnte Hitlers bewundernde Äußerungen über das russische Volk, dessen Größe durch den zersetzenden Einfluß von Juden [135:] und Journalisten zerstört würde, oder die Besuche von NS-Größen im Polen Piłsudskis nach 1926. Erst 1939 vollzog sich ein radikaler Bruch: Mit der Konkretisierung der deutschen Expansions- und Siedlungspläne wurden die Slawen in ihrer Gesamtheit als nichteuropäisch identifiziert (so Brackmann als Leiter der Publikationsstelle in Berlin-Dahlem), ohne daß der grundsätzliche Differenzierungswille aufgegeben worden sei (grundsätzliche Eindeutschungsfähigkeit der Tschechen, gemeinsame europäische Wurzeln von Deutschen und Ukrainern, Heraushebung der Goralen aus der polnischen Bevölkerung, Einzelfallprüfungen in den „Wiedereindeutschungsverfahren“). Gleichzeitig wies Connelly darauf hin, daß es durchaus einen diffusen Antislawismus in der deutschen Alltagssprache, insbesondere gegen Polen, gegeben hat, der jederzeit mobilisierbar und radikalierbar war. Schließlich sah Connelly einen grundsätzlichen Unterschied zwischen dem nationalsozialistischen Antisemitismus und dem Antislawismus darin, daß die jüdische Bevölkerung trotz aller kriegswirtschaftlichen und sonstigen Bedenken vernichtet wurde, nicht aber diejenigen slawischen Gruppen, für die es ähnliche Überlegungen im Verlaufe des Krieges gegeben hatte. Zudem sei der Vernichtungswille gegenüber den Polen überhaupt erst durch den polnischen Widerstand mobilisiert worden. Insgesamt erscheint rassistischer Antislawismus bei Connelly, wenn nicht in seinem Kern, so doch in seiner Gestalt als Funktion parallel oder abseits verlaufender Politikziele, insbesondere der Außen- und Siedlungspolitik.

An dieser Argumentation erscheint zunächst vieles durchaus überzeugend; die wesentlichen Gegenargumente gegen einen kohärenten Antislawismus sind ja auch seit längerem bekannt, wenn auch

¹ Das Fehlen polnischer Forscher wurde in der Schlußdiskussion bedauernd angemerkt. Wie Herbert ausführte, liege dies vor allem daran, daß in Polen keine jüngeren Kollegen ausfindig gemacht werden konnten, die sich mit nationalsozialistischer Besatzungs- und Siedlungspolitik befaßten. Tatsächlich zeigt eine Durchsicht der polnischen Geschichtswissenschaft seit 1991, daß die Jahre 1939-1945 derzeit kaum Konjunktur haben.

selten in eine zusammenhängende Analyse eingebettet worden. Es bleiben aber – und dies wurde teilweise bereits in der Diskussion deutlich – einige Fragen ungeklärt: Zum einen setzt Connelly voraus, daß der Massenmord an den europäischen Juden antisemitischer Selbstzweck gewesen sei – eine Auffassung, die seit den Arbeiten Götz Alys und Susanne Heims mit teilweise guten Gründen in Zweifel gezogen worden ist. Zum anderen sind einzelne Argumente wenig überzeugend: So widersprechen Einzelfallprüfungen bei der „Wiedereindeutschung“ nicht der rassistischen Fundierung der Selektion, sondern bestätigen diese. Dies gilt selbst bzw. gerade dann, wenn berücksichtigt wird, daß die Kriterien zur Feststellung der „Rassenzugehörigkeit“, wie Klingemann und andere zu Recht betont haben, im Kern sozialtechnologische und leistungsorientierte waren.

Der folgende Vortrag *Paul Weindlings* (Oxford) behandelte den Zusammenhang zwischen „normaler“ medizinischer und rassistischer Praxis und vertrat – wie bereits Klaus Dörner, Alfons Labisch und andere – die Auffassung, daß sich das zweite weitgehend bruchlos aus dem ersten ableiten ließ.² Er beschrieb auf der Grundlage des Materials des Nürnberger Ärzteprozesses, wie aus Medizinerinnen [136:] über ihr Engagement in der Seuchenbekämpfung „professional genocidists“ wurden. Da der als gestaltlos betrachtete Osten insgesamt bereits seit langem als Seuchenherd gesehen wurde und der Nationalsozialismus mit seinen Gewaltmaßnahmen das Terrain sowohl in Bezug auf großräumige Handlungsspielräume als auch durch unerschöpfliche Reserven an Menschenmaterial (Menschenversuche in Buchenwald und Natzweiler) vorbereitete, konnte eine „self-mobilizing community“, deren Konzepte bis dahin an unterschiedlichen politischen und sozialen Barrikaden gescheitert waren, diese in bis dahin nicht gekannter Radikalität und Rücksichtslosigkeit weiter vorantreiben. Anzumerken ist, daß der Triage in Heilbare, nicht Heilbare, Menschenmaterial und zu Vernichtende eine willkürliche Selektion nach rassistisch-biologischen Kriterien und eine Begrenzung nicht ausmerzender medizinischer Ethik auf die als wertvoll angesehenen Bestandteile des eigenen „Volkes“ vorgeschaltet waren,³ die in dieser Form nicht der medizinischen Wissenschaft, sondern allenfalls der nationalsozialistischen Variante des modernen *état-nation* immanent ist.

Wolfram Pyta (Stuttgart) betonte die handlungsleitende Rolle der „Menschenökonomie“ in der ländlichen Siedlungspolitik im Osten. Er sieht einen Bruch zu dem Zeitpunkt, als 1939-1941 mit der Annexion der polnischen Westgebiete Raum für die Umsetzung der bereits in den dreißiger Jahren entwickelten Vorstellungen bereit stand: Spätestens 1938 war eine Sanierung der Agrarstruktur des Altlands vorgesehen; diese sollte erste Siedlerreserven für die erst noch zu erobernden neuen Ostgebiete bereitstellen. Zwar spielte die ökonomische Leistungsfähigkeit der neuen Gebiete durchaus eine nicht zu unterschätzende Rolle, vorrangig war aber die Schaffung biologischer Reserven, d. h. leistungsfähiger bäuerlicher Betriebe, die eine hohe Reproduktionsrate sichern sollten. Spätestens ab 1941 – es ließe sich auch die These vertreten, mit der Übernahme der Planungshoheit durch die SS im Verlaufe des Jahres 1939 – erkannten die Agrarwissenschaftler um Konrad Meyer, daß die biologische Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Siedlung ganz maßgeblich an eine „gesunde materielle Grundlage“ geknüpft war. Hierüber gingen die Positionen jedoch auseinander; Streitpunkt war vor allem die ideale Betriebsgröße, die nach zwei unterschiedlichen Methoden (Ertrag pro Hektar bzw. Ertrag pro Kopf) berechnet wurde. Gemeinsam war beiden Richtungen, daß sie versuchten, das Verhältnis zwischen menschlicher Arbeitskraft und Betriebsfläche zu optimieren. Pyta wandte sich gegen die inzwischen überholte Auffassung, der Generalplan Ost sei eine reine Utopie und im übrigen undurchführbar gewesen: Vom agrarwissenschaftlichen Standpunkt aus beweise der Plan durchaus Sachverstand, seine Autoren hätten sich vom US-amerikanischen Beispiel, insbesondere der Kolonisierung des Westens anregen lassen, ähnliche Gedanken [137:] schließlich seien – mit anderen Mitteln – in Italien und den Niederlanden verfolgt und umgesetzt (Ijsselmeer) worden. Die Besonderheit des nationalsozialistischen Konzepts fand Pyta in der rassistischen Konnotation der Projekte.

² Vgl. Alfons Labisch: *Homo hygienicus. Geschichte der Medizin in der Neuzeit*, Frankfurt/M. 1992.

³ Vgl. Ute Caumanns/Michael G. Esch: *Fleckfieber und Fleckfieberbekämpfung im Warschauer Ghetto und die Tätigkeit der deutschen Gesundheitsverwaltung 1941/42*, in: Wolfgang Woelk/Jörg Vögele: *Geschichte der Gesundheitspolitik in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis in die Frühgeschichte der „doppelten Staatsgründung“*, Berlin 2002, S. 225-262.

In der Diskussion wurde vor allem das Verhältnis zwischen innerer Sanierung der Agrarstruktur und Siedlerpotential in Frage gestellt: tatsächlich habe das Konzept gar nicht funktioniert, da zum einen bei der agrarökonomischen Sanierung des Altreichs größtenteils überalterte Kleinbauernfamilien freigesetzt worden seien, von denen Nachwuchs nicht mehr zu erwarten war, zum anderen habe Himmler die Sanierungen gestoppt, um den Auswanderungsdruck nach Osten aufrechtzuerhalten.

Während der Zusammenhang des Generalplans Ost und seiner Vorstufen mit der „positiven“ Siedlungspolitik – also der Erweiterung des deutschen Siedlungsraumes und seiner sozialen und ökonomischen Sanierung – in seinen Grundzügen klar zu sein scheint, besteht hinsichtlich des Bezugs zur Vernichtungspolitik sowohl gegenüber den Juden als auch gegenüber der übrigen Bevölkerung der besetzten sowjetischen Gebiete weiterhin Klärungsbedarf. Offensichtlich ist – im Gegensatz zur Vorstellung des NS-Regimes als eines hochgradig zentralisierten Apparates – von wesentlichen regionalen Unterschieden in der Genese des Massenmordes und einer komplexen Wechselwirkung zwischen regionalen Initiativen und zentraler Entscheidungskompetenz auszugehen. **Christian Gerlach** (Maryland) zeigte, daß zwischen dem berüchtigten „Hungerplan“ vom Frühjahr 1941 und der kurze Zeit darauf einsetzenden Siedlungsplanung kein nachweisbarer Zusammenhang bestand.⁴ Mehr noch seien die Trägergruppen (SS beim Hungerplan, Zivilverwaltung und DAF bei der Siedlung) ebenso unterschiedlich gewesen wie die Opfergruppen: Verhungern sollten vor allem Stadtbewohner, die Siedlung hingegen war – wie insgesamt im Osten – entschieden ländlich vorgesehen. Auch bezweifelte Gerlach, daß die zahlreichen Pläne überhaupt Einfluß auf das Handeln der Zivilverwaltung gehabt haben: Primäres Ziel sei die unmittelbare und rücksichtslose koloniale Ausbeutung der besetzten sowjetischen Gebiete gewesen. Der Hungerplan diene dazu, höhere landwirtschaftliche Überschüsse abschöpfen zu können, indem – einschließlich der sowjetischen Kriegsgefangenen – landwirtschaftlich unproduktive Bevölkerung schlicht ermordet wurde. Er scheiterte lediglich, weil – nachdem bereits die lückenlose Abriegelung der jüdischen Bevölkerung nicht gelungen war – die Angst vor Aufständen und vor Seuchen die Oberhand gewann. Auch in der Frage, was mit den ehemaligen Kolchoosen geschehen sollte, setzte sich die auf unmittelbar verwertbare Ergebnisse orientierte Agrarverwaltung im Februar 1942 gegen die SS durch: Die Großbetriebe wurden teilweise in private Einzelhöfe, teilweise in Landbaugenossenschaften umgewandelt. Auf diese Weise hoffte man, individuelle Anreize und lückenlosere Kontrolle miteinander verknüpfen zu können. Insgesamt urteilte Gerlach, daß der Einfluß der Siedlungspläne auf die administrative Praxis zwar in den westpolnischen Gebieten sehr groß, in den besetzten sowjetischen Gebieten dagegen sehr gering gewesen sei. Auch seien die wenigen „positiven“ Siedlungsvorgänge im Osten nicht im Zusammenhang mit dem Generalplan Ost durchgeführt worden, sondern stellten lediglich Zusammenführungen zerstreuter „volksdeutscher“ Enklaven dar. Die Frage aus dem Plenum, was dann der GPO gewesen sei, ließ Gerlach offen; hier seien weitere Forschungen erforderlich.

Das Verhältnis zwischen Planung und Vernichtung spielte auch im Vortrag **Joachim Wolschke-Bulmahn**s (Hannover) über die Landschaftsplanung in den annektierten polnischen Gebieten eine zentrale Rolle. Wolschke-Bulmahn⁵ verwies eindringlich darauf, daß der Bereich der Landschaftsplanung nicht in Kategorien eines romantischen Mystizismus und mittelalterlicher Heimeligkeit zu erklären sei, sondern daß insbesondere Himmler Wert darauf legte, die Umgestaltungen nach den jeweils neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen vorzunehmen. Nicht zuletzt diese Absicherung der detailreichen Planungen sicherte die Superiorität der deutschen Kulturleistung und bewies im Umkehrschluß das „kulturelle Unvermögen fremden Volkstums“. Es wurde angemerkt, daß das „spezifisch Nationalsozialistische“ an der Landschaftsplanung nicht recht erkennbar werde: Im Grunde handle es sich um eher traditionelle Konzepte, wie sie noch bis in die 1970er Jahre etwa bei der Neuen Heimat wiederzufinden seien, die aber unter den Bedingungen der gewaltsamen Kolonisierung eine eigenständige Dynamik entfaltet hätten.

⁴ Christian Gerlach: *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941-1944*, Hamburg 2000.

⁵ Joachim Wolschke-Bulmahn/Gert Gröning: *Die Liebe zur Landschaft*. München 1986/87.

Die folgenden Beiträge *Hans-Jörg Gutbergers* (Göttingen) und *Carsten Klingemanns* (Osnabrück), die die zweite Sektion einleiteten, behandelten die Frage, welche Bedeutung Sozialtechnologie und Sozialwissenschaft in der Bevölkerungs- und Siedlungspolitik zukam. Am Beispiel der *Arbeitsgemeinschaften für Raumordnung*, die es in 50 Universitätsstädten gab (Gutberger), sowie dem Frankfurter Soziographischen Institut (Klingemann) wurde gezeigt, daß von dem bekannten Diktum, es habe zwischen 1933 und 1945 keine Soziologie in Deutschland gegeben, keine Rede sein kann.⁶ Gutberger und Klingemann betonten, daß die nationalsozialistischen Sozialwissenschaften weitgehend lückenlos an die Soziographie der 1920er Jahre anschlossen. Zwar war diese Forschung, wie Gutberger betonte, natürlich auch Ideologieproduktion, sie sicherte ihre Ergebnisse aber durch umfängliche Daten zur Sozialstruktur und ihrer Veränderung ab: zwar waren die Ziele der Raumforschung vom ideologisch vermittelten Expansions-[139:]drang vorgegeben, konkrete Plangestaltung und Umsetzung folgten jedoch wissenschaftlichen Paradigmen, die durchaus auf der Höhe der zeitgenössischen Wissenschaftsentwicklung standen. Ideologisch – aber nicht spezifisch nationalsozialistisch – war sicherlich auch die Definition des Volks als Großsubjekt, also als eigenständige soziographische Einheit mit eigener „Wesenhaftigkeit“ und „seinsgerechter Verhaltensweise“. Als spezifisch erweise sich lediglich das zugrundeliegende Gesellschaftsmodell, dem sich die soziographische Forschung und Planung einschreiben. In der Diskussion wurde allerdings darauf verwiesen, daß das „Denken in Volkskörpern“ (Herbert) auch etwa in Frankreich nachweisbar gewesen sei, sich dort aber nicht habe durchsetzen können. Klingemann betonte, daß die Soziographie eine Methode gewesen sei, die insbesondere von Geographen und Raumplanern angewandt worden sei, um raumplanerische Maßnahmen daraufhin zu prüfen, ob sie die erwünschten Effekte brächten. In ihrer konsequenten Durchführung sei sie durchaus als „moderne anwendungsorientierte Sozialforschung“ zu bezeichnen und bis weit in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland fortgesetzt worden. Das Soziographische Institut – unter dem späteren Leiter des Bundesinstituts für Bevölkerungswissenschaft Neundörfer – untersuchte fast 600.000 Haushalte in verschiedenen Ortschaften, um über Extrapolationen zu „grundlegenden Kategorien“ der Siedlungspolitik vorstoßen zu können. Ab 1941 arbeitete es direkt dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums zu und bezog Massendeportationen und Mord ohne weiteres in seine Planungen ein. Nach 1945 war es mit Flächennutzungsplänen sowie Zuzugsregelungen für Flüchtlinge befaßt, nachdem bereits im März/April 1945 Wiederaufbaupläne für Hessen vorbereitet worden waren, die von den amerikanischen Militärbehörden gebilligt wurden. Ebenso floß der „Flüchtlingsreport“ des Instituts direkt in den Marshall-Plan ein.

Einen weiteren, in den letzten Jahren durch die Studie Karen Schönwälders⁷, vor allem aber durch die auf mehr Aufmerksamkeit gestoßenen Untersuchungen Götz Alys und Michael Fahlbuschs⁸ ins Bewußtsein gedungenen Bereich besprach *Joachim Lerchenmüller* (Limerick): Die Zuarbeit von Historikern zum nationalsozialistischen Herrschaftsapparat, hier im Rahmen des Sicherheitsdienstes der SS.⁹ Die Aufnahme des „völkischen Denkens“ als historiographisches Paradigma steht inzwischen außer Frage, seit einigen Jahren jedoch geht der Streit darum, ob [140:] die Historiographie – gemäß ihrer Tradition als Legitimationswissenschaft¹⁰ – lediglich „Anschluß an die Macht“ suchte (Mommson), oder ob sie unmittelbar „wissenschaftliche Beihilfe zum Holocaust“ leistete (Fahlbusch).

⁶ Siehe auch Otthein Rammstedt: Deutsche Soziologie 1933-1945. Die Normalität einer Anpassung. Frankfurt/M. 1986; Rassenmythos und Sozialwissenschaften in Deutschland. Ein verdrängtes Kapitel sozialwissenschaftlicher Wirkungsgeschichte, hg. von Carsten Klingemann, Opladen 1987; ders.: Soziologie im Dritten Reich, Baden-Baden 1996; Jörg Gutberger: Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Strukturraumforschung im Dritten Reich, Münster 21999

⁷ Karen Schönwälder: Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1992.

⁸ Götz Aly: Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Frankfurt/M. 1999; Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931 bis 1945, Baden-Baden 1999; Ingo Haar: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000.

⁹ Joachim Lerchenmüller: Die Geschichtswissenschaft in den Planungen des Sicherheitsdienstes der SS. Der SD-Historiker Hermann Löffler und seine Denkschrift „Entwicklung und Aufgaben der Geschichtswissenschaft in Deutschland“, Bonn 2001.

¹⁰ Peter Schöttler: Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945, Frankfurt/M. 1997.

Feststellbar jedenfalls sei die Rolle von Historikern in der „Gegnerforschung“ innerhalb des SD und der Publikationsstelle. Der reale Zweck der dort verfaßten Gutachten – wie auch der berüchtigten Schieder-Denkschrift von 1939 – bleibt aber weiterhin unklar. Es kristallisierte sich die Auffassung heraus, daß zahlreiche Historiker aus der „verlorenen Generation“, die am 1. Weltkrieg nicht mehr hatte teilnehmen können, sich von sich aus bemühten, ihre Unentbehrlichkeit innerhalb der „nationalen Revolution“ nachzuweisen; ihre praktische Bedeutung für die Entscheidungsfindung und das Handeln des nationalsozialistischen Staates und die von ihm begangenen Massenverbrechen scheint aber eher gering gewesen zu sein.

Susanne Heim (Berlin) stellte ihre Forschungen über den Zusammenhang zwischen Autarkiestreben, Ostexpansion und landwirtschaftlicher Züchtungsforschung vor.¹¹ Zwar war die Entwicklung von geeignetem Saatgut für die eroberten östlichen Gebiete bzw. die Einführung östlicher Pflanzenarten im Reichsgebiet zentrale Aufgabe der Züchtungsforschung, diese stand aber im unmittelbaren Zusammenhang mit der Expansionspolitik. Zwar wären die während des Krieges unternommenen botanischen Expeditionen etwa in den Balkan auch so denkbar gewesen, nicht aber die Plünderung botanischer und agrarwissenschaftlicher Sammlungen im besetzten Osteuropa. Heim war im übrigen die einzige, die die Bedeutung des gender-Aspekts für die Beurteilung der Rolle der Wissenschaft im Nationalsozialismus und ihrer Kontinuität über 1945 hinaus thematisierte: Zwar seien die meisten Antragsteller im Rahmen der Züchtungsforschung Männer gewesen, bearbeitet wurden die Projekte jedoch fast immer von Frauen. Über deren Nachkriegskarrieren ist nichts bekannt.

Ein Vortrag **Isabel Heinemanns**¹² (Freiburg) über den Zusammenhang zwischen der Forschungsförderung der DFG und dem Generalplan Ost schloß die zweite Sektion ab. Heinemann betonte, daß sämtliche Institutionen, die mit agrarwissenschaftlichen und siedlungspolitischen Forschungen befaßt waren – das Kulturministerium, die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung und die Hauptabteilung Planung und Boden des RKF über Geldmangel nicht zu klagen hatten, wobei nach ihrer Einschätzung der DFG-Vorsitzende Hammerstein auf unideologische, „rein“ wissenschaftliche Forschung Wert gelegt habe, die aber auf direkte praktische Anwendbarkeit in der Kolonisierungspolitik im Osten angelegt gewesen wären. 1948 wurde Hammerstein nach einem aufsehenerregenden Prozeß überraschend freigesprochen, nicht zuletzt aufgrund seiner nachweislich falschen Angaben zu Entstehung und Absichten des Generalplan Ost. Wie viele seiner [141:] Kollegen vermochte er nach 1945 an seine bisherige Tätigkeit lückenlos anzuknüpfen, indem er manche Begriffe, etwa „Volk“, gegen unverdächtigere wie „Gesellschaft“ austauschte. In der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sah er Anschlußmöglichkeiten für Großraumfragen, bedauerte allerdings die Behinderung durch deren demokratische Verfaßtheit.

Der letzte Punkt berührte in besonderer Weise die Frage nach dem Verhältnis von Ideologie und wissenschaftlich-methodischer Redlichkeit in der Zuarbeit deutscher Forscher für den nationalsozialistischen Staat: Sicherlich ist die alte Formel, nach der es Wissenschaft, insbesondere Sozialwissenschaften, zwischen 1933 und 1945 in Deutschland nicht gegeben habe, nicht mehr haltbar. Zu viele der Ergebnisse konnten, unter leichter Verrückung der Schlußfolgerungen (bzw. Prämissen) und nach Austausch gewisser Begrifflichkeiten, weiterverwendet werden und stießen bereits in der zeitgenössischen internationalen Wissenschaftsszene durchaus nicht auf Ablehnung. Vorgeschlagen wurde, von ideologisch aufgeladener Grundlagenforschung zu sprechen. Damit ist aber weder geklärt, welche immanenten (sowohl methodisch-epistemologischen als auch sozialen) Faktoren die fast durchweg opportunistische Haltung von Wissenschaft gegenüber Herrschaft verursachten,¹³ noch welche Aussagen dies über die nach wie vor postulierte Wertfreiheit von Wissenschaft an sich erlaubt. Tragfähig scheint die Anmerkung, daß der ideologische Kern dieser Form von Wissenschaft eben in der totalen Verfügungsgewalt über Mensch und Raum bestehe; dieser Anspruch ist aber nicht dem

¹¹ Susanne Heim: Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus, Göttingen 2002.

¹² Ihre Dissertation ist noch nicht veröffentlicht.

¹³ Erwähnt wurde – als Gegenbeispiel, auf das sich auf Konrad Meyer in späteren Jahren positiv bezog – natürlich auch die (emanzipatorisch gemeinte) Politisierung von Wissenschaft nach der Studentenrevolte 1968.

Nationalsozialismus eigen, sondern dem modernen Staat insgesamt. Der Unterschied besteht dann lediglich in der Unmittelbarkeit, in der die planerischen Konzepte umgesetzt werden können. Rechtsstaatlichkeit und demokratische Institutionen wirken dann durchaus hemmend.¹⁴ In diesem Zusammenhang fände auch der Umstand, daß sich keiner der wissenschaftlichen Vor- und Mitdenker der Jahre 1933-1945 von seiner damaligen Tätigkeit distanzierte, eine Erklärung: Schuld an den Verbrechen und der Niederlage seien nicht die eigenen Planungen gewesen, sondern die Parteibonzen, die die ihnen vorgelegten Vorschläge einfach nicht richtig umgesetzt hätten.

In der letzten Sektion wurden mehrere Fallbeispiele „bevölkerungspolitischer Neuordnung“ im besetzten Europa analysiert. **Chad Bryant** (Berkeley) erklärte den hohen „rassischen Wert“, der der tschechischen Bevölkerung seitens der NS-Bevölkerungspolitik zugesprochen wurde, in erster Linie mit deren hohem Ausbildungsgrad und der Bedeutung der tschechischen Ökonomie für die deutsche Gesamtwirtschaft. Die Annäherung der Tschechen geschah gleichwohl nicht unterschiedslos: Zwar fanden keine großangelegten Umsiedlungen statt, eine [142:] rassische Selektion von Einzelpersonen zur Eindeutschung fand gleichwohl – häufig verdeckt als Untersuchung auf Tuberkulose – als Vorbereitung für eine spätere Gesamtregelung statt. Ein Kommentar, tschechische Behörden seien gegenüber der deutschen Bevölkerung rassistischer eingestellt gewesen als umgekehrt, das deutsche Verfahren insgesamt chaotisch, wurden zurückgewiesen: Ziel der deutschen Politik sei immer die Homogenisierung des Staatsvolkes gewesen; eine solche ist aber natürlich erschwert, wenn Sprache in einer insgesamt zweisprachigen Bevölkerung als Kriterium ausfalle und „rassische“ Unterschiede in der Erscheinungsform nicht feststellbar seien. Es ließe sich noch hinzufügen, daß auch das tschechische Verfahren bei der Vertreibung der Sudetendeutschen diesen weitaus mehr Spielräume ließ, als die ältere Literatur vermuten läßt.¹⁵

Uwe Mai (Berlin) referierte über die „Volkstumspolitik“ in Elsaß-Lothringen, die er in den Gesamtzusammenhang von Raumordnungs- und Agrarstrukturberäumungsplänen sowie des GPO stellte. Mai machte deutlich, wie die Verknüpfung der agrarstrukturellen Sanierung mit der „Umvolkung“ in Elsaß-Lothringen und der „Freisetzung“ von Siedlern für den Osten weitgehend scheiterte, vor allem, weil die potentiellen Siedlerfamilien lieber auf neues Land im Westen warten wollten. Er zeigte außerdem, wie die „Volkstumspolitik“ im Westen in weitaus höherem Maße vom Konflikt zwischen SS und Reichsbehörden bestimmt war als im Osten, wo das Monopol des Himmler-Apparates über lange Zeit unangetastet blieb, was nochmals die Bedeutung regionaler Studien unterstreicht. Anschließend referierte der Autor des vorliegenden Berichts über Umsiedlungen, Massenmord und die Rolle wissenschaftlicher Begutachtung im besetzten Polen. Für das Thema der Konferenz war bedeutsam, daß keiner der volkstumpolitischen Entscheidungsträger und Aktivisten – Artur Greiser im Warthegau oder Odilo Globocnik im Distrikt Lublin – auf wissenschaftlich-fachlichen Beistand verzichten mochte. Mehr noch wurde argumentiert, daß in der *Forschungsstelle für Ostunterkünfte* in Lublin die Linien ethnische Bereinigung – agrarstrukturelle Sanierung – Entfernung, schließlich Ermordung der Juden – zusammenliefen. Für Überraschung sorgte die Feststellung, daß Globocniks Forschungsstelle sich eigens in *SS-Mannschaftshaus* umbenannte, um die universitäre Forschung nicht von einer Zusammenarbeit abzuschrecken.

Während mein eigener Vortrag sich auf die innere Logik von Trennung der „Volkstümer“ voneinander, Kolonisierungsraum zur sozioökonomischen Sanierung und Vernichtung der Unerwünschten, die anders nicht entfernt werden konnten, konzentrierte, analysierte **Bruno Wasser** (Köln) das Vorgehen der SS im Distrikt Lublin, insbesondere im Gebiet um Zamość, vor allem als Umsetzung des SS-Staates. Wasser stellte vor allem den Umfang der Neubaumaßnahmen sowie die Selektion der Bevölkerung in zu Ermordende, Zwangsarbeiter und Eindeutschungsfähige dar. Der besondere Wert des Vortrags bestand darin, daß er For-[143:]men und Ausmaß der deutschen Verbrechen in Polen thematisierte, während die meisten anderen Beiträge sich auf die Planungsebene konzentrierten, was

¹⁴ Eine ähnliche These vertrete ich in: Michael G. Esch: „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik 1939-1950, Marburg 1998.

¹⁵ Vgl. hierzu Maria Rhode: *Wanderer zwischen den Nationen*, Essen 2002.

mitunter das Schicksal der Opfer aus dem Blick geraten zu lassen droht. Seine These, die Polen hätten das nächste Opfer nationalsozialistischen Völkermordes sein sollen, darf allerdings als strittig bezeichnet werden.¹⁶

Wendy Lower (Washington) sprach abschließend über die Kolonisierungsversuche im Reichskommissariat Ukraine: Auch hier seien Wissenschaftler in großer Zahl an den allgemeinen und Detailplanungen beteiligt gewesen. Lower bezog sich vor allem auf eine noch unveröffentlichte Studie über die Umsiedlungen in und um Hegewald nahe dem Hauptquartier in Winnica, die sie in den Gesamtrahmen deutscher und weltweiter Kolonisierungen durch Siedlung einbezog und deren Ursprünge sie daher weit vor 1933 ansetzte. Ähnlich wie im besetzten Polen wurden die „Volksdeutschen“, deren Existenz wesentlicher Teil der Legitimation für Annexionen und „Umvolkung“ abgegeben hatten. in der Praxis eher zu einem Problem, da sie dem Bild und erwünschten Verhalten des „Herrenmenschen“ häufig nicht entsprachen. Dies änderte aber nichts daran, daß 18.000 Ukrainer in Arbeitslager deportiert und 10.000 „Volksdeutsche“ aus dem gesamten Reichskommissariat in das Gebiet Hegewald umgesiedelt wurden. Was in der Propaganda als Triumph gefeiert wurde, galt intern als „Schweineerei“: Transporte Volksdeutscher Siedler wurden weitgehend sich selbst überlassen, die Aufnahme ausreichend „arischer“ Kinder aus den selektierten Ortschaften war unzureichend vorbereitet, die Verhältnisse insgesamt in hohem Maße chaotisch. Damit verwies Lower auf einen Punkt, der in der Diskussion des öfteren angesprochen wurde: Die mörderische Konsequenz der nationalsozialistischen Politik insbesondere gegenüber der jüdischen Bevölkerung überdeckt mitunter, daß zahlreiche Entscheidungen und Verfahren weitgehend improvisiert wurden und die vielzitierte deutsche Effizienz eher in den Bereich der Fabel bzw. der ethnisch-nationalen Selbststilisierung gehört.

Insgesamt lassen sich – in weitgehender Übereinstimmung mit der Zusammenfassung der Konferenz durch **Patrick Wagner** (Freiburg) – folgende Ergebnisse der Vorträge und Diskussionen festhalten: Der Rassismus, immerhin eine der Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung wie auch der Weltsicht weiter Teile der deutschen Eliten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, war konzeptionell diffus. Er diente letztlich der Herstellung der völkischen Leistungsgesellschaft sowie der Mobilisierung der scientific community, die den Rassebegriff zur Umsetzung teils biologistischer, teils leistungsorientierter Konzepte verwenden konnte und mußte. Der Generalplan Ost war in diesem Zusammenhang ein Versuch Himmlers, sich eine Richtlinienkompetenz vorzubehalten, indem er die Ausgestaltung des „völkischen Gedankens“ im europäischen Osten auf längere Sicht festschrieb. Insgesamt galt ein Primat der Ökonomie, das lediglich im Bereich der [144:] Shoah faktisch aufgehoben wurde. Nicht thematisiert wurde dagegen die spezifische Form der deutschen Ökonomie 1933-1945, deren prinzipielle Grundlage ja nun einmal – trotz aller nationalsozialistischer Formierung auch der Bourgeoisie die kapitalistische Wertschöpfung und die Optimierung aller verfügbaren Ressourcen war sowie der Umstand, daß diese Ökonomie gezielt auf die militärische Durchsetzung des Weltmachtanspruchs ausgerichtet gewesen ist. Als Ausnahme galt der Mehrheit der Teilnehmer der rassistische Antisemitismus, der ausnahmslos und konsequent galt und ohne Rücksichtnahme auf anderweitige Bedenken bis hin zur Vernichtung seines Objekts verfolgt wurde – was gleichzeitig darauf hinweist, daß der Antisemitismus im Begriff des Rassismus nicht aufgeht.

Connellys Argument der nationalsozialistische Antisemitismus habe sich von den übrigen zeitgenössischen Rassismen dadurch unterschieden, daß er metaphysische Aspekte enthalten habe, ist natürlich richtig. Er führte beispielsweise die Auffassung an, die Juden seien diejenige Rasse, die andere Rassen zerstöre. Hieraus ergab sich, daß es – nach der Ingangsetzung des Vernichtungsprozesses – im Gegensatz zur Praxis gegen Polen oder Russen keine Ausnahmen von der Vernichtung geben konnte. Es ließe sich aber einschränkend zweierlei anmerken: Zum einen galt dies ebenfalls nicht für die psychisch Kranken und Behinderten; den Zusammenhang zwischen innerer und äußerer „Ausmerze“ hat zuletzt Henry Friedlander deutlich herausgearbeitet.¹⁷ Zum anderen weist der Massenmord in

¹⁶ Bruno Wasser: Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940-1944, Basel 1993.

¹⁷ Henry Friedlander: The Origins of Genocide. From Euthanasia to the Final Solution. Chapel Hill 1995 (dt. Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997).

doppelter Weise utilitaristische Momente auf: Er war zwingend erforderlich zur Errichtung der „Volksgemeinschaft“, da alle Eigenschaften, die dieser entgegenstanden – Intellektualismus, Habgier, Klassegegensatz und seine versuchte Aufhebung im Kommunismus – in der Konstruktion des Juden vereint werden konnten. Zum anderen ist zumindest für die Genese des Völkermordes im besetzten Polen bislang nicht widerlegt worden, daß die Entscheidung zur Entfernung der jüdischen Bevölkerung durch unmittelbare Ermordung (statt durch Vertreibung und Aussiedlung) unmittelbar mit selbstgeschaffenen Engpässen in der Deportationspolitik zusammenhing und daß wir es in den Auseinandersetzungen hierum nicht mit einem Streit zwischen Ökonomen und Ideologen, sondern zwischen kurzfristigen und langfristigen Zielen zu tun haben.

Strittig war, in welchem Maße den Warnungen Gerlachs vor einer Überschätzung der Bedeutung von Planung und der Folgerichtigkeit des Handelns der SS zu folgen ist. Dagegen wurde angeführt, daß Pläne des hier vorzufindenden Umfangs nicht an der Praxis von lediglich drei Jahren unter erschwerten Bedingungen gemessen werden könnten. Die Überlegungen Lowers, Wassers, Eschs und anderer machten zudem darauf aufmerksam, daß neben Rassen- bzw. Judenhaß und Rentabilitätsabwägungen notwendig als drittes Motiv die vorgesehene Herstellung des Paradieses im östlichen Europa treten mußte, um zum systematischen Massen-[145;]mord zu führen. Einigkeit bestand darüber, daß die Humanwissenschaften sich – nach dem Hinauswurf jüdischer und linker Wissenschaftler – praktisch in ihrer Gesamtheit freiwillig in den eingeschränkten Pluralismus, der innerhalb des völkisch-autoritären Minimalkonsenses bestand, eingeordnet haben. Neben materiell motiviertem Opportunismus spielten wissenschaftsimmanente Träume von der Perfektionierung der Welt, von Innovation und direkter gesellschaftlicher Relevanz der eigenen Arbeit eine wesentliche Rolle als Handlungsmotivation.

Probleme bereitet nach wie vor die Feststellung des spezifisch Nationalsozialistischen in der Wissenschaft der Jahre 1933-1945, zumal neben der erwähnten methodischen und handwerklichen Korrektheit der NS-Forschung auch frappierende Ähnlichkeiten in den Zielen der bevölkerungspolitischen Maßnahmen mit zeitgenössischen internationalen Überlegungen feststellbar waren. Es wurde weiterhin der Vorbildcharakter Großbritanniens und der Besiedlung des Westens der USA für die Siedlungspolitik im Osten angeführt. Erwähnt wurde schließlich die Forderung Werner Röhrs, das Ideal des Nationalstaates im 19. Jahrhundert zu berücksichtigen, was wiederum auf die oben angeführte Vermutung zurückweist, daß Tendenz und Brutalität der nationalsozialistischen Humanwissenschaften in einzigartiger Weise auf den umfassenden Regulierungsanspruch des modernen nationalen Staates insgesamt verweisen. Die Besonderheit des Nationalsozialismus bestünde dann lediglich noch im Ausmaß der Gewaltanwendung insgesamt sowie im Massenmord an den europäischen Juden; in diesem Rahmen erscheint in Übereinstimmung mit den Überlegungen Zygmunt Baumanns – der Nationalsozialismus nicht mehr als Form der Überwindung der Moderne, sondern als ihre alternative Form (Overkrome). Die Lehre, die daraus zu ziehen sei, verweise auf die Gefährlichkeit philanthropischer Wissenschaft (Klingemann, vom Bruch), die These vom Spezifischen und Einzigartigen der nationalsozialistischen Wissenschaft und Gesellschaft diene möglicherweise eher der Legitimation der westlichen Gesellschaften.

Heim widersprach allerdings der undifferenzierten Einschreibung des Nationalsozialismus in die Moderne; der erste Weltkrieg und die Versailler Ordnung hätten einen wesentlichen Einschnitt bedeutet und Denkprozesse völlig neu ausgerichtet. Herbert forderte zudem eine stärkere Einbeziehung der ethnischen Situation in Ostmitteleuropa (also des Scheiterns der nationalen Staatsgründungen in der Versailler Friedensordnung) und der sozialen Lage der „explodierenden Gesellschaften“ Mitteleuropas in den zwanziger und dreißiger Jahren. In der Zwischenkriegszeit seien neue Konzepte entwickelt und ausprobiert worden, die im Rahmen der nationalsozialistischen Diktatur um das Moment der Utopie angereichert und zu mörderischer Konsequenz geführt worden seien. Dabei bestehe aber insbesondere bei denjenigen Forschern, die sich mit den Planungsgängen und ihrem Einfluß befaßten, eine Neigung, Rationalität und Modernisierungspotential des Nationalsozialismus zu übertreiben.

[146:] Die Frage des Verhältnisses zwischen Rationalität, Ideologie und Improvisation in der nationalsozialistischen Herrschafts- und Umsiedlungspraxis wurde damit auch auf dieser Konferenz nicht vollends geklärt; sie bildete aber den gegenwärtigen Stand der Arbeiten in umfassender und anregender

Weise ab. Es kristallisierten sich einige gemeinsame Auffassungen über den grundsätzlichen Charakter von Wissenschaft im Nationalsozialismus heraus: Diejenigen deutschen Wissenschaftler, die nicht den antisemitischen und gegen Linke und Demokraten gerichteten „Säuberungen“ zum Opfer gefallen waren, arbeiteten dem nationalsozialistischen Regime aus eigenem, sowohl persönlichen als auch aus ihrem Selbstverständnis als Wissenschaftler resultierenden Motiven freiwillig zu. Diese Mit- und Zusammenarbeit verlangte keinen Bruch mit wissenschaftlichen Idealen, sondern erlaubte im Gegenteil, sie weitestgehend schrankenlos theoretisch zu entwickeln und praktisch umzusetzen, solange der politisch-völkische Minimalkonsens erfüllt blieb. Was fehlte, war eine genauere – auch sozialökonomische – Beschreibung dieses Minimalkonsenses, also der Gestalt und des Charakters jener „Volksgemeinschaft“ als staatsinterventionistisch-kapitalistischer Leistungsgesellschaft, die – neben dem Weltmachtanspruch – handlungsleitendes Ziel des nationalsozialistischen Handelns gewesen ist. Es bleibt außerdem zu berücksichtigen, daß die Umsetzung von Plänen eben nicht lückenlos gelang und daß trotz aller Propaganda über die Folgerichtigkeit und Modernität des deutschen Vorgehens 1933-1945 nicht alle Verbrechen sich direkt aus Planungen herleiten lassen und nicht alle Planungen tatsächlich umgesetzt werden konnten. Zwar bestanden keine Hindernisse durch institutionalisierten Pluralismus und demokratisch-rechtsstaatliche Kontrollorgane. Die NS-Planungen scheiterten jedoch – mitunter in mörderischer Weise – an der eigenen Maßlosigkeit, an den selbstaufgelegten Sachzwängen der Kriegsführung, an Interessenkonflikten und der aktuellen Unvereinbarkeit divergierender lang- und kurzfristiger Ziele sowie – dies blieb auf der Konferenz unerwähnt – zu einem gewissen Teil auch am Widerstandswillen und am Einfallsreichtum ihrer Opfer.

Die tendenzielle Entkleidung der nationalsozialistischen Massenverbrechen von ihrer Genese und ihrer Spezifik – wodurch diese Verbrechen eben nicht mehr als unwiederholbar und einzigartig erscheinen – hat zweierlei Folgen, die ebenso wünschenswert wie riskant sein mögen. Zum einen ermöglicht – im Sinne Baumans – der Einblick in die innere Entwicklungsdynamik der Moderne im allgemeinen sowie der modernen, gesellschaftspolitisch aktiven Wissenschaft den Versuch, aktuelle Entwicklungsdynamiken aufzuzeigen und möglicherweise zu beeinflussen. Zum anderen erzwingt die Feststellung einer prinzipiellen „Normalität“ nationalsozialistischer Wissenschaft und Bevölkerungspolitik von der Siedlungspolitik bis hin zum Massenmord den Vergleich mit anderen staatlichen Massenverbrechen, wie er bereits vor einigen Jahren von Yves Ternon unternommen [147:] worden ist.¹⁸ Auf der Konferenz war es in erster Linie Norman M. Naimark, der diese Perspektive – vor allem den Vergleich mit der „kommunistischen“ Praxis nach 1945 und den Vorgängen in Jugoslawien – immer wieder einforderte, ohne daß allerdings eine fachlich intensive Diskussion in diese Richtung abgeglitten wäre. Denn gerade die Politisierbarkeit einer solchen Komparatistik – das Beispiel Jugoslawien, die Vernutzung des Auschwitz-Topos als Kriegsbegegnung sowie die Auseinandersetzungen um das „Schwarzbuch Kommunismus“ – sollten deutlich machen, daß ein solcher Vergleich epistemologische Klärungen und besondere methodische Sorgfalt erfordert.

Michael G. Esch

¹⁸ Yves Ternon: *L'Etat criminel. Les genocides au XXe siècle*, Paris 1995 (dt.: *Der verbrecherische Staat. Völkermord im 20. Jahrhundert*, Hamburg 1996).